

LEIPZIGER ZUSTÄNDE JAN 2025

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



IMPRESSUM

Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

Redaktionsschluss: November 2024

Rechte: © 2025 chronik.LE und die jeweiligen Autor*innen. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf*innen.

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Grundsätzlich ausgeschlossen sind Medien der extremen Rechten.

Bezug: Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung und kann gegen eine Versandgebühr als Printversion bestellt werden.

„Leipziger Zustände“ wird in Leipzig und Umgebung an ausgewählten Orten ausgelegt.

V.i.S.d.P: S. Hummel, chronik.LE
Engagierte Wissenschaft e.V.
Hildegardstraße 40, 04315 Leipzig

Lektorat: Franziska Werner und weitere

Layout: chronik.LE

Titelbild: Ferdinand Uhl

Kontakt:

Web: chronikLE.org

E-Mail: chronik.LE@engagiertewissenschaft.de

Bluesky: <https://bsky.app/profile/chronikle.bsky.social>

Facebook: facebook.com/chronik.LE

Telegram: telegram.me/chronik_LE

Mastodon: systemli.social/@chronik_LE

In Trägerschaft von:

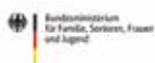
**ENGAGIERTE
WISSENSCHAFT e.V.**

Gefördert durch die Partnerschaft für Demokratie „Leipzig, Ort der Vielfalt“



Stadt Leipzig

Gefördert von:



Im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *LeBzA*!

wie von **FreiWald Sachsen**



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerungen des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

chronik.LE

EDITORIAL

LEIPZIGER ZUSTÄNDE 2025

Liebe Leser*innen,

Zuversicht und Optimismus zu wahren, ist in diesen Zeiten ein schwieriges Unterfangen. Anstatt uns eine Welt vorzustellen, in der wir gerne leben wollen, steht im Vordergrund, wie ein weiteres Erstarken extrem rechter Kräfte und ein völkisch-nationaler Umbau der Gesellschaft verhindert werden kann. Nachdem Anfang 2024 in Leipzig zehntausende Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen die AfD und ihre menschenverachtende Politik zu protestieren, ist die Welle der Empörung und des Aufbegehrens schnell wieder verebbt. Die Kommunal- und Landtagswahlen im Juni und September 2024 haben das politische Gefüge in Sachsen weiter zugespitzt. Die AfD konnte in der Region erneut zulegen und ist in nicht wenigen Kommunalparlamenten mittlerweile stärkste Kraft. Zudem zogen einige Vertreter der Freien Sachsen in die Parlamente ein. Bei der Landtagswahl holte die AfD in vielen Wahlkreisen die meisten Zweitstimmen. Die extreme Rechte ist parlamentarisch gestärkt und profitiert von einer gesamtgesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konjunktur rechter Diskurse und Politik.

Konstitutiv für rechte Strukturen und Akteur*innen – von der AfD bis zu neonazistischen Gruppen – sind dabei Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus, Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit, die für viele Betroffene direkte Konsequenzen haben. Ein Blick in unsere Chronik offenbart die Alltäglichkeit verschiedener Formen von Diskriminierung und Angriffen. Rechte Propaganda und Umtriebe konzentrieren sich nicht auf Wahlen, sondern äußern sich jeden Tag. Seit der Gründung von chronik.LE im Jahr 2008 haben wir deshalb mehr als 6.700 Ereignisse dokumentiert. Dazu zählen Propaganda ebenso wie verbale, körperliche und digitale Angriffe, oder auch rechte Veranstaltungen und Versammlungen. Mit der neunten Ausgabe der Leipziger Zustände wollen wir die Ereignisse aus unserer Chronik in ihren Kontext einbetten. Die Broschüre versammelt in sechs Kapiteln verschiedene Analysen, die ein differenziertes Bild des aktuellen Geschehens in Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen zeichnen.

Dem „Wahljahr“ 2024 Rechnung tragend, steht ein Kapitel zu den Kommunal- und Landtagswahlen und dem Abschneiden und Wirken von AfD und Freien Sachsen am Anfang dieser Ausgabe. Im Anschluss folgt ein Kapitel zu den außerparlamentarischen extrem rechten Akteur*innen und ihren Umtrieben in der Region. Die Kapitel zu Queerfeindlichkeit und Antifeminismus, Rassismus sowie Antisemitismus setzen sich tiefergehend mit Diskriminierungsformen auseinander, die zentrale Bestandteile extrem rechter Ideologie darstellen, aber auch über diese hinaus zunehmend grassieren. Das abschließende Kapitel möchte Anregungen für die Verbindung von Analyse und Praxis liefern und widmet sich an-

hand inspirierender Beispiele der Frage, wie wir gemeinsam aktiv werden und bleiben können. Außerdem informieren wir über die Dokumentationspraxis von chronik.LE und haben eine umfangreiche Liste von verschiedenen Anlaufstellen zusammengestellt.

Wie schon in den vergangenen Jahren haben wir auch für diese Broschüre wieder zahlreiche Einzelpersonen und Gruppen für Beiträge angefragt, wollen wir doch eine möglichst große Bandbreite an Perspektiven abdecken. Das führt in der Redaktion auch immer wieder zu Diskussionen, da manche Aussagen und Positionen nicht von allen Redaktionsmitgliedern geteilt werden. Deshalb versuchen wir, einen Ausgangspunkt für weitere Diskussionen und Austausch zu schaffen.

Die vorliegende Broschüre versteht sich auch als ein Appell: Lest, tauscht euch aus, diskutiert und setzt euch mit unterschiedlichen Perspektiven auseinander. Es muss nicht immer Einigkeit herrschen – entscheidend ist, dass wir miteinander reden, uns informieren und gemeinsam an einer solidarischen Zukunft arbeiten.

Wie immer werden in unserer Broschüre zahlreiche aufwühlende und verstörende Themen behandelt. Von alltäglicher Diskriminierung bis hin zu Gewalt und Mord finden sich auch in der Region Leipzig zahlreiche konkrete Fälle, die Ausdruck extrem rechter Einstellungen sind. Texte mit dezidierten Schilderungen von Gewalttaten und Mord haben wir mit einer entsprechenden Content Note versehen.

Wir danken allen Menschen, die zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben: den Fördermittelgeber*innen der Stadt Leipzig und der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen, den zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die diese Broschüre mit ihren Texten bereichert haben, allen Fürsprecher*innen und Spender*innen, Fotograf*innen, Layouter*innen und Lektor*innen. Darüber hinaus geht auch ein großer Dank an all die Menschen, die uns immer wieder auf vielfältige Weise in der alltäglichen Arbeit unterstützen und uns Ereignisse melden.

Eure chronik.LE-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS



1 WAHLEN UND PARTEIEN

10
EINE VÖLKISCH-NATIONALISTISCHE PARTEI: ZUR POLITISCHEN EINORDNUNG DER AfD
VON CHRONIK.LE

12
RECHTSAUSSEN IN DER KOMMUNE
225 Mandate für AfD & Co in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten
VON CHRONIK.LE

17
AFD VERLIERT EIN MANDAT BEI DER LANDTAGSWAHL
VON CHRONIK.LE

20
DIE „FREIEN SACHSEN“ BEI DER KOMMUNALWAHL 2024
Ein neonazistischer Erneuerungsversuch
VON JOHANNES KIESS UND MICHAEL NÄTTKE

22
HÄLT DIE BRANDMAUER IN LEIPZIG?
VON STEVEN HUMMEL UND ANIKA TASCHKE

24
DEMOKRATIEPROJEKTE UNTER BESCHUSS
VON LUISE MOSIG

26
„DAS VERBOTSVERFAHREN KANN EIN STOPPSCHILD GEGEN DIE WEITERE RECHTSVERSCHIEBUNG SEIN“
Die Kampagne „AfD-Verbot Jetzt!“ erklärt, was für ein Verbot der Partei passieren muss
VON CHRONIK.LE

28
AUS DER CHRONIK«
Eine kurze Auswahl von Ereignissen mit Bezug zu Wahlen und Parteien
VON CHRONIK.LE

2 RECHTE STRUKTUREN UND ALLTAGSKULTUR

32
PLACHES ALBTRAUM
Lok und die extreme Rechte
VON CHRONIK.LE

36
DER III. WEG IN LEIPZIG UND UMGEBUNG
VON CHRONIK.LE

40
HAFTSTRAFEN FÜR KLANDESTINEN NAZI-VERLAG
VON ANDREAS I. BRANDT

42
NEUN JAHRE NACH DEM ANGRIF IN CONNEWITZ
Fehlende Aufarbeitung bestärkt Neonazi-Szene
VON JULIANE NAGEL

44
EXTREM RECHTER MÄNNERBUND
Burschenschaft Arminia zu Leipzig
VON PERISKOP

46
FALLEN DIE BETRIEBE, FÄLLT DIE GESELLSCHAFT
VON AMICI DELLA CONFRICERCA DI LIPSIA

48
MARKRANSTÄDTER ZUSTÄNDE
Über eine tricksende Bürgermeisterin und eingeschüchterte Zivilgesellschaft
VON DAVID HEIDLER

50
PAUNSDORF – EIN KIEZ FÜR ALLE?!
Ein Interview mit der AG Gegen Rechte Raumnahme
LEIPZIGER NETZWERK FÜR DEMOKRATIE (LND)

52
VOM GROSSEN GLÜCK EINER GRAUENHAFTEN JUGEND IN OSTDEUTSCHLAND
VON DMITRIJ KAPITELMAN

54
ALLES VON DER KUNSTFREIHEIT GEDECKT
VON TOBIAS PRÜWER

56
»AUS DER CHRONIK«
Eine kurze Auswahl von Ereignissen mit Bezug zu rechten Strukturen und Alltagskultur
VON CHRONIK.LE

3 QUEERFEINDLICHKEIT UND ANTIFEMINISMUS

60
QUEERFEINDLICHER PROTEST AUF DEM ABSTELLGLEIS
VON CHRONIK.LE

62
ANGSTFREI SICHTBAR?
VON NETZWERK FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR E.V. WURZEN UND DER REGIONALEN NETZWERKSTELLE FÜR DEMOKRATIE IM LANDKREIS LEIPZIG

64
QUEER- UND TRANSFEINDLICHE NARRATIVE IN RECHTEN TELEGRAM-KANÄLEN
VON AMELIE FEUERER

66
QUEERNESS, GESUNDHEIT UND DER LÄNDLICHE RAUM SACHSENS
VON ROSALINDE E.V.

68
FOOTBALL HAS NO GENDER – AUSSER IN SACHSEN
VON DER AG FIGHT SÄCHSISM

70
FEMIZIDE IN LEIPZIG: EIN UNVOLLSTÄNDIGER ÜBERBLICK
VON CHRONIK.LE

72
AUS DER CHRONIK
Eine kurze Auswahl queerfeindlicher und antifeministischer Ereignisse
VON CHRONIK.LE



4 RASSISMUS

76
„ICH HABE SORGEN, DASS ICH BORNA AM ENDE DURCH DEN RASSISMUS VERLIERE“

INTERVIEW VON CHRONIK.LE MIT DER AKTIVISTIN SUMAIA AUS BORNA

78
EIN ARMUTSZEUGNIS

Zur Einführung der Bezahlkarte und anderen materiellen Notlagen

VON INFOSTELLE ASYL & BILDUNG

80
KEIN POSTEN IM OSTEN!

Zur Kritik der geplanten Polizeistation auf der Eisenbahnstraße
VON EISI FÜR ALLE

82
EMOJIS

Kinder und Jugendliche aus Torgau schreiben über ihr Leben

84
INTERNATIONALE PROTESTE FÜR DIE RÜCKFÜHRUNG VON AHN*INNEN

Eine Folge kolonial-rassistischer Forschungsgeschichte in Leipzig

VON AG LEIPZIG POSTKOLONIAL

86
„DIE (IMMER NOCH) VERSCHWIEGENEN TOTEN“

Eine Aktualisierung der Auseinandersetzung mit Todesopfern rechter Gewalt in Leipzig

VON „RASSISMUS TÖTET!“ LEIPZIG

88
AUS DER CHRONIK

Eine kurze Auswahl rassistischer Ereignisse
VON CHRONIK.LE



5 ANTISEMITISMUS SEIT DEM 7. OKTOBER

92
ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS NACH DEM 7. OKTOBER

VON RECLAIM ANTIFA

94
ANTISEMITISCHE RAUMNAHME IN LEIPZIG

VON CHRONIK.LE

96
AKTUELLE, ANTISEMITISCHE UND LINKS-AUTORITÄRE DYNAMIKEN AM UNI-CAMPUS LEIPZIG

VON HOCHSCHULEN LEIPZIG GEGEN ANTISEMITISMUS

98
ANTISEMITISMUS IN SACHSEN SEIT DEM 7. OKTOBER 2023 UND SEIN GESELLSCHAFTLICHER KONTEXT

VON MARINA CHERNIVSKY

100
AUS DER CHRONIK

Eine kurze Auswahl antisemitischer Ereignisse
VON CHRONIK.LE



6 DOKUMENTATION UND PRAXIS

104
WER UND WAS IST CHRONIK.LE?

VON CHRONIK.LE

105
HOW TO: EREIGNISSE MELDEN

VON CHRONIK.LE

106
SUPPORT YOUR HINTERLAND – SOLIDARISCH UND PRAGMATISCH

VON PIA SIEMER

108
VORWÄRTS IMMER RÜCKWÄRTS NIMMER

Solidarische Praxis in die Offensive.

VON SARAH SCHRÖDER

110
ANLAUFSTELLEN

VON CHRONIK.LE

chronik.LE

1 KAPITEL WAHLEN UND PARTEIEN

Die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen haben das Jahr 2024 auch in Leipzig und Umgebung maßgeblich geprägt. Was all diese Wahlen verbindet, sind die Stimmengewinne von extrem rechten Parteien. Die Inhalte und Strategien dieser Parteien zeigen entgegen ihrer Selbstverharmlosung deutlich, dass es schlussendlich um einen völkisch-nationalistischen Umbau der Gesellschaft geht.

Angesichts der Wahlerfolge der AfD befassen wir uns in diesem ersten Kapitel schwerpunktmäßig mit dieser Partei nehmen aber auch die Freien Sachsen in den Blick. Das Kapitel beginnen wir mit einem chronik.LE-Text zur politischen Einordnung der AfD auf Grundlage ihres inhaltlichen Programms, ihrer Entwicklung und den zentralen Personen der Partei. Anschließend geben wir einen umfassenden Überblick zu den sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2024 und Sachsens Landtagswahl im September 2024. Hierbei blicken wir insbesondere auf die Ergebnisse sowie die Mandatsträger*innen extrem rechter Parteien in Leipzig, im Landkreis Leipzig und im Landkreis Nordsachsen. Mit Blick auf die Ergebnisse wird deutlich, dass es sich bei den Freien Sachsen weiterhin um eine Kleinstpartei handelt, die dennoch in einige kommunale Parlamente einziehen konnte. Johannes Kiess und Michael Nattke geben einen Überblick über die neonazistische Partei und prognostizieren, was von ihr zu erwarten ist. Die AfD ist mit erschreckend hohen Wahlergebnissen in sächsischen Kommunal- und im Landesparlament vertreten. Die Abgrenzung der demokratischen Parteien, die sogenannte Brandmauer, ist in aller Munde und scheint zu bröckeln. Steven Hummel und Anika Taschke gehen daher in ihrem Artikel der Frage nach: Hält die Brandmauer in Leipzig? Welche konkreten Folgen diese Entwicklungen und die Machtverschiebungen in den Kommunalparlamenten und im Landtag haben, diskutiert Luise Mosig. Sie zeigt in ihrem Artikel anhand von konkreten Beispielen aus der Region die Bedrohung von Demokratieprojekten durch die AfD. Abschließend sprechen wir in einem Interview mit dem zivilgesellschaftlichen Bündnis AfD-Verbot Jetzt!, was die gleichnamige Kampagne gestartet hat und der Meinung ist, dass ein Verbotsverfahren als Stoppschild gegen die weitere Rechtsverschiebung dienen kann. ■





photo: Christoph Hedtke

EINE VÖLKISCH-NATIONALISTISCHE PARTEI: ZUR POLITISCHEN EINORDNUNG DER AfD

von chronik.LE

Noch immer wird über die politische Einordnung der AfD gestritten. Dabei lässt sie sich klar der extremen Rechten zuordnen^[1], was sich mit Blick auf ihr inhaltliches Programm, die Entwicklung der Partei und ihre zentralen Personen belegen lässt.

Entwicklung

Die Geschichte der AfD lässt sich als Erfolgsgeschichte beschreiben: Bereits wenige Monate nach ihrer Gründung im Februar 2013 hat die AfD 16 Landesverbände und 10.000 Parteimitglieder. Der Bundestagseinzug im selben Jahr scheitert nur knapp, 2014 gelingt der Einzug in den Leipziger Stadtrat mit 6,4 Prozent sowie in den sächsischen Landtag mit 9,7 Prozent. Mit der stärkeren Hinwendung zum Thema Migration 2015 verstärkt sich der Wahlerfolg der Partei besonders im Osten. 2017 gelingt der Einzug in den Bundestag (12,6 Prozent). 2018 ist die AfD nach ihrem Einzug in die Landesparlamente von Bayern und Hessen in den Landtagen aller deutschen Bundesländer vertreten. Sowohl im Leipziger Stadtrat (14,9 Prozent) als auch im Sächsischen Landtag (27,5 Prozent) kann die Partei ihre Wahlergebnisse 2019 deutlich verbessern. Dadurch können immer mehr Menschen ihren Lebensunterhalt mit extrem rechter Politik verdienen. 2021 zieht die AfD erneut in den Bundestag ein (10,9 Prozent). Trotz einiger Rückschläge kann die Partei besonders in 2023 und 2024 einen deutlichen Zuwachs verzeichnen und hat mittlerweile mehr als 50.000 Parteimitglieder. Sowohl bei der Stadtratswahl (17,0 Prozent) als auch bei der Landtagswahl (30,6 Prozent) 2024 kann sie moderat zulegen, wird aber jeweils nicht stärkste Kraft.



Björn Höcke mit Mitgliedern der Jungen Alternative Sachsen bei einer AfD-Kundgebung im Mai 2022 in Grimma. Unter ihnen mehrere Mitglieder der später verhafteten „Sächsischen Separatisten“.

Die Geschichte der AfD lässt sich auch als eine Geschichte von Radikalisierung und Spaltungen beschreiben: Nach der Gründung des Flügels, eine Art innerparteiliches Netzwerk der völkischen Strömung innerhalb der AfD, kommt es auf dem Essener Parteitag im Juli 2015 zu einem ersten Kräfteressen. Der auf Koalitionsfähigkeit und Regierungskurs setzende Parteivorsitzende Lucke unterliegt und verlässt mit circa 20 Prozent der Mitglieder die Partei, Frauke Petry und Jörg Meuten werden das neue Führungsduo. Unmittelbar nach dem erfolgreichen Bundestagseinzug im September 2017 verlässt Petry zusammen mit einigen wenigen Abgeordneten und Mitgliedern die AfD. Meuthen und Alexander Gauland (bis 2019) beziehungsweise Tino Chrupalla (seit 2019) führen die Partei daraufhin. Im Januar 2022 verlässt schließlich auch Meuthen die AfD, seitdem sind Chrupalla und Alice Weidel Parteivorsitzende. Der Verschleiß an Parteivorsitzenden ist hoch, vier von fünf ehemaligen Parteivorsitzenden haben die Partei im Streit verlassen, immer spielte die Rechtsverschiebung eine Rolle.

Inhalt

Die AfD ist antipluralistisch, antiegalitär und vertritt ein völkisch-nationalistisches Programm. Die AfD ist antipluralistisch, weil sie nicht akzeptieren will, dass es in der Gesellschaft unterschiedliche Interessen, Meinungen und Haltung gibt. Sie nimmt vielmehr für sich in Anspruch, für einen imaginierten einheitlichen Volkswillen zu sprechen. Eine solche Perspektive duldet keine Abweichung und Verschiedenheit, alles hat sich dem Kollektiv unterzuordnen. Die AfD ist antiegalitär, weil für sie nicht alle Menschen gleich an Rechten sind. Vielmehr herrscht bei der AfD ein Menschen- und Gesellschaftsbild, welches von der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht. Damit werden Individuen als Vertreter*innen ihrer Gruppe klare Rollen zugeschrieben, die sie erfüllen müssen. Die AfD ist völkisch-nationalistisch, weil sie Menschen nach rassistischen Kriterien sortiert und hierarchisiert.

Beispielhaft ist das im Bereich der Familienpolitik nachzuvollziehen. Das Programm der sächsischen AfD zur Landtagswahl 2024 beginnt mit dem Thema „Familie und Demographie“.^[2] Die Partei stellt hier die Familie, bestehend aus Vater, Mutter^[3] und Kindern „entsprechend der mehrheitlich gelebten Wirklichkeit“, in das Zentrum ihrer Ausführungen. Davon abweichende Lebensentwürfe und -realitäten kommen lediglich als Ne-

[1] Die Einordnung folgt der kritischen Rechtsextremismusforschung, vgl. dazu chronik.LE (2020): Rechtsaußen in der Kommunalpolitik, Leipzig: Engagierte Wissenschaft; Virchow, Fabian (2020): Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten?, Notes du Cerfa Nr. 152, Paris: Iliri; Cremer, Hendrik (2024): Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden wir brauchen. Wie gefährlich die AfD wirklich ist, Berlin: Piper Verlag GmbH.

[2] Alle nachfolgenden Zitate aus: AfD Sachsen (2024): Damit Sachsen Heimat bleibt. Wahlprogramm Landtagswahl Sachsen 2024.

[3] Menschen jenseits des binären geschlechtlichen Systems kommen bei der AfD erst gar nicht vor.

gativbeschreibung vor. Sächsische Familien sollen zum Kinder bekommen angehalten werden, dafür schwebt der AfD ein „Baby-Begrüßungsgeld“ in Höhe von 5.000 Euro vor – gekoppelt an die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft. Weiterhin soll Müttern (aber nicht den Vätern) in Form eines „Landeserziehungsgeldes“ mehr finanzielle Unterstützung zuteilwerden – gekoppelt an die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft. Abtreibungen stehen dem Ziel der Erhöhung der Geburtenrate sächsischer Kinder entgegen: „Wir bekennen uns zum Leben und lehnen ein Grundrecht auf Abtreibung ab.“ All das, so die AfD, diene dem „Bevölkerungsbestand“ und solle „das Erbe unserer Kulturlandschaft sowie unserer gewachsenen Industrie- und Landwirtschaft [...] erhalten.“ Kinder bekommen im Dienste des Volkes also.

Die AfD legt fest, dass eine Familie aus Vater, Mutter und mehreren Kindern zu bestehen hat. Damit geht auch eine klare Rollenverteilung einher: Frauen müssten deutlich mehr Kinder bekommen als bisher und seien dann auch für deren Aufwachsen und Erziehung zuständig. Frauen sind damit nicht gleichberechtigt, sondern angehalten, individuelle Wünsche und Perspektiven dem deutschen Volkwohl unterzuordnen. Das deutsche Volk versteht das Wahlprogramm offiziell als die Gemeinschaft deutscher Staatsbürger*innen, aus anderen Äußerungen von AfD-Politiker*innen wird aber klar, dass vielmehr nach rassistischen Kriterien definiert wird, wer Deutsche*r ist und wer nicht.

Personal

Für die geschilderte Entwicklung und inhaltliche Verortung der Partei stehen auch relevante AfD-Politiker*innen aus der Region. Siegbert Droese (* 1969) war von 2017 bis 2021 Bundestagsabgeordneter, seit 2019 ist er Mitglied des Leipziger Stadtrats und seit 2024 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er gehört

zum völkischen Flügel der Partei und beteiligte sich in Leipzig an zahlreichen extrem rechten Straßenprotesten. Bereits 2015 warb er intensiv für die Zusammenarbeit der Partei mit Pegida und Legida. 2017 wurde ein Foto öffentlich, das Droese vor dem ehemaligen „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ im heutigen Polen zeigt. Er hat dabei seine Mütze abgenommen und die Hand auf die Brust gelegt – laut Droese ein Schnappschuss. Bei seiner Bewerbungsrede für den Listenplatz 11 der Europaliste im Jahr 2023 zitierte er zustimmend eine Aussage des österreichischen FPÖ-Politikers Andreas Mölzer von 2014. Dieser hatte die Europäische Union als „N*konglomerat“ bezeichnet, das „beherrscht von einer Bande von Lobbyisten“ sei. Droese bezeichnet die EU pauschal als „dysfunktional, übergriffig, undemokratisch“ und als „verkommen zum Zentrum des Regenbogen-Imperiums“.^[4]

Marius Beyer (* 1999) ist seit 2019 Mitglied des Leipziger Stadtrats. Zur Landtagswahl 2024 stand er auf dem aussichtslosen Platz 43 der AfD-Landesliste, er zog entsprechend nicht in den Landtag ein. Bei seiner Nominierung sprach er davon, die „Bolschewoken“^[5] aus dem Landtag zu schmeißen. Beyer ist für die Partei besonders im Leipziger Osten wichtig, dort ist er gut verankert. In der Vergangenheit hatte er mehrfach eine zentrale Rolle bei rechten und rassistischen Straßenprotesten in den Stadtteilen Engelsdorf, Paunsdorf und Stötteritz inne.

Schluss

Die AfD ist die relevanteste Partei der extremen Rechten. Betrachtet man die Entwicklung der Partei, analysiert ihr inhaltliches Profil und schaut auf zentrale Protagonist*innen wird klar, dass es der AfD um einen völkisch-nationalistischen Umbau der Gesellschaft geht. Die AfD ist brandgefährlich, eine Normalisierung und Zusammenarbeit mit ihr ebenso. ■

[4] chronik.LE vom 30.07.2023: Rassistische und queerefeindliche Rede von Siegbert Droese bei Nominierung als AfD-Kandidat zur Europa-Wahl in Magdeburg, online abrufbar unter: [chronik.org](https://www.chronik.org).

[5] Rietzschel, Antonie (2024): Nach Angriff auf Leipziger AfD-Stadtrat: Solidarität auch mit Scharfmachern?, In: Leipziger Volkszeitung vom 29.04.2024, online abrufbar unter: [lvz.de](https://www.lvz.de).



AfD-Transparent bei einer verschwörungsideologischen Demonstration unter dem Motto „Ami go home“ im November 2022 in Leipzig.

RECHTSAUSSEN IN DER KOMMUNE

225 Mandate für AfD & Co in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten

von chronik.LE

2024 kommen die AfD und die Freien Sachsen bei der Stadtratswahl in Leipzig und den Kreistagswahlen in Nordsachsen und im Landkreis Leipzig auf 69 Mandate – eine Steigerung um fast 50 Prozent. Während diese in der Stadt Leipzig moderat ausfällt, ist die AfD in den beiden Kreistagen jetzt die stärkste Fraktion. In den beiden Landkreisen erhalten die zwei Rechtsaußen-Parteien sowie zwei weitere extrem rechte Listen außerdem 156 Mandate in Stadt- und Gemeinderäten.

In der folgenden Übersicht stellen wir zunächst die Wahlergebnisse und Mandatsträger*innen auf Ebene der Kreistage und im Stadtrat Leipzig vor. Anschließend gehen wir kurz auf die Resultate in den Stadt- und Gemeinderäten in den Landkreisen ein. Die Ortschaftsräte bleiben – bis auf die in Leipzig – außerhalb der Betrachtung, da die Anzahl der kommunalen Räte und der gewählten Personen es an dieser Stelle nicht erlaubt, die Situation in einzelnen Orten näher zu beleuchten.

Kreistag Nordsachsen

Bei den Kommunalwahlen im Juni 2024 kann die AfD in der Region um Leipzig vor allem im Landkreis Nordsachsen stark zulegen. Bei der Wahl zum Kreistag kommt die Rechtsaußen-Partei auf 31,5 Prozent und steigert damit ihr Ergebnis gegenüber 2019 um 12,1 Prozentpunkte. Mit 25 Sitzen (plus 9) ist die AfD jetzt noch vor der CDU (28,1 Prozent, 22 Sitze) stärkste Fraktion im 80-köpfigen Kreistag. Nachdem Nordsachsen bei der vorigen Kreistagswahl noch ein vergleichsweise niedriges AfD-Ergebnis hatte, liegt der Landkreis nun im Mittelfeld. Die Ergebnisse bei den Kreistagswahlen reichen von 27,2 Prozent im Landkreis Leipzig (siehe unten) bis zu 36,1 Prozent im Landkreis Görlitz.

Die erstmals angetretenen Freien Sachsen erreichen bei der Kreistagswahl 3,2 Prozent, was 3 Mandaten entspricht und knapp nicht zur Bildung einer eigenen Fraktion ausreicht.

Besonders stark schneidet die AfD mit Werten zwischen 33 und 36 Prozent in den Wahlkreisen 4 (Bad Dübener Heide u.a.), 5 (Eilenburg u.a.), 7 (Belgern-Schildau u.a.) und 8 (Oschatz u.a.) ab. In den drei Wahlkreisen, die näher bei Leipzig liegen, erreicht die Partei jeweils

weniger als 30 Prozent. Gleiches gilt für den Wahlkreis 6 (Torgau u.a.). Hier trat mit den Aktiven Bürgern für Demokratie in der Region Torgau (ABDT) ein neues Wahlbündnis in Erscheinung, für das frühere CDU-Politiker*innen und der parteilose Oberbürgermeister von Torgau ins Rennen gingen. Vermutlich hat diese neue, bürgerlich-konservative Liste die AfD einige Prozentpunkte im Wahlkreis 6 gekostet.

Für den Kreistag in Nordsachsen hat die AfD diesmal 33 Kandidat*innen aufgestellt, neun mehr als 2019. Die Freien Sachsen traten mit immerhin 19 Kandidat*innen an. Die Basis wollte mit drei Kandidat*innen in zwei Wahlkreisen antreten, verfehlte jedoch die nötigen Unterstützungsunterschriften. 2019 hatte die damalige NPD (heute: Die Heimat) noch acht Kandidat*innen aufgeboden, von denen einer in den Kreistag gewählt wurde. Inzwischen agieren die Mitglieder dieser traditionsreichen Neonazi-Partei in Sachsen meist unter dem Deckmantel der 2021 gegründeten Sammlungsbewegung Freie Sachsen. In Nordsachsen prominent in Person von Paul Rzehaczek aus Eilenburg (ehemaliger Stadt- und Kreisrat für die NPD, 2019–2022 Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten). Das Ergebnis der Freien Sachsen reichte aber nicht für seine Rückkehr in den Kreistag oder den Stadtrat.

Die 25 Mandate der AfD verteilen sich auf 10 Personen, die bereits in der vorigen Wahlperiode dem Kreistag angehört haben, und 15 neue Kreisrät*innen.

Bisherige AfD-Kreisräte:

- ▶ Jörg Hofmann aus Rackwitz (* 1961, Triebfahrzeugführer)
- ▶ Klaus Hofmann aus Taucha (* 1951, Rentner)
- ▶ René Bochmann aus Bad Dübener Heide (* 1969, Kreisvorsitzender, Bundestagsabgeordneter)
- ▶ Felix Jüngling aus Dommitzsch (* 1990, Angestellter, stellvertretender Vorsitzender der Kreisratsfraktion)
- ▶ Maiko Lemm aus Eilenburg (* 1962, selbstständig)
- ▶ Ferdinand Wiedeburg aus Eilenburg (* 1956, Rentner, seit September 2024 Landtagsabgeordneter, neuer Vorsitzender der Kreisratsfraktion)
- ▶ Enrico Grubne aus Oschatz (* 1971, selbstständig, stellvertretender Schatzmeister des Kreisverbandes)
- ▶ Roland Neumann aus Wermsdorf (* 1948, Rentner)
- ▶ Rico Winterlich aus Mügeln (* 1972, selbstständig, Beisitzer im Kreisvorstand, bisher Vorsitzender der

Kreistagsfraktion)

- ▶ Alexander Fritsch aus Oschatz (* 1989, Angestellter)

Neue AfD-Kreisrät*innen:

- ▶ Manuela Scherwing aus Schkeuditz (* 1967, Schatzmeisterin im Kreisvorstand)
- ▶ Steffen Zühlke aus Schkeuditz (* 1966, Kraftfahrer), Nachrücker für André Wilde aus Schkeuditz (*1972, selbständig), der das Mandat nicht angenommen hat
- ▶ Theodor Arnold aus Delitzsch (* 1950, Rentner, war 2014–2019 schon mal Kreisrat und wollte stellvertretender Landrat werden, hat dafür aber keine Mehrheit bei der konstituierenden Sitzung des Kreistages im September 2024 bekommen)
- ▶ Bernd Rittmeyer aus Delitzsch (* 1950, Rentner)
- ▶ Marianne Hube aus Delitzsch (* 1957, Rentnerin)
- ▶ Jens Kuhnert aus Schkeuditz (* 1977, Werkstattleiter)
- ▶ Waltraut Lapis-Rubel aus Jesewitz (* 1956, Rentnerin)
- ▶ Arthur Wagner aus Bad Dübén (* 1969, Triebfahrzeugführer, Beisitzer im Kreisvorstand)
- ▶ Babett Pötzsch aus Mockrehna OT Strelln (* 1972, selbstständig)
- ▶ Benno Wagner aus Doberschütz (* 1954, Rentner)

- ▶ Tobias Heller aus Oschatz (* 1986, stellvertretender Kreisvorsitzender, seit September 2024 Landtagsabgeordneter, bisher Geschäftsführer der Kreistagsfraktion)
- ▶ Marcus Fromm aus Mockrehna (* 1983, Angestellter)
- ▶ Erwin Ellguth aus Mockrehna (* 1950, Rentner, ehemals Parteimitglied der Linken)
- ▶ Jana Kätzmer aus Belgern-Schildau (* 1976, Büroleiterin von René Bochmann, im Kreisvorstand zuständig für Mitgliederverwaltung)
- ▶ Uwe Joite aus Oschatz (* 1962, selbstständig)

Auffällig ist der große Anteil an Rentner*innen (neun Personen), fast die Hälfte der Fraktionsmitglieder (12 von 25) ist bereits älter als 60 Jahre. Fast der gesamte Kreisvorstand der AfD (6 Personen) ist in der AfD-Fraktion im Kreistag Nordsachsen vertreten, außerdem alle Bundes- beziehungsweise Landtagsabgeordneten aus Nordsachsen (3 Personen).

Für die Freien Sachsen ziehen folgende drei Personen als fraktionslose Kreisrät*innen in den Kreistag ein:

- ▶ Raina Platz aus Krostitz (* 1963, Kellnerin)
- ▶ Uwe Jahn aus Eilenburg (* 1971, Gastwirt)
- ▶ Uta Hesse aus Mügeln (* 1986, „Geburthüterin“ und „Hebahnin“, kandidierte 2022 als Landrätin)

Gremium	Wahlergebnis in % (in Klammern Vgl. zu 2019)	Kandidaturen	Besetzte Mandate	Anmerkungen	Weitere Rechtsaußen-Mandate
KT Nordsachsen	31,5 % (+12,1)	33	25		3 (FS: 3,2 %)
SR Bad Dübén	22,1 % (+22,1)	5	4		
SR Belgern-Schildau	34,9 % (+34,9)	4	4	unbesetzte Plätze	
SR Delitzsch	27,9 % (+11,9)	9	8		
GR Doberschütz	24,5 % (+11,1)	3	3	unbesetzte Plätze	
SR Dommitzsch	33,5 % (+8,0)	5	5		
SR Eilenburg	31,7 % (+10,3)	10	7		1 (FS: 5,4 %)
GR Elsnig	24,9 % (+16,0)	2	2	unbesetzte Plätze	
GR Mockrehna	29,2 % (+29,2)	2	2	unbesetzte Plätze	
SR Mügeln	27,5 % (+8,6)	11	5		1 (FS: 3,0 %)
GR Naundorf	15,7 % (+15,7)	1	1	unbesetzte Plätze	
SR Oschatz	33,9 % (+11,3)	12	9		1 (FS: 2,6 %)
GR Rackwitz	24,8 % (+0,9)	1	1	unbesetzte Plätze	
SR Schkeuditz	26,8 % (+26,8)	3	3	unbesetzte Plätze	
SR Taucha	23,0 % (+5,7)	4	4	unbesetzte Plätze	
SR Torgau	27,9 % (+9,7)	6	6		
GR Wermisdorf	30,3 % (+10,6)	6	6		

Übersicht AfD Mandate in Nordsachsen
(KT = Kreistag, SR = Stadtrat, GR = Gemeinderat, FS = Freie Sachsen)

Kreistag Landkreis Leipzig

Im Landkreis Leipzig kommt die AfD bei der Kreistagswahl auf 27,2 Prozent, eine Steigerung um 5,8 Prozentpunkte gegenüber der Wahl 2019. Das entspricht, wie in Nordsachsen, 25 Mandaten (plus 6), allerdings hat das Gremium im Landkreis Leipzig insgesamt 92 statt der 80 Sitze im Kreistag Nordsachsen. Wie in Nordsachsen liegt die AfD auch im Landkreis Leipzig vor der CDU, die 25 Prozent und 23 Sitze erzielt. Das AfD-Ergebnis im Landkreis Leipzig ist das niedrigste aller sächsischen Landkreise.

Die Freien Sachsen erreichen 3,5 Prozent, was drei Mandaten entspricht und wie in Nordsachsen nicht zur Bildung einer eigenen Fraktion reicht.

Besonders gut schneidet die AfD mit Werten zwischen 28 und 33 Prozent in den Wahlkreisen 2 (Zwenkau u.a.), 4 (Borna u.a.), 7 (Naunhof u.a.) und 9 (Wurzen u.a.) ab. Die Freien Sachsen erreichen in den Wahlkreisen 2, 4 und 9 sowie 8 (Bennewitz u.a.) zwischen 3,7 und 5 Prozent.

Die AfD hat im Landkreis Leipzig mit 77 Kandidat*innen (plus 16) mehr als doppelt so viele Personen ins Rennen geschickt wie für den Kreistag in Nordsachsen. Auch die Freien Sachsen boten mit 28 Kandidat*innen mehr Personen auf als in Nordsachsen. Ein Kandidat der Freien Sachsen, Rainer Umlauf aus Grimma (ehemaliger Oberbürgermeister-Kandidat und Beisitzer im Landesvorstand), verstarb im März 2024 und wurde daher von der Liste gestrichen. Auch im Landkreis Leipzig kandidierten einige Personen, die zuvor für die ehemalige NPD, die Jungen Nationalisten oder andere neonazistische Gruppierungen aktiv waren, für die Freien Sachsen.

Im Landkreis Leipzig gibt es mehr personelle Veränderungen als in Nordsachsen. Die 25 Mandate der AfD verteilen sich auf lediglich 8 Personen, die bereits in der vorigen Wahlperiode dem Kreistag angehörten, und 17 neue Kreisrät*innen. Im Laufe der vorigen Wahlperiode hatten mehrere Kreisrät*innen der AfD ihr Mandat niedergelegt oder die Fraktion verlassen, der zuletzt nur noch 16 Personen angehörten.

Bisherige AfD-Kreisrät*innen:

- ▶ Torsten Breidel aus Groitzsch (* 1969, Disponent)
- ▶ Ingo Weitzmann aus Böhlen (* 1968, Dreher, bisher Vorsitzender der Kreistagsfraktion, tritt im Oktober 2024 aus Fraktion aus)
- ▶ Sebastian Weber aus Zwenkau (* 1989, selbständig, Videostreamer „Weichreite TV“)
- ▶ Michael Krause aus Borna (* 1962, Geschäftsführer, Sicherheitsbeauftragter im Kreisvorstand)
- ▶ Werner Helmut de Vecchis aus Grimma (* 1950, Ingenieur, bisher stellvertretender Vorsitzender der Kreistagsfraktion)
- ▶ Anke Naumann aus Naunhof (* 1973, Krankenschwester)
- ▶ Stefan Meißner aus Bad Lausick OT Buchheim

(* 1989, Dipl. Ing. [FH] für Kraftfahrzeugtechnik)

- ▶ Ingo Börner aus Brandis (* 1968, Bauunternehmer)

Neue AfD-Kreisrät*innen:

- ▶ Edgar Naujok aus Markranstädt (* 1960, Kreisvorsitzender, Bundestagsabgeordneter)
- ▶ Andy Borchert aus Pegau (* 1972, Bergmann)
- ▶ Jörg Dornau aus Rötha (* 1970, stellvertretender Kreisvorsitzender, Landtagsabgeordneter, neuer stellvertretender Vorsitzender der Kreistagsfraktion)
- ▶ Thomas Frank Löwe aus Großpösna (* 1978, Lehrer, neuer Vorsitzender der Kreistagsfraktion)
- ▶ Michael Slodowski aus Großpösna (* 1966, selbstständig)
- ▶ Anja Ritter aus Borna (Sachverständige, Geschäftsstellenleiterin)
- ▶ Evelyn Sander aus Borna (* 1960, Fachkrankenschwester)
- ▶ Hannes Kirmse aus Naunhof (* 1992, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Schriftführer im Kreisvorstand)
- ▶ Dietmar Frisch aus Frohburg (* 1965, Diplom-Ingenieur)
- ▶ Matthias Heinich aus Frohburg (* 1962, Forstwirt)
- ▶ Ralph-Peter Dommel aus Grimma OT Großbardau (* 1965, Heizungsbaumeister)
- ▶ Rolf-Jürgen Streller aus Naunhof (* 1967, Handwerksmeister)
- ▶ Tobias Paul aus Machern (* 1973, selbstständig)
- ▶ Benjamin Rosenberger aus Brandis OT Beucha (* 1986, Grünanlagenpfleger)
- ▶ Nico Kindel aus Thallwitz (* 1990, Kfz-Mechaniker)
- ▶ David Kramer aus Wurzen (* 1975, Vorarbeiter, bisher Stadtrat für das Neue Forum für Wurzen)
- ▶ Lars Vogel aus Wurzen (* 1982, Haustechniker, bisher Stadtrat für das Neue Forum für Wurzen)

Der frühere AfD-Fraktionsvorsitzende Bodo Walther aus Markranstädt kandidiert diesmal für die Unabhängige Wählervereinigung, verpasst aber den Einzug in den Kreistag. Die frühere Linke-Kreisrätin Roswitha Brunzloff aus Belgershain, zuletzt partei- und fraktionslose Kreisrätin, wollte diesmal für die AfD in den Kreistag, hat den Einzug aber auch verpasst.

Die neue AfD-Fraktion im Landkreis Leipzig ist etwas jünger als die in Nordsachsen. Nur fünf der 25 Mitglieder sind bereits über 60 Jahre alt, darunter der Kreisvorsitzende Edgar Naujok. Der im Mai 2024 neu gewählte Kreisvorstand ist mit 4 Personen in der AfD-Kreistagsfraktion vertreten, ebenso die beiden Bundes- und Landtagsabgeordneten des Landkreises. Auffällig ist, dass die bisherige Fraktionsführung komplett ausgetauscht wurde. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Ingo Weitzmann verlässt daraufhin im Oktober 2024 die Fraktion, die dadurch auf 24 Mitglieder schrumpft. Für die Freien Sachsen ziehen die folgenden drei Personen als fraktionslose Kreisräte in den Kreistag ein:

- ▶ Ingo Hauser aus Zwenkau (* 1974, Handwerksmeister)
- ▶ Andreas Wolfgang Gerhardt aus Borna (* 1956,

Gremium	Wahlergebnis in % (in Klammern Vgl. zu 2019)	Kandidaturen	Besetzte Mandate	Anmerkungen	Weitere Rechtsaußen-Mandate
KT Leipzig	27,2 % (+5,8)	77	25 (24)	Ingo Weitzmann seit 10/2024 fraktionslos	3 (FS: 3,5 %)
SR Bad Lausick	27,1 % (+4,6)	9	5		
GR Belgershain	22,7 % (+5,9)	1	1	unbesetzte Plätze	
GR Bennewitz	-	-			2 (FS: 13,9 %)
SR Böhlen	26,1 % (+3,7)	9	4		
SR Borna	25,6 % (+2,8)	9	6		1 (BBB: 3,4 %)
GR Borsdorf	21,1 % (+7,5)	1	1	unbesetzte Plätze	
SR Brandis	29,8 % (+9,2)	4	4	unbesetzte Plätze	1 (FS: 2,9 %)
SR Colditz	15,1 % (+15,1)	1	1	unbesetzte Plätze	
SR Frohburg	26,0 % (+7,6)	3	3	unbesetzte Plätze	
SR Geithain	-	-	-		3 (FLG: 18,3 %)
SR Grimma	25,0 % (+8,8)	14	6		1 (FS: 2,8 %)
SR Groitzsch	20,0 % (+6,1)	1	1	unbesetzte Plätze	
GR Großpösna	21,9 % (+5,8)	10	4		
SR Kitzscher	21,8 % (+6,6)	3	3	unbesetzte Plätze	
GR Lossatal	22,4 % (+8,6)	1	1	unbesetzte Plätze	
GR Machern	22,9 % (+8,9)	1	1	unbesetzte Plätze	
SR Markkleeberg	17,5 % (+2,3)	1	1	unbesetzte Plätze	
SR Markranstädt	23,8 % (+5,5)	6	5		
SR Naunhof	21,1 % (+5,3)	4	4		- (FS: 2,1 %)
GR Neukieritzsch	25,1 % (+10,4)	2	2	unbesetzte Plätze	
GR Otterwisch	12,3 % (+12,3)	1	1	unbesetzte Plätze	
GR Thallwitz	32,4 % (+11,5)	5	5		
SR Trebsen	-	-	-		2 (FS: 16,6 %)
SR Pegau	17,1 % (+9,2)	1	1	unbesetzte Plätze	
SR Regis-Breitungen	26,8 % (+26,8)	3	3	unbesetzte Plätze	
SR Rötha	23,4 % (+10,5)	3	3	unbesetzte Plätze	
SR Wurzen	30,6 % (+14,9)	7	7		
SR Zwenkau	19,7 % (+19,7)	1	1	unbesetzte Plätze	

Übersicht AfD-Mandate im Landkreis Leipzig
(KT Kreistag, SR Stadtrat, GR Gemeinderat, FS Freie Sachsen, BBB Bürgerbewegung Borna, FLG Freie Liste Geithain)

Kfz-Meister, Rentner, trat bei der Stadtratswahl für die Bürgerbewegung Borna an)

- Eric Sallie aus Bennewitz (* 1989, Kommunikationstechniker)

Stadtrat Leipzig

In der Stadt Leipzig kann die AfD bei der Stadtratswahl gegenüber 2019 nur leicht um 2,1 Prozentpunkte auf 17,0 Prozent zulegen. Dies entspricht 12 Mandaten im Stadtrat (plus 1). Damit liegt die Partei in Leipzig knapp hinter CDU (18,9 Prozent, 13 Mandate) und Linke (17,5 Prozent, 12 Mandate) auf dem dritten Platz. Die Freien Sachsen kommen nur auf 1,0 Prozent und damit einen Sitz im Stadtrat. Die Basis erreicht nur 0,1 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Am besten schneiden AfD und Freie Sachsen mit Werten zwischen 17 und 28 Prozent beziehungsweise zwi-

schen 1,1 und 1,6 Prozent in den äußeren und nördlichen Wahlkreisen 1 (Nordost), 2 (Ost), 6 (West), 8 (Nordwest) und 9 (Nord) ab. Dies sind auch die Gebiete mit einer niedrigeren Wahlbeteiligung mit nur 56 bis 66 Prozent. In den Wahlkreisen, in denen der Zuspruch für die Rechtsaußen-Parteien geringer ausfällt (in den Wahlkreisen Mitte und Süd sogar knapp unter zehn Prozent), ist die Wahlbeteiligung mit 68 bis 75 Prozent deutlich höher. Insgesamt haben 78 Personen für die AfD kandidiert, genau so viele wie 2019. Die Freien Sachsen schickten 19 Personen ins Rennen, Die Basis lediglich 3.

Anders als in den Kreistagen der beiden Landkreise gibt es im Leipziger Stadtrat nur wenige personelle Veränderungen bei der AfD. Neun Personen gehörten dem Stadtrat bereits in der vorigen Wahlperiode an, drei Stadträt*innen sind erstmalig Abgeordnete im Stadtrat.

Bisherige AfD-Stadträt*innen:

- ▶ Jörg Kühne (* 1968, Betriebsschlosser, bisher stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Landtagsabgeordneter 2019–2024)
- ▶ Christoph Neumann (* 1964, Diplom-Ingenieur--Pädagoge, Inhaber eines „Relocation-Service“, Bundestagsabgeordneter 2017–2021, 2020 Oberbürgermeisterkandidat Leipzig)
- ▶ Marius Beyer (* 1999, Mitarbeiter eines Landtagsabgeordneten, Mitglied des Kreisvorstandes)
- ▶ Tobias Keller (* 1964, Gas-Wasser-Installateurmeister, Landtagsabgeordneter seit 2019, Vorsitzender der Stadtratsfraktion)
- ▶ Roland Walter Hermann Ulbrich (* 1961, Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter 2019–2024)
- ▶ Siegbert Frank Droese (* 1969, Vorsitzender des Kreisverbandes, Bundestagsabgeordneter 2017–2021, seit 2024 Mitglied des Europäischen Parlaments, bisher Co-Vorsitzender der Stadtratsfraktion)
- ▶ Sylvia Deubel (* 1969, Technikerin für Gartenbau)
- ▶ Christian Kriegel (* 1956, Ingenieur-Ökonom für Polygrafie, Geschäftsführer der Stadtratsfraktion)
- ▶ Udo Bütow (* 1965, Bauingenieur)

Neue AfD-Stadträt*innen:

- ▶ Alexandra Hachmeister (* 1977, Konditormeisterin)
- ▶ Rocco Farkas (* 1980, Hauptbrandmeister)
- ▶ Karsten Fiedler (* 1965, Rechtsanwalt)

Ausgeschieden sind Karl-Heinz Obser, der nicht nochmal kandidiert hat, und Falk-Gert Pasemann. Letzterer kandidierte im Wahlkreis 8 auf Listenplatz 2, wurde aber von Karsten Fiedler (Listenplatz 5) überholt. Alexandra Hachmeister kandidierte im Wahlkreis 2 sogar nur auf Platz 11 und zieht trotzdem in den Stadtrat ein. Die drei neuen Stadträt*innen Hachmeister, Farkas und Fiedler sind auch bei den Ortschaftsratswahlen in Engelsdorf, Böhlitz-Ehrenberg und Lützschena-Stahmeln angetreten und haben dort offenbar einen starken Rückhalt. Insgesamt zieht die AfD mit 14 Personen in 9 der 14 Ortschaftsräte ein:

- ▶ OR Lindenthal: 32,4 Prozent, 2 Sitze
- ▶ OR Burghausen: 32,2 Prozent, 1 Sitze
- ▶ OR Engelsdorf: 30,3 Prozent, 3 Sitze
- ▶ OR Wiederitzsch: 26,7 Prozent, 1 Sitz
- ▶ OR Liebertwolkwitz: 25,0 Prozent, 2 Sitze
- ▶ OR Böhlitz-Ehrenberg: 24,2 Prozent, 2 Sitze
- ▶ OR Lützschena-Stahmeln: 23,3 Prozent, 1 Sitz
- ▶ OR Holzhausen: 22,9 Prozent, 1 Sitz
- ▶ OR Miltitz: 19,8 Prozent, 1 Sitz

Die Hälfte der zwölf AfD-Stadträt*innen ist über oder knapp unter 60 Jahre alt. Drei der fünf bisherigen Landtagsabgeordneten aus Leipzig gehören auch dem Stadtrat an, wobei Jörg Kühne und Roland Ulbrich bei der Landtagswahl im September 2024 den Wiedereinzug verpassen. AfD-Stadtrat Marius Beyer kandidiert erfolglos für den Landtag. Dafür gelingt Siegbert Droese bei der Europawahl im Juni 2024 dank Listenplatz 11 der Einzug ins Europäische Parlament.

Für die Freien Sachsen zieht als fraktionsloser Abgeordneter in den Stadtrat ein: Jürgen Günter Butz (* 1954, Tischlermeister).

Unter den 19 Kandidat*innen der Freien Sachsen sind auch jüngere Personen, die von Neonazi-Demonstrationen und aus Strukturen wie der Neue-Stärke-Partei und dem sogenannten Active Club Leipzig bekannt sind. Ein Kandidat bezeichnet sich auf seiner Firmen-Website als „natürliche[r] souveräne[r] Mensch entspr. § 1 des BGB“ und „Deutscher nach Abstammung“ – deutliche Hinweise auf eine Reichsbürgergesinnung.

Stadt- und Gemeinderäte

Im Landkreis Nordsachsen tritt die AfD in 16 von 30 Städten und Gemeinden zu den Kommunalwahlen an, das sind 4 mehr als bei den Wahlen 2019. In diesen 16 Kommunen erringt sie insgesamt 70 Mandate. Die Ergebnisse reichen von 15,7 Prozent in Naundorf bis 34,9 Prozent in Belgern-Schildau. In 8 Kommunen bleiben Plätze unbesetzt, weil die AfD zu wenige Personen aufgestellt hat (insgesamt 84 Kandidat*innen). In 9 Kommunen stellt die Partei nun die stärkste Fraktion, darunter in den 5 größten Städten des Landkreises: Delitzsch, Taucha, Eilenburg, Torgau und Oschatz.

Die Freien Sachsen erringen mit 10 Kandidat*innen insgesamt 3 Mandate in Eilenburg, Oschatz und Mügeln. In Eilenburg bilden AfD und Freie Sachsen sogar eine gemeinsame Fraktion. Deren Vorsitzender ist Ferdinand Wiedeberg, der auch im Kreistag den Vorsitz der AfD-Fraktion übernimmt und im September 2024 als direkt gewählter Abgeordneter in den Landtag einzieht.

Im Landkreis Leipzig tritt die AfD in 25 von 30 Städten und Gemeinden an (2019: 22). Die Partei kommt mit 73 Mandaten auf ähnlich viele wie in Nordsachsen. Die Ergebnisse reichen von 15,1 Prozent in Colditz bis 30,6 Prozent in Wurzen. In Wurzen ist 2019 neben der AfD das Neue Forum für Wurzen (NFW) in den Stadtrat eingezogen. Zwei bisherige NFW-Stadträte sind zur Stadtrats- und Kreistagswahl diesmal für die AfD angetreten. Im Landkreis Leipzig bleiben sogar in 16 Kommunen Mandate unbesetzt, obwohl insgesamt 101 Personen für die AfD kandidiert haben. Sie stellen nun in 6 Kommunen die stärkste Fraktion, darunter in der Kreisstadt Borna und in Grimma.

Die Freien Sachsen kommen in 4 Kommunen auf 6 Mandate, nur in Naunhof scheitern sie am Einzug. Dieser gelingt in Trebsen unter anderem dem langjährigen NPD-Stadtrat Andreas Hufnagel, diesmal für die Freien Sachsen. Die Bürgerbewegung Borna gewinnt ein Mandat im Stadtrat, bei den Kreistagswahlen kandidieren ihre Vertreter*innen für die Freien Sachsen. Die Freie Liste Geithain (FLG) um den ehemaligen NPKader Manuel Kruppe (geborener Tripp) kommt wie bereits 2019 auf 3 Mandate. ■

AFD VERLIERT EIN MANDAT BEI DER LANDTAGSWAHL

von chronik.LE

Die AfD zieht zur Landtagswahl mit zwei neuen Abgeordneten aus Nordsachsen und vier bisherigen Abgeordneten aus der Stadt und dem Landkreis Leipzig in den Landtag ein. Ein Abgeordneter aus Leipzig aus der vorherigen Legislaturperiode verfehlt den Wiedereinzug.

Bei der Landtagswahl im September 2024 landet die AfD in Sachsen mit 30,6 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen knapp hinter der CDU (31,9 Prozent) auf dem zweiten Platz. Der Zugewinn für die Rechtsaußen-Partei fällt mit 3,1 Prozentpunkten etwas geringer aus als erwartet. Zum Vergleich: In Thüringen steigert sich die AfD bei der Landtagswahl um 9,4 Prozentpunkte, in Brandenburg um 5,7 Prozentpunkte. Anders als im Thüringer und Brandenburger Landtag bleibt die sächsische AfD mit 40 Mandaten im neuen Sächsischen Landtag ganz knapp unter der Sperrminorität von mehr als einem Drittel der 120 Sitze. Damit hätten sie Abstimmungen, die eine Zweidrittel-Mehrheit der Abgeordneten erfordern, wie zum Beispiel Verfassungsänderungen, blockieren können. Die Freien Sachsen scheitern mit 2,2 Prozent zwar deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde, nehmen der AfD aber vermutlich entscheidende Stimmen ab.

Aus der Region Leipzig ziehen insgesamt sechs Abgeordnete für die AfD ins Parlament ein, einer weniger als bisher. Grund für diesen Verlust: Aufgrund der vielen gewonnenen Direktmandate (28 in ganz Sachsen) ziehen nur zwölf Kandidat*innen über die Landesliste der Partei ein, ein bisheriger Abgeordneter aus Leipzig verfehlt den

Einzug. Unter den neuen AfD-Landtagsabgeordneten sind zwei direkt gewählte in Nordsachsen (Ferdinand Wiedeburg, Tobias Heller), drei über die Landesliste gewählte Kandidaten aus Leipzig (Holger Hentschel, Alexander Wiesner, Tobias Keller) sowie einer aus dem Landkreis Leipzig (Jörg Dornau). Die bisherige Landtagsabgeordnete Gudrun Petzold aus Mockrehna ist nicht nochmal angetreten. Ihr Direktmandat im Wahlkreis Nordsachsen 3 übernimmt ihr bisheriger Mitarbeiter Tobias Heller aus Oschatz. Den Wiedereinzug verfehlen die Abgeordneten Jörg Kühne aus Leipzig (sein Listenplatz 24 reicht knapp nicht) und Roland Ulbrich im Wahlkreis Nordsachsen 1 (nur direkt angetreten, aus der Landtagsfraktion war er Anfang 2024 ausgetreten). Beide sind aber weiterhin Stadträte in Leipzig.

Auch in der Region Leipzig kann die AfD ihre Zweitstimmen-Ergebnisse steigern. In den drei Wahlkreisen in Nordsachsen steigen die Ergebnisse um 4,7 bzw. 5,3 Prozentpunkte auf 32,0, 35,3 und 37,6 Prozent, in den vier Wahlkreisen im Landkreis Leipzig um 1,6 bis 4,8 Prozentpunkte auf 26,8 bis 33,8 Prozent. In der Stadt Leipzig fallen die Zugewinne mit 0 bis 2,3 Prozentpunkten geringer aus. Die AfD kommt hier auf Werte zwischen 10,1 Prozent (Leipzig 1) und 27,2 Prozent (Leipzig 5).

Bei den Direktstimmen legen die AfD-Kandidaten teilweise deutlicher zu: In Nordsachsen um 9,2 (Ulbrich), 8,9 (Wiedeburg) und 9,9 Prozentpunkte (Heller). Im Landkreis Leipzig betragen die Zugewinne zwischen 1,1 (Dornau) und 8,0 Prozentpunkten (Edgar Naujok), in der Stadt Leipzig zwischen 0,6 (Kühne) und 3,3 Prozentpunkten (Marius Beyer).

Wahlkreis	Erststimmen	Zweitstimmen	Direktkandidat*in (in Klammern der Listenplatz, fett die gewählten)
Nordsachsen 1	38,0 % (+9,2)	32,0 % (+4,7)	Roland Ulbrich (-)
Nordsachsen 2	39,6 % (+8,9)	35,3 % (+5,3)	Ferdinand Wiedeburg (-)
Nordsachsen 3	43,2 % (+9,9)	37,6 % (+5,3)	Tobias Heller (Liste: 53)
Leipzig Land 1	37,6 % (+8,0)	33,8 % (+4,8)	Edgar Naujok (-)
Leipzig Land 2	29,7 % (+6,4)	26,8 % (+3,5)	Ulrich Oehme (-)
Leipzig Land 3	30,6 % (+1,1)	30,9 % (+1,6)	Jörg Dornau (Liste: 22)
Leipzig Land 4	35,2 % (+6,1)	32,0 % (+3,2)	René Opolka (-)
Stadt Leipzig 1	10,8 % (+0,6)	10,1 % (+-0)	Jörg Kühne (Liste: 24)
Stadt Leipzig 2	26,7 % (+3,3)	25,1 % (+2,3)	Marius Beyer (Liste: 43)
Stadt Leipzig 3	18,1 % (+2,1)	17,1 % (+1,6)	Christoph Neumann (Liste: 34)
Stadt Leipzig 4	13,2 % (+1,2)	12,5 % (+0,6)	Alexander Wiesner (Liste: 10)
Stadt Leipzig 5	29,4 % (+3,2)	27,2 % (+2,3)	Petra Böhme (-)
Stadt Leipzig 6	13,0 % (+0,9)	12,4 % (+0,6)	Kai Günther (Liste: 38)
Stadt Leipzig 7	25,7 % (+3,2)	24,1 % (+2,1)	Tobias Keller (Liste: 17)
Stadt Leipzig 8	25,4 % (+2,4)	23,8 % (+1,6)	Holger Hentschel (Liste: 6)

Die Landtagsabgeordneten der AfD im Überblick



photo: chronik.LE



photo: Jan Kaefer



photo: Tim Mönch

Ferdinand Wiedeburg

- ▶ * 1956, aus Eilenburg
- ▶ gewählt im Wahlkreis Nordsachsen 2 (Eilenburg)
- ▶ seit 2019 Stadtrat in Eilenburg, Fraktionsvorsitzender
- ▶ seit 2019 Kreisrat in Nordsachsen, seit 2024 Fraktionsvorsitzender
- ▶ organisierte zahlreiche Straßenproteste gegen Geflüchtete in Eilenburg
- ▶ bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland bei einer rassistischen Demonstration im Januar 2023 in Strelln in Reichsbürger-Manier als GmbH und als von Amerikanern besetztes Land

Tobias Keller

- ▶ * 1964, aus Leipzig
- ▶ Direktkandidat im Wahlkreis Leipzig 7, Einzug über Landesliste (Platz 17)
- ▶ seit 2014 Stadtrat in Leipzig, Fraktionsvorsitzender
- ▶ seit 2019 Landtagsabgeordneter
- ▶ war Mitglied der DSU (1999–2012, zeitweise Landesvorsitzender) und bei Pro Sachsen

Tobias Heller

- ▶ * 1986, aus Oschatz
- ▶ gewählt im Wahlkreis Nordsachsen 3 (Torgau, Oschatz)
- ▶ seit 2019 Stadtrat in Oschatz, seit 2024 Kreisrat in Nordsachsen
- ▶ seit 2020 stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes
- ▶ kandidierte 2022 als Oberbürgermeister in Oschatz
- ▶ 2022–2024 Mitarbeiter von Mitglied des Landtags Gudrun Petzold (AfD) und Geschäftsführer der AfD-Kreistagsfraktion Nordsachsen
- ▶ äußert sich immer wieder geschichtsrevisionistisch, spricht mit Blick auf die deutschen Vertriebenen von der „größten ethnischen Säuberung der neueren Geschichte“^[1]
- ▶ hat als Motto auf seiner Website ein gegen den Parlamentarismus gerichtetes Zitat des Schriftstellers Ernst Jünger (1895–1998), der als einer der Wegbereiter des Nationalsozialismus gilt: „Die Rechtsverletzung kann auch legalen Anstrich tragen, etwa dadurch, daß die herrschende Partei eine verfassungsändernde Mehrheit bewirkt. [...] Bereits bei den Abstimmungen läßt sich oft schwer entscheiden, wo das Recht aufhört und die Gewalt beginnt.“

[1] chronik.LE vom 20.06.2024: AfD gedenkt in Torgau den deutschen Vertriebenen, online abrufbar unter: [chronik.org/](https://www.chronik.org/).



photo: Steven Hummel



photo: Christoph Heckke



photo: pixsarivorg

Holger Hentschel

- ▶ * 1985, aus Leipzig
- ▶ Direktkandidat im Wahlkreis Leipzig 8, Einzug über Landesliste (Platz 6)
- ▶ 2014–2020 Stadtrat in Leipzig
- ▶ 2017–2019 Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Christoph Neumann
- ▶ seit 2019 Landtagsabgeordneter

Jörg Dornau

- ▶ * 1970, aus Rötha
- ▶ Direktkandidat im Wahlkreis Leipzig Land 3, Einzug über Landesliste (Platz 22)
- ▶ seit 2019 Stadtrat in Rötha
- ▶ seit 2019 Landtagsabgeordneter
- ▶ kandidierte 2022 als Landrat im Landkreis Leipzig
- ▶ seit 2024 Kreisrat im Landkreis Leipzig
- ▶ stellvertretender Vorsitzender der AfD im Landkreis Leipzig
- ▶ Dornau spielt eine zentrale Rolle in rassistischen Protesten im Landkreis Leipzig, wobei er zahlreiche rassistische, verschwörungsideologische und antisemitische Narrative teilt
- ▶ Anfang 2024 wird bekannt, dass Dornau seit Oktober 2020 Anteilseigner und seit November 2023 Geschäftsführer eines Agrarunternehmens, konkret einer Zwiebfarm, in Belarus ist, entsprechende Einkünfte hätte er bei der Landtagsverwaltung angeben müssen. Das Landtagspräsidium verhängt gegen ihn daraufhin ein Ordnungsgeld in Höhe von 20.862 Euro. Einige Monate später wird bekannt, dass auf der Zwiebfarm politische Häftlinge arbeiten mussten.^[2]

Alexander Wiesner

- ▶ * 1989, aus Leipzig
- ▶ Direktkandidat im Wahlkreis Leipzig 4, Einzug über Landesliste (Platz 10)
- ▶ seit 2019 Landtagsabgeordneter
- ▶ 2020–2024 Vorsitzender der Jungem Alternative (JA) Sachsen
- ▶ Burschenschafter in einer schlagenden Verbindung^[3]
- ▶ kandidierte zur Europawahl 2024 auf Listenplatz 26

[2] Vgl. Reform.News vom 24.09.2024: „Die Zwiebeln schmecken“. Auf der Zwiebelplantage des AfD-Abgeordneten Jörg Dornau in Belarus arbeiten politische Häftlinge, online abrufbar unter: mdr.de/.

[3] Vgl. Berkenheide, Maximilian (2019): Schmissige Widersprüche, online abrufbar unter: lhze.de/.

DIE FREIEN SACHSEN BEI DER KOMMUNALWAHL 2024

Ein neonazistischer Erneuerungsversuch

von Johannes Kiess und Michael Nattke

Die neonazistische Kleinstpartei Freie Sachsen versuchte bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2024 den Sprung von der Straße in die Parlamente. Dort geht es ihnen wie bei ihren Aufmärschen allein um die Mobilisierung gegen die Demokratie und für einen faschistischen Umsturz.

Die Kleinstpartei Freie Sachsen ist einer der jüngeren Versuche der extremen Rechten, sich bewegungsaffiner aufzustellen und über enge Milieugrenzen wie die organisierte Neonaziszene hinweg zu mobilisieren. Ge-gründet im Februar 2021 in Schwarzenberg hat die Kleinstpartei in kurzer Zeit an Popularität gewonnen und sich auch über das Erzgebirge sowie die Stadt Chemnitz hinaus etabliert. Die Entstehung der Partei ist eng mit den Straßenprotesten während der Covid-19-Pandemie verknüpft. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Sachsen, wo die Verknüpfung antidemokratischer Ressentiments, Identitätsfragen und bestehender Strukturen der extremen Rechten als Strategie fruchteten – trotz oder teilweise auch wegen der ebenfalls hohen Mobilisierungskraft der AfD. Im Kern geht es den Freien Sachsen um die radikale Überwindung des liberal-demokratischen Rechtsstaates, gegen den sie beanspruchen, den „Widerstand“ zu organisieren. Sind diese Ziele insgesamt kennzeichnend für die extreme Rechte, so haben es die Freien Sachsen verstanden, das strategische Repertoire der neonazistischen Szene durch die effektive Kombination von Online- und Offline-Vernetzung zu modernisieren.^[1]



Stefan Trautmann aus Döbeln am Merchandising-Stand der Freien Sachsen.

Das Verhältnis der Freien Sachsen zu Wahlen

Der Parteivorsitzende Martin Kohlmann betont immer wieder, dass die Freien Sachsen nicht an das bestehende politische System glauben, und auch, dass dieses nicht mit den Mitteln des Systems allein überwunden werden kann. Die Demokratie wird von den Freien Sachsen grundsätzlich infrage gestellt und abgelehnt. Dennoch sind die Wahlteilnahme und aktive Gremienarbeit für die Freien Sachsen – nach eigener Aussage – wichtig und sie werben dafür, sich zu beteiligen. Das strategische Vorgehen und das instrumentelle, auf die Beschädigung und den Sturz der Demokratie ausgerichtete Kalkül stehen dabei im Vordergrund.

Die Freien Sachsen forderten ihre Mitglieder und Sympathisant*innen seit ihrer Gründung auf, zunächst an den Landratswahlen 2022 und dann vor allem an den Kommunalwahlen 2024 teilzunehmen. Auf dieser Ebene ist es im Vergleich zu Landtagswahlen relativ einfach, zumindest einzelne Mandate zu erringen. So müssen zum Beispiel auf kommunaler Ebene keine Prozenzhürden überwunden werden. An der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte die Kleinstpartei dann auch am 01. September 2024 bei der Wahl zum Sächsischen Landtag. Dennoch soll die kommunale Verankerung mittelfristig als Basis für Erfolge bei überregionalen Wahlen dienen. Wie auf der Straße versucht die Kleinstpartei, ein Sammelbecken zu bilden. Auf den Listen der Freien Sachsen zu den Kommunalwahlen fanden sich entsprechend Vertreter*innen des gesamten Spektrums der extrem rechten Szenen, von völkischen Siedler*innen und Reichsbürger*innen über Funktionär*innen der Partei Die Heimat bis hin zu rechten Verschwörungsideolog*innen und Personen aus dem Pegida-Umfeld.

Auch gegenüber (potenziellen) Kritiker*innen aus der extremen Rechten selbst machen die Freien Sachsen klar, warum sich der „Kampf um die Parlamente“^[2] lohne. Unter anderem würden sich in den kommunalen Gremien für die politische Arbeit nützliche Informationen sammeln lassen. In seiner Neujahrsansprache im Wahljahr 2024 hob Martin Kohlmann hervor: „Ich werde es nicht müde zu wiederholen: Wir beteiligen uns an Wahlen, weil uns diese Positionen, in die man da gelangen kann, Zugang zu Informationen bietet, die wir sonst nicht bekommen.“^[3] Darüber hinaus können die Freien Sachsen mit ihrer Präsenz in den Gremien politische Diskussionen beeinflussen und zur Delegitimierung der demo-

[1] Diese Analyse findet sich ausführlich in Kiess, Johannes; Nattke, Michael (2024): Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren. Leipzig: Edition Überland.

[2] Die NPD verfolgte in den 1990er Jahren eine kombinierte „Säulen“-Strategie des Kampfs um die Straße, Köpfe, Szeneführerschaft und Parlamente – versuchte also, Menschen ideologisch zu überzeugen und auf der Straße präsent zu sein sowie gleichzeitig in den Parlamenten Fuß zu fassen. Vgl. Schulze, Christoph (2009): Das Viersäulenkonzept der NPD. In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 91–108.

[3] Kohlmann, Martin am 06.01.2024: Rede zum Auftakt ins politische Kampfsjahr 2024.

kratischen Ordnung beitragen. Nicht zuletzt bietet jede Stadtratssitzung Gelegenheit zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden und antidemokratischen Ideologie. Die Freien Sachsen versuchen dabei mit anderen extrem rechten Parteien zu kooperieren. Der langjährig aktive extrem rechte Aktivist und heutige Freie-Sachsen-Funktionär Robert Andres meint dazu: „Wir sind bereits jetzt in vielen kommunalen Gremien vertreten, dort arbeiten wir teilweise mit AfD-Vertretern zusammen. Grundsätzlich ist die Parteibasis der AfD offen für eine Zusammenarbeit, doch je höher die Ebene reicht, desto schwieriger wird es.“^[4]

Das Abschneiden der Freien Sachsen bei den Kommunalwahlen 2024

Die Freien Sachsen behaupteten unter anderem am 13. April 2024 in einem Facebook-Post, dass es neben „der AfD noch Platz für eine zweite heimatreue und patriotische Partei gibt! Die Freien Sachsen sind bei Kommunal- bzw. Kreistagswahl am 9. Juni sachsenweit wählbar.“ (Rechtsschreibfehler im Original) Tatsächlich traten beide Parteien zu den Wahlen in allen kreisfreien Städten sowie Landkreisen an. Die AfD allerdings schaffte es nur in 253 Städten und Gemeinden (inklusive der drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig) Kandidierende aufzustellen, die Freien Sachsen sogar nur in 41 der insgesamt 418 Städte und Gemeinden.^[5]

Das tatsächliche Ergebnis fiel ebenfalls schwach aus. Insgesamt konnten die Freien Sachsen bei den Gemeinderatswahlen nur etwas mehr als 3 Prozent der abgegebenen Stimmen erlangen. Allerdings konnten sie in alle Kreistage und kreisfreien Stadträte einziehen und in ihren Hotspot-Regionen – häufig frühere NPD-Hochburgen – auch zweistellige Prozentwerte einfahren. So sind sie nun mit 95 Mandaten in einer Reihe von Gremien vertreten und tragen so zur „Eroberung der Fläche“^[6] durch die extreme Rechte bei. Von den 95 Mandaten entfielen 63 auf kommunale Gremien und 32 auf die Kreistage und Stadträte der drei kreisfreien Städte. Neben den Mitbegründern der Kleinstpartei, Martin Kohlmann und Stefan Hartung, wurden weitere bundesweit bekannte Neonazis wie Michael Brück (ehemals Dortmund) oder Christian Fischer (ehemals Niedersachsen) gewählt. In den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig Land sowie der Stadt Leipzig haben wir 13 Mandate gezählt. Jeweils zwei Sitze erhielten die Freien Sachsen in Bennewitz und Trebsen. In Leipzig, Zwenkau, Borna, Brandis, Grimma, Krostitz, Eilenburg, Mügeln und Oschatz werden sie zukünftig mit je einem Vertreter im Kommunalparlament sitzen.

Fazit

Mit den Freien Sachsen ist eine neue demokratiefeindliche und neonazistische Partei in die sächsischen Kommunalparlamente eingezogen. Die extrem rechten Kom-



Parteivorsitzender Martin Kohlmann aus Chemnitz auf einer Kundgebung.

munalabgeordneten können zumindest im Großraum Leipzig zukünftig noch nicht für veränderte Mehrheitsverhältnisse sorgen. Trotzdem ist zu erwarten, dass sie mit der AfD und anderen extrem rechten oder rechtsoffenen Abgeordneten und Fraktionen in einzelnen Kommunalparlamenten zusammenarbeiten werden. Sie tragen damit zur Verbreiterung des extrem rechten politischen Möglichkeitsraums bei.

Im Sinne ihrer bisherigen Verlautbarungen ist damit zu rechnen, dass die Arbeit der Freien Sachsen in den Kommunalparlamenten oft von Destruktivität und Delegitimierung geprägt sein wird. Ihr Ziel ist es, den demokratischen, parlamentarischen Betrieb lahmzulegen, um sodann die vermeintliche Unfähigkeit der Demokratie in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Sie arbeiten daran, alles zu verunglimpfen, was die Demokratie, ihre Vertreter*innen oder Institutionen, aber darüber hinaus zum Beispiel auch Journalist*innen, verkörpern. Auf der kommunalen Ebene werden ihre neu gewählten Abgeordneten diese destruktive Agitation in die Städte und Gemeinden tragen - jedenfalls bis zu einem eventuellen Parteiverbot. ■

Michael Nattke beschäftigt sich seit über 20 Jahren mit der extremen Rechten in Ostdeutschland und arbeitet seit 2009 beim Kulturbüro Sachsen.

Dr. Johannes Kiess forscht seit 15 Jahren zu extrem rechten Einstellungen und Mobilisierungen und ist seit 2020 stellvertretender Direktor des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für Demokratieforschung in Sachsen an der Universität Leipzig.

[4] Andres, Robert (2023): Wie kann ein „Säxit“ gelingen?, In: N.S. Heute #37, September/Oktober 2023.

[5] Kiess, Johannes (2024): Die Freien Sachsen zur Kommunalwahl 2024, online abrufbar unter: efbi.de.

[6] Giesbers, Tilo (2024): Die Eroberung der Fläche, online abrufbar unter: <https://www.der-rechte-rand.de/>.

[7] Klehm, Gunnar; Schloms, Moritz vom 20.09.2024: „Steuergeld für Rechtsextreme“: Werden die Freien Sachsen verboten?, online abrufbar unter: <https://www.saechsische.de/>.

HÄLT DIE BRANDMAUER IN LEIPZIG?

von Steven Hummel und Anika Taschke

[1] Die letzten Kommunalwahlen haben in allen Regionen politische Verschiebungen mit sich gebracht. In Leipzig gibt es seit der letzten Kommunalwahl keine rot-rot-grüne Stadtratsmehrheit mehr. Zur Übersicht der letzten Kommunalwahlen siehe Taschke, Anika; Hummel, Steven (2024): Alles blau-braun im Kommunalen?, online abrufbar unter: <https://www.rosalux.de/> und Giesbers, Tilo (2024): Die Eroberung der Fläche, online abrufbar unter: <https://www.der-rechte-rand.de/>.

[2] Zitiert nach: Meine, Björn (2024): Leipzigs CDU-Fraktionschef: Brandmauer-Debatte hat AfD nur stärker gemacht. In: Leipziger Volkszeitung vom 10.06.2024 online abrufbar unter: <https://www.lvz.de/>.

[3] Gemeinsame Fraktionsbildung, gemeinsamer Antrag, gemeinsames Abstimmungsverhalten, gemeinsame Personenwahl und Zählgemeinschaften, Absprache.

Die sogenannte Brandmauer bezeichnet in der politischen Debatte die Frage nach der Abgrenzung demokratischer Parteien zur extremen Rechten. Offiziell wird die Brandmauer von allen Parteien hochgehalten, doch finden sich auf der kommunalen Ebene – auch in Leipzig – zahlreiche Fälle der Zusammenarbeit mit der extremen Rechten.

Einen Tag nach der Stadtratswahl im Juni 2024^[1], bei der die CDU in Leipzig mit 18,9 Prozent (+ 1,4) den ersten Platz belegte, gibt deren alter und neuer Fraktionsvorsitzender Michael Weickert (Stadtrat seit 2014) der Leipziger Volkszeitung ein kurzes Interview. Er wird unter anderem gefragt, ob er sich

auch vorstellen könne, mit der AfD Mehrheiten zu finden, und antwortet darauf deutlich: „Natürlich. Wir haben gerade als stärkste Fraktion die Verantwortung, Angebote zu machen und Mehrheiten zu finden. Diese ganzen Brandmauer-Diskussionen haben die AfD nur stärker gemacht.“^[2] Obwohl diese Äußerungen im klaren Gegensatz zur CDU-Beschlusslage stehen, überraschen sie nicht, wenn man einen Blick auf bereits erfolgte Kooperationen im Leipziger Stadtrat beziehungsweise der Region wirft.

Die nachfolgende Tabelle zeigt Kooperationen zwischen demokratischen und extrem rechten Parteien/Fraktionen in der Region Leipzig. Dargestellt sind alle bekannten Fälle, es ist aber von einem Dunkelfeld auszugehen. Als Kooperationen werden formale Zusammenarbeiten^[3] verstanden.

Wann	Wo	Wer	Inhalt
09/2019	Stadtrat Markranstädt	AfD, Freie Wähler	Kooperation zur Verteilung von Ausschusssitzen
11/2019	Stadtrat Leipzig	AfD, CDU, SPD	Gemeinsamer Antrag „Eisenbahnbrücke Geithainer Straße“ (VII-A-00503)
02/2020	Stadtrat Markranstädt	AfD, CDU	Gemeinsame Abstimmung zum Antrag „Maßnahmen zur Beendigung der Nutzung des ehemaligen Hotels ‚Gutenberg‘ als Gemeinschaftsunterkunft und weitere Verfahrensweise nach Ablauf des Betreibervertrages“ (2020/BV/013)
09/2021	Stadtrat Wurzen	AfD, Neues Forum für Wurzen, CDU, Bürger für Wurzen	Gemeinsame Abstimmung zum Antrag „Komplexe Sanierung Domplatz 5 – Nachtrag zu Fördervereinbarung und Übernahme des kommunalen Eigenanteiles – Zustimmung“ (2021/104)
02/2023	Stadtrat Leipzig	AfD, CDU	Zustimmung zum AfD-Antrag „Streichung der Baumaßnahmen am ‚Conne Island‘“ (VII-HP-08663)
09/2023	Stadtrat Leipzig	AfD, CDU	Zustimmung zum AfD-Antrag „Würdiges Erinnern an die Leipziger Trümmerfrauen“ (VII-A-08209)
05/2024	Stadtrat Leipzig	AfD, CDU	Zustimmung zum AfD-Antrag „Arbeitspflicht für Asylbewerber in Leipzig anwenden“ (VII-A-09922)
08/2024	Stadtrat Wurzen	AfD, unbekannt	Wahl AfD-Kandidat zum zweiten stellvertretenden Bürgermeister
08/2024	Stadtrat Oschatz	AfD, unbekannt	Wahl AfD-Kandidat zum stellvertretenden Bürgermeister
08/2024	Kreistag Landkreis Leipzig	Freie Sachsen, unbekannt	Der Kandidat der Freien Sachsen erhält bei der Wahl für die Kreistag-Wurzen-Stiftung 35 Stimmen, unterliegt aber dem Linken-Kandidat (42 Stimmen)

Kooperationen mit der extremen Rechten auf der kommunalen Ebene, eigene Darstellung

Sowohl im Stadtrat Leipzig...

Mehrere Beispiele für Kooperationen lassen sich im Leipziger Stadtrat finden. Im Februar 2023 beantragt die AfD, im Rahmen der Haushaltsdebatte verschiedene Referate der Stadt (Gleichstellung von Mann und Frau, Migration und Integration, Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz) zu streichen, sowie Kulturförderung und Förderung für Träger der Wohlfahrtspflege einzufrieren und Baumaßnahmen an soziokulturellen Zentren (Werk II, Conne Island, NaTo) nicht zu bezuschussen. Alle AfD-Anträge werden abgelehnt. Allerdings stimmt die CDU geschlossen dem Antrag „Streichung der Baumaßnahmen am ‚Conne Island‘“ (VII-HP-08663) zu. Damit soll offenbar ein missliebiges (linkes) soziales Zentrum finanziell unter Druck gesetzt werden.

Im Mai 2024 bringt die AfD den Antrag „Arbeitspflicht für Asylbewerber in Leipzig anwenden“ (VII-A-09922) in den Stadtrat ein. Der Antrag wird durch den AfD-Stadtrat Marius Beyer (*1999, Stadtrat seit 2019) eingebracht und begründet. Beyer wohnt in Leipzig-Engelsdorf und spielt für die Partei im Leipziger Osten als auch in der Außendarstellung eine wichtige Rolle. Beyer war mehrfach an der Organisation rechter Straßenproteste, unter anderem in Leipzig-Engelsdorf, Leipzig-Stötteritz und Leipzig-Paunsdorf, beteiligt. In seiner Antragsbegründung führt er einseitig rechtliche Aspekte aus und plädiert dafür, Geflüchtete bei den kommunalen Eigenbetrieben Engelsdorf sowie der Stadtreinigung zu beschäftigen. Dass damit regulär sozialversicherungspflichtige Jobs verloren gehen würden, unterschlägt er geflissentlich. Zum Antrag äußert sich neben anderen Mitgliedern des Stadtrats auch Michael Weickert (CDU) und fasst den Antrag mit den Worten „Wir wollen hier keine Ausländer haben“ richtig zusammen.^[4] Die CDU stimmt dem Antrag geschlossen zu, dieser wird jedoch durch die Mehrheit im Stadtrat abgelehnt.

... als auch im ländlichen Raum

Nicht nur im Stadtrat Leipzig, sondern beispielsweise auch im Stadtrat von Markranstädt finden sich Kooperationen mit der extremen Rechten. Bereits kurz nach der Kommunalwahl 2019 taten sich die Freien Wähler Markranstädt^[5] mit der AfD zusammen, um jeweils die Anzahl ihrer Sitze in den Ausschüssen des Stadtrats zu erhöhen. Der bis dahin ebenfalls zu den Freien Wählern Markranstädt gehörende Bürgermeister Jens Spiske trat daraufhin aus der Wählervereinigung aus. Das Verhältnis zwischen AfD und Freien Wählern lässt sich auch an der Personalie Bodo Walther (*1960) deutlich machen. Walther war bereits 20 Jahre Mitglied der CDU sowie mehrere Jahre Mitglied der AfD und unter anderem im Vorstand der AfD im Landkreis Leipzig tätig. Für diese zog er 2019 in den Stadtrat von Mar-

kranstädt sowie in den Kreistag Landkreis Leipzig ein und wurde jeweils Fraktionsvorsitzender. Walther ist zu dieser Zeit nicht irgendwer, sondern eine zentrale Figur der AfD im Landkreis Leipzig.

Er kandidierte danach für mehrere Wahlämter: 2021 als Landrat im Burgenlandkreis (16 Prozent), 2022 als Oberbürgermeister in Wurzen (8,7 Prozent) und 2023 als Oberbürgermeister in Zeitz (13 Prozent). Sein Stadtrats- und Kreistagsmandat gab Walther Ende 2022 für die Kandidatur in Zeitz zurück. Im März 2024 wurde bekannt, dass Walther bei der nächsten Kommunalwahl erneut für den Stadtrat Markranstädt sowie den Kreistag Landkreis Leipzig kandidiert – nur diesmal nicht für die AfD, sondern die Freien Wähler Markranstädt beziehungsweise die Unabhängige Wählervereinigung (UWV). Die erneute Kandidatur wird von der parteilosen Markranstädter Bürgermeisterin Nadine Sitterich, welche ebenfalls für die UWV für den Kreistag kandidiert, in der LVZ positiv kommentiert. Die bisherige Zusammenarbeit mit Walther habe sich immer konstruktiv gestaltet. Das bestätigt dieser: „Es gab immer Gespräche und besonders in Markranstädt eine angenehme Arbeitsatmosphäre zwischen AfD und örtlichen Freien Wählern.“^[6]

Ausblick

Ob die Brandmauer in der Region Leipzig tatsächlich hält, wird sich zeigen müssen. Deutlich wird, dass sie schon einige Risse hat. Mit einer weiter erstarkenden AfD wird eine klare Abgrenzung in einigen Regionen unwahrscheinlicher, obwohl sie dringend geboten wäre. Zusammenarbeiten mit der AfD und anderen Parteien der extremen Rechten stärken und normalisieren diese. Eine Entwicklung, der es entgegenzutreten gilt. ■

*Die Autor*innen haben 2024 zusammen die Publikation „Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen“ herausgegeben. Diese kann auf der Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung heruntergeladen werden, die Druckexemplare sind zurzeit vergriffen. Ergänzungen zu den vorliegenden Daten der Studie sind erwünscht und können per E-Mail an brandmauer@rosalux.org gesendet werden.*

Steven Hummel ist Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Bildungsreferent bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und ist ehrenamtlich bei der Dokumentations- und Rechercheplattform chronik.LE aktiv. Sein Schwerpunktthema ist die extreme Rechte.

Anika Taschke ist Politikwissenschaftlerin. Sie arbeitet bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referentin für Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit.

[4] Vgl. Julke, Ralf (2024): Der Stadtrat tagt: Wenn ein Nebelkerzen-Antrag der AfD-Fraktion auch die CDU-Stimmen bekommt – Video. In: I-z vom 31.05.2024, online abrufbar unter: <https://www.I-z.de/>.

[5] Die Freien Wähler Markranstädt sind eine lokale Wählergruppierung, die formal nicht der Partei sowie dem Landesverband der Freien Wähler zugeordnet sind.

[6] Zitiert nach Prenzel, Simone (2024): Ehemaliger AfD-Fraktionschef Bodo Walther wechselt das politische Lager. In: Leipziger Volkszeitung vom 05.03.2024, online abrufbar unter: <https://www.lvz.de/>.

DEMOKRATIEPROJEKTE UNTER BESCHUSS

von Luise Mosig

[1] AfD-Fraktion Sachsen (2024): 312.179 € für Transsexuellen-Werbung an Schulen: Schützt unsere Kinder!

[2] Facebook-Beitrag der AfD Leipzig (2024): Keine Pubertätsblocker für Minderjährige.

[3] AfD Sachsen (2024): Damit Sachsen Heimat bleibt. Wahlprogramm Landtagswahl Sachsen 2024, S. 11.

Die sächsische AfD bringt zivilgesellschaftliche Organisationen sowohl auf Kommunal- als auch auf Landesebene zunehmend in Bedrängnis. Dafür hat sie verschiedene Strategien entwickelt, die bei den Wahlkämpfen 2024 auch in und um Leipzig zu beobachten waren.

Blockade von Fördergeldern

Wer durch die Social-Media-Beiträge sächsischer Demokratieprojekte aus dem Jahr 2024 scrollt, wird vor allem ein Thema als allgegenwärtig wahrnehmen: Spendenaufrufe. Denn die Finanzierung der Projekte ist ein Dauerbrenner. Die AfD hat sich zum Ziel gesetzt, Demokratieprojekten den Zugang zu öffentlichen Geldern zu verwehren. Dabei ist die Androhung von Streichungen nur eine von mehreren Strategien, progressive Strukturen zu schwächen, auch im Großraum Leipzig.

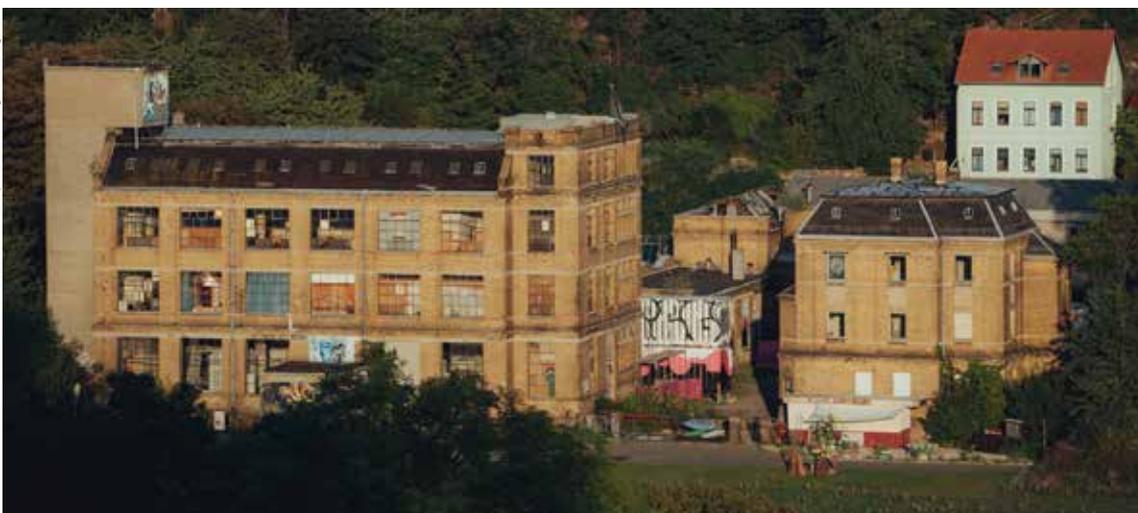
„Bei uns geht’s eigentlich immer darum, wie wir uns in Zukunft finanzieren“, berichtet Laura Fischinger vom Leipziger Verein RosaLinde. Der RosaLinde Leipzig e.V. berät und unterstützt queere Menschen in und um Leipzig, spricht beispielsweise an Schulen übers Coming-Out. Wie viele Bildungs- und Demokratieprojekte erhält der Verein Geld aus kommunalen und Landestöpfen. Zwei Drittel seiner Mittel stammen, Stand September 2024, vom Land Sachsen. Der AfD ist das ein Dorn im Auge. Seit Jahren bezieht sie öffentlich Position gegen die RosaLinde, diffamiert das Projekt als „Transsexu-

ellen-Lobby-Verein“.^[1] Entsprechend hieß es im Programm der AfD für die Landtagswahl auf Facebook: „Der Frühsexualisierung in Kindereinrichtungen und Schulen treten wir entschieden entgegen.“^[2] Der Leipziger AfD-Politiker Tobias Keller machte mit diesem Thema Wahlkampf. Auch forderte die AfD, dass „jede staatliche Finanzierung entsprechender Projekte [...] sofort einzustellen“^[3] sei. 2023 wollte die AfD-Fraktion im Landtag wissen, wieviel Geld der Freistaat der RosaLinde in den vergangenen Jahren zur Verfügung gestellt hatte.

AfD raubt Initiativen Zeit und Energie

Aufgrund der Kleinen Anfrage musste der Verein aufschlüsseln, für welche Projekte und Stellen er wie viel Geld vom Landtag verwendete. „Sowas kostet uns wahn-sinnig viel Zeit und Nerven, und viel mehr passiert dann meist nicht“, sagt Fischinger. „312.179 € für Transsexuellen-Werbung an Schulen: Schützt unsere Kinder!“, proklamierte die AfD-Fraktion kurz darauf. Ein halbes Jahr später drohte die queere Bildungsarbeit an Schulen in und um Leipzig wegzufallen, weil die Sächsische Aufbau-bank den jährlichen Antrag auf Gelder aus dem Förder-topf „Weltoffenes Sachsen“ des RosaLinde e.V. ablehnte – und das, obwohl es extra einen Vermerk im Haushalt gab, der die Förderung sichern sollte. Die Linksfraktion im Landtag bezeichnete die Ablehnung als „Geschenk an die extreme Rechte“. Die Grünen sorgten mit einem Antrag im Leipziger Stadtrat schließlich für eine Übergangslösung. „Sehr viele Parteien haben uns in dieser Situation unterstützt, aber die AfD hat sich im Stadtrat komplett quergestellt“, erinnert sich Fischinger.

photo: Dorf der Jugend / YOPE gGmbH



Ein Störfaktor für AfD und andere: Auf dem Gelände der Alten Spitzenfabrik in Grimma finden Demokratieprojekte und Konzerte statt.

Viel Zeit verbrachte die RosaLinde auch damit, eine im Frühjahr 2023 angekündigte Plakatkampagne der AfD im Umfeld sächsischer Schulen gegen angeblichen „Genderwahn“ und „Werbung für Transsexualität“ öffentlich kritisch zu begleiten. Die groß angekündigte AfD-Aktion, von der man im Nachhinein laut Fischinger kaum etwas mitbekam, richtete sich indirekt auch gegen das RosaLinde-Projekt „Schule der Vielfalt“. Damals schrieb der Verein in einer Pressemitteilung: „Es ermüdet uns, wie die AfD mit ihren immer gleichen gefühlten Wahrheiten versucht, unsere Arbeit zu diskreditieren.“^[4]

Doch nicht nur queere Projekte, auch Initiativen der Jugendarbeit müssen sich gegen verbale Angriffe der AfD wehren – meist dann, wenn sie in irgendeiner Form als links wahrgenommen werden. In Oschatz im Landkreis Nordsachsen wollte die Leipziger Volkszeitung im Vorfeld der Kommunalwahlen von den Parteien wissen, was der zukünftige Stadtrat für junge Menschen tun könne. Die Antwort von Tobias Heller von der AfD: Die Freizeitangebote der bekannten lokalen Träger seien teilweise überholt und „politisch einseitig ausgerichtet“. Statt neuer Ideen für die Jugendarbeit brachte Heller nur noch an, dass die Jugendarbeit den städtischen Haushalt belastet.^[5]

Das Soziokulturelle Zentrum E-Werk Oschatz, ein soziokulturelles Zentrum, das viele Freizeitangebote für Jugendliche durchführt und zu diesem Zeitpunkt jährlich 35.000 Euro plus anteilig Geld für eine Personalstelle von der Stadt Oschatz erhielt, ließ Hellers Vorwürfe nicht auf sich sitzen. „Zum Glück wissen wir von zahlreichen Kindern, Jugendlichen und Familien, dass wir ein wesentlicher Teil der Lebensqualität in Oschatz sind“, kommentierte das E-Werk den Artikel. „Wir lassen uns nicht mundtot machen aus lauter Angst, Gelder gestrichen zu bekommen.“^[6]

Lokale Akteur*innen auf Gratwanderung

Forderungen nach sogenannter „politischer Neutralität“ staatlich geförderter Projekte sind von der AfD vielerorts zu hören. Auf diese Weise bringt sie nicht nur die Initiativen selbst vor der Stadtgesellschaft in Erklärungsnot, sondern auch Vertreter*innen von Verwaltung, Kirchen und Schulen, wenn sie mit ortsansässigen Demokratieinitiativen kooperieren. Tobias Burdukat, der in Grimma im Landkreis Leipzig verschiedene Sozialarbeitsprojekte verantwortet und seit einiger Zeit versucht, die Alte Spitzenfabrik in Grimma zu sanieren und zu bewirtschaften, berichtet von seinen Problemen, Baufirmen zu finden. Sein Eindruck sei, dass einige Handwerker*innen davor zurückschreckten, für ihn Aufträge zu erledigen, weil sie Ärger befürchten. Burdukat ist aufgrund seiner offenen linken Haltung eine umstrittene Person in der Stadt an der Mulde, beschreibt sich selbst als „kein akzeptiertes Mitglied der sogenannten Stadtgesellschaft“.

Deutlich sichtbar wurde die Gratwanderung lokaler Akteur*innen während der Anti-AfD-Proteste Anfang 2024. Der SAfT e.V. in Taucha im Landkreis Nordsachsen berichtet, dass dort zuletzt eine latente Verunsicherung im Umgang mit als links wahrgenommenen Initiativen zu spüren gewesen sei. In der Kirchgemeinde sei beispielsweise diskutiert worden, ob der Verein Kirchenräume für Veranstaltungen bekommen sollte, erzählt Lou vom SAfT e.V. Einige Gemeindemitglieder hätten mit ihrem Austritt gedroht, würde dieser Fall eintreten. Der Kirchenvorstand sei bisher aber sehr souverän mit der Sache umgegangen und habe im Sommer 2024 auch Räume für den Demokratiestammtisch der neu gegründeten Initiative „Miteinander und Demokratie Taucha“ zur Verfügung gestellt.

Vorwürfe ohne Beweise

Lou führt dieses „Rumgeeiern“ von Kirche und Co. auch auf die örtliche AfD zurück, die Demokratieprojekte seit Jahren öffentlich in Verruf bringe. Bis zu den Kommunalwahlen besetzte die AfD mit Klaus Hofmann nur einen Platz im Stadtrat Taucha, seit 2024 ist der AfD-Kreisverband mit vier Stadträten aber fraktionsfähig. Vereinsmitglied Lou macht sich angesichts der erstarkten AfD Sorgen, „dass das Klima auf der Straße ungemütlicher werden könnte“. Außerdem warnt er vor einem „sich schleichend ändernden“ Handeln der Stadtverwaltung in eine Richtung, die es progressiven Projekten immer schwerer machen könnte.

2019 behauptete AfD-Stadtrat Hofmann, dass der SAfT e.V. AfD- und CDU-Plakate für die Kommunal- und Landtagswahlen beschädigt hätte – ohne, dass es Beweise dafür gab. Der Verein sah sich zu einer Stellungnahme gegenüber den Stadtrat*innen gezwungen. Das sei nur einer von vielen Versuchen gewesen, den Verein in Verruf zu bringen, erzählt Lou. Diese Taktik verfolgte die AfD 2024 auch im Landkreis Leipzig. „In Grimma waren die von CDU, SPD und Grünen bezahlten ‚Demokratie-Vereine‘ im Einsatz“, kommentierte die AfD Landkreis Leipzig kurz vor der Landtagswahl ein Foto eines beschmierten Wahlplakats des AfD-Abgeordneten Jörg Dornau. Unbekannte hatten „FCK AfD“ auf das Plakat geschrieben und Dornau ein Oberlippenbärtchen verpasst. Beweise dafür, dass örtliche Demokratieprojekte dafür verantwortlich waren, gibt es keine. ■

Luise Mosig lebt seit 2016 in Leipzig und ist seitdem journalistisch aktiv. Als freie Journalistin schrieb sie unter anderem für die Leipziger Zeitung und Jungle World mit den Schwerpunkten Hochschulpolitik und Klimaaktivismus. Aktuell ist sie Reporterin bei der Mitteldeutschen Zeitung.

[4] RosaLinde Leipzig e.V. (2023): Pressemitteilung: Schule der Vielfalt: Sensibilisierung mit Sachverstand, Herz und Haltung – ohne Peristeddybären, online abrufbar unter: www.tolerantes-sachsen.de/.

[5] Engel, Kristin vom 31.05.2024: Oschatz: Junge Leute wünschen sich mehr Freizeitangebote – Wie kann der neue Stadtrat helfen?, online abrufbar unter: www.lvz.de/.

[6] Facebook-Beitrag Soziokulturelles Zentrum „E-Werk“ Oschatz vom 01.06.2024: www.facebook.com

„DAS VERBOTSVERFAHREN KANN EIN STOPPSCHILD GEGEN DIE WEITERE RECHTSVERSCHIEBUNG SEIN“

Interview mit der Kampagne AfD-Verbot Jetzt!

chronik.LE: Über ein mögliches AfD-Verbotsverfahren wird schon seit einiger Zeit gesprochen. Eure Kampagne ist im Juni 2024 in die Öffentlichkeit getreten. Warum braucht es gerade jetzt diese Kampagne aus der Zivilgesellschaft?

AfD-Verbot Jetzt!: Das Bündnis hat sich im Anschluss an die Berichterstattung von Correctiv im Frühjahr 2024 gebildet. Im Juni haben die Wahlen zum Europaparlament noch einmal deutlich gezeigt, wie dringlich es ist, die Bedrohung durch die AfD ernst zu nehmen. Das Bündnis ist aber keine Reaktion auf die Europawahl. Die Forderung nach einem Verbot der Partei liegt vielmehr in den Zielen und Inhalten der AfD begründet: Die AfD teilt Menschen nach rassistischen, national-völkischen Kriterien ein, in Menschen mit Rechten und Menschen, die sie abschieben will. Sie schürt Hass und Rassismus und legitimiert damit Gewalt. Damit ist sie eine konkrete Gefahr für die Menschen in diesem Land. Rechte Gewalt nimmt immer weiter zu. Das haben wir in den letzten Jahren etwa durch Anschläge wie in Halle und Hanau gesehen.

Wir haben auch gesehen, dass die Warnungen, Aktionen und Demonstrationen gegen die AfD in den letzten Jahren nur wenig gebracht haben. In der gleichen Zeit hat sich die AfD mehr und mehr zu einer von faschistischen Kräften dominierten Partei entwickelt. Nicht zuletzt durch die Correctiv-Recherchen ist dann ein weiteres Mal deutlich geworden, dass die AfD auch mit rechtsradikalen, menschenverachtenden Kräften zusammenarbeitet. Das hat uns abermals mit Dringlichkeit gezeigt: Wir müssen jetzt etwas gegen diese Partei tun. Am sinnvollsten schien uns ein Parteiverbot: Die AfD muss verboten werden. Die Forderung wurde in letzter Zeit immer wieder laut, gleichzeitig ist bisher nichts passiert. Wir haben uns als Bündnis gegründet, um den Druck auf die Einleitung eines Verbotsverfahrens aus der kritischen Zivilgesellschaft zu erhöhen.

Warum kann man das Verbotsverfahren nicht einfach der Politik und der Justiz überlassen? Was sind Eure strategischen Ziele?

Eine Antragsstellung durch die Zivilgesellschaft sieht das geltende Recht nicht vor. Insofern liegt das konkrete Verbotsverfahren ohnehin bei den antragsberechtigten Gremien – also im Bundestag, im Bundesrat oder der Bun-

desregierung und später beim Bundesverfassungsgericht. Als Bündnis aber finden wir, dass ebendiese Gremien viel zu zurückhaltend sind. Gerade im Bundestag gibt es vielfältige Vorbehalte und teilweise schlicht machtpolitische Motive, weshalb einzelne Akteur*innen die Einleitung des Verbotsverfahrens nicht vorantreiben. Es gibt aber gleichzeitig in allen demokratischen Parteien Menschen, die sich für ein Verbot aussprechen.

Wir wollen nicht abwarten, bis hinter verschlossenen Türen zu Ende debattiert wird – und wir wollen es nicht dem Zufall oder parteipolitischen Kalkülen überlassen, ob ein Verbotsantrag gestellt wird oder nicht. Das Verbot ist eine politische Zuspitzung. Das ist gewollt. Denn es geht darum, deutlich zu machen, dass die AfD keine demokratische Partnerin im Parlament ist. Sie ist auch keine Protestpartei. Sie verfolgt menschenverachtende Ziele und will einen faschistischen Umbau der Gesellschaft erreichen. Warum sollten wir einer Partei, die Menschen angreift, dafür auch noch staatliches Geld zur Verfügung stellen?

Diese Ausgabe der Leipziger Zustände erscheint Anfang 2025. Bis dahin wissen wir vermutlich, ob der Bundestag über den Verbotsantrag entschieden hat. Wie geht es dann weiter, wie kann das Verbotsverfahren in den kommenden Monaten und Jahren von außerparlamentarischen Akteur*innen unterstützt werden?

Die Einleitung des Verbotsverfahrens ist nur ein erster Schritt. Es wird Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, darunter auch unserer Kampagne, das Verfahren bis zur Eröffnung und darüber hinaus zu begleiten. Konkret wird das bedeuten, die Öffentlichkeit zu informieren und vor allem die mediale Selbstinszenierung der AfD zu entzaubern. Es ist unverzichtbar, dass auch während des Verfahrens und bis zum Urteil die relevanten politischen Akteur*innen durch öffentliche und mediale Kritik spüren, dass die AfD als Koalitionspartnerin absolut ausgeschlossen werden muss und dass das Verfahren von zentraler Bedeutung ist, um Verfassungsfeinde davon abzuhalten, Institutionen und politische Ämter zu übernehmen.

Auch die Auseinandersetzung um die Herzen und Köpfe der Bevölkerung bleibt während des Verfahrens natürlich aktuell: Als Kampagne wollen wir auch die zivilgesellschaftliche Brandmauer aufbauen und der AfD auch im Alltag die Räume nehmen – in Diskussionen ebenso wie auf der Straße. Damit wollen wir zeigen, dass diese Partei keine Alternative ist und keine Lö-



Die Kampagne „AfD-Verbot jetzt!“ wirbt u.a. mit Plakaten und Kundgebungen für die Einleitung eines Verbotsverfahrens.

sung für die gesellschaftlichen Krisen hat. Es geht also auch darum, eine breit getragene antifaschistische Bewegung zu mobilisieren, deren erste Forderung das Verbot der AfD ist.

Die Partei hat vergangenes Jahr bei den Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern über 30 Prozent erhalten. In fast allen Kreistagen und anderen kommunalen Parlamenten stellt die AfD in Sachsen inzwischen die stärkste Fraktion. Was passiert, wenn das Bundesverfassungsgericht eine solche Partei tatsächlich verbietet? Und was, wenn nicht?

Sobald die AfD verboten ist, liegt es an den demokratischen Parteien und den staatlichen Institutionen, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einzuordnen und etwa durch die Innenbehörden umzusetzen. Besonders letzteres wird natürlich ein Belastungstest werden, denn die rund ein Drittel der Menschen in Sachsen sind ja auch Teil der Polizei- und Ordnungsbehörden, die dann zum Vollzug der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berufen sind.

Sollte die AfD nicht verboten werden, dann kann das viele Gründe haben. Ein mögliches Szenario ist, dass bereits das Verbotsverfahren dazu führt, dass die extrem rechten Kräfte aus der Partei gedrängt werden oder dass es zu ähnlichen Bedeutungsverlusten kommt wie bei der NPD. Das Bundesverfassungsgericht könnte daraufhin feststellen, dass der verfassungsfeindliche Rest der AfD gar nicht mehr genug Relevanz hat, um die formulierten Ziele auch umzusetzen, und deshalb vom Verbot absehen. In diesem Fall wäre der Rest der AfD verfassungswidrig, aber unbedeutend, und würde von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen. So ist es auch im zweiten NPD-Verfahren geschehen. Für uns sind diese Überlegungen Bestätigung dafür, dass die Einleitung und Durchführung des Verbotsverfahrens das Gebot der Stunde sind.

Selbst mit einem AfD-Verbot verschwinden die ras-

istischen und autoritären Einstellungen der bisherigen AfD-Wähler*innen nicht. Dieses Potenzial wird sicher gern von anderen Parteien aufgegriffen. Gerät das durch ein Verbotsverfahren nicht aus dem Blick?

Einer der häufigsten Einwände gegen ein AfD-Verbot ist, dass es die von euch genannten Einstellungen nicht verschwinden lässt. Darum geht es uns mit einem Parteienverbot auch nicht. Die Funktion eines Parteienverbots ist es, konkrete und organisierte Verfassungsfeinde davon abzuhalten, ihre Ziele durch Übernahme staatlicher Institutionen zu erreichen. Das Parteienverbotsverfahren ist weder ein Meinungs- noch ein Denkverbot.

Das Verbot würde aber ein grelles Licht auf die Menschenfeindlichkeit, den Rassismus, die Demokratiefeindlichkeit und die hetzerische Ideologie der AfD werfen. Es würde der Partei ihre Strukturen vor Ort sowie die finanzielle und praktische Basis entziehen. Denjenigen, die sich ohnehin und weiterhin für ein tolerantes und demokratisches Miteinander vor Ort einsetzen, würde es den Raum zum Atmen, Handeln und Wirken zurückgegeben.

Es bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gegen rassistische Einstellungen zu arbeiten. Es ist bereits heute Aufgabe aller demokratischen Parteien, all jenen Menschen, die durch den Populismus und die Hetze der AfD mitgerissen wurden, Antworten zu geben. Diese Aufgabe nehmen sie derzeit nicht wahr. Vielmehr übernehmen sie teilweise Forderungen der AfD. Mit der Einleitung des Verbotsverfahrens wird aber sichtbar, was der Kern dieser Forderungen ist: eine menschenverachtende Politik, die gegen die Menschenwürde verstößt. Das Verbotsverfahren kann also insgesamt ein Stoppchild gegen die weitere Rechtsverschiebung sein. ■

Die Kampagne AfD-Verbot Jetzt! (www.afd-verbot.jetzt) setzt sich aus zivilgesellschaftlicher Perspektive für ein Verbot der AfD ein.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL VON EREIGNISSEN MIT BEZUG ZU WAHLEN UND PARTEIEN

CHRONIK

24. August 2024,
Landkreis Nordsachsen, Delitzsch

„Aufbruch Deutschland“- Kundgebung in Delitzsch

Unter dem Motto „Wende gut, alles gut“ veranstaltet „Aufbruch Deutschland“ eine Kundgebung in Delitzsch. Auf der Bühne ist ein Transparent angebracht. Zu lesen ist: „Gegen transatlantische Fremdbestimmung und Besatzung. Für Ausgleich mit Russland und Frieden in Europa“. Damit wird die antisemitische Verschwörungsideologie bedient, nach welcher Deutschland immer noch besetzt und damit fremdbestimmt und nicht souverän sei.

20. August 2024,
Landkreis Leipzig, Wurzen

AfD-Kandidat im Wurzener Stadtrat zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt

Zur konstituierenden Sitzung des Wurzener Stadtrats wird der AfD-Kandidat David Kramer als zweiter stellvertretender Bürgermeister mit 13:4:5 Stimmen (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) gewählt. Entsprechend erhält der AfD-Vorschlag sechs Stimmen mehr als die AfD Sitze hat – ein weiterer Riss in der Brandmauer.

05. Juli 2024,
Leipzig, Zentrum-Süd

Lesung von Michael Klonovsky

Im Gwuni Mopera findet eine Veranstaltung des neurechten Magazins „Tumult“ statt. Angekündigt wird eine Lesung von Michael Klonovsky mit Piano-Begleitung von Philipp Fügmann und Moderation von Frank Böckelmann. An der Veranstaltung nehmen circa 40 Personen teil.

Der Journalist Michael Klonovsky ist in den

letzten Jahren vor allem in den Reihen und im Umfeld der AfD unterwegs. So war er unter anderem Berater von Frauke Petry, Pressesprecher der AfD Baden-Württemberg und Referent von Alexander Gauland. Seit 2022 ist er Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf.

Der Autor Frank Böckelmann kommt aus der politischen Linken, seit spätestens 1989 setzt eine Wende zur neuen Rechten ein. Seit 2014 verantwortet er die Herausgabe der Zeitschrift „Tumult. Vierteljahresschrift für Konsensstörung“. 2018 gehörte er zu den Erstunterzeichner*innen der rassistischen Initiative „Gemeinsame Erklärung 2018“, 2019 zu den Erstunterzeichner*innen des Aufrufs „Stop Gendersprache Jetzt!“. Böckelmann steuerte das Vorwort zu Björn Höckes Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluß“ (2018) bei.

20. Juni 2024,
Landkreis Nordsachsen, Torgau

AfD gedenkt in Torgau den deutschen Vertriebenen

Der AfD-Kreisverband Nordsachsen führt anlässlich des „Tags der Opfer von Flucht und Vertreibung“ eine Kundgebung in Torgau durch. Diese findet am Denkmal der Vertriebenen statt. An der Veranstaltung nehmen nach Angaben der AfD lediglich 30 Personen teil. Die Veranstaltung wird durch die deutsche Nationalhymne eröffnet, anschließend sprechen folgende Redner*innen: René Bochmann (* 1969, seit 2019 Kreisrat, seit 2021 Mitglied des Bundestags, Vorsitzender AfD Nordsachsen), Herr Beierling (Gemeinschaft der Ost- und Westpreußen), Claus Hörmann (Sudetendeutsche Landsmannschaft, Beisitzer AfD Sächsische Schweiz-Osterzgebirge), Renate Alt, Tobias Heller (seit 2019 Stadtrat Oschatz, 2022 Oberbürgermeister*innenkandidat Oschatz, stellvertretender Vorsitzender AfD Nordsachsen, seit September 2024 Landtagsabgeord-

nete). In den Reden werden zahlreiche geschichtsrevisionistische Thesen und Argumente verbreitet. So spricht beispielsweise Tobias Heller mit Blick auf die deutschen Vertriebenen von der „größten ethnischen Säuberung der neueren Geschichte“. Als kulturelle Rahmung werden von Susanne Heller, der Mutter von Tobias Heller, Gedichte vorgetragen und Lieder gesungen. Auf das Thema Vertreibung wird einseitig geblickt – lediglich die deutschen Vertriebenen stehen im Fokus. Die Terrorherrschaft des Nationalsozialismus und die millionenfache Entrechtung, Deportation und Ermordung spielen bei der Veranstaltung keine Rolle.

04. Dezember 2023,
Leipzig

AfD entzieht Bombardierung Leipzigs 1943 dem historischen Kontext

Die AfD Leipzig erinnert an die Bombardierung Leipzigs und teilt dafür auf ihrer Facebook-Seite ein Bild mit einem längeren Text. Bereits in der Überschrift sowie der ersten Zeile des Textes wird von „Kriegsverbrechen“ und „Angloamerikanische[n] Terrorangriffe[n] gegen die Leipziger Zivilbevölkerung“ gesprochen. Dass die Bombardierung in den Kontext des Zweiten Weltkrieges einzuordnen ist, der vom nationalsozialistischen Deutschland ausging und unter anderem auch Bombardierungen ziviler Ziele, zum Beispiel in Großbritannien, beinhaltete, wird in der Darstellung der AfD ausgespart. Es wird weiterhin behauptet, dass die Flugzeugwerke Erla bewusst verschont wurden und es stattdessen bei „diesem angloamerikanischen Vernichtungseinsatz also ausschließlich um das Töten von Zivilisten“ ging. Damit wird eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben und die relevante Stellung Leipzigs als rüstungswichtige Stadt im Deutschen Reich ignoriert. Über die Stadt verteilt befanden sich zahlreiche Rüstungs-

betriebe, welche für den Krieg produzierten, unter anderem die Hugo-Schneider-Aktiengesellschaft (HASAG), Sachsens größter Rüstungskonzern im Zweiten Weltkrieg.

01. Dezember 2023,
Landkreis Nordsachsen

AfD Nordsachsen feiert zehnjähriges Bestehen

Die AfD Nordsachsen feiert ihr zehnjähriges Bestehen. Dafür lädt sie zu einer Veranstaltung in das Bürgerhaus Eilenburg ein. Hier fanden in der Vergangenheit bereits mehrfach AfD-Veranstaltungen statt. Als Redner der Veranstaltung werden zahlreiche AfD-Bundestagsabgeordnete angekündigt: René Bochmann, Dirk Spaniel, Gereon Bollmann, Steffen Janich, Wolfgang Wiehle, Kay-Uwe Ziegler. Die Moderation übernimmt Detlev Spangenberg.

Nach Angaben der AfD waren weiterhin der sachsen-anhaltinische Landtagsabgeordnete Matthias Lieschke, die sächsische Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann sowie zahlreiche „Kreis-, Stadt-, Ortschafts- und Gemeinderäte aus den Landkreisen Nordsachsen, Mittelsachsen und Wittenberg“ anwesend. Scheinbar stimmte die Veranstaltung positiv: „Es war eine äußerst gelungene Veranstaltung! Wir blicken mit viel Optimismus auf die kommenden Wahlen im nächsten Jahr.“

14. Juni 2023,
Leipzig

AfD beantragt „Würdiges Erinnern an die Leipziger Trümmerfrauen“

Die AfD-Fraktion hat zur Stadtratssitzung einen Antrag mit dem Titel „Würdiges Erinnern an die Leipziger Trümmerfrauen“ (Ö15.11) eingereicht. Gegenstand des Antrags ist die

Errichtung eines Denkmals für die Leipziger Trümmerfrauen an einem exponierten Ort. Dazu soll unter Beteiligung der Bürger*innen eine Kommission zur Gestaltung des Denkmals gegründet werden. Schlussendlich soll das Denkmal mit den dafür notwendigen Mitteln finanziert werden. Im Antrag kommt der deutsche Angriffskrieg, welcher Millionen Menschen das Leben gekostet hat, natürlich nicht vor. Ebenso wird implizit ein einseitiges Bild des Kriegsgeschehens und ein historisches falsches Bild der Trümmerfrauen gezeichnet.

10. Februar 2023
Landkreis Nordsachsen

„Grundsatzklärung Migration“ der AfD Nordsachsen

35 (kommunale) Mandatsträger*innen der AfD aus Nordsachsen veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel „Grundsatzklärung aller kommunalen Vertreter der AfD in Nordsachsen zur Unterbringung von Migranten im Kreisgebiet“. Darin wird die seit Monaten vonstattengehende „größte Einreisewelle seit 2015“ kritisiert. Der Zuzug, hauptsächlich von Menschen aus der Ukraine, sei abzulehnen. Dies wird mit rassistischen Narrativen untermauert. Für die AfD Nordsachsen ist klar: „Es darf nicht dazu kommen, dass die Bürger die Geduld verlieren und es zu Ausschreitungen kommt. Deshalb braucht es keine Containerlösungen sondern schnelle Abschiebungen von Ausreisepflichtigen und einen Aufnahmestopp im gesamten Kreis Nordsachsen.“

Die Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung soll offenbar regional und überregional Kreise ziehen und von Medien, aber auch Menschen im Kreisgebiet breit wahrgenommen werden. Dies geschieht nur in deutlich eingeschränktem Maße. ■

Sieh hin!

Schweig nicht!

Melde rechte und
rassistische
Gewalt und
Diskriminierung!

www.chronikLE.org



CSD statt
GEMEINSAM GEGEN
DEN FASCHISMUS

2 KAPITEL RECHTE STRUKTUREN UND ALLTAGSKULTUR

Die letzten Jahre zeigen: Der extremen Rechten gelingt es zunehmend, bestehende Einstellungsmuster in der Bevölkerung zu radikalieren, zu politisieren und zu mobilisieren. Die extreme Rechte umfasst ein breites Spektrum unterschiedlichster Akteur*innen und Strukturen, die sich zwar in Auftreten und Strategie unterscheiden, aber dennoch durch ihre Ideologie verbunden sind und gemeinsam wirken. Das folgende Kapitel wirft Schlaglichter auf diese Strukturen in der Region Leipzig.

Zu Beginn stehen zwei Beiträge von chronik.LE. Diese geben eine Übersicht über die Entwicklung der extrem rechten Fanszene von Lok Leipzig sowie die aktuellen Raumnahmeveruche der neonazistischen Partei Der III. Weg im Leipziger Osten. Ein Beitrag des Antifaschistischen Infoblatts berichtet anhand von Erkenntnissen aus dem Gerichtsprozess über den neonazistischen Versandhandel Der Schelm. Weniger erkenntnisreich erwiesen sich die vielen Verfahren rund um den Neonazi-Angriff auf den Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016, wie Juliane Nagel in einem Rückblick auf die nun abgeschlossenen Prozesse zeigt. Einer häufig unterschätzten Vernetzungsstruktur – den Burschenschaften – widmet sich ein Beitrag der Gruppe Periskop, die die Netzwerke der Burschenschaft Arminia zu Leipzig genauer beleuchtet. Über branchenübergreifende Netzwerkbildung in Betrieben und Versuche gewerkschaftlicher Organisation von rechts spricht Yann Sabot in einem Interview mit chronik.LE. Auf die lokale Ebene blicken die Beiträge von David Heidler, der über die „Markranstädter Zustände“ berichtet, sowie das Interview vom Leipziger Netzwerk für Demokratie mit der AG Gegen Rechte Raumnahme, die sich der extremen Rechten in Paunsdorf entgegenstellt. Eine historisch-biografische Perspektive nimmt Dmitrij Kapitelman in seinen Erinnerungen an das Aufwachsen in Leipzig-Grünau der 1990er Jahre ein. Den Abschluss des Kapitels bilden Überlegungen von Tobias Prüwer zum Spannungsfeld der Kunstfreiheit und der Frage danach, ob durch diese tatsächlich alles gedeckt ist? ■



PLACHES ALBTRAUM

Lok und die extreme Rechte

Content Warning: In diesem Text wird über Gewalttaten und Mord berichtet und teilweise explizit geschildert.

von chronik.LE

Vor gut 20 Jahren betrat der 1. FC Lokomotive Leipzig erneut die Bühne des Fußballs. Der von Fans neu gegründete Verein übernahm den Platz des insolventen Vorgängers VfB Leipzig. In der Fanszene spielten dabei von Beginn an neonazistische und extrem rechte Fans eine bedeutende Rolle. Anlass für uns, einen kritischen Rückblick auf das Treiben auf und neben den Rängen des Bruno-Plache-Stadions zu werfen.

Auf der Website des 1. FC Lokomotive Leipzig stellt der Verein sein Leitbild vor, das in sieben Aspekten die Besonderheit des Clubs hervorhebt. Darunter finden sich auch Ausführungen zur „Blau-Gelben Nestwärme“ (Leitsatz 6). Unter anderem heißt es dort: „Wir vermitteln Werte wie Loyalität, Respekt, Fairness und Toleranz. [...] Wir treten aktiv und konsequent gegen jede Form von Diskriminierung auf.“ Doch wie verhält es sich mit diesem Leitsatz in der Realität? Zwei exemplarische Ereignisse aus den vergangenen Jahren lassen Zweifel aufkommen, ob dieses Selbstverständnis im Alltag gelebt wird. So forderte 2018 der Trainer des B-Jugendteams von Lok seine Spieler dazu auf, für ein Teamfoto den Hitlergruß zu zeigen. Die meisten Jugendlichen zeigten daraufhin die verbotene nationalsozialistische Geste. Mit der Verherrlichung des Nationalsozialismus fiel im Sommer 2022 auch der Stadionsprecher des 1. FC Lokomotive auf. Anlässlich eines Spiels gegen die BSG Chemie Leipzig teilte er im Status eines Messengers ein Bild, auf dem die Shoa relativiert und die Fans des Lokalrivalen ins Vernichtungslager Auschwitz gewünscht werden. Der Verein trennte sich daraufhin von dem langjährigen Stadionsprecher. In der Folge unterzeichneten über 1.200 Lok-Fans eine Petition, die sich gegen diese Entlassung aussprach und das Handeln des Vereins als „völlig übertrieben“^[1] kritisierte. Eine derartige Entrüstung der Fanszene in Bezug auf die extrem rechten Umtriebe im eigenen Stadion lässt hingegen auf sich warten.

Die Anfangsjahre

Obwohl Lok zunächst in niedrigen Amateurligen spielte, formierten sich auf den Rängen des Bruno-Plache-Stadions verschiedene Fangruppierungen, unter ihnen die dominierenden Gruppen Scenario Lok, Ultras Lok Leipzig, Blue Caps und Blue Side Lok. Von Beginn an waren diese Gruppen – mit Ausnahme von Blue Side – Teil der ex-

tremen Rechten oder stark mit dieser verwoben. Mit Enrico Böhm war ein NPD-Stadtrat und eine zu dieser Zeit prominente Figur der Leipziger Neonaziszene Teil der Blue Caps und auf der Webseite der Gruppe wurde für Neonaziaufmärsche in Leipzig geworben.^[2] Im Umfeld vom 2004 als Ultra-Gruppe gegründeten Scenario Lok bewegten sich ebenfalls diverse Neonazis und die Gruppe wies personelle Überschneidungen mit den neonazistischen Freien Kräften Leipzig auf.

Der Verein selbst handelte in den 2000er Jahren meist zögerlich und vornehmlich in Reaktion auf öffentliche Problematisierungen der neonazistischen Umtriebe in seiner Kurve. Zwar wurden die Blue Caps 2007 mit einem Stadionverbot belegt und das Zeigen von Symbolen der Gruppe wurde untersagt. Im Umfeld des Stadions war die Gruppe jedoch bis zu ihrer Auflösung 2011 aktiv. Ebenfalls betroffen von Hausverboten waren Mitglieder von Scenario Lok, während sich die Ultras Lok Leipzig, auf deren Banner ein „Nationaler Widerstand“-Schriftzug angebracht war, gänzlich auflösten und in die Reihen von Scenario Lok übergingen, ohne dabei ideologische Abstriche fürchten zu müssen.

Die 2000er Jahre sind von einer Hegemonie der extremen Rechten in der Fankurve von Lok gekennzeichnet. Gruppen, die sich dem rechten Mainstream widersetzen, hatten es in dieser Zeit schwer im Bruno-Plache-Stadion. So wurde Blue Side Lok, nachdem sich die Gruppe von neonazistischen Mitgliedern distanziert hatte, im Jahr 2010 unter Beteiligung von Scenario Lok-Mitgliedern kurzerhand und unter Androhung von Gewalt aufgelöst. Die Hoheit von Scenario Lok in der Fanszene hielt bis 2014 an, als die Gruppe offiziell ihre Auflösung bekannt gab. Das Ende der Gruppe war die Antwort auf ein Auftrittsverbot seitens des Vereins. In der Folge kam es zu Angriffen auf das eigene Vereinsgelände, die mit der Botschaft „Scenario, Wir lassen uns nicht verbieten“ versehen waren.^[3] In diesen Zeitraum fällt auch ein Strategiewechsel in der extrem rechten Fan- und Hooliganszene, die vom Auftreten und der Organisation als Gruppe Abstand nahm.

Neue Spielfelder

Fortan wurden Betätigungsfelder und Strukturen außerhalb der Fankurve etabliert, die in ihnen aktiven Personen wirkten jedoch weiterhin in die Fanszene hinein. Mit der Rockergang Rowdys Eastside bildete sich um das Jahr 2015 etwa ein Motorradclub, dem bis heute

[1] Vgl. Change.org vom 29.09.2022: Gegen Entlassung von Mirko Linke als Stadionsprecher beim 1.FC Lokomotive Leipzig, online abrufbar unter: <https://www.change.org/>.

[2] Vgl. chronik.LE (2013): „Leipziger Tradition“, online abrufbar unter: <https://chronik.org/>.

[3] Vgl. Freitag, Christian (2018): Bei Lok nur rechts außen? Teil 2, online abrufbar unter: <https://www.beltower.news/>.

maßgeblich Personen aus der extrem rechten Fan- und Hooliganszene des Vereins sowie dem organisierten Neonazismus angehören. Enge Kontakte unterhalten die Lok-Biker ins Rotlicht- und Rockermilieu.

Bereits seit 2013 trat mit dem Boxclub Lokomotive zudem eine Gruppe mit personellen Überschneidungen zu Szenario Lok auf, bei der die Verschränkung von Fanszene und Kampfsport bereits im Namen anklingt. Die Kampfsportaktivitäten des Boxclubs professionalisierten sich in der Folge zunehmend und die Gruppe firmierte ab 2014 unter dem Namen Imperium Fight Team (IFT). Der führende Kopf des IFT, Benjamin „The Hooligan“ Brinsa, strebte zeitweise eine Karriere als professioneller MMA-Kämpfer an. Unter der Beteiligung des IFT etablierte sich ab 2014 die Veranstaltungsreihe Imperium Fighting Championship (IFC), ein Kampfsportevent, welches bis 2016 fünf Auflagen erlebte und zu Spitzenzeiten bis zu 1.500 Besucher*innen anlockte, die „größtenteils aus der sächsischen Hooliganszene, extrem rechten Strukturen und von den Leipziger Hells Angels“^[4] stammten.

Neben dem Versuch, mit der IFC ein kommerzielles Kampfsportevent in der Stadt zu verankern, bemühte sich das IFT außerdem um den Aufbau professioneller Trainingsstrukturen. Zunächst in Eilenburg, später in der Kamenzer Straße in Leipzig, ab 2020 in Taucha beheimatet, verfügt das IFT über ein eigenes Gym, in dem extrem rechte Fans und Hooligans von Lok Leipzig trainieren und ihre Gewaltkompetenzen schulen. Dass diese nicht nur in sogenannten „Ackerkämpfen“ zwischen Hooligans oder im Rahmen von Kampfsportveranstaltungen eingesetzt werden, sondern auch gegen politische Gegner*innen und Menschen, die nicht ins extrem rechte Weltbild passen, zeigte sich bei verschiedenen Angriffen. So waren etliche Kämpfer des IFT-Gyms Teil des organisierten Überfalls auf den Leipziger Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016, bei dem über 250 Neonazis und Hooligans durch das Viertel zogen, einen ganzen

Straßenzug demolierten und Menschen angriffen. Im selben Jahr sammelte sich eine Gruppe von Lok-Hooligans und IFT-Kämpfern für einen Überfall auf Fans der BSG Chemie Leipzig während eines Spiels in Gera.^[5]

Nachwuchsarbeit

Während die Mehrheit der Angreifer der genannten Vorfälle seit Jahren in der extrem rechten Fan- und Hooliganszene von Lok Leipzig verkehrte, waren auch einige deutlich jüngere Lok-Fans beteiligt. Die Integration des Nachwuchses setzte sich in den kommenden Jahren fort, wobei das IFT eine zentrale Rolle spielte. So verkörpern zentrale Figuren des IFT, wie Benjamin Brinsa, ein Männlichkeitsbild, welches auf Autorität, körperlicher Stärke und ökonomischem Erfolg basiert und damit auf gewisse junge Männer in Leipzig und den angrenzenden Landkreisen anziehend zu wirken scheint. Mit Johannes H. und Robert F. waren es zwei dieser jungen Männer, die im Sommer 2019 im Rahmen einer Reise von circa 70 Lok-Fans nach Mallorca in einer dortigen Diskothek einen senegalesischen Türsteher derart schwer zusammenschlugen, dass dieser zeitweise in Lebensgefahr schwebte und bleibende Schäden von dem Angriff davontrug. Auf den Handys der Täter wurden nach ihrer Verhaftung rassistische und den Nationalsozialismus verherrlichende Bilder gefunden.^[6] Ihre Gewaltkompetenz hatten die beiden Angreifer unter anderem im Rahmen von Trainingseinheiten im IFT geschult. Innerhalb der extrem rechten Fanszene von Lok erlebten die beiden Täter eine Welle der Solidarität, inklusive Spendensammlung und glorifizierenden T-Shirts mit der Aufschrift „Troublemakers Mallorca“.

Einige Wochen zuvor posierten die beiden Täter noch in einer Gruppe von rund 50 jungen Neonazis und Lok-Fans am Rande des Wurzener Bahnhofs – etliche von ihnen trainierten im IFT. Anlass war das Spiel des Fußballvereins ATSV Frisch Auf Wurzen gegen den linken Verein Roter Stern Leipzig. Im Nachgang griff ein Teil

[4] Claus, Robert (2020): Ihr Kampf. Wie Europas Rechte für den Kampfsport trainiert, Bielefeld: Verlag Die Werkstatt GmbH, S. 80.

[5] Vgl. Antifa in Leipzig (2016): Messer, Schlagstock, Sturmhaube: Gewalttätige Lok-Leipzig-Hooligans auf Tour, online abrufbar unter: <https://www.inventati.org/>.

[6] Vgl. Antifa in Leipzig (2019): Die rechten Schläger von Mallorca und ihre Netzwerke, online abrufbar unter: <https://www.inventati.org/>.



Schwarzgekleidete Neonazis am Spielfeldrand bei einem Fußballspiel des ATSV Wurzen gegen den Roten Stern Leipzig.



Ein Lok-Fan im Solidaritätsshirt für Peter K. (1. v. r.) sowie Benjamin Brinsa (4. v. r.) Arm in Arm mit dem Team des 1. FC Lokomotive, 2022.

[7] Vgl. chronik.LE vom 12.05.2019: Neonazimob greift NDK nach Fußballspiel in Wurzen an, online abrufbar unter: <https://chronik.e.org/>.

[8] Ausführlich zu den aktuellen Entwicklungen in der Fanszene von Lok, siehe: Antifa in Leipzig (2023): Nazis und rechte Hegemonie, online abrufbar unter: <https://www.inventati.org/>.

dieser Gruppe das Gebäude des örtlichen Netzwerks für Demokratische Kultur e.V. an.^[7]

Wie ihre Vorbilder aus Loks extrem rechter Fan- und Hooliganszene beschränkte sich die junge Generation jedoch nicht auf rassistische Angriffe und die Konfrontation mit politischen Gegner*innen. Einige junge Männer traten, gecoacht von den Führungsfiguren des IFT, bei professionellen Kampfsportevents an, sie beteiligten sich abseits des Stadions an Hooligankämpfen und drängten, unter anderem in Gestalt der seit etwa 2020 auftretenden Gruppierung Banda Resoluta, auch in die Kurve des Bruno-Plache-Stadions. Dort hatte sich in den Jahren zuvor mit der Fankurve 1966 eine Gruppe etabliert, die für sich behauptet, „menschenverachtendes Gedankengut“ abzulehnen und das Engagement der ehemaligen Gruppe Blue Side Lok fortzuführen. Inzwischen tritt die Gruppe wieder offen unter dem Namen Blue Side Lok auf, teilt sich den Block jedoch scheinbar konfliktfrei mit rechten Gruppen wie Banda Resoluta.^[8]

Wer in der Kurve weiterhin tonangebend ist, zeigte nicht zuletzt eine Szene im Nachgang des Derbysiegs im Oktober 2022. Als das Team vor der Fankurve mit einem Banner mit der Aufschrift „Derbysieg“ posierte gab es nur eine Handvoll Fans, die sich einreihen durften. Darunter waren, neben einer Person mit einem Solidaritätsshirt für den inhaftierten Neonazi Peter K., auch Benjamin Brinsa und sein Kompagnon aus dem IFT, Fabian N., seines Zeichens extrem rechter Kampfsportler, der in der Vergangenheit in einem T-Shirt der Partei Der III. Weg beim neonazistischen Kampfsportevent Kampf der Nibelungen antrat.

Das präsentierte Solidaritätsshirt galt dem aktiven Neonazi Peter K. aus Borna. Dieser war unter anderem am Angriff auf Connewitz 2016 beteiligt und kandidierte in der Vergangenheit für die NPD um einen Sitz im

Stadtrat in Borna. Ende 2022 wurde K. in London zu einer Haftstrafe verurteilt. Zuvor hatte er am 26. September 2022 mit anderen Hooligans einen Pub in der Nähe des Wembley-Stadions überfallen, wo am selben Tag ein Länderspiel zwischen England und Deutschland stattfand. Die Inhaftierung von K. führte zu zahlreichen Solidaritätsaktionen inner- und außerhalb des Stadions.

Im Doppelpass

Neben den Aktivitäten im Stadion lassen sich in der Region Leipzig Raumnahmeveruche von extrem rechten Lok-Fans beobachten. Neonazistische Aufkleber, Tags und Graffiti gehen immer wieder mit Bekenntnissen zum 1. FC Lokomotive einher. Häufig handelt es sich dabei um einfache Schriftzüge mit Inhalten wie „Lok“ oder „1966“, die in unmittelbarer Nähe zu nationalsozialistischen Parolen und Symbolen stehen.

In anderen Fällen sind extrem rechte Ideologie und Vereinsbezüge noch enger verschränkt. So wurden in den letzten Jahren verschiedene Aufkleber und Kleidungsstücke aus der Fanszene in Umlauf gebracht, die antisemitische und gegen politische Gegner*innen gerichtete Inhalte mit Bekenntnissen zum 1. FC Lokomotive verbinden. Darüber hinaus wurden in der jüngeren Vergangenheit Einrichtungen von politischen Gegner*innen der extremen Rechten mit Lok-Stickern markiert. Hierbei scheint das Bekenntnis zum 1. FC Lokomotive zugleich als politische Botschaft an missliebige Einrichtungen zu dienen.

Es bleibt jedoch nicht bei Raumnahmeveruchen und Sachbeschädigungen. Aus Gruppen von Lok-Fans kam es zudem wiederholt zu verbalen und physischen Übergriffen. Insgesamt sind 20 solcher Ereignisse seit dem Jahr 2019 bei chronik.LE dokumentiert. Wiederkehrende Motive sind dabei Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und die Ablehnung politischer Gegner*innen.



Rechte Raumnahme im Zusammenspiel mit Bekenntnissen zum 1. FC Lokomotive. Beispiele aus Leipzig, Nordsachsen und dem Landkreis Leipzig.

02.03.2019 Leipzig, Zentrum

Ein 22-jähriger Asylsuchender steigt an der Haltestelle Ostplatz in die Straßenbahn und wird unmittelbar danach von mehreren Fahrgästen rassistisch beleidigt und bepöbelt. Als die Bahn kurz darauf den Augustusplatz erreicht, drängen die Täter den Asylsuchenden aus der Bahn und steigen mit ihm aus. Am Augustusplatz schlagen sie auf ihn ein und fügen ihm dabei Verletzungen zu. Anwesende Polizist*innen schreiten ein und nehmen die Personalien von acht alkoholisierten Angreifern (23–40) auf. Die Täter befinden sich auf der Abreise von einem Spiel des 1. FC Lokomotive Leipzig und tragen bei der Tat Fanutensilien des Vereins aus Probstheida.^[9]

28.05.2023 Landkreis Leipzig, Zwenkau

Als eine Gruppe von vier Personen auf dem Weg in eine Kleingartenanlage ist, wird diese unvermittelt von vier weiteren, schwarz gekleideten Männern angesprochen und als „Zecken“ tituiert. Nachdem die Gruppe die vier Männer ignoriert, beginnen diese, die Personengruppe auf ihrem Weg in die Kleingartenanlage zu verfolgen. Dabei rufen sie unter anderem „Sieg Heil“ und die holocaustverherrlichende Parole „Arbeit mach frei – Babelsberg 03“. Auf einer portablen Musikbox spielen die Verfolger zudem verschiedene RechtsRock-Songs, aber auch den in der Fanszene vom 1. FC Lokomotive Leipzig beliebten Song „LOK“ der Band Unantastbar ab.^[10]

Der kursorische Blick auf die Fanszene des 1. FC Lokomotive Leipzig der letzten 20 Jahre stellt die Kontinuität der extrem rechten Aktivitäten beim Verein aus Probstheida heraus. Diese Beständigkeit wird unter anderem in verschiedenen Formen rechter Raumnahme

sowie verbalen und physischen Angriffen deutlich, die im Zusammenhang mit dem 1. FC Lokomotive Leipzig stattfinden.

Schlusspiff

Das Auftreten der extremen Rechten bei Lok hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Eine derart enge Anbindung an neonazistische Strukturen, wie sie in den 2000er Jahren Teile der Fanszene kennzeichnete, ist gegenwärtig nicht zu beobachten. Dies geht zeitlich mit einem einsetzenden Bedeutungsverlust von neonazistischen Kameradschaftsstrukturen allgemein einher. Die extrem rechte Fanszene hat sich im vergangenen Jahrzehnt hingegen andere Felder wie den Kampfsport erschlossen und bietet mit diesem ein attraktives Angebot für junge, männliche Lok-Fans. Dass damit keineswegs eine Abkehr von extrem rechten Ideologien einhergeht, hat sich in den letzten Jahren wiederholt gezeigt. So zeichnen sich Fanszenen durch eine besondere Tendenz zur männerbündischen Vergemeinschaftung aus. Gleiches gilt für den Kampfsport, bei dem darüber hinaus dem Ideal einer „soldatischen Männlichkeit“ nachgeehert werden kann. Autoritäre und sozialdarwinistische Einstellungen können hier ebenso gedeihen wie maskulinistische Vorstellungen, die mit Antifeminismus und LGBTQI*-Feindlichkeit einhergehen. Zwar muss dies nicht zwangsläufig so sein, da es emanzipatorische Bestrebungen im Kampfsport ebenso gibt wie auch in der Fan- und Ultrakultur. Und auch bei Lok gibt es zarte Bestrebungen, die rechte Hegemonie zurückzudrängen. Eine umfassende Strategie, die über ein Lippenbekenntnis hinausgeht, wurde in den vergangenen 20 Jahren jedoch nicht gefunden. ■

Bei diesem Text handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Dossiers „Plaches Albtraum. Lok und die extreme Rechte“ von chronik.LE. Erstveröffentlichung im September 2024 auf der Webseite von chronik.LE.

[9] Vgl. chronik.LE vom 02.03.2019: Rassistischer Angriff in der Straßenbahn, online abrufbar unter: <https://chronik.org/>.

[10] Vgl. chronik.LE vom 28.05.2023: Gruppe ruft neonazistische Parolen und verfolgt andere Personen, online abrufbar unter: <https://chronik.org/>.

DER III. WEG IN LEIPZIG UND UMGEBUNG

von chronik.LE

Seit Frühjahr 2023 haben die Aktivitäten des III. Wegs in der Region Leipzig stark zugenommen. Die in der Stadt bis dahin kaum in Erscheinung getretene neonazistische Partei versucht vorwiegend in östlichen Stadtteilen sowie der nordsächsischen Stadt Taucha Fuß zu fassen. Der Text gibt Einblicke über die Partei, ihre ideologischen Hintergründe und lokalen Aktionsfelder.

Der III. Weg: eine aktivistisch-neonazistische Partei

Die neonazistische Kaderpartei Der III. Weg wurde im Jahr 2013 gegründet. Daran wirkten ehemalige NPD-Mitglieder ebenso mit wie Neonazis aus der im Freien Netz Süd (2014 verboten) organisierten Kameradschaftsszene. Die Gründung der Partei und der damit einhergehende besondere Schutz durch das Parteienprivileg ermöglichten es, von Repressionen betroffene aktivistische Neonazistrukturen des Freien Netzes in den III. Weg zu überführen und somit aufrechtzuerhalten. Dieser politische Hintergrund ihrer Aktivist*innen bei gleichzeitig geringen Mitgliederzahlen führt dazu, dass die Partei häufig als Kader- oder Kleinstpartei bezeichnet wird.

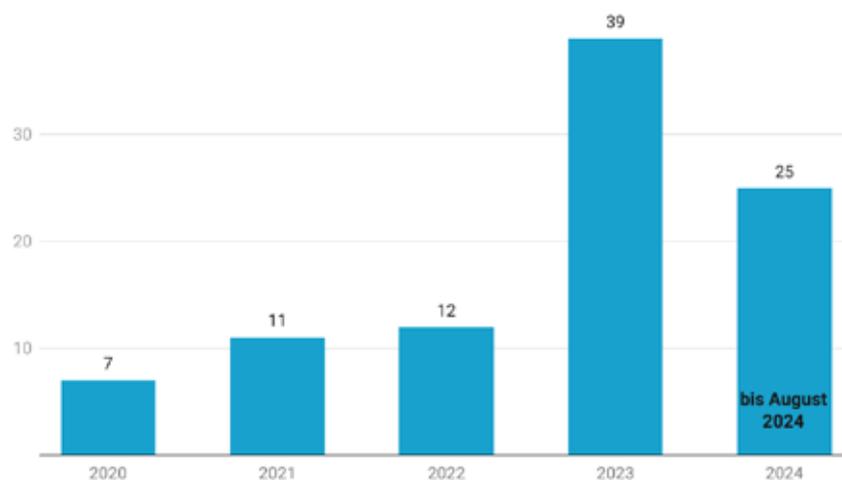
Strukturell ist Der III. Weg in sogenannte Stützpunkte gegliedert, zu denen in Sachsen die Stützpunkte „Vogtland“, „Westsachsen“, „Mittelland“ und „Mittelsachsen“

sowie seit Januar 2024 der neu gegründete Stützpunkt „Ostsachsen“ gehören. Die Stadt Leipzig und ihr Umland sind dem Stützpunkt „Mittelland“ zugeordnet, der seit April 2015 existiert und auch Teile Sachsen-Anhalts umfasst. Seit 2019 gibt es mit der Nationalrevolutionären Jugend (NRJ) zudem eine Jugendorganisation der Partei. Ideologisch orientiert sich Der III. Weg am historischen Nationalsozialismus, insbesondere am sogenannten Strasser-Flügel der NSDAP. In dieser Tradition versteht sich die Partei als „nationalrevolutionär“ und gibt sich antikapitalistisch – angestrebt wird ein „deutscher Sozialismus“ als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus. Zentral ist dabei ein über biologische Abstammung definierter, ethnisch-homogener Volksbegriff. Neben einem antidemokratischen, nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Weltbild vertritt sie zudem ein Geschichtsbild, in dem der Nationalsozialismus verharmlost und verherrlicht wird.

Ein besonderes Merkmal ist die prominente Rolle, die Der III. Weg den Themen Ernährung und Sport beimisst. Mit der parteieigenen AG Körper & Geist knüpft sie dabei an rassistische und sozialdarwinistische Eckpunkte der NS-Ideologie an. Die unter dem Banner der AG stattfindenden Kraft- und Kampfsporteinheiten dienen nicht nur der Inszenierung einer „wehrhaften“ Männlichkeit, sie fungieren zugleich als Einschüchterungsversuche und Drohgebärden in Richtung all jener, die nicht ins neonazistische Weltbild passen.

Bei Wahlen kann die Partei keine nennenswerten Erfolge vorweisen, lediglich im Vogtland hat sie auf kom-

Anzahl dokumentierter Ereignisse mit Bezug zum III. Weg





Ein Schriftzug in Taucha reklamiert eine „3. Weg Zone“.



Neonazis des III. Weg bei einer AfD-Kundgebung in Leipzig-Paunsdorf am 22. Oktober 2023.

munaler Ebene seit 2019 zwei Mandate. Zur sächsischen Landtagswahl 2019 wurde Der III. Weg aus formalen Gründen nicht zugelassen. Bei der Bundestagswahl 2021 trat diese nur in Bayern und Sachsen mit Landeslisten an und kam in Sachsen auf 0,2 Prozent. Auf der fünfköpfigen Landesliste war mit David Dschietzig auf Platz 4 ein langjährig aktiver Neonazi aus Leipzig vertreten. Die Wahlantritte trotz geringer Erfolgchancen dienen vermutlich vor allem dazu, den besonderen Schutzstatus als Partei nicht zu verlieren.

In der politischen Praxis versucht Der III. Weg mittels seiner „Stützpunkte“ lokal zu wirken und bedient sich dabei gängiger Strategien der extremen Rechten. Versuche der öffentlichen Raumnahme durch Propagandaaktionen und die Organisation von Demonstrationen sind ebenso Teil davon wie Schulungs- und Vortragsveranstaltungen. Hinzu kommen die beschriebenen Aktivitäten der AG Körper & Geist, die sich meist in öffentlichen Kampfsporteinheiten oder völkisch aufgeladenen Wanderungen ausdrücken. Das Wirken des III. Wegs konzentriert sich also weniger auf klassische Partei- und Gremienarbeit. Vielmehr dient die Parteistruktur als Rahmen für aktivistisch orientierte Neonazis.

Der III. Weg in Leipzig und Umgebung

In den vergangenen Jahren lag der lokale Schwerpunkt der Partei in Sachsen vor allem auf den Städten Plauen und Zwickau. In der Stadt Leipzig und den angrenzenden Landkreisen traten Aktivist*innen der Partei, trotz der 2015 ausgerufenen Gründung des Stützpunktes „Mittelland“, kaum in Erscheinung. Seit dem Frühling 2023 haben die Aktivitäten des III. Wegs jedoch deutlich zugenommen.

Dokumentierte chronik.LE in den Jahren zuvor meist etwa zehn Ereignisse mit Bezug zu der Partei (2020: 7 / 2021: 11/ 2022: 12), waren es im Jahr 2023 knapp 40 Ereignisse. Im Jahr 2024 sind es bis August bereits 25

Ereignisse. Dies betrifft vor allem verschiedene Stadtteile im Leipziger Osten. Aktivitäten sind vorwiegend in den Stadtteilen Paunsdorf, Schönefeld, Stötteritz und Reudnitz zu verzeichnen. Häufig kommt es dort zu Raumnahmeversuchen durch Aufkleber, Plakate sowie Tags und Schriftzüge.

08.09.2023, Leipzig

Schmierereien des Dritten Wegs in Paunsdorf

An die Straßenbahnhaltestelle ‚Am Vorwerk‘ werden verschiedene neonazistische Schriftzüge in grüner Farbe gesprüht. Diese glorifizieren den Nationalsozialismus („NS Jetzt!“), drohen politischen Gegner*innen („Zecken behindert schlagen!“) und haben rassistische Inhalte („Ausländer raus“). [...] Auch an andere nahegelegene Straßenbahnhaltstellen werden in grüner Farbe Schmierereien mit Bezug zum Dritten Weg angebracht.^[1]

Ähnliches lässt sich für die nordsächsische Stadt Taucha konstatieren, in der wiederholt ganze Straßenzüge mit Kürzeln und Parolen der Partei und der NRJ versehen wurden.

10.02.2024, Landkreis Leipzig, Taucha

Unzählige neonazistische Schmierereien und Sticker in Taucha

Am Wochenende werden erneut neonazistische Schmierereien und Sticker – davon zahlreiche mit Bezug zur neonazistischen Kaderpartei Der III. Weg – in Taucha angebracht. Plakate („Nationalismus ist Zukunft“) und weiße Graffiti befinden sich unter anderem am Bahnhof und der Unterführung, diversen angrenzenden Straßen sowie an der Oberschule und Grundschule. In den meisten Fällen ist ‚D3W‘ („Der III. Weg“) und ‚NRJ‘ („Nationalrevolutionäre Jugend“, die Jugendorganisation vom III. Weg) getaggt.^[2]

[1] chronik.LE vom 08.09.2023: Schmierereien des Dritten Wegs in Paunsdorf, online abrufbar unter: <https://chronik.leipzig.de/>.

[2] chronik.LE vom 10.02.2024: Unzählige neonazistische Schmierereien und Sticker in Taucha, online abrufbar unter: <https://chronik.leipzig.de/>.

[3] chronik.LE vom 10.03.2023: Der III. Weg hetzt gegen Geflüchtetenunterkunft in Stötteritz, online abrufbar unter: <https://chronikde.org>.

Themen und Zielgruppen des III. Wegs

Die Aktivitäten des III. Wegs spiegeln ideologische Kernthemen der Partei wider. Das öffentliche Auftreten zielt nicht nur darauf ab, Bereiche oder ganze Stadtteile für sich zu beanspruchen. Mit den Versuchen der Raumnahme gehen gezielte Angriffe gegen politische Gegner*innen einher. Die Ausgrenzung und Anfeindung aller, die nicht der rassistischen Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“ entsprechen, stellt ein Grundmotiv der nationalsozialistischen Ideologie dar, an deren Traditionslinie Der III. Weg anknüpft. Konkret materialisieren sich diese Einschüchterungsversuche beispielsweise in einem Angriff auf ein Parteibüro der Grünen in Taucha, bei dem „Grüße vom III. Weg“ an ein Fenster geschmiert wurde. In Paunsdorf wurde wiederholt ein Streetwork-Büro mit NS-Symbolen, Parolen wie „Zecken jagen“ und Plakaten des III. Wegs markiert. Und auch ein interkulturelles Gartenprojekt im Stadtteil wurde mehrfach verwüstet, während in unmittelbarer Nähe Schriftzüge der Partei angebracht wurden. Darüber hinaus wurden unliebsame Einzelpersonen zum Ziel von Einschüchterungen. So wurde das Auto von einem*r vermeintlichen politischen Gegner*in angegriffen.

Ihren völkisch-biologistischen Überzeugungen folgend, stellt die rassistische Thematisierung von Asyl und Migration einen inhaltlichen Schwerpunkt der Partei dar. In Leipzig äußerte sich dies beispielsweise durch Ver-

öffentlichungen im Kontext der Eröffnung einer Notunterkunft für Geflüchtete in Stötteritz:

10.03.2024, Leipzig

Der III. Weg hetzt gegen Geflüchtetenunterkunft in Stötteritz

Die neonazistische Partei Der III. Weg veröffentlicht auf seiner Webseite einen Beitrag mit dem Titel ‚Asylantenflut nach Leipzig: Stötteritz bekommt neues Zeltlager für ausländische Landnehmer‘. In dem rassistischen Beitrag werden Asylsuchende sowie politische Gegner*innen verunglimpft und zum Widerstand aufgerufen. Dabei spricht Der III. Weg vom ‚Raub der Heimat‘ sowie der ‚Bedrohung unserer Kinder und Familien‘. Der III. Weg knüpft mit dem Beitrag an die zeitweise wöchentlich stattfindenden rassistischen Proteste vor Ort an. Offenbar wurden dort auch Flyer der neonazistischen Partei verteilt.^[3]

Sowohl in Taucha als auch im Leipziger Osten verteilte Der III. Weg darüber hinaus zwei unterschiedliche Flyer, die zum einen Rassismus und Ablehnung gegen Geflüchtete schüren sollen und zum anderen die steigenden Mietpreise thematisieren. Die Beantwortung von Fragen sozialer Ungleichheit durch nationalistische und rassistische Antworten ist eine wiederkehrende extrem rechte Argumentationsfigur. Neben der rassistischen Dimension des Konzepts „Volksgemeinschaft“ beinhaltet dieses auch eine sozialdarwinistische



Mit einem Hakenkreuz markiert: Angriffe richten sich gegen politische Gegner*innen, um sie einzuschüchtern.

Komponente. Getrieben von Reinheitsvorstellungen, in denen alles vermeintlich Schwache und Kranke stigmatisiert und ausgeschlossen wird, imaginiert die NS-Ideologie einen kollektiven „Volkkörper“. Neben Linken, Migrant*innen oder Juden und Jüdinnen, die allesamt eine Bedrohung für diesen darstellen würden, wird die moderne Gesellschaft samt ihrer Errungenschaften als Hort der Degeneration betrachtet. Um sich dieser im Wortsinn zu erwehren, propagiert Der III. Weg und namentlich die AG Körper & Geist das Training des individuellen Körpers für die ideologisch übergeordnete „Volksgemeinschaft“. In der Praxis drückt sich dies in gemeinsamen, öffentlichen Kampfsporteinheiten und deren pathetischer Inszenierung in sozialen Netzwerken aus.

06.01.2024, Leipzig

Mehrere Plakate und Tags des III. Wegs in Stötteritz

Am S-Bahnhof Stötteritz, an der Kolmstraße und in der Václav-Naumann-Straße werden mehrere Plakate und Tags der neonazistischen Partei Der III. Weg angebracht. Auf den Plakaten prangen die Botschaften: „Jugend in den 3. Weg“, „Gesundheit statt Dekadenz“, „Gemeinschaft statt Egoismus“ sowie „Trendkiller“. Die Bilder zeigen Personen beim Kampfsport sowie eine besprayte Wand und eine weiblich gelesene, junge Person mit Schlauchschal.^[4]

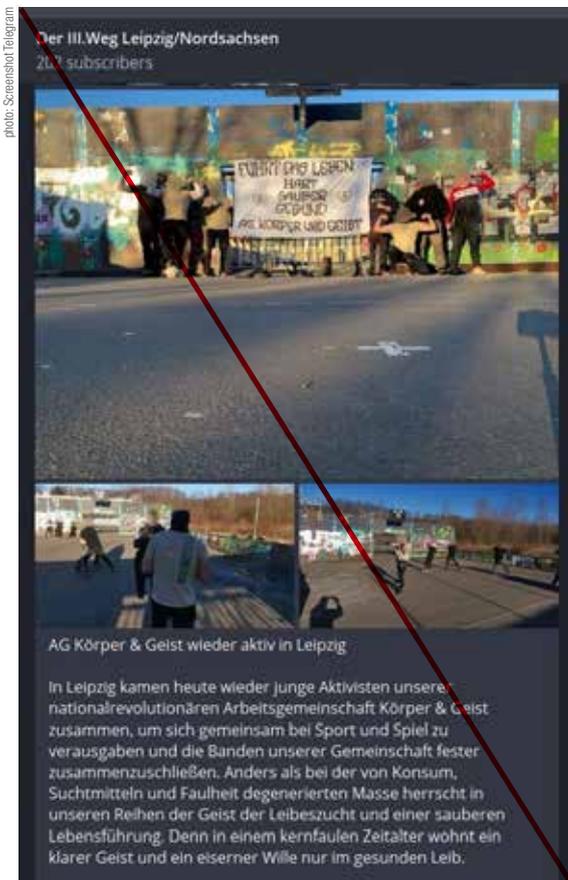
[4] chronik.LE vom 06.01.2024: Mehrere Plakate und Tags des III. Wegs in Stötteritz, online abrufbar unter: <https://chronik.org/>.

Jugendliche als Zielgruppe

Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre ist zu beobachten, dass die Partei verstärkt auf eine zeitgemäße Ansprache von Jugendlichen setzt. Alle gängigen Plattformen in den Sozialen Medien werden bespielt, wobei sich an die Ästhetik der jeweiligen Kanäle angepasst wird. Denn auch Der III. Weg hat ein demografisches Problem und braucht Nachwuchs, wie es der Parteivorsitzende Matthias Fischer jüngst in einem Podcast geäußert hat. Hierzu wurde bereits 2019 die Nationalrevolutionäre Jugend (NRJ) ins Leben gerufen, worüber junge Menschen an die Strukturen der Partei herangeführt werden sollen. Dies geschieht sowohl über harmlos wirkende Aktivitäten wie Wandern und Kanutouren, die im ganzheitlichen Konzept der Partei als Teil des „Kampfes um die Gemeinschaft“ zu verstehen sind, als auch über Vorträge ideologisch geschulter Kader oder die bereits erwähnten Kampfsporttrainings. Letztere sollen vor allem durch den inszenierten Männerkult und das trügerische Gefühl von Gemeinschaft eine junge männliche Zielgruppe ansprechen. Bereits jetzt sind es in Leipzig vorwiegend junge Männer, die für die Aktivitäten der Partei verantwortlich sind. Auch die Vielzahl an Bekenntnissen zur NRJ deutet darauf hin, dass der Versuch unternommen wird, gezielt Nachwuchsstrukturen zu etablieren.

Ob es sich bei den Aktivitäten und Raumnahmeversuche des III. Wegs in der Region Leipzig um ein aktivistisches Strohfeuer handelt oder sich die kleine Gruppe von Neonazis dauerhaft in der Stadt etabliert, wird sich zukünftig zeigen. Eine antifaschistische Vernetzung an den entsprechenden Orten und mit Betroffenen, die Abwehr rechter Raumnahme und ein klarer Widerspruch im Alltag können den Fortgang entscheidend beeinflussen. ■

Bei diesem Text handelt es sich um eine gekürzte und aktualisierte Fassung des Dossiers „Der III. Weg in Leipzig und Umgebung“ von chronik.LE. Erstveröffentlichung im März 2024 auf der Webseite von chronik.LE.



Training für die Straße und den digitalen Raum: Aktivist*innen des III. Weg inszenieren sich nach einer Sporteinheit in Leipzig-Paunsdorf selbst.

Neben der ideologischen Dimension spielen jedoch auch instrumentelle Faktoren eine Rolle. Anknüpfend an einen gesamtgesellschaftlichen, neoliberalen Fitnessstrend, gelten Fitness und (Kampf-)Sport der extremen Rechten insgesamt als mögliche Rekrutierungsfelder für potenziellen Nachwuchs. Das Propagieren von Versatzstücken der NS-Ideologie im popkulturellen Look, das sich gezielt an Jugendliche richtet, zeigt sich exemplarisch anhand von Plakaten, die in Leipzig-Stötteritz verklebt wurden:

HAFTSTRAFEN FÜR KLANDESTINEN NAZI-VERLAG

von Andrea I. Brandt

Ab dem 14. März 2024 verhandelte das Oberlandesgericht Dresden gegen drei Personen, die „unter dem Dach des Verlags ‚Der Schelm‘ antisemitische und nationalsozialistische Ideologie“ verbreitet haben sollen. Der Verlag vertreibt seit 2015 zahlreiche unkommentierte Nachdrucke von NS-Literatur sowie Bücher, in denen der Holocaust geleugnet wird. Der Text berichtet aus dem Gerichtsverfahren.

Die Bundesanwaltschaft legt Enrico Böhm (*1982) und Annemarie K. (*1986) aus Leipzig sowie Matthias B. (*1985) aus Gröditz (Lk Meißen) die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB zur Last, deren Zweck oder Tätigkeit auf die Begehung von Straftaten der Volksverhetzung gerichtet sei. Aus „prozessökonomischen Gründen“ ist dabei nur das Vorhalten volksverhetzender Bücher angeklagt. Der wichtigste Protagonist fehlt: Adrian Preißinger (*1964), vorbestraft wegen der Produktion und des Vertriebs von RechtsRock-Tonträgern um die Jahrtausendwende. Die Staatsanwaltschaft sieht in ihm den Inhaber des Verlags. Im August 2018 soll Preißinger sich mit Böhm und K. und spätestens im Jahr 2019 mit B. zusammengeschlossen haben.

Mit 46.576 verkauften Druckerzeugnissen habe man bis Ende 2020 mindestens 809.749 Euro Umsatz erzielt, so die Anklage. Weitere 53.617 Exemplare wurden bei einer Durchsicherung im Dezember 2020 in einer Lagerhalle in Bad Lausick im Landkreis Leipzig sichergestellt. Davon sollen 47.660 Stück mit einem potenziellen Verkaufswert von 913.000 Euro volksverhetzende Inhalte oder Werbung für solche enthalten haben. Die Anklage listet 82 Titel namentlich auf, neben „Mein Kampf“ etwa „Die jüdische Weltpest“ und „Der Giftpilz“. Ob sich etwa das Buch „Voll-Zionismus“ mit 960 beschlagnahmten Exemplaren besser oder schlechter verkauft hatte als „Die Auschwitz-Lüge“, von dem lediglich ein Exemplar sichergestellt wurde, bleibt dabei offen.

Im Verlauf des Prozesses geben alle Angeklagten Einlassungen ab. B. erzählt von seiner Ausbildung zum Mediengestalter im „Deutsche-Stimme“-Verlag, wo er Adrian Preißinger kennenlernte. Im Jahr 2010 habe er dort gekündigt, sei aus der NPD ausgetreten und habe seinen eigenen Verlag Libergraphix eröffnet. Schnell habe Preißinger mit dem Manuskript von Wolfgang

Hackerts Buch „Die jüdische Epoche“ angeklopft, dafür aber „50/50“ gewollt – B. habe die ganze Arbeit gehabt, es sei nicht gut gelaufen und habe zu einem „riesigen Schuldenberg“ geführt.

Ein anderes Mal habe jemand 8.000 Euro im Tausch gegen 100 Belegexemplare geboten, um „Der internationale Jude“ von Henry Ford herauszugeben. Weil das Buch im Rahmen seines übrigen Verlagsangebots volksverhetzend sein könne, sein Geschäftspartner Preißinger aber das Geld einstreichen wollte, habe man dafür im Jahr 2014 einen eigenen Verlag gegründet – den Schelm. Dabei habe Preißinger gemerkt, dass in dieser Nische gutes Geld zu verdienen sei, und weitere Bücher herausgebracht. Zunächst deklariert als „wissenschaftliche Quellentexte“ mit einem Distanzierungsvermerk, der später polemischer geworden und schließlich ganz entfallen sei.

Von 2015 bis 2018 habe Margret Nickel, Betreiberin der extrem rechten „Klosterhaus-Versandbuchhandlung“, die Versandtätigkeiten des Schelm ausgeführt. Als ihr dies „zu heiß“ wurde, habe Preißinger in Böhm einen Nachfolger gefunden, der es „noch billiger als Margret“ mache. Matthias B. hatte zuvor abgelehnt, stieg im Januar 2019 aber dennoch ein. In der Lagerhalle habe er ein Warenwirtschaftssystem, Labeldrucker und Handscanner installiert. Bis Ende 2020 seien dort über 16.000 Bestellungen bearbeitet worden.

Die im Februar 2020 veröffentlichte Recherche des Videoformats STRG_F, die Enrico Böhm als Mitarbeiter des Schelm enttarnt hatte, habe zu vielen Neukund*innen geführt. Nach der Razzia im Dezember 2020 habe B. beim Schelm aufgehört. Seit 2022 sei er im Aussteigerprogramm EXIT-Deutschland. Seitdem habe er dem Landeskriminalamt Sachsen alle Passwörter übergeben und die Datenbanken des Onlineshops und des Warenwirtschaftssystems beschafft. Er habe den Ermittler*innen auch dargelegt, wie der Verlag seit der Beschlagnahmung weiter ausliefere, eine Druckerei in Ungarn benannt sowie Scheinfirmen, Konten und Namen aufgelistet.

Die Verkaufspreise schätzt B. auf das Sechsfache der Druckkosten. Preißinger habe am Ende mehr als die Hälfte der Einnahmen erhalten, rechnet er vor, und zusätzlich „Buchpatenschaften“ und Spenden erworben. Von den Schelm-Konten, die teils über Strohmannen in mehreren europäischen Staaten eingerichtet wurden, habe Preißinger regelmäßig Gelder in die Ukraine oder nach Russland transferiert. Mehrmals im



photo: Christoph Heitke

Der frühere NPD-Stadtrat und Mitarbeiter des Verlags „Der Schelm“, Enrico Böhm (Mitte, zwischen den Polizisten), auf einer Demonstration in Leipzig.

Jahr seien ihnen Konten gekündigt worden, meist habe er dann direkt ein neues in der Hinterhand gehabt. B. beschreibt Preißinger als „ordentlichen Antisemiten“, dem es „aber genauso ums Geld“ gehe.

Kürzer fallen die Einlassungen der Mitangeklagten aus, die sich von den rechten Szeneanwälten Arndt Hohnstädter und Peter Richter verteidigen lassen. Böhm will lediglich Packlisten abgearbeitet haben. Ebenso wie B. habe er keines der Bücher gelesen. Dass er antisemitische Schriften verkaufe, sei ihm jedoch klar gewesen. Einen kleinen Teil der Lagerflächen habe er für seinen eigenen Onlineversand genutzt. Die sichergestellten schwarzen „Zaubertassen“, auf denen beim Einfüllen eines heißen Getränks ein Hakenkreuz erscheine, seien allerdings nicht frei verkauft worden.

Die Angeklagten beantworten zahlreiche Rückfragen des Gerichts, etwa über ihre Aktivitäten in der NPD. Ein Zeuge des LKA bestätigt die Inhalte der Geständnisse im Wesentlichen und ergänzt, dass Böhm bei der Identifizierung von „Gargamel“ geholfen habe, der dem Schelm bei IT-Problemen geholfen habe. Dahinter stecke der ausgewanderte Deutsche Jerome D.

Erkenntnisse gebracht habe auch die Observation und Telekommunikationsüberwachung der Angeklagten. Zudem hatte das LKA eine Testbestellung getätigt und davon Fingerabdrücke und DNA gesichert. Der Ermittler deutet weiterhin an, wie der Verlag seit der Razzia weiter ausliefere. Er erwähnt Sendungen des britischen Verlags Castle Hill Publishers, eine Druckerei im polnischen Szczecin und einen Versandweg nach Wertheim am Main (Baden-Württemberg).

Anschließend werden Teile der Extraktionsprotokolle der beschlagnahmten Mobiltelefone in Augenschein genommen. Von K.s Smartphone werden Bilder mit Hakenkreuzen gezeigt, das Schelm-Logo, und die Grafik

„tasse2.png“, die ebenfalls ein Hakenkreuz enthält. Bei Böhm sind es Hitlerbilder, Hakenkreuze, SS-Runen und diverse Neonazi-Propagandamotive. Böhm bestätigt auch, dass ihm die E-Mail-Adresse zeitzeugenvortrag@gmail.com gehört. Mit dieser Adresse waren 2019 und 2020 mehrere NS-„Zeitzeugenvorträge“ in Leipzig und Umgebung beworben worden.

Matthias B. nutzt das letzte Wort, um sich für seinen Tatbeitrag „an diesem Wahnsinn und Irrsinn“ zu entschuldigen. Enrico Böhm beteuert, nie zum Hass anstacheln zu wollen und kein Antisemit zu sein. Annemarie K. betont, sie würde sich „rückblickend nicht noch einmal dazu drängen lassen, das mitzumachen“.

Nach neun Verhandlungstagen verurteilt das Gericht unter Vorsitz von Hans Schlüter-Staats die Angeklagten am 29. April 2024 wegen der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in zwei Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit Volksverhetzung. Enrico Böhm soll eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten absitzen. Matthias B. erhält eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten, Annemarie K. ein Jahr und sechs Monate. Zudem seien die beschlagnahmten Druckwerke und große Teile der Einnahmen einzuziehen. Das Urteil ist bislang nicht rechtskräftig – Böhm, K. und der Generalbundesanwalt haben Revision eingelegt.

Für Außenstehende bot die Verhandlung aufschlussreiche Einblicke in ein Neonazi-Netzwerk, aber auch in die prekären Lebensumstände mancher Akteur*innen. Die anhaltende Versandtätigkeit zeigt zudem, dass Preißinger in Europa auch weiterhin Handlanger für sein Geschäft zu finden scheint. ■

Bei diesem Text handelt es sich um einen Nachdruck aus dem Antifaschistischen Infoblatt 144. Erstveröffentlichung im September 2024.

NEUN JAHRE NACH DEM ANGRIFF IN CONNEWITZ

Fehlende Aufarbeitung bestärkt Neonazi-Szene

von Juliane Nagel

[1] Kleine Anfrage: Nachfrage zu Drs. 7/15227: Stand der Prozesse (und Ermittlungen) in Sachen neonazistischer Angriff in Leipzig-Connewitz am 11. Januar 2016, Antwort vom 22.07.2024, Drs. 7/16693, online abrufbar unter: edas.landtag.sachsen.de/.

[2] Dies ist aus Gesprächen mit den Gewerbetreibenden bekannt geworden. Nur wenige machten öffentlich ihren Unmut deutlich, etwa die Betreiber des Shaha.

Mehr als neun Jahre sind seit dem Angriff auf Connewitz am 11. Januar 2016 vergangen. Im Windschatten des Demonstrationsgeschehens zum ersten Jahrestag des Pegida-Ablegers Legida überfielen damals rund 300 Neonazis, rechte Kampfsportler und Hooligans gezielt den linksalternativen Stadtteil Connewitz und griffen Menschen, Wohnungen, Kneipen und Geschäfte an. Die juristische, politische und mediale Aufarbeitung bleibt defizitär.

Die ersten Gerichtsverfahren begannen im August 2018, also zweieinhalb Jahre nach der Tat. Ein Großteil der Verhandlungen fand am Amtsgericht Leipzig statt, Berufungsverhandlungen am Landgericht Leipzig. Von 217 Beschuldigten wurden mittlerweile 211 verurteilt. Davon sind 209 Urteile zum Stand August 2024 rechtskräftig.^[1] Das bedeutet: In diesen Fällen sind mögliche Berufungsverhandlungen bereits abgeschlossen. Ein Verfahren wurde eingestellt, weil der Angeklagte aus Wurzeln im November 2019 verstorben ist. Ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen.

Auch das Verfahren gegen Kai M., ehemaliger Kandidat der NPD zur Stadtratswahl in Leipzig, endete im September 2023 mit einem Freispruch für den Angriff in Connewitz. Die Erörterung der persönlichen Verhältnisse von Kai M. offenbarte eine lange Liste von Vorstrafen: Beleidigung, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch, Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung. Die Staatsanwaltschaft forderte eine Verurteilung wegen des Angriffs in Connewitz und wegen einer Beleidigung eines Polizisten. Sein Verteidiger, der AfD-Politiker Roland Ulbrich, plädierte auf Freispruch. Das Gericht folgte dem Anwalt im Hinblick auf die Tatbeteiligung in Connewitz. Die Staatsanwaltschaft Leipzig legte erst Berufung gegen den Freispruch für den Landfriedensbruch ein, zog diese aber im März 2024 zurück.

Kein öffentlicher Druck, keine Aufklärung

Der Neonazi-Angriff auf Connewitz war 2016 ein bundesweites Thema. Auch die Bewohner*innen des Stadtteils waren verunsichert. Connewitz galt und gilt für viele linke und alternative Menschen und Betrof-

fene von rechter Gewalt in Ostdeutschland als eine Art Safe Space, ein Ort, an dem die permanente rechte Bedrohung nicht so alltäglich ist wie anderswo. Nach dem 11. Januar 2016 war die Angst vor weiteren Angriffen durch Neonazis hoch. Viele fühlten sich an die Angriffe in den 1990er Jahren in Leipzig erinnert.

Die Botschaft der neonazistischen Täter war klar: Es gibt keine sicheren Rückzugsräume vor ihnen, auch die Großstadt und der linke Stadtteil Connewitz sind es nicht. Zu dieser Zeit fanden fast täglich in Sachsen rechte Aufmärsche statt und zahlreiche Asylunterkünfte wurden angegriffen. Mit dem Angriff auf Connewitz wollten sie zeigen, dass sie auch hier den „Volkswillen“ vollstrecken. Von staatlicher Seite wurde in der Folge ebenfalls deutlich gemacht, dass die Täter nichts zu befürchten haben.

Die Aufklärung des geplanten Angriffs von bis zu 300 Neonazis und rechten Hooligans muss als unambitioniert bewertet werden. Im Zuge der juristischen Aufarbeitung sind keinerlei Strukturermittlungen zu den Organisatoren des Angriffs, geschweige denn Hausdurchsuchungen durch die Polizei bekannt geworden. Auch hat der Generalbundesanwalt darauf verzichtet, die Ermittlungen an sich zu ziehen, obwohl eine Planung und eine bundesweite Neonazi-Vernetzung über mehrere Bundesländer ersichtlich war.

Vor Gericht gab es keine Nebenkläger*innen, obwohl Menschen direkt von den Neonazis am Abend angegriffen wurden. Grund war die berechtigte Sorge, dass persönliche Daten von Betroffenen und Zeug*innen in die Hände von Neonazis gelangen würden und bei über hundert Prozessen immer wieder ausgesagt werden müsse. Die Gewerbetreibenden der Wolfgang-Heinze-Straße, deren Läden und Geschäfte attackiert wurden, spielten in den Verhandlungen kaum eine Rolle. Einige berichteten sogar von ungeheuerlichen Verdächtigungen der Polizei gegen ihre Mitarbeiter*innen, was das Vertrauen in die Ermittlungen von Anfang an belastete.^[2]

Außerdem wirkt sich die lange Zeit bis zum Start der einzelnen Prozesse strafmildernd aus. Je später nach der Tat das Urteil, desto mehr nimmt das Strafbefürdnis wegen der „konkreten Belastung“ für den Angeklagten ab.

Verpasste Chancen in der Prozessbegleitung

Dennoch wäre in der Rückschau mehr möglich gewesen, um den öffentlichen Druck auf die Behörden und die Täter zu erhöhen. So gab es zwar mit der Prozessdokumentation „Prozess 1101“^[3] eine systematische Beobachtung der Prozesse und regelmäßige Anfragen der Autorin dieses Artikels im Landtag. Aber es gelang leider nicht, den Prozessen die nötige und breite Aufmerksamkeit zu verschaffen, wie sie in den ersten Wochen des Angriffs vorherrschte. Die Gruppe „Rassismus tötet!“ – Leipzig versuchte, mit mehreren Kundgebungen vor dem Amtsgericht Leipzig das Thema im öffentlichen Bewusstsein zu halten. Das gelang nur mäßig.^[4]

Regelmäßig gab es Deals zwischen Gericht und Angeklagten, die für sich zumeist in Anspruch nahmen, unwissentlich in Connewitz gelandet und „ganz hinten gelaufen“ zu sein. Diese Deals liefen oftmals nach Schema F ab: Sie beinhalteten ein rudimentäres Geständnis der Täter, am Abend in Connewitz gewesen zu sein, was sich durch die Festnahme nicht leugnen ließ. Dafür wurde diesen ein Strafraum zugesichert (in der Regel eine Geldstrafe und eine Verurteilung, die zur Bewährung ausgesetzt wird). Diese Abmachungen wurden auch mit Neonazis getroffen, die nach 2016 weitere Straftaten begingen und meist ohnehin schon eine Reihe an Vorstrafen in ihrer Akte vorweisen konnten.

In Reaktion auf diese Prozess-Abläufe wendeten sich das offene Projekt- und Abgeordnetenbüro linXXnet und die Gruppe „Rassismus tötet!“ – Leipzig im Januar 2021 mit einem kritischen offenen Brief an die Richter*innen des Amts- und Landgerichts Leipzig und forderten, dass die Geldstrafen zugunsten sozialer und kultureller Einrichtungen und Vereine in Connewitz und der Opferberatung RAA Leipzig zu verhängen seien.^[5]

Die mediale Berichterstattung über die Prozesse ver-

blieb lokal und regional. Es waren hauptsächlich das Stadtmagazin Kreuzer und die Leipziger Zeitung, die sich den Prozessen regelmäßig widmeten. Dabei wurden nur selten die Hintergründe der angeklagten Neonazis beleuchtet. Exemplarisch dafür, wie dies hätte funktionieren können, ist der Justizvollzugsbeamte Kersten H. Das etwas größere öffentliche Interesse an seinem Prozess war vor allem seinem Status als Beamten geschuldet. Und dem Fakt, dass er trotz der Ermittlungen noch drei Jahre nach dem Angriff im Dienst war und dabei sogar inhaftierte Neonazis bewachte.

Auch die Beteiligung von Tobias B., Geschäftsführer des Sicherheitsunternehmens Pro GSL, das in Leipzig zahlreiche Baustellen absichert, hatte Konsequenzen: Ihm wurde infolge einer Überprüfung auf Grundlage der Gewerbeordnung die Unzuverlässigkeit bescheinigt, so dass er als Geschäftsführer abberufen wurde.^[6] Ein Wohnprojekt im Leipziger Westen wehrte sich juristisch und praktisch dagegen, dass der Bezirksschornsteinfeger Christian S., ebenfalls verurteilter Connewitz-Täter, die Zuständigkeit für ihr Haus behält.^[7]

Die vielleicht anfängliche Sorge der Neonazis nach der Tat, erhebliche Repression zu erfahren, erwies sich unterm Strich als absolut unbegründet. So verwundert es nicht, dass viele der festgesetzten Täter in Connewitz auch in den folgenden Jahren bei rechten Mobilisierungen und Gewalttaten in Erscheinung getreten sind, wie 2018 in Chemnitz.^[8] Die Ermittlungen und die Prozesse gegen die Connewitz-Täter stehen exemplarisch für eine unambitionierte Strafverfolgung von Neonazis in Sachsen. Hier ist die Nicht-Aufarbeitung rechter Gewalttaten die Regel und nicht die Ausnahme. Und genau das ermutigt die Protagonisten zu weiteren Taten, anstatt sie in die Schranken zu weisen. ■

Juliane Nagel ist für den Leipziger Süden Stadträtin und Abgeordnete im Sächsischen Landtag und seit vielen Jahren antifaschistisch aktiv.

[3] prozess1101.org/

[4] Die Gruppe veranstaltete fast zehn Kundgebungen vor dem Amtsgericht Leipzig zu Tätern des Angriffs in Connewitz, online abrufbar unter: rassismus-toetet-leipzig.org/

[5] Mehr als 200 Personen und Gruppen unterschrieben diesen Brief online, eine öffentliche Reaktion darauf seitens der Behörden gab es nicht. Im Wortlaut noch online abrufbar unter: web.archive.org/

[6] Anfrage im Stadtrat Leipzig: „Überprüfung der gewerblichen Zulassung des Sicherheitsunternehmens Pro GSL“ (MI-F-06409), Antwort vom 10.11.2021. Online abrufbar unter: ratsinformation.leipzig.de/

[7] Waltz, Manuel (2024): Früher bei Neonazi-Mob in Leipzig-Connewitz, Deutschlandfunk Kultur online abrufbar unter: deutschlandfunk-kultur.de/

[8] Ladenschlussbündnis (2018): Recherche: Imperium Fight Team bei Ausschreitungen in Chemnitz dabei“, online abrufbar unter: <https://ladenschluss.noblogs.org/>

photo: Marco Bras dos Santos



Ein Plakat wirbt für eine Veranstaltung zum Connewitz-Prozess im Januar 2021 in Connewitz.

photo: Marco Bras dos Santos



Mit einem Transparent wird bei einer Kundgebung am Amtsgericht Leipzig „Kein Freispruch für Nazis und Justiz“ gefordert.

EXTREM RECHTER MÄNNERBUND

Burschenschaft Arminia zu Leipzig

von Periskop

[1] Das Portal antifa-frankfurt.org berichtete im November 2023 ausführlich über die genannte Burschenschaft, online abrufbar unter: antifa-frankfurt.org/.

Drei in Leipzig ansässige Burschenschaften sind im rechtsnationalen und völkischen Dachverband Deutsche Burschenschaft organisiert. Neben der Burschenschaft Dresdensia Leipzig und der Leipziger Burschenschaft Germania gilt dies auch für die Burschenschaft Arminia zu Leipzig. Letztere sollte im Jahr 2024 den Vorsitz innerhalb des Dachverbands einnehmen. Der Text wirft einen kritischen Blick auf Netzwerke und Personen der in Gohlis beheimateten Burschenschaft.

Mitglieder des Dachverbands Deutsche Burschenschaften (DB) sorgen immer wieder mit extrem rechten und menschenverachtenden Äußerungen und Positionierungen für Aufmerksamkeit. Beispielsweise wurde 2011 beim Burschentag der DB, einer Zusammenkunft von unterschiedlichen Burschenschaften des Dachverbands, darüber diskutiert, ob es notwendig sei, für die Mitgliedschaft eine Art „Arier-Nachweis“ vorlegen zu können. Die Debatte wurde durch die Mitgliedschaft eines Mannes in der Burschenschaft Hansea zu Mannheim ausgelöst, der in den Augen einiger Mitgliedsbünde „nicht deutsch genug“ aussähe. Ein internes Rechtsgutachten belegte, dass Abstammungskriterien ausschlaggebend seien, um in eine Burschenschaft der DB eintreten zu können. Auch in der Folge dieses Ekklats, der ein großes mediales Echo fand, fiel der DB durch NS-Analogien und extrem rechte Ideologie auf. Im Jahr 2024 sollte die Burschenschaft Arminia zu Leipzig den Vorsitz innerhalb des Dachverbands übernehmen. Doch dazu kam es nicht. Wie die Autonome Antifa Freiburg Anfang des Jahres 2024 recherchierte, sah die Leipziger Burschenschaft aus finanziellen Gründen vom Vorsitz ab. Ob der Rückzug mit einem erst später bekannt gewordenen Brandanschlag auf die Leipziger Räumlichkeiten der Burschenschaft in der Georg-Schumann-Straße 28 zusammenhängt, ist unklar.

Neben den Räumlichkeiten im Leipziger Norden unterhält die Burschenschaft Arminia zu Leipzig seit 2016 zudem einen Ableger in Dresden, der sich im dortigen Stadtteil Löbtau befindet. Eines von den Dresdner Mitgliedern ist Gordon Engler, ehemaliges Mitglied der Aachen-Dresdner Burschenschaft Cheruskia, Lehrer und Politiker in der extrem rechten Alternative für Deutschland (AfD). Engler war bis 2019 als Stadtrat und danach als Stadtbezirksbeirat für die Dresdner AfD

tätig. Mittlerweile wirkt er gemeinsam mit drei weiteren Personen als Vorstandsmitglied des Vereins Leipziger Burschenschaft Arminia e.V., der zur Burschenschaft gehört. Um diesen und die Burschenschaft selbst existiert ein Geflecht aus Unternehmen und Einzelpersonen mit weitreichenden Kontakten. Teil des Netzwerks sind unter anderem die Immobilienverwaltungsgesellschaft Friedrich Schmitz mbh und die Immobilien Friedrich Schmitz GmbH & Co. KG sowie einige weitere Firmen und Vereine. Für letztere fungierte der extrem rechte Szeneanwalt und Mitglied der Arminia Martin Kohlmann als Kapitalgeber. Kohlmann hat durch Beendigung seines Studiums und den Eintritt ins Berufsleben in der Burschenschaft zwar den Status als „Alter Herr“ erreicht, wirkt als ideologischer Stichwortgeber jedoch weiterhin in die Burschenschaft hinein.

Im Jahr 2018 referierte Kohlmann als Gast der Arminia über die rechtsterroristische Gruppe Freital, welcher Sprengstoffanschläge auf Geflüchtetenunterkünften sowie Angriffe auf Unterstützer*innen von Geflüchteten nachgewiesen werden konnten. Kohlmann selbst trat im Prozess gegen die Gruppe als Verteidiger auf. Er ist aber nicht nur im Gerichtssaal und im Rahmen von Vorträgen vor Burschenschaften für die extreme Rechte aktiv. Bereits seit 1999 betätigt er sich als Stadtrat in Chemnitz für mehrere extrem rechten Parteien und Organisationen. Er ist zudem Gründungsvorsitzender der extrem rechten Partei Freie Sachsen. Diese wirken bislang vor allem als Sammelbecken der hiesigen extremen Rechten und bieten diversen ehemaligen Funktionären der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) eine neue Heimat.

Vorträge mit extrem rechten Inhalten weisen bei der Arminia zu Leipzig Kontinuitäten auf. So durfte der Landtagsabgeordnete der AfD in Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider, im Mai 2016 einen Vortrag mit dem Titel „Die Ahmadiyya – Nukleus eines europäischen Islam?“ halten. Tillschneider hatte ein Abgeordnetenbüro im Haus des haleschen Ablegers der extrem rechten Identitären Bewegung (IB) und unterhält enge Verbindungen zu dieser. Des Weiteren ist er Mitbegründer des rechten Netzwerks EinProzent, als dessen Gesicht er zusammen mit Philip Stein, ebenfalls ein Burschenschafter (Marburger Burschenschaft Germania), auftritt.

In der Arminia werden jedoch nicht nur extrem rechte Protagonisten der AfD für Vorträge empfangen. Burschenschafter der Arminia sind auch selbst in der Partei



Versammlung vor dem Sitz der „Burschenschaft Arminia zu Leipzig“ in der Georg-Schumann-Straße.

aktiv. Zu nennen ist zum Beispiel Sandro Hersel, der in den Jahren 2016 bis 2021 für die AfD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern saß. Dieser machte in der Vergangenheit mit relativierenden Aussagen in Bezug auf rassistische Gewalt auf sich aufmerksam. So äußerte er, dass „brennende Flüchtlingsheime kein Akt der Aggression“ seien, „sondern ein Akt der Verzweiflung gegen Beschlüsse von Oben“.^[2] Für Aufmerksamkeit sorgte ebenfalls Matthias Scholz, der dem Dresdner Ableger der Arminia angehört und ebenfalls Mitglied der AfD war. 2018 musste er alle seine Parteiämter niederlegen, nachdem öffentlich bekannt wurde, dass er in einer Kneipe in der Dresdener Neustadt eine Person rassistisch beleidigte und seine Begleiter dabei rechte Parolen skandierten.^[3] Mit dem Leipziger Felix Koschkar war ein Armine zudem Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Alternative und Angehöriger des Leipziger Ablegers der IB.^[4]

Auch die Überschneidungen der Arminia mit der IB sind kein Einzelfall. Exemplarisch zu nennen ist hierzu Christian Heilmann. Er hat eine Doppelmitgliedschaft inne, das heißt, er ist sowohl im Dresdner Ableger der Arminia als auch in der Burschenschaft Normannia zu Jena organisiert. Der mittlerweile Anfang 30-Jährige blickt auf eine einschlägige Neonazi-„Karriere“ zurück und besuchte verschiedene Neonaziaufmärsche sowie

Demonstrationen und Aktionen der Identitären Bewegung. Im Jahr 2014 reiste er mit einem weiteren Normannia-Angehörigen, der als RechtsRock-Musiker in der Vergangenheit Konzerte bei Veranstaltungen des Blood & Honour-Netzwerks spielte, zum Europakongress der Jungen Nationaldemokraten (heute Junge Nationalisten). Im Jahr darauf besuchte er mit IB-Angehörigen einen AfD-Aufmarsch in Erfurt.^[5]

Im Leipziger Stadtgeschehen bekommt man von alledem wenig mit. Die Burschenschaft Arminia ist darum bemüht, nicht groß aufzufallen. Auch medial hält sich die Burschenschaft bedeckt. Ihre Präsenz und Aktivität auf Social-Media-Kanälen begrenzen sie auf ein Minimum und über die burschenschaftliche Öffentlichkeit hinaus tritt sie nicht in Erscheinung. Vor dem Hintergrund der sächsischen Verhältnisse und der Vielzahl lokaler extrem rechten Organisationen geht sie regelrecht unter. Bei genauerem Hinsehen aber zeigt sich, dass ihre Aktivitäten sowie die Protagonisten in und um die Burschenschaft Arminia zu Leipzig keinesfalls unterschätzt werden sollten. Sie zeigt sich als kontinuierlicher Ankerpunkt der extremen Rechten im Raum Leipzig und als Ort der Rekrutierung und der Vernetzung. ■

Periskop ist ein Recherche- und Informationsportal aus Leipzig.

[2] Fleischervorstadt-Blog (2017): AfD-Chats: Causa Holger Arppe ist kein Einzelfall, online abrufbar unter: blog.17vier.de/

[3] Sternberg, Jan (2018): „Sieg Heil“-Rufe in Bar? AfD-Jungpolitiker räumt alle Posten, online abrufbar unter: md.de/

[4] Vgl. IBster Watch (2017): Els-terfunken Leipzig und Kontrakultur Halle, online abrufbar unter: ibster.noblogs.org/

[5] Rechercheportal Jena-SHK: Christian Heilmann – Von Wohlleben über die Normannia bis zur Identitären Bewegung, online abrufbar unter: rechercheportaljenashk.noblogs.org/

„FALLEN DIE BETRIEBE, FÄLLT DIE GESELLSCHAFT“

Interview von chronik.LE mit
Amici della conricerca di Lipsia

chronik.LE: Du beschäftigst dich schon lange mit Gewerkschaftspolitik und betrieblichen Auseinandersetzungen. Warum ist es auch hier wichtig, die extreme Rechte nicht aus dem Blick zu verlieren?

Yann Sabot (Amici della conricerca di Lipsia): Zunächst einmal gibt es zahlreiche Studien, die eine weite Verbreitung rechter Einstellungsmuster und Wahlpräferenzen unter Arbeiter*innen belegen. Betriebe sind alltägliche Begegnungsorte, in denen diese Einstellungen die Betriebsöffentlichkeiten prägen können. Das kann für migrantische Kolleg*innen oder auch für Gewerkschaftslinken zum Problem werden. In den vergangenen Jahren haben diese Probleme zugenommen. Von Gewerkschafter*innen bekomme ich immer wieder zu hören, dass die rechten Erzählungen bei Kolleg*innen verfangen, die Pausengespräche rauer werden und auch antifaschistische Kolleg*innen unter Druck stehen.

Hinzu kommt die Besonderheit von Betrieben. Sie sind nämlich enorm vermachtete Räume, in denen einige Menschen Entscheidungsbefugnisse über andere Menschen haben. Wenn diese Befugnisse derart ungleich verteilt sind, können rechte Unternehmer*innen oder rechte Betriebsrät*innen einen großen Schaden anrichten.

Aber noch entscheidender ist, dass die „rechte Betriebsoffensive“ an Substanz gewinnen konnte. Diese wurde bereits auf der Compact-Konferenz mit dem Titel »Opposition heißt Widerstand« im Oktober 2017 in Leipzig

von Jürgen Elsässer (Compact-Magazin), Götz Kubitschek (ehemals Institut für Staatspolitik, Verlag Antaios), Lutz Bachmann (Pegida) und Oliver Hilburger (Vorsitzender der Pseudogewerkschaft Zentrum) diskutiert. Indizien sind die Professionalisierung des Vereins Zentrum (ehemals Zentrum Automobil), der sich als (rechte) Gewerkschaft ausgibt. Zentrum rekrutiert ihre Aktiven aus einschlägigen Leuten der Neonaziszene, sowie von AfD und Freien Sachsen, aber auch Menschen, die ich als systemverdrossen beschreiben würde, die etwa Vorbehalte gegen die Verkehrsbeziehungsweise Antriebswende haben.

Wie schätzt du die Verankerung der organisierten Rechten in den Betrieben ein?

Hier lohnt sich ein Blick auf die letzten Kommunalwahlen. Die Kandidat*innen der AfD und der Freien Sachsen haben verschiedenste Berufe angegeben: Busfahrer*in, Lagerlogistiker*in, Altenpflegerin*in, Erzieher*in, Zimmermannmeister*in oder Hotelfachangestellte. Auffällig hoch ist aber auch die Zahl an Ingenieur*innen und von Kolleg*innen aus dem Industriebereich. Allein in den Betrieben des Industriebereichs in Sachsen gehe ich auf Basis dieser Angaben von einer dreistelligen Zahl an AfD-Kommunalpolitiker*innen aus, die in den entsprechenden Betrieben der Branche arbeiten. Das Problem ist bisher deutlich unterschätzt worden. Ob diese Kandidat*innen den Betrieb als politisches Terrain begreifen und nutzen, ist bisher nur am Rande bekannt. Was jedoch bekannt ist, sind die Organisationsbemühungen der Betriebsgruppen der extrem rechten Pseudogewerkschaft Zentrum, die in Sachsen zu den Be-



photo: Johannes Grunert

Der rechte Gewerkschafter Frank Neufert aus Zwickau als Trommler bei einer Demonstration.



photo: Jens Welle

Oliver Hilburger von der rechten Gewerkschaft „Zentrum“ bei einer Corona-Demonstration.

etriebsratswahlen 2018 und 2022 eigene Listen mit einer zweistelligen Anzahl an Kandidat*innen eingereicht und Mandate errungen hat: Aktuell stellen sie in drei sächsischen Automobilwerken (BMW Leipzig [1 Betriebsratsmandat], Porsche Leipzig [1], VW Zwickau [2]) eine Betriebsratsminderheit. Die Liste bei BMW und Porsche trat unter dem Tarnnamen Interessenvertretung Beruf und Familie (IG BUF) an, bei VW in Zwickau wurde die Liste als Bündnis freie Betriebsräte eingereicht. Hinzu kommen freie Betriebsratslisten, deren Mitglieder klar rechts zu verorten sind, z.B. beim VW Motorenwerk in Chemnitz oder bei Vitesco in Limbach-Oberfrohna. Es gibt Belege für eine Zusammenarbeit dieser freien rechten Listen mit Zentrum.

Insgesamt bewegen sich die Betriebsratsmandate der Pseudogewerkschaft Zentrum bundesweit im zweistelligen Bereich – bei insgesamt mehr als 100.000 Gewählten. Dieser geringe Anteil kann als Erfolg gewerkschaftlicher Anstrengungen gewertet werden. Die erhebliche Verankerung extrem rechter Parteien in den Betrieben macht mich jedoch skeptisch, dass diese Kräfteverhältnisse auf Dauer Bestand haben werden. Hinzu kommt, dass Zentrum Automobil mit seiner Umbenennung in Zentrum im Jahr 2022 versucht, als alternativer Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) auch in anderen Branchen Fuß zu fassen, aktuell vor allem in Kliniken, also im Gesundheits- und Sozialbereich. Weiterhin sehen wir die Expansion von großen Automobilwerken in Zuliefererbetriebe, in denen die Arbeitsbedingungen oft schlechter sind und der Organisationsgrad der DGB-Gewerkschaften geringer. Eine Gegenwehr ist in Bereichen mit schwachen Gewerkschaftsstrukturen entsprechend schwierig.

An einer Figur lässt sich die Zentrum-Geschichte in Sachsen in besonderer Weise rekonstruieren: Frank Neufert. Er trat bereits 2013 der AfD bei, für die er bis 2019 im Zwickauer Stadtrat saß, bevor er aus der Partei ausschied und 2022 für die Freien Sachsen als Bürgermeisterkandidat in Niederfrohna bei Chemnitz kandidierte. Neufert war bereits 2017 bei der angesprochenen Compact-Konferenz in Leipzig dabei. Zu diesem Zeitpunkt war er Montagearbeiter im BMW-Werk Leipzig und AfD-Kreisrat im Zwickauer Land. Kurz darauf wurde er in Hamburg zum 2. Bundessprecher von Arbeitnehmer in der AfD (AidA) gewählt. Neufert ist für die Betriebsgruppen in der Region Sachsen, Brandenburg, Thüringen eine wichtige Integrationsfigur und koordiniert die „Zentrums-Regionalgruppe Ost“. So war er beispielsweise am Infostand bei der Demonstration von Aufbruch Leipzig im November 2023 und bei der Querdenken-Demo „Freiheit, Frieden, Freude“ in Berlin im August 2024 dabei. BMW Leipzig musste Neufert 2024 nach Kündigung durch das Unternehmen endgültig verlassen.

Wie schätzt du die Versuche ein, eine rechte Gewerkschafts- und Betriebspolitik zu etablieren?

Bisher scheiterten Versuche der AfD, einen Arbeitnehmer*innenflügel zu etablieren. Vereinigungen wie Arbeitnehmer in der AfD (AidA), Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) oder Alternativer Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM) blieben regional beschränkt und politisch isoliert, da Kleinunternehmer*innen die Massenbasis der AfD politisch dominieren. In Sachsen ist das sehr ausgeprägt, Jörg Urban bezeichnete die AfD zum Landtagswahlauftritt in Dresden gar als Mittelstandspartei.

Trotz aller klassenpolitischen Kontroverse hat sich Zentrum spätestens mit dem AfD-Parteitag 2022 in Riesa und der Aufhebung des Unvereinbarkeitsbeschlusses zum wichtigsten betriebspolitischen Projekt der AfD entwickelt. Als tonangebender Befürworter der Aufhebung der Unvereinbarkeit trat Björn Höcke auf. Seitdem findet eine offene Zusammenarbeit statt. So ist der Zentrums-Gründer und Vorsitzende Oliver Hilburger, der Zentrum Automobil 2009 gründete, häufiger Gast bei AfD-Ortsverbänden und AfD-Veranstaltungen. Hilburger war bis 2008 Gitarrist und Bassist in der Neonaziband „Noie Werte“. Das NSU-Bekennervideo war mit einem Lied der Band unterlegt.

Was gilt es aus deiner Sicht gegen die rechte Raumnahme in Betrieben und gewerkschaftlichen Strukturen zu tun?

Zunächst einmal ist gute Gewerkschaftsarbeit und betriebliche Interessenvertretung im Sinne aller Beschäftigten eine wesentliche Voraussetzung, um systemverdrossene Arbeiter*innen überhaupt noch zu erreichen. Die Gewerkschaften haben einige Hausaufgaben, müssen in den eigenen Reihen das politische Gespräch deutlich mehr suchen als bisher. Mit Vertrauensleutegremien und -ausschüssen sowie Ortsverbänden und Ortsjugendausschüssen in der IG Metall oder Betriebsgruppen bei ver.di gibt es geeignete Strukturen dafür. Für die gesellschaftliche Linke und Antifaschist*innen gibt es meiner Ansicht nach keinen anderen Weg als einen Schulterschluss mit diesen gewerkschaftlichen Ehrenamtsgremien. Auch wenn ihr Antifaschismus weniger akademisch daherkommt, sind sie in der Regel der letzte antifaschistische Pol in der Betriebsöffentlichkeit und die einzige Organisationseinheit, die gegen die rechte Betriebsoffensive handlungsfähig sein kann. Mit der „rechten Betriebsoffensive“ muss Antifaschismus mehr denn je auf dem betrieblichen Terrain wirksam werden. Zugespitzt formuliert: Fallen die Betriebe, fällt die Gesellschaft. ■

Die Gruppe Amici della conricerca di Lipsia beschäftigt sich seit einigen Jahren mit der Klassenzusammensetzung in der Region Leipzig, sie unterstützt Arbeitskämpfe und ist immer wieder mit Rechten in Betrieben konfrontiert.

MARKRANSTÄDTER ZUSTÄNDE

Über eine tricksende Bürgermeisterin und die eingeschüchterte Zivilgesellschaft

von David Heidler

Im Januar 2024 erschienen die Correctiv-Recherchen zur rechtsextremen Konferenz in Potsdam und sorgten damit für die größte Demonstrationsserie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Auch in der Kleinstadt Markranstädt im Landkreis Leipzig organisierte sich Protest als Folge der Konferenz und gegen das Erstarken der extremen Rechten. Auf Unterstützung aus dem Rathaus wartet man allerdings vergebens.

Im November 2023 trafen sich hochrangige Vertreter*innen der AfD sowie Mitglieder der CDU und der Partei WerteUnion in einer Potsdamer Villa, um gemeinsam mit Aktivist*innen der Identitären Bewegung und weiteren Rechten über rassistisch begründete Massenabschiebungen, den sogenannten „Masterplan Remigration“, zu beraten. Die Berichterstattung des investigativen Medienprojekts Correctiv deckte das Treffen im Januar 2024 auf und lieferte belastendes Bildmaterial und Zitate. Es folgten bundesweite Proteste, auch in Markranstädt fanden Demonstrationen statt.

In diesem Kontext verwunderte es viele Bürger*innen der Stadt Markranstädt, dass – anders als in anderen sächsischen Gemeinden – eine eindeutige Positionierung der parteilosen Bürgermeisterin Nadine Stitterich sowie der CDU, der größten Fraktion im Stadtrat, ausblieb. Stattdessen bezeichnete die Fachbereichsleiterin der Stadtverwaltung, Heike Helbig (CDU), die geplante Demonstration gegen Rechtsextremismus in Markranstädt auf Facebook als eine „Demo für die Ampel“. Gleichzeitig blockierte Frau Helbig Berichte über das Protestgeschehen im Stadtjournal Markranstädt Informativ mit Verweis auf ein Neutralitätsgebot. Auf weitere Artikelvorschläge

gab es gar keine Reaktion mehr. Aus den Reihen der CDU Markranstädt wurde bereits im Vorfeld der Demonstration Kritik an der Veranstaltung laut, da als Redebeitrag unter anderem Marie Müser von Bündnis90/Die Grünen angekündigt wurde. Ein Redebeitrag durch Mitglieder der CDU wurde jedoch nicht angemeldet.

Stadtratswahl 2024: Bürgermeisterin tritt auf fragwürdiger Liste an

Auch um Bürgermeisterin Nadine Stitterich blieb es lange bedenklich ruhig. Der große Knall kam dann erst mit der Bekanntgabe der Wahllisten zu den Kommunalwahlen 2024. Denn auf der Liste der Freien Wähler Markranstädt (FWM) für die Stadtratswahl 2024 stand Frau Stitterich auf Listenplatz 1 – neben dem ehemaligen AfD-Stadtrat Bodo Walther sowie einem weiteren Kandidaten, der auf Facebook regelmäßig Selfies mit AfD-Größen wie Beatrice von Storch und Alice Weidel postet und in seinen WhatsApp-Gruppen mit AfD-Sharepics, Fake News und Aufrufen zu nicht angemeldetem Straßenprotest auffällt. Derselbe Kandidat stellte in der Vergangenheit Mitglieder des Bündnisses „Markran.steht auf – Bündnis für Demokratie und Courage“ mit Falschinformationen und Klarnamen bloß.

Kurz vor der Wahl postete FWM-Stadträtin Kirsten Gepert auf ihrem Tik-Tok-Kanal ein Video vom Wahlkampf, unterlegt mit dem Lied von Gigi D'Agostino „L'amour Toujours“. Erst wenige Wochen zuvor erzeugte ein Video große mediale Aufmerksamkeit, in dem junge Menschen auf der Insel Sylt die rassistische Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ auf die Melodie des Refrains skandierten. Seitdem nutzt die extreme Rechte den Songtitel und den an den Refrain angelehnten Slogan „Döp Dö Dö Döp“ als Code



Wenig subtile AfD-Werbung am Bahnhof Markranstädt.



Neonazistische Slogans und Codes in Markranstädt.



Demonstration unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ im März 2024 in Markranstädt.

für die rassistische Parole. Ist das Posting von Kristen Geppert also ein Zufall? Oder eher das Eingeständnis, auf welcher Seite des politischen Spektrums sie sich verortet? Das Video wurde anschließend auch auf der offiziellen Facebook-Seite der FWM hochgeladen.

Durch diese Auflistung lässt sich erklären, warum Bürgermeisterin Nadine Stitterich öffentliche Aussagen zum Thema Rechtsextremismus scheut. Durch die Kandidat*innen auf der Liste der Freien Wähler, durch die öffentlichen Aussagen von Stadtratskandidat*innen sowie durch die Nutzung von eindeutiger Musik in ihrer Werbung fällt eine Unterscheidung zwischen der erwiesenen rechtsextremen AfD und den FWM schwer. Eine Positionierung gegen Rechtsextremismus wäre für Frau Stitterich in diesem Kontext eine Positionierung gegen Teile der eigenen Liste.

Erschwerend kommt hinzu, dass es laut sächsischer Gemeindeordnung gar nicht zulässig ist, gleichzeitig im Stadtrat und Bürgermeister*in zu sein. Es ist schwer vorstellbar, dass der Juristin Stitterich dieses entscheidende Detail nicht geläufig war, und so liegt der Verdacht nahe, dass die Bürgermeisterin ihre Popularität nutzen wollte, um ihrer Fraktion zusätzliche Stimmen zu verschaffen. Denn offensichtlich hatte Frau Stitterich trotz Listenplatz 1 niemals vor, das ihr von den Markranstädter Wähler*innen verliehene Stadtratsmandat anzunehmen. Rechtlich eine Grauzone – ethisch in jedem Falle fragwürdig. Gleichzeitig scheint das dem Stadtjournal auferlegte Neutralitätsgebot für Frau Stitterich nicht zu gelten, denn sie konnte weiter – obwohl sie im Wahlkampf war – das meist dutzendfach mit ihrem Konterfei bebilderte Stadtjournal als Bühne nutzen und damit Wahlkampf betreiben. Gerade nach negativen Berichten in der Presse wurden so Gegendarstellungen aus wahlkampfaktischen Gründen veröffentlicht.

Gelähmte Parteien- und Vereinslandschaft

Als große Abschlusskundgebung meldete das Bündnis Markran.stehtauf am 13. Juni 2024 eine Kundgebung für den 31. August 2024, am Vorabend der Landtagswahlen, auf dem Markranstädter Marktplatz an. Erst Wochen später meldete sich die Versammlungsbehörde bei den Anmelder*innen: Wenige Tage vor der Anmeldung durch das Bündnis habe Bürgermeisterin Stitterich für den 31. August bereits einen Sondernutzungsvertrag mit einem anderen Anmelder unterschrieben. Im Gespräch mit dem Vertragspartner für die Sondernutzung stellte sich jedoch heraus, dass diese erst eine Woche nach der Anmeldung der Versammlung bei der Stadt angefragt wurde. Hat Frau Stitterich den Vertrag absichtlich rückdatiert, um das verbrieft Grundrecht der Markranstädter*innen auf Versammlungsfreiheit zu behindern?

Im Rathaus echauffiert man sich über Fahnen der Antifaschistischen Aktion, die von Teilnehmer*innen der Markran.stehtauf-Kundgebungen gezeigt wurden. Drohungen durch vermutliche Rechtsextremist*innen gegenüber Organisator*innen und Teilnehmer*innen der Kundgebungen – sowohl online als auch auf den Versammlungen selbst – bleiben hingegen unkommentiert. Auch Markranstädter Parteien im demokratischen Spektrum wurden für den 31. August angefragt. Eine erschreckende Rückmeldung aus einer Partei war: „Wir haben in unseren Markranstädter Reihen niemanden gefunden, der sich traut, öffentlich zu reden.“ Auch viele Vereine trauen sich nicht mehr, sich öffentlich zu positionieren, und fühlen sich eingeschüchtert. Die Lage in Markranstädt ist angespannt. ■

David Heidler ist Unternehmer und ist aus Leipzig nach Markranstädt gezogen. Im Januar 2024 war er Mitgründer des Bündnisses Markran.stehtauf – Bündnis für Demokratie und Courage.

PAUNSDORF – EIN KIEZ FÜR ALLE?!

Ein Interview mit der AG Gegen rechte Raumnahme

von Leipziger Netzwerk für Demokratie (LND)

Im Leipziger Stadtteil Paunsdorf versuchen neonazistische Akteur*innen seit 2023, ihre Präsenz zu verstärken, und greifen die demokratische Zivilgesellschaft an. Um dem entgegenzuwirken, haben sich lokale Organisationen zusammengeschlossen und engagieren sich für ein demokratisches und soziales Zusammenleben im Stadtteil.

Leipziger Netzwerk für Demokratie: Was ist die AG Gegen rechte Raumnahme und warum habt ihr euch gegründet?

AG Gegen rechte Raumnahme: Wir sind ein Zusammenschluss verschiedener lokaler Akteur*innen, vorwiegend aus der Kinder- und Jugendhilfe, die sich gegen die zunehmende rechte Raumnahme im Leipziger Südosten, insbesondere in Paunsdorf, engagieren. Unsere Gründung erfolgte kurz nach der Eröffnung des Bushido Sportcenters im Paunsdorf Center, wo Trainer*innen tätig sind, die für ihre Aktivitäten in rechten Netzwerken bekannt sind. Da es in der Umgebung nur wenige Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche gibt, versuchen wir, die Alternativen sichtbarer zu machen. Wir organisieren Sportangebote und -veranstaltungen im Stadtteil, um so ein demokratisches Gegengewicht zu schaffen. Daneben setzen wir uns seit einer Weile auch für demokratiefördernde Projekte ein und arbeiten mit den Bewohner*innen des Stadtteils zusammen.

Wie würdet Ihr die derzeitige Lage für zivilgesellschaftliche, demokratische Projekte und Akteur*innen in Paunsdorf beschreiben?

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verschärft. Lange Zeit wurde der Stadtteil sowohl gesellschaftlich als auch soziokulturell kaum beachtet. Doch seit dem Sommer 2023 hat die neonazistische Partei Der III. Weg massiv an Einfluss gewonnen und versucht, im Leipziger Osten, insbesondere in Paunsdorf und Schönefeld, einen festen Stützpunkt zu errichten. Die Aktivitäten des III. Wegs konzentrieren sich unter anderem auf Sportplätze, wo regelmäßig Treffen stattfinden, die vordergründig darauf abzielen, „Körper und Geist zu stählen“, wie sie es formulieren würden. Dabei wird gezielt in uniformer Kleidung öffentlicher Raum besetzt, um Machtansprüche zu artikulieren und Ju-

gendliche anzuwerben. Das Angebot besteht darin, Teil einer Gruppe zu werden, die nach außen hin „Stärke“ demonstriert. Diese Strategie birgt ein erhebliches Einschüchterungspotenzial für alle, die nicht in das rechts-extreme Weltbild passen.

Die Hemmschwelle für direkte Anfeindungen ist spürbar gesunken und Akteur*innen der Zivilgesellschaft erleben vermehrt Angriffe. Öffentliche Plätze werden zunehmend durch rechte Tags, Sticker und Graffitis eingenommen. Diese Entwicklungen und die ständige Präsenz rechter Symbole und Akteur*innen schaffen ein Klima der Angst und Einschüchterung.

Hier ansässige zivilgesellschaftliche Projekte sind in ihrer Anzahl unzureichend und wenig sichtbar. Allgemein fehlt es im Stadtteil an Freizeit- und Kulturangeboten, die Begegnungen und Synergien fördern könnten. Es gibt jedoch einzelne Bewohner*innen, die sich widersetzen, etwa indem sie ihre Unterstützung beim Übermalen rechter Schmierereien anbieten oder sich ehrenamtlich engagieren.

Wie beeinflussen euch die Angriffe und die zunehmende rechte Raumnahme?

Die zunehmenden Angriffe haben unsere Arbeit stark beeinflusst. Immer wieder wurden wir mit Plakaten des III. Wegs, Stickern und Schmierereien an unseren Einrichtungen konfrontiert. Ein Bolzplatz wurde mit rechten Parolen und Hakenkreuzen besprüht und wir beobachten zunehmend einen unreflektierten Sprachgebrauch bei einigen Kindern und Jugendlichen, der auf den Einfluss dieser Ideologien hinweist. Die rechten Plakate, Sticker und Graffitis an unseren Einrichtungen oder der Wall of Fame verursachen erhöhte Sachschäden sowie Kosten und Personalaufwand, um diese wieder zu entfernen.

Auch haben die Angriffe uns veranlasst, ein teaminternes Sicherheitskonzept zu entwickeln, das den Umgang mit solchen Vorfällen regelt. Gleichzeitig hat uns die Situation aber auch motiviert, uns stärker zu vernetzen und gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen. Unser Fokus liegt zunehmend auf politischer Bildungsarbeit, um insbesondere jungen Menschen eine klare Abgrenzung zu rechten Ideologien zu ermöglichen. Dafür wurden bereits verschiedene themenspezifische Weiterbildungsangebote für Sozialarbeitende im Leipziger Osten durchgeführt.

Wie geht ihr mit der Situation um? Welche Strategien oder Ideen habt ihr entwickelt, um dem etwas entgegenzusetzen?

Um der rechten Raumnahme entgegenzuwirken, haben wir gemeinsam mit Jugendlichen rechte Schmierereien an unseren Einrichtungen entfernt und übersprüht. Diese Aktionen nutzten wir, um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Ideen zu entwickeln, wie wir den öffentlichen Raum zurückerobern können, beispielsweise über die Neubesetzung und Aneignung dieser durch Umgestaltung. Zusätzlich stellen wir Informationen bereit, klären zu rechten Strukturen im Stadtteil auf und vermitteln bei Bedarf an weiterführende Unterstützungs- und Hilfeangebote. Auch wollen wir Partys zum Thema Demokratie und Anti-Diskriminierung organisieren, um möglichst viele junge Menschen niedrigschwellig mit diesen Themen in Berührung zu bringen und bewegungsorientierte Alternativangebote, wie z.B. Fußballturniere, zu schaffen.

Wir haben uns entschieden, nicht länger nur auf Angriffe zu reagieren, sondern lösungsorientiert zu handeln. Das bedeutet, dass wir unsere Anliegen stärker in die Öffentlichkeit tragen und uns im gesamten Stadtteil vernetzen. Dazu gehört auch die Sensibilisierung von Firmen und Projekten für das Thema, etwa durch die Zusammenarbeit mit den Leipziger Verkehrsbetrieben im Hinblick auf rechte Schmierereien an Haltestellen. Ebenso startete die AG eine Fundraising-Kampagne zur Unterstützung lokaler, demokratiefördernder Projekte und Präventionsangebote, bei welcher wir Unterstützung durch das Leipziger Netzwerk für Demokratie erhielten. In weniger als einer Woche wurde das Spendenziel übertroffen und es konnten insgesamt 2.295 Euro gesammelt werden.

Was sind eure Hoffnungen für die Zukunft? Welche Veränderungen oder Entwicklungen wünscht ihr euch, um eure Arbeit langfristig zu sichern und zu stärken?

Für die Zukunft hoffen wir, dass sich mehr demokratische zivilgesellschaftliche Strukturen in Paunsdorf eta-

blieren können. Dazu gehört die Schaffung einer Vielfalt an Angeboten, die sowohl für Familien, Kinder und Jugendliche, Geflüchtete, ältere Menschen als auch andere Bewohner*innen attraktive Alternativen zu den rechten Angeboten bieten. Unser Ziel ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich jeder sicher und willkommen fühlt und in dem ein solidarisches Miteinander gefördert wird.

Wie genau könnte ein solches Umfeld konkret aussehen und welche Schritte wären dafür notwendig?

Bewohner*innen in Paunsdorf sollen in ihren Lebensrealitäten ernst und wahrgenommen werden. Insbesondere junge Menschen benötigen niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten und Gelegenheiten, ihren Stadtteil mitgestalten zu dürfen.

Wir wünschen uns mehr Solidarität und Support, eine größere Diversität der Bevölkerung in Paunsdorf und eine stärkere Präsenz antifaschistischer und demokratischer Kräfte sowie der Stadtverwaltung. Besonders wichtig ist uns, dass Initiativen und Projekte im Stadtteil sichtbarer werden und von der Bevölkerung stärker wahrgenommen und unterstützt werden.

Ein zentraler Aspekt ist dabei die Schaffung von Perspektiven für alle Bewohner*innen, um Veränderungen im Stadtteil zu ermöglichen und eine aktive Mitgestaltung zu fördern. Ein Imagewechsel für Paunsdorf ist dabei essenziell, damit sich nicht nur junge Menschen, sondern auch Familien, ältere Menschen und Geflüchtete besser mit ihrem Stadtteil identifizieren können und nicht aufgrund ihrer Herkunft oder sozialen Lage diskriminiert werden. ■

Das Leipziger Netzwerk für Demokratie (LND) (www.leipziger-netzwerk-demokratie.de) in Trägerschaft des Erich-Zeigner-Haus e.V. unterstützt, berät und vernetzt Vereine, Organisationen, Initiativen, Schulen und engagierte Leipziger*innen, die sich für ein demokratisches Zusammenleben einsetzen.



Mit Plakaten, Stickern und Graffiti-Tags markieren die Neonazis vom „III. Weg“ das Gebiet in Paunsdorf, das sie als „Kiez“ vereinnahmen wollen.

VOM GROSSEN GLÜCK EINER GRAUENHAFTEN JUGEND IN OSTDEUTSCHLAND

von Dmitrij Kapitelman

Wie war es, als jüdischer Junge im Terror ostdeutscher Neonazis aufzuwachsen? Mitte der Neunziger Jahre, in der Leipziger Plattenbaukolonie Grünau.

Es war nicht besonders gut, so viel kann ich verraten. Selbstverständlich erinnere ich mich noch an die Nazipartys unserer Nachbarin, die Rudolf Hess für einen Volkshelden hielt. Die fröhlichen Sieg-Heil-Rufe und Landser-Mixtapes, die jeden Shabbes aus ihrer Wohnung bis in mein Kinderzimmer drangen. Fast zwanzig Jahre später habe ich immer noch vor Augen, wie die grölenden Faschisten bewaffnet um den Block ziehen. Um uns zu jagen. Mit einer Selbstsicherheit, als wäre das der soziale Naturzustand. Ich sehe immer noch den bewusstlos geschlagenen Mann vor der Eingangstür zum Elfgeschoss bluten, und wie ihm stundenlang niemand hilft. Auch wenn ich das damals alles zur Normalität shizophrenierte: Ich habe verinnerlicht, wie sich über Jahre angehaltener Atem anfühlt.

Das war die Sicherheit, die die Bundesrepublik uns jüdischen Kontingentflüchtlingen aus der Sowjetunion bot. Zumindest in Ostdeutschland. Diese historische Ironie bewusst zu machen, sie ins kollektive Selbstbild zu bringen, ist wohl auch meine Aufgabe als kleiner jüdischer Zeitzeuge.

Und dennoch verschafft unsere Eingangsfrage den Nazis von damals zu viel der Ehre. Natürlich waren sie Antisemiten, aber keine qualifizierten. Will sagen: Man musste nicht vom auserwählten Volk abstammen, um in Grünau in Lebensgefahr zu sein. Ein grüner Hut, unbeschwert Gummibärchen zu schmatzen, ein Lächeln, das genügte völlig. Kein Nazi zu sein, das war eine Kriegserklärung in Grünau. Die Steffen Bahndorfs aus Rostock, Jena und Zwickau mussten ihren Atem ganz genauso anhalten wie der kleine Dmitrij Kapitelman. Meine Jugend der Jagden war also weniger eine explizit jüdische als vielmehr eine ostdeutsche Erfahrung.

Kurios ist nun, dass keiner diese Distinktion, diesen eigentlich verbindend integrativen Perspektivwechsel, von mir hören will. Sie als Jude in Grünau... das war eher eine ostdeutsche Sache, korrigiere ich... ja, aber Sie als Jude...

Dass mir die ostdeutsche Perspektive scheinbar nicht zusteht, als einer, der mit acht Jahren als Wiedergutmachungsjude aus der Ukraine kam – sollte mich das

aufregen? Hey! Ich werde in der Verortung meiner Diskriminierung diskriminiert!

Ich jetzt werde niemanden deshalb (brutal) zusammenschlagen. Aber bedenklich ist es schon. Denn so wird meine Kritik an den Zuständen im gegenwärtigen Ostdeutschland zur Kritik eines Außenseiters ausgegliedert. Wir kommen gleich noch darauf zurück.

Eine für mich schwierigere Frage ist nach all den Jahren ohnehin eine andere: Wie sehr soll ich mich von diesen Jahren prägen lassen? Wie stark soll meine Jugend in Grünau determinieren, wie viel Nähe ich zu diesem Land zulasse? Ist diese Horde besoffener Assis wirklich meine primäre emotionspolitische Sozialisation? (In Kombination mit der nie helfenden Polizei und den Leuten ringsherum, die all die Gewalt geschehen ließen und schwiegen, vielleicht sogar insgeheim guthießen.)

Ich bin müde geworden, von dieser trostlosen Zeit zu erzählen. Möchte nicht wie hängengebliebene Platten(bauten) klingen. Auch weil in der Zwischenzeit meine Welt so viel größer geworden ist. Auch meine deutsche Welt. Ich habe mit bayerischen Opas Joints geraucht, die die ausgefallensten Hüte trugen. Deutsch-Eritreer in traditionell ostafrikanischen Gewändern Gummibärchen mampfen gesehen, in der Straßenbahn nach Frankfurt Gallus – ohne dass irgendjemand feindselig glotzt. Und auch Leipzigs Lächeln lieben gelernt. Das heute eine der lebendigsten und engagiertesten Zivilgesellschaften in ganz Deutschland beheimatet, würde ich sagen. Wobei das manchmal so erschreckend krass vom Stadtteil abhängt. In Plagwitz ist es fein, in Lindenu kommen schon die ersten Wehrmacht-T-Shirts zum Vorschein, Umland ist schon wieder lebensgefährlich. Leipzig ist eine Ausnahme im Osten. Leider.

Wer weiß, wäre ich in einem Vorort von Wuppertal aufgewachsen, womöglich stünde mein politischer Kompass seelenruhig still. Aus schwerem Sicherheitsmarmor gebaut. Statt so sensibel bei jedem neuen Einzelfall rechter Strukturen im Staat aufzuzucken. Vielleicht fände ich die CDU jetzt Spitzenklasse und hätte schon dreizehn Kinder, alle genderneutral Bernd genannt, Betriebswirtschaftslehre studierend.

Aber ich bin nun mal in Grünau aufgewachsen. Zu meinem Glück, zu meinem Leidwesen. Und war daher nicht überrascht, als Pegida auf die Straßen trat und blökte. Auch nicht schockiert, als die AfD in Sachsen

über dreißig Prozent einfuhr (und weiter einfährt). Ok, ich war auch schockiert, aber nicht so lange wie andere. Das sind Kontinuitäten, die kontinuierlich verleugnet werden. Damals und mitunter heute schwören die Regierenden, dass Rechtsextremismus keine große Sache sei in Sachsen (und sonst wo eigentlich auch nicht). Politik spricht geschichtsweise, leutselige Worte zu allen Holocaust-Gedenktagen. Und stopft uns lebenden Juden dann ein Hufeisen in die Fresse, wenn wir fragen, was denn nun mit den Nazinetzwerken in Polizei, Gerichten und Behörden ist. Moslems, Christen und Buddhisten prügelt sie diese Relativierungen erst recht in den Rachen. Und ein überwiegender Teil der Gesellschaft findet das absolut anständig. Wir Atemhalter sind dann das Problem – weil wir immer problematisieren müssen, bis wir blau anlaufen.

Kontinuitäten. Die blutigen neunziger Jahre im Osten wurden nie aufgearbeitet. Im Gegenteil. Was glauben die Leute denn, wo all das Gift, wo all die Gewaltbereitschaft und seelische Verwehrlosung hin sind? Hass löst sich nicht in Luft auf. Der NSU hat ganz frei geatmet, jahrelang. Und der Verfassungsschutz brachte ihm brav Bonbons. Die AfD hat nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle zugelegt. Nochmal: Die rechtsextreme Partei in Sachsen-Anhalt (mit Machtperspektive) erhielt NOCH MEHR Stimmen nach der versuchten Exekution der jüdischen Gemeinde in Halle. Natürlich kommen dann die Verschwörungstheoretiker mit der jüdischen Pharmalüge. Oder kleben sich gleich einen Judenstern an ihre ungeimpfte Birne. Ja, sie kommen genauso aus Stuttgart und Reckling-

hausen. Aber ich spreche hier nun mal aus einer ost-deutschen Perspektive.

Diese gesellschaftliche Arroganz gegenüber der Gefahr und der Gewalt, die besonders Minderheiten im Osten aushalten müssen – ebenso alle, die wirklich solidarisch zu uns stehen –, sie macht mich rasend. Und exakt das ist so ein Dilemma, indem auch dieser jüdische Junge steckt: Einerseits will man nicht ständig alarmieren, nicht schwarzsehen, nicht generalverdächtigen, nicht schon wieder den Atem anhalten. Sehnt sich nach Hüten, Gummibärchen so groß wie ein Plattenbau und legitimen Lächeln für alle.

Leider ist die Realität weiterhin eine andere.

Dieser Text ist zuerst auf der Website der Denkfabrik Schalom Aleikum des Zentralrats der Juden in Deutschland erschienen: <https://www.denkfabrik-schalom-aleikum.de> ■

Dmitrij Kapitelman, 1986 in Kiew geboren, kam im Alter von acht Jahren als jüdischer Kontingentflüchtling mit seiner Familie nach Deutschland. Er studierte Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig und absolvierte die Deutsche Journalistenschule in München. Heute arbeitet er als freier Journalist. 2016 erschien sein Debütroman „Das Lächeln meines unsichtbaren Vaters“, 2021 der Nachfolger „Eine Formalie in Kiew“ (beide bei Hanser Berlin).

photo: Christian Werner



Der Schriftsteller und Journalist Dmitrij Kapitelman ist in Grünau aufgewachsen und hat lange in Leipzig gelebt.

ALLES VON DER KUNSTFREIHEIT GEDECKT

von Tobias Prüwer

[1] Vgl. Halle gegen Rechts (2022): Uwe Steimle & die extreme Rechte, online abrufbar unter: halle-gegen-rechts.de/steimle/.

An Uwe Steimle und Lisa Eckhart scheiden sich die Geister. Ist das noch Satire, darf diese wirklich alles? Ein eingeschränktes Plädoyer für eine weitgehende Freiheit der Kunst.

„Das muss ich nicht begründen“, ist auch eine Antwort auf die Frage, warum eine Kunstaufführung verboten werden soll. Wer da so argumentativ blankzog auf einer Leipziger Podiumsdiskussion, war eine Tierärztin. Weil sie sich ethisch überlegen fühlte, meinte sie, nicht begründen zu müssen, warum das Drei-Tages-Passionsspiel von Hermann Nitsch nicht am Schauspiel Leipzig gezeigt werden darf. Wenn wie hier Blut, Innereien und Kadaver von Tieren involviert sind, sei das eben keine Kunst – als ausgebildete Sopranistin könne sie das beurteilen. Ohnehin könne solch „sinnlose“ Kunst nur jemand machen, der nicht ganz richtig ist im Kopf. Das ist zehn Jahre her, warum also ein derart altes Beispiel bemühen? Um zu zeigen, dass nicht alles noch schlimmer geworden ist.

Auch damals hagelte es Vorwürfe wie „krank“ und „pervers“ an die Verteidiger*innen der Kunstfreiheit. Sie wurden „Bestien“ und „Monster“ genannt, irgendwann kamen noch Pädophilie- und Satanismus-Anschuldigungen hinzu. Obige Diskussionsveranstaltung im Werk 2 musste mit Sicherheitsdienst durchgeführt werden, weil es Drohungen gab. Das Bemerkenswerte daran: Jahrzehntlang zogen überwiegend Behörden und christlich-konservative Gruppen gegen Nitschs Schaffen ins Feld. Nun kam der entmenslichende Shitstorm in vermeintlich progressiv-politischem Gewand der Animal Rights (mit falschen Vorwürfen). Und zeitigte ein ebenso reaktionäres Kunstverständnis wie die einstigen Nitsch-Kritiker*innen. Sie hätten allerdings über die Skulptur „Petra“ gefeiert, die kurz zuvor in einer Leipziger Galerie zu sehen war: Die hockende Polizistinnen-Plastik simulierte in voller Kaki-Kampfmontur und mit heruntergelassener Hose das Urinieren. „Pipi-Kunst-Skandal“, schimpften konservative Medien.

Die Rolle von Kunst

Von der eigenen politischen Haltung oder dem moralischen Standpunkt abhängig zu machen, was Kunst darf, kann kein Kriterium sein. Das wäre bloß willkürlich, zeigt sich in schlechten Auswüchsen in braver Staatskunst und in den schlimmsten Folgen in der „Entartete

Kunst“-Propaganda im NS. Über Kunst streiten, sie zu diskutieren, rührt schon am Kern der Kunst, weil sie nichts Eineindeutiges ist. So sind Disput und Diskussion um Kunst zulässig, oft genug von den Kunstschafern selbst gewollt. Daher ist dieser Text weitestgehend ein Plädoyer für die Kunstfreiheit. Was natürlich erstens kein Freibrief ist, und zweitens nicht bedeutet, kritikfrei hingenommen werden zu müssen. Denn die Kunst- sticht nicht Meinungsfreiheit.

Widerspruch

Klar ist der Fall Uwe Steimle.^[1] Denn der Kabarettist vermengt Bühne und Biografie. „Ich bin Zieschong“, erklärte Steimle von sich selbst und setzt Privatperson und Kunstfigur in eins. Wer aber ist er dann, wenn er mit T-Shirt-Sprüchen posiert, die mit NS-Propaganda kokettieren, oder gemeinsam mit Nazis Musik macht? Das ist weniger Kabarettkunst, sondern ein Drängen auf Eindeutigkeit, das einem Predigen gleichkommt. Da kann man also getrost dagegen protestieren, wie das in Halle bei Steimle-Auftritten geschah. Ebenso verständlich ist, nichts dagegen zu tun, so wie es in Leipzig ruhig um Steimles regelmäßige Academixer-Auftritte ist. Ein demonstrierender Pulk verschafft ihm nur noch mehr Aufmerksamkeit, mehr Möglichkeiten, sich als Opfer zu inszenieren. Mit Protest hält man auch niemanden davon ab, ihn zu sehen. Dort geht sowieso nur sein Publikum hin, weitere Menschen wird er damit nicht auf die dunkle Seite ziehen. Das ist immer wieder die Crux bei Protesten: Sie befeuern das Gerede von der „linksgrünen Meinungsdictatur“. Also bleibt das im Einzelfall eine Abwägungssache, aber laute Kritik als Meinungsäußerung ist in jedem Fall legitim.

Für mehr gesellschaftliche Aushandlung

Hier sind wir beim Kern der Kunstfreiheit angekommen: Sie ist – wie die Meinungsfreiheit – ein Abwehrrecht gegenüber dem Staat. Und der ist gar nicht involviert, wenn „Zensur“ und „Cancel-Culture“ gerufen oder tatsächlich eine Auftrittsabsage gefordert wird. Das findet in gesellschaftlichen Debatten statt, was grundsätzlich gut ist. Viele Beteiligte müssten nur einsehen, dass es hier nicht schwarz-weiß zugeht. So muss natürlich über die nach Leipzig gezogene Kabarettistin Lisa Eckhart diskutiert werden dürfen. Natürlich gibt sie widerliche Ressentiments von sich, die hier nicht wieder-



Auch bei den Academixern in der Leipziger Innenstadt treten umstrittene Kabarettist*innen auf.

holt werden. Aber sie ist eine Kunstfigur und bespielt ihr Publikum. Dem hält sie tatsächlich ein bisschen den Spiegel vor und ein großes Bisschen eben nicht. Ihr Publikum lacht mit Eckhart über die eigenen Vorurteile, nur eben nicht, um diese abzuschleifen. Das ist ein Jonglieren mit Tabus: „Hö, hö!“ Das ist Eckharts Spiel sowie die nicht-rechte Band Rammstein permanent nationalistische Codes und faschistische Ästhetik bedient. Das kann und soll man kritisieren, sie dürfen das aber dürfen. Das betrifft natürlich nicht die Vorwürfe der sexuellen Belästigung und Übergriffe gegen den Rammstein-Sänger Till Lindemann. Hier greift das Strafgesetzbuch. Lindemanns Vergewaltigungsfantasien in einigen seiner Gedichte verteidigte sein Verlag vor einigen Jahren zurecht mit der Kunstfreiheit. Ebenfalls zurecht erregten die Gedichte eine Welle moralischer Empörung – sie bleiben aber Kunst. Man muss wie bei Eckhart zwischen Figur und Person unterscheiden, also hier zwischen lyrischem Ich und Lindemann. Das bedeutet nicht, dem inhaltlich zuzustimmen. Dass der Verlag nun anno 2024 schreibt, die Debatte habe zu einer erhöhten Sensibilität im eigenen Haus geführt, ist eine gute Nachricht. Denn niemand ist gezwungen, Kunst zu veröffentlichen, die man selbst ablehnt.

Kunst muss weder wahr, noch schön, noch moralisch sein. Wer das glaubt, sitzt einem Missverständnis auf. Niemand muss alles gut finden, dann wäre Kunst Konsens; und langweilig. Ebenfalls muss niemand alles sehen müssen, weshalb Steimle zurecht beim öffentlich-rechtlichen MDR abgesetzt wurde. Andere muss man – in meiner persönlichen Sicht – aushalten. Die Kritik, dass Kunstfreiheit zum konservativen Abwehrinstrument gegen emanzipative Ansprüche wurde, ist stumpf. Und sie stimmt so nicht, oder, Danger Dan?

Was bei der Diskussion oft aus dem Blick gerät, ist das existierende Machtgefälle innerhalb der Kunstwelt: Wer darf wo ausstellen, auftreten, sprechen? Hier sind gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und Positionen zu wenig vertreten. Gerade was die breitere Repräsentation an Stimmen in der Kunst angeht, ist weitere politische Arbeit notwendig. Hier geht es dann in erster Linie nicht um den konkreten Inhalt, sondern um Raumerweiterung gesellschaftlicher Normen: Wer darf sprechen? Das geht natürlich auch von einzelnen Künstler*innen aus, braucht aber ebenso eine gesellschaftliche Debatte darum, wem welche Bühnen, Ausstellungsräume etc. eröffnet wird. Und sich von dieser teilweise vorhandenen Machtblindheit freizumachen, wäre eine anzustrebende Freiheit der Kunst. Und diese brächte mit der Vielfalt der Blickwinkel sicherlich auch andere Inhalte mit. Ansonsten darf Kunst ziemlich viel – ihre Grenzen sind die Gesetze. Der Rest ist Geschmacksache und über die muss man streiten dürfen. Kunst muss auch Zumutung sein dürfen, gerade weil sie das Publikum nicht mit dem Willen zur Eindeutigkeit bevormunden sollte. Dass beim freien Spiel der Kunst auch Murks, langweilige Albernheiten etc. herauskommen, ist geschenkt. Das ist eben der Preis der Kunstfreiheit. Zu hoch ist er nicht. Ignaz Wrobel leitet seinen berühmten Text „Was darf die Satire?“ mit folgendem Dialog aus einem Drama ein:

„Frau Vockerat: ‚Aber man muß doch seine Freude haben können an der Kunst.‘ Johannes: ‚Man kann viel mehr haben an der Kunst als seine Freude.‘“^[2] ■

Tobias Prüwer ist Journalist und Autor. Er schreibt regelmäßig für den Kreuzer, die Jungle World und diverse andere Medien.

[2] Wrobel, Ignaz (1919): „Was darf die Satire?“, online abrufbar unter: <https://tucholsky-gesellschaft.de/1919/01/27/ignaz-wrobel-was-darf-die-satire/>.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL RECHTER EREIGNISSE

CHRONIK

02. Juni 2024,
Leipzig, Reudnitz-Thonberg

Rechter Angriff im Lene-Voigt-Park

In der Nacht von Samstag zu Sonntag wird eine Person im Lene-Voigt-Park angegriffen. Sie wird aus einer größeren Gruppe heraus zuerst als „Scheiß Zecke“ beleidigt und dann geschlagen. Vermutlich haben die Angreifer*innen in der Nacht noch weitere Personen im Park angegriffen.

27. Mai 2024,
Leipzig, Altlindenau

Angriff auf Wahlkampfteam der Linken

Montags organisiert die Partei Die Linke im Rahmen des Wahlkampfs auf dem Lindenauer Markt regelmäßig eine „Küche für Alle“ (Küfa), bei der Essen gegen Spende verteilt wird. Diesen Montag nähert sich ein Mann, schreit herum und beleidigt die Anwesenden. Er äußert unter anderem: „Alle Parteien sind scheiße. Am besten nicht mehr wählen gehen und, wenn man wählen geht, dann nur noch AfD“. Der Täter schubst mehrere Menschen und tritt zwei Wahlkampfhelfer. Ein 46-jähriger wird dabei verletzt und muss ambulant versorgt werden. Der Täter entkommt, die herbeigerufene Polizei kann keinen Tatverdächtigen ausmachen.

21. Februar 2024,
Leipzig, Dölitz-Dösen

Großflächige neonazistische Schmierereien an Gartenlaube

In einer Kleingartenanlage im Stadtteil Dölitz wird eine Gartenlaube großflächig mit neonazistischen Symbolen und Parolen besprüht. Nachdem bereits in den vorherigen Wochen wiederholt neonazistische Sticker

und Tags im Stadtteil entdeckt wurden, richtet sich der Angriff auf die Gartenlaube anscheinend gezielt gegen die Nutzer*innen dieser speziellen Gartenparzelle. Während andere Grundstücke und Lauben nicht betroffen sind, wird bei der entsprechenden Laube die Frontseite in über vier Metern Breite mit Symbolen (Hakenkreuz, SS-Rune sowie eine stilisierte, durchgestrichene Hammer-und-Sichel-Form) besprüht. Außerdem werden die Schriftzüge „Nazi Kiez“, „FCK 161“ (Abkürzung für „Fuck Antifascist Action“) sowie die Drohung „Zecken Töten“ in weißer und roter Farbe auf die Laube geschmiert. Weiterhin werden auf dem Gartentor des Grundstücks neonazistische Schriftzüge angebracht.

Neben dem Angriff auf die Kleingartenlaube wird außerdem ein nahegelegenes Wohnhaus in der Helenestraße mit neonazistischen Schriftzügen auf einer Länge von sieben Metern besprüht.

08. Januar 2024,
Landkreis Leipzig, Borna

Beleidigung und Bedrohung im Nachgang einer Demonstration

In Borna versammeln sich schätzungsweise 200 Personen zu einer sogenannten Montagsdemonstration. Die in der Vergangenheit nur noch sporadisch stattfindenden und schwach frequentierten Montagsdemonstrationen in Borna erhalten an diesem Tag Auftrieb durch den Aktionstag der „Bauernproteste“. In Sachsen sind die Proteste an diesem Tag vielerorts durch Akteur*innen aus der extremen Rechten geprägt. So organisieren die „Freien Sachsen“ in Dresden eine Großdemonstration. Auch auf der am Abend in Borna stattfindenden Montagsdemonstration ist die extreme Rechte präsent. Im Nachgang verfolgt und bedroht dabei eine Gruppe von etwa zehn bekannten,

örtlichen Neonazis eine Person, die sie als politische Gegner*in ausmachen. In einem Einkaufsmarkt beschimpfen Teile der Gruppe die Person u.a. als „Zecke“ und „Antifa-F*“.

Als die Person daraufhin in eine Bäckerei flüchtet, suchen die Neonazis nach ihr und positionieren sich im Eingangsbereich des Ladens, bis die hinzugerufene Polizei erscheint.

02. Dezember 2023,
Landkreis Leipzig, Thallwitz

Neonazistische Parolen in einer Diskothek in Thallwitz

Als in einer Diskothek in Thallwitz der Song „L'amour toujours“ von Gigi D'Agostino gespielt wird, grölt eine Gruppe von circa 20 Personen in der Melodie des Refrains: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“. Danach rufen sie mehrfach die verbotene nationalsozialistische Parole „Sieg Heil“. Eine Reaktion seitens des Security-Personals oder umstehender Personen erfolgt nicht. Gegenwärtig kommt es vermehrt zu Ereignissen, bei denen die rassistische Parole in Diskotheken und auf Festen gegrölt wird.

03. November 2023,
Landkreis Nordsachsen, Taucha

Rechte Bedrohung in Taucha

Am Freitagabend wird eine Person von rechten Jugendlichen bedroht und eingeschüchert. Gegen 20 Uhr besteigt der Betroffene in Begleitung einer weiteren Person die Straßenbahn. An der Haltestelle „An der Bürgerruhe“ steigt eine Gruppe von ca. 7 Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 20 Jahre in die Straßenbahn Richtung Leipzig ein. Nach kurzer Zeit wird von der Gruppe Jugendlicher mehrmals der Name der betroffenen Person gerufen. Außerdem rufen sie Parolen mit Bezug zum Fußballclub Lok Leipzig. Die Begleitung der betroffenen Person spricht die Gruppe daraufhin an. Es

folgen Beleidigungen als Zecken u. Ä. Die Gruppe Jugendlicher umringt die beiden Personen, einer von ihnen zieht sich währenddessen Lederhandschuhe an. An der Schwantesstraße steigt die Gruppe aus, blockiert die Tür der Tram, sodass sie sich nicht schließt, und schlägt bedrohlich gegen Tür und Fenster. Die betroffene Person und ihre Begleitung werden aufgefordert auszusteigen. Eine Person spuckt die betroffene Person an. Nach ca. ein bis zwei Minuten lässt die Gruppe von der Straßenbahn und den Betroffenen ab und ruft noch: „Dich erwischen wir noch allein“.

30. Oktober 2023,
Landkreis Leipzig, Wurzen

Extrem rechte Montagsdemonstration in Wurzen

Auf dem Marktplatz im Stadtzentrum versammeln sich gegen 18.00 Uhr etwa 20 Personen für eine Demonstration, die unter dem Banner der extrem rechten Partei „Freie Sachsen“ firmiert und von lokalen Aktivisten der „Jungen Nationalisten“ durchgeführt wird. Diese führen dabei ein Transparent der „Freien Sachsen“ mit, auf dem die Losung „Stürmt mit uns das Rathaus!“ zu lesen ist. Unter Rufen wie „Kriminelle Ausländer raus“ und „Wir wollen keine Asylantenheime“ zieht der kleine Demonstrationzug vom Markt über die Wenceslaigasse durch die Stadt.

04. Oktober 2023,
Landkreis Leipzig, Pegau

Jugendlicher zeigt Hitlergruß

Eine engagierte Person entfernt neonazistische Aufkleber von Schildern am Groitzscher Fußweg. Ein Jugendlicher, der zwischen 14 und 16 Jahre alt geschätzt wird, nähert sich der Person und zeigt gegenüber dieser unvermittelt den Hitlergruß. Die Person erstattet daraufhin Anzeige und die Polizei

nimmt die Ermittlungen wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf.

08. September 2023,
Leipzig, Paunsdorf

Schmierereien des III. Wegs in Paunsdorf

An die Straßenbahnhaltestelle „Am Vorwerk“ werden verschiedene neonazistische Schriftzüge in grüner Farbe gesprüht. Diese glorifizieren den Nationalsozialismus („NS Jetzt!“), drohen politischen Gegner*innen („Zecken behindert schlagen!“) und haben rassistische Inhalte („Ausländer raus“). Die verwendete grüne Farbe weist eine große Ähnlichkeit zu weiteren neonazistischen Sprühereien an einem „Mitmachgarten“ in unmittelbarer Nähe auf, die sich positiv auf die neonazistische Partei „Der III. Weg“ beziehen. Auch an weiteren, nahegelegenen Straßenbahnhaltestellen werden in grüner Farbe Schmierereien mit Bezug zum III. Weg angebracht. Bereits einige Wochen zuvor wurden Plakate der Partei an die Fensterscheiben eines nahegelegenen Jugendclubs und eines Jugendcafés geklebt.

22. Februar 2023,
Leipzig, Thekla

Wehrmachtstattoos in Sauna in Thekla

In einer Sauna in Thekla befindet sich ein Mann mit Wehrmachtstattoos, darunter ein halbes Hakenkreuz sowie Fliegerbomben mit einem altdeutschen Schriftzug. Auf dem Rücken trägt er zwei Porträts, von denen eines Adolf Hitler ähnelt. Ein weiterer Mann äußert sich abfällig über migrantische Menschen, die am Saunabereich vorbeigehen. ■

Sieh hin!

Schweig nicht!

Melde rechte und
rassistische
Gewalt und
Diskriminierung!

www.chronikLE.org



3 KAPITEL

QUEERFEINDLICHKEIT UND ANTIFEMINISMUS

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit waren immer ein fester Bestandteil im Weltbild der extremen Rechten. Durch die konservativen und extrem rechten Diskurse der letzten Jahre sind queere Identitäten, Begehren und Lebensweisen inzwischen aber zu zentralen Gegenständen des rechten Kulturkampfes geworden. Das zeigt sich nicht nur auf der Einstellungsebene, sondern auch auf der Handlungsebene. Aus den Abwertungen und dem Hass gegenüber queeren Menschen und FLINTA* folgen alltäglich Anfeindungen und Gewalttaten. Die zunehmend sichtbare Präsenz von queeren Menschen im öffentlichen und digitalen Raum, in der Politik und den Medien wird fortwährend attackiert. Queerfeindlichkeit bietet ein großes Mobilisierungspotential, vor allem innerhalb einer sehr jungen und subkulturellen Neonaziszene, wie sich 2024 an den rechten Aufmärschen gegen zahlreiche Christopher Street Days (CSD) gezeigt hat. Zugleich sind Antifeminismus und Queerfeindlichkeit auch Bindeglieder zwischen extrem rechten und christlich-konservativen Milieus. Sie bilden eine ideologische Klammer, die unterschiedlichste Gruppierungen, von fundamentalistischen Abtreibungsgegner*innen bis hin zur AfD, vereint und ihre Einstellungen und Diskurse salonfähig macht.

Dieses Kapitel widmet sich dem weiten Spektrum von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit in Leipzig und Umgebung. Einführend beschreibt chronik.LE die queerfeindlichen, rechten Proteste rund um den CSD 2024 in Leipzig. Das Netzwerk für demokratische Kultur (NDK) dokumentiert im nächsten Beitrag die neonazistischen Mobilisierungen und gewaltsamen Übergriffe gegen die Teilnehmer*innen der CSDs in Leipzig und Wurzen. Anschließend analysiert Amelie Feuerer rechte Telegramgruppen aus der Region und zeigt, wie verbreitet antifeministische und queerfeindliche Narrative dort sind und wie diese in Zusammenhang mit antisemitischen Erzählungen stehen. Welche Diskriminierungen queere Menschen im Alltag erleben, beschreibt der Verein Rosalinde e.V. in einem Text zur gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum. Die AG Fight Sächsisch der FLINTA* Teams des Roten Stern Leipzig widmet sich in ihrem Artikel der Queerfeindlichkeit im Fußball. Abschließend gibt chronik.LE ein Überblick über Femizide in Leipzig. ■



AUTZEN
DARF
DIE
SSIEREN

NIE



QUEERFEINDLICHER PROTEST AUF DEM ABSTELLGLEIS

Content Warning: In diesem Text wird über Gewalttaten und Mord berichtet und teilweise explizit geschildert.

von chronik.LE

[1] Die Bezeichnung Christopher Street Day geht auf einen Aufstand von homosexuellen und queeren Personen im New Yorker Stadtteil Greenwich Village im Jahr 1969 zurück. Als sich Betroffene gegen ständige Polizeischikanen wehrten, brach in der Bar Stonewall Inn ein Aufstand aus, der in tagelangen Straßenschlachten mündete. Die Auseinandersetzungen sind ein Meilenstein in der queeren Geschichte und Emanzipation.

Die Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ist in der extrem rechten Ideologie angelegt und gesamtgesellschaftlich anschlussfähig. Im Sommer 2024 mobilisierten Neonazis insbesondere gegen Paraden zum Christopher Street Day (CSD)^[1] und nahmen diese zum Anlass, um ihre Queerfeindlichkeit auf die Straße zu tragen. So auch am 17. August 2024 in Leipzig.

Für die extreme Rechte sind die Fragen nach Geschlecht, Sexualität und Familie klar zu beantworten: Es gebe nur zwei Geschlechter, Sexualität habe nur zwischen Männern und Frauen stattzufinden und eine Familie bestehe aus Vater, Mutter und Kindern. Alle davon abweichenden Identitäten, Begehren und Lebensentwürfe werden strikt abgelehnt. In diesem Denken finden Pluralität und Ambivalenzen keinen Platz. Damit knüpft die extreme Rechte an gesellschaftliche Normvorstellungen an und spitzt diese zu. Die Auseinandersetzung rund um das Themenfeld Geschlecht, Sexualität und Familie ist für die extreme Rechte von zentraler Bedeutung. Sie ist elementarer Bestandteil eines rechten Kulturkampfes, welcher sich gegen Emanzipationsgewinne richtet, wie die Ehe für Alle oder der dritte Geschlechtseintrag im Personenstandsrecht. Dass es sich bei den Vorstellungen der extremen Rechten zu Geschlecht und

Sexualität um ein Zerrbild handelt, das von der gesellschaftlichen Realität tagtäglich konterkariert wird, ignoriert diese. Vielmehr werden Mythen einer vermeintlichen Normalität beschworen, die es zu bewahren oder zurückzuerlangen gelte. Welche Mobilisierungsfähigkeit das Themenfeld für die ex-treme Rechte jedoch besitzt, wird insbesondere rund um verschiedene CSDs im Sommer 2024 deutlich – so auch in Leipzig.

Nazidemonstration gegen den Leipziger CSD

Nachdem am 10. August in Bautzen insgesamt rund 700 Neonazis den örtlichen CSD stören, wird in Neonazi-Kreisen auch für Protest gegen den CSD am 17. August in Leipzig geworben. Ein erster Aufruf zur Störung des CSD wird im Telegram-Kanal des Active Club Leipzig veröffentlicht. Die Active Clubs dienen als digitale Vernetzungsstruktur für extreme Rechte. In lokalen Gruppen sollen die Aktiven zusammenkommen und sich für den Straßenkampf wappnen. Der Erfolg und die Reichweite des Leipziger Active Clubs ist allerdings dürftig. Vielmehr scheint der Kanal dem 23-jährigen Dominik Greschow als privates Sprachrohr zu dienen. Greschow kandidierte 2024 für die neonazistische Partei Freie Sachsen bei der Kommunalwahl und tritt beim CSD als Anmelder der Gegendemonstration unter dem Motto „Stolz, deutsch, national“ auf.



Vor allem jugendliche Neonazis wollen im August 2024 in Leipzig gegen den CSD protestieren – weiter als bis zum Hauptbahnhof kommen sie nicht.

Am Tag des CSD ist die Polizei mit einem Großaufgebot vor Ort und zeigt im und um den Hauptbahnhof Präsenz. Dort wird ein abgesperrter Bereich errichtet, in den alle ankommenden Neonazis geführt werden. Insgesamt finden sich schließlich knapp 400 Neonazis, darunter 160 Jugendliche und einige Kinder, eingezäunt im Hauptbahnhof wieder. Der hohe Anteil von Jugendlichen ist dabei ein besonderes Merkmal der extrem rechten Mobilisierungen rund um CSDs im Sommer 2024. Für viele Teilnehmenden scheinen die Demonstrationen einen Ort darzustellen, an dem sie Kontakte zu anderen jungen Neonazis knüpfen, im digitalen Raum konsumierte Inhalte in den öffentlichen Raum tragen und einen Erprobungsraum für ihre neonazistische Praxis suchen. Das Publikum rekrutiert sich dabei zu meist aus den umliegenden Regionen der CSD-Orte. So stammt der Großteil der Teilnehmenden der neonazistischen Demonstration in Leipzig aus der Stadt und den angrenzenden Landkreisen. Gruppen reisen zudem aus Chemnitz und der Region Berlin an. Vereinzelt tragen Neonazis Kleidungsstücke, die auf Bezüge zu weiteren Städten hindeuten, etwa ein T-Shirt mit der Aufschrift „Divison Hoyerswerda“. Die zur Schau getragene Kleidung verdeutlicht darüber hinaus den eindeutig neonazistischen Charakter des Protests. Von neonazistischen Kampfsportevents (Kampf der Nibelungen) über Parteien (Der III. Weg) und Musik-Label (Neuer Deutscher Standard) bis zu Szenecodes (Schriftzüge im Stil des rechtsterroristischen Blood & Honour-Netzwerks) – die gesamte Bandbreite des Neonazismus wird über die Bekleidung repräsentiert.

Neben den vielen jugendlichen Teilnehmer*innen beteiligen sich in Leipzig auch Neonazis, die in den vergangenen Jahren an diversen Montagsdemonstrationen in der Stadt teilnahmen. In der Person von Lucien Wagner, der 2024 für die Freien Sachsen für den Leipziger Stadtrat kandidierte, versuchte dieses Milieu im Stadtteil Möckern im Frühjahr 2024 kurzzeitig, eigene Neonazidemonstrationen zu etablieren. Auffällig ist zudem die Präsenz von Strukturen, die sich bis dato vorwiegend als digitale Phänomene darstellten. So wird etwa ein Banner des Störtrupp gezeigt. Es handelt sich dabei um eine Online-Vernetzung von Neonazis auf Social-Media-Plattformen, die im analogen Raum bisher jedoch kaum in Erscheinung tritt.

Über Stunden warten die Neonazis darauf, zu ihrem Demonstrationsort vor dem Hauptbahnhof zu gelangen. Im Wartebereich skandieren sie dabei wiederholt Sprechchöre wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ oder „Ganz Deutschland hasst den CSD“. Gegen zwölf Uhr wird die Veranstaltung vom Anmelder aufgelöst, bevor sie ihren Startpunkt überhaupt erreicht. Die Polizei leitet im Anschluss gegen alle Personen erkennungsdienstliche Maßnahmen ein, die sich über mehrere Stunden hinziehen. Insgesamt werden 80 Ordnungswid-

rigkeiten und 40 Straftaten festgestellt.^[2] Obwohl sich der Tagesverlauf für die Neonazis desaströs gestaltet, blicken viele, insbesondere junge Teilnehmer*innen in sozialen Netzwerken positiv auf das scheinbar vergemeinschaftende Erlebnis im Leipziger Hauptbahnhof zurück. Etliche von ihnen reisen in den kommenden Wochen zu CSD-Störversuchen in weiteren Städten.

Anfeindungen und Angriffe im Umfeld des CSD

Die Konsequenzen der Queerfeindlichkeit, die im Rahmen der Neonazikundgebung geschürt wird, erleben Personen rund um den CSD ganz unmittelbar. So kommt es während der Parade und im Nachgang des CSD zu verschiedenen Anfeindungen und queerfeindlichen Angriffen.

Auf dem Weg zum CSD werden zwei Personen mit einem Baby im Park angefeindet. Ein Mann beschimpft die Personen als „ekelhaft“ und „verrückt“.^[3] Während der CSD-Parade fordern Passant*innen auf Höhe des Wilhelm-Leuschner-Platzes, dass in das „Gesocks“ mit dem Wasserwerfer geschossen werden müsse.^[4] Auch auf der Prager Straße kommt es zu Anfeindungen.^[5] Während es entlang der Route bei verbalen Übergriffen bleibt, werden verschiedene Personen nach dem CSD körperlich angegriffen. In einer S-Bahn auf Höhe der Haltestelle Mockau grölt eine Gruppe von Neonazis Parolen und zeigt den Hitlergruß. In der Folge richten sie ihren Fokus auf zwei weitere Personen, die eine Pride-Fahne mitführen. Sie werden beleidigt, anschließend schlagen die Neonazis einer Person ins Gesicht und bespucken diese.^[6] Ähnliche Fälle queerfeindlicher Gewalt ereignen sich am Abend im Leipziger Stadtteil Reudnitz. Eine Gruppe von drei Personen wird von sechs Jugendlichen in einer Straßenbahn zunächst verbal angegriffen, anschließend wird eine Person zu Boden geworfen und ihr wird gegen den Kopf getreten. Als die Gruppe aus der Tram flieht und sich in Richtung Lene-Voigt-Park entfernt, verfolgen die Jugendlichen sie.^[7] Eine weitere Person, die am Abend alleine auf der Riebeckstraße unterwegs ist, wird ebenfalls queerfeindlich beleidigt. Auch in diesem Fall wird die Person körperlich angegriffen, kann sich jedoch zur Wehr setzen und anschließend fliehen.^[8]

Die dokumentierten verbalen und physischen Angriffe zeigen, welche gewaltvolle Praxis aus der Queerfeindlichkeit der extremen Rechten resultiert. Umso wichtiger ist es, den öffentlichen Raum zu besetzen und Widerstand zu leisten. Die Teilnahme von mehr als 20.000 Menschen am CSD in Leipzig ist dabei ein wichtiges Zeichen. Im Alltag kommt es auf das solidarische Verhalten aller an, auch von Menschen, die nicht unmittelbar von Queerfeindlichkeit betroffen sind. ■

[2] Ausführlicher zum extrem rechten Demonstrationsversuch, siehe: chronik.LE vom 17.08.2024: Nazidemonstration gegen CSD findet nur im Polizeikessel statt, online abrufbar unter: <https://chronik.org>.

[3] chronik.LE vom 17.08.2024: Queerfeindliche Pöbeleien auf dem Weg zum CSD, online abrufbar unter: <https://chronik.org>.

[4] chronik.LE vom 17.08.2024: Anfeindung am Rande des CSD I, online abrufbar unter: <https://chronik.org>.

[5] chronik.LE vom 17.08.2024: Anfeindung am Rande des CSD II, online abrufbar unter: <https://chronik.org>.

[6] chronik.LE vom 17.08.2024: Queerfeindlicher Angriff nach dem CSD in Mockau, online abrufbar unter: <https://chronik.org>.

[7] chronik.LE vom 17.08.2024: Queerfeindlicher Angriff nach CSD in Reudnitz I, online abrufbar unter: <https://chronik.org>.

[8] chronik.LE vom 17.08.2024: Queerfeindlicher Angriff nach CSD in Reudnitz II, online abrufbar unter: <https://chronik.org>.

ANGSTFREI SICHTBAR?

vom Netzwerk für Demokratische Kultur und der Regionalen Netzwerkstelle für Demokratie im Landkreis Leipzig

Jedes Jahr im Sommer finden auf der ganzen Welt Christopher Street Days (CSD) statt. Dann gehen Bilder von großen Paraden, Menschen in ausgelassener Stimmung, glitzernden Outfits und vor allem Bekennnissen zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt um die Welt. Am 15. Mai 2024 wurde auch in Wurzen im Landkreis Leipzig ein CSD gefeiert. Insbesondere im ländlichen Raum in Sachsen sehen sich CSD-Veranstaltungen dabei mit Herausforderungen und extrem rechten Störversuchen konfrontiert.

„Und wenn niemand kommt?“

Eine vorsichtige Nachfrage steht im Raum des Organisationsteams des CSD Wurzen. „Und wenn niemand kommt?“ Es soll der erste CSD in Wurzen werden. In den Jahren zuvor wurde in der Stadt wiederholt ein IDAHOBIT*^[1] in Form einer Kundgebung organisiert. Dieses Jahr ist eine Demonstration durch die Stadt geplant. So sollen mehr Leute auf die Themen der Veranstaltung aufmerksam gemacht werden. Das Motto „Angstfrei & Sichtbar“ stellt eine Minimalforderung in den Vordergrund. Es zeigt zugleich, wie grundlegend die Bedrohungslage vor Ort ist.

So wurden bereits die stationären Kundgebungen zum IDAHOBIT* von extrem rechten Störungen begleitet. 2022 veranstalteten Neonazis eine eigene Kundgebung unweit des IDAHOBIT*. Organisiert wurde diese von örtlichen Kadern der Jungen Nationalisten (JN), allerdings nahm nur ein Dutzend Personen teil. Die Regenbogenfahne, die anlässlich des Tages vor dem Wurzener Stadthaus gehisst wurde, rissen Unbekannte noch in derselben Nacht ab und verbrannten sie. Fotos davon verbreitete eine Instagram-Seite des Leipziger Ablegers der JN.^[2] Im Jahr zuvor wurde die Regenbogenfahne ebenfalls gestohlen – keine Woche wehte sie am Fahnenmast vor dem Wurzener Rathaus.^[3] Die Vorfälle verdeutlichen, dass queeres Leben gerade dann angefeindet wird, wenn es offen in der Stadtgesellschaft in Erscheinung tritt. Angstfrei und sichtbar aufzutreten, ist gegenwärtig also mehr Zielstellung als Realitätsbeschreibung. Auch abseits verbaler und physischer Angriffe sind queere Menschen im ländlichen Raum mit Schwierigkeiten kon-

frontiert. Während sich über die letzten Jahrzehnte in Leipzig eine queere Szene mit Räumlichkeiten, Vernetzungsmöglichkeiten und regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen etablieren konnte, fehlen diese Strukturen im ländlichen Raum nahezu gänzlich. Viele queere Menschen in Wurzen und Umgebung berichten davon, sich allein zu fühlen. Häufig scheinen sie im eigenen Umkreis eine der wenigen queeren Personen zu sein. Zudem gehören Diskriminierungen seitens der Mehrheitsgesellschaft für viele Personen zum Alltag.

Notwendig und zugleich gefährlich

Die Angst des Organisationsteams des CSD Wurzen allein zu bleiben, bestätigt sich nicht. Mehr als 200 Menschen kommen zum CSD, viele reisen aus Leipzig und Dresden an, aber auch etliche Menschen aus Wurzen und Umgebung nehmen teil. Ein Anlass zur Freude, der durch die Präsenz und Störversuche von extrem rechten Jugendlichen und Neonazis jedoch geschmälert wird. Bereits am Bahnhof treten diese in Erscheinung, pöbeln herum, Zeug*innen beobachten, dass der verbotene Hitlergruß gezeigt wird. Im weiteren Verlauf postieren sich die Neonazis – darunter Kader der örtlichen Jungen Nationalisten – an der Demonstrationsroute und beleidigen Teilnehmende sexistisch und queerfeindlich. Als der CSD auf dem Wurzener Markt Halt macht, sammeln sich am Rand etwa 30 bis 40 Personen des extrem rechten Gegenprotests und versuchen, die Teilnehmenden des CSD mit ihrer Präsenz einzuschüchtern.

Drei Monate nach dem CSD in Wurzen wird der CSD in Bautzen durch rund 700 Rechtsextreme gestört. Es folgt ein großer extrem rechter Protest mit hunderten Teilnehmenden anlässlich von CSD-Veranstaltungen in Leipzig und in Magdeburg. Die Störversuche beim CSD in Wurzen und die massiven extrem rechten Mobilisierungen in weiteren Städten verdeutlichen, dass Queerfeindlichkeit zu einem Schlüsselthema der extremen Rechten avanciert ist, welches insbesondere bei jungen Menschen ein hohes Mobilisierungspotenzial besitzt. Die extreme Rechte propagiert dabei ein vermeintliches Normalbild einer heterosexuellen Familie und binäre Geschlechterbilder. Abweichungen von diesem Ideal werden verurteilt und die deutlich diversere alltägliche Realität als Produkt einer verweichlichten, „abnormen“ Gegenwartsgesellschaft verdammt. Artikuliert wird dieses Versatzstück extrem rechter Ideologie in hohem Maße im digitalen Raum und in sozialen Netz-

[1] IDAHOBIT steht für international day against homophobia, biphobia, and transphobia und heißt auf Deutsch übersetzt: internationaler Tag gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit.

[2] chronik.LE vom 19.05.2022: [Nazis protestieren gegen IDAHOBIT* in Wurzen](#) sowie chronik.LE vom 20.05.2022: [Verbrennen einer Regenbogenfahne in Wurzen](#), online abrufbar unter: [chronikle.org](#).

[3] chronik.LE vom 26.05.2021: Regenbogen-Flagge in Wurzen entwendet, online abrufbar unter: [chronikle.org](#).



Mehr als 200 Menschen ziehen im Sommer 2024 beim ersten CSD in Wurzen durch die Stadt.

werken, wo es häufig junge Nutzer*innen erreicht. Insbesondere bei den CSD-Veranstaltungen 2024 war auffällig, dass viele der Teilnehmenden des extrem rechten Gegenprotests Jugendliche und Kinder waren. Die Störversuche waren dabei von neonazistischen Parolen und Gebaren begleitet und beschränkten sich nicht auf verbale Angriffe. So kam es in Leipzig zu körperlichen Angriffen auf Besucher*innen während der An- und Abreise. In Wurzen wurde im Nachgang des CSD versucht, Teilnehmenden eine regenbogenfarbene Pride-Fahne zu entreißen.^[4]

Solche Bedrohungen stellen ein Problem in der Organisation von CSD-Veranstaltungen im ländlichen Raum dar. Den dort lebenden queeren Menschen soll dabei eigentlich eine Möglichkeit gegeben werden, im Schutze eines Umzugs als queere Personen in ihrer Stadt in Erscheinung treten zu können. Außerdem wird die Erfahrung vermittelt, nicht allein zu sein, und queere Themen und Lebensrealitäten werden vor Ort in den öffentlichen Raum getragen. Es sind also Strategien, die auf Sichtbarkeit zielen, während diese gleichsam zur Gefahr werden kann. Neben den vor Ort auftretenden Neonazis, ist dabei vordergründig das Agieren von extrem rechten Medienaktivisten hervorzuheben. Den Wurzener CSD begleitete der AfD-Politiker Sebastian Weber, der unter dem Pseudonym WeichreiteTV auftritt.^[5] Dieser filmte die Bühne und die Teilnehmenden des CSD Wurzen ab. Seine Livestreams erreichen dabei vorrangig ein extrem rechtes Publikum, dem so die Aufnahmen von den Anwesenden des CSDs zugänglich ist. Gerade für queere Personen, die im ländlichen Raum leben, stellt das ein Problem dar. Zum Teil sind diese zuvor nicht als queere Menschen in Erscheinung getreten, können nun aber identifiziert werden und sind so potenziell zukünftigen Bedrohungen ausgesetzt.

Der CSD in Wurzen zog durch die Stadt – trotz der anwesenden Neonazis. Zahlreiche Initiativen waren vor Ort, etwa RosaLinde e.V. und Bellis Leipzig e.V. Verschiedene Menschen aus Wurzen hielten Redebeiträge und auch die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Leipzig sprach auf der Bühne. Ferner wurde ein umfassendes Kulturprogramm mit Rap, Tanz und einem Bandauftritt angeboten. Der CSD und sein Rahmenprogramm zeigen zwar die Stärke und Vielfalt der queeren Szene und ihrer Verbündeten, trotz der für sie bestehenden Bedrohungslage. Besorgniserregend ist jedoch, dass es kaum möglich ist, die CSDs des ländlichen Raumes in Ostdeutschland ohne ihre Bedrohung durch die extreme Rechte zu betrachten. Gerade im Kontext von CSD-Veranstaltungen präsentiert die extreme Rechte ihr wiedergewonnenes Selbstbewusstsein und eine junge Generation an Neonazis, deren Auftreten mitunter an den Stil der 1990er Jahre erinnert, scheint solche Gegenproteste als Erprobungsraum für ihr Agieren auf der Straße zu nutzen. Man kann diese extrem rechten Mobilisierungen im Rahmen von CSD-Veranstaltungen nicht ignorieren. Was bleibt, ist die Möglichkeit, die eigene Reichhaltigkeit queerer Kultur als Stärke zu betonen und deutlich zu machen, dass sexuelle sowie geschlechtliche Vielfalt sichtbar werden kann. ■

Das Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) verbindet Menschen, die Haltung zeigen und sich für eine demokratische Kultur in der Region, gelebte Mitmenschlichkeit und Mitbestimmung, Nachhaltigkeit und Freiheit engagieren. Mit Bildungsarbeit, kulturellen Veranstaltungen, Vernetzung, Begegnung und Information wollen wir die weitere Entwicklung einer aktiven demokratischen Zivilgesellschaft in der Region unterstützen.

[4] chronik.LE vom 15.05.2024: Rechte Störversuche beim CSD in Wurzen, online abrufbar unter: [chronik-leipzig.de/](https://www.chronik-leipzig.de/)

[5] Ausführliche Informationen zu dem Wirken des extrem rechten Medienaktivisten WeichreiteTV bietet das chronik.LE-Dossier: Auf der Straße und im Parlament: Der rechte Medienaktivist „WeichreiteTV“, online abrufbar unter: [chronik-leipzig.de/](https://www.chronik-leipzig.de/)

QUEER- UND TRANSFEINDLICHE NARRATIVE IN RECHTEN TELEGRAM-KANÄLEN

Content Warnung: In diesem Text wird über Gewalttaten und Mord berichtet und teilweise explizit geschildert.

von Amelie Feuerer

In den rechtsextremen Telegram-Kanälen der Region Leipzig sind queer- und transfeindliche Beiträge beliebt. Dabei handelt es sich um die Verbreitung von Narrativen mit einer starken emotionalen Anziehungskraft und mit Schnittstellen zu antisemitischen Ressentiments.

Schon seit Jahren warnen Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen: Transgeschlechtlichkeit und eine vermeintliche „Genderideologie“ sind zu einem ausgeprägten Feindbild der Rechten geworden. Die rechtsextremen Aufmärsche bei CSD-Paraden im Sommer 2024 haben gezeigt: Der Hass auf queere Menschen bewegt die rechte Szene. Die Gewalt bei queerelementaristischen Demonstrationen hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland insgesamt gehäuft. 2022 starb Malte C. nach einem Angriff auf den CSD in Münster. In Sachsen zeigte sich die Gefahr vor allem beim CSD 2024 in Bautzen: Der Aufmarsch hunderter Neonazis zeigt, wie mobilisierungsfähig die rechte Szene in Sachsen bei diesem Thema ist.

Bereits 1950 beobachtete die Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik den Zusammenhang zwischen dem Autoritarismus und einer Tendenz, sich auf starre und moralisierende Weise mit Geschlechternormen zu identifizieren.^[1] In ihrer Studie äußerten Männer und Frauen mit hohem autoritärem Potenzial strenge Moralvorstellungen hinsichtlich ihrer Geschlechterrollen, befürworteten eine autoritäre Unterwerfung unter soziale Konventionen und erwarteten diese strengen Anpassungen auch von anderen. Das autoritäre Bestehen auf Konventionen und Moralvorstellungen in Bezug auf Geschlecht und Sexualität bildet einen Orientierungspunkt und scheint ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln – insbesondere in Krisenmomenten.^[2]

In autoritären Bewegungen in und um Leipzig lässt sich das Phänomen ebenso beobachten: In Telegram-Kanälen der Region, die dem verschwörungsideologischen, rechtsextremistischen bis extrem rechten Spektrum zuzuordnen sind, wird gegen queere Identitäten gehetzt und dazu aufgerufen, Kinder vor „moralisch-verdorbenen“ queeren Menschen zu schützen. Gleichzeitig nehmen rechte Akteur*innen die eigene Identität als bedroht wahr und Transgeschlechtlichkeit wird mit

einer „Dystopie“ verknüpft, „in welcher der Mensch und alles Menschliche überwunden und abgeschafft werden sollen“ (NuoViso, 12.11.2022).^[3]

Das Narrativ des Kinderschutzes und seine emotionale Anziehungskraft

Diverse Beiträge rechter Telegram-Kanäle in der Region drehen sich um das Thema der Pädophilie. In dem nach wie vor genutzten Telegram-Kanal der „Bürgerbewegung Leipzig 2021“^[4] wird beispielsweise behauptet: „Analena [sic!] Baerbook setzt sich für Legalisierung von Sex mit Kindern ein“ (Bürgerbewegung Leipzig 2021, 10.03.2022), und vor einer staatlichen Verschleierung „große[r] Pädophilen-Netzwerke“ (ebd., 08.06.2022) gewarnt. Der vermeintliche Kinderschutz ist seit jeher ein wesentlicher Bestandteil rechtspopulistischer Diskurse und profitiert von einer hohen emotionalen Anziehungskraft.^[5] Durch die Empörung über das Leid des Kindes scheint rechter Aktivismus wie ein Kampf um Leben und Tod und kann das Gefühl vermitteln, Teil einer historischen Mission zu sein. Queere Menschen werden dämonisiert, indem sie als pädophile Gewalttäter*innen inszeniert werden, vor welchen Kinder geschützt werden müssten. Der Vorwurf der Pädophilie wird häufig an moderne sexualpädagogische Ansätze geknüpft: Die Aufklärung über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt wäre ein Angriff auf die Unversehrtheit von Kindern. Es ist die Rede von bedrohlichen „LGBTQ-Kitas“ (Bürgerbewegung Leipzig 2021, 01.12.2022), von „schwul-lesbische[n] Kitas“ (ebd., 09.10.2022) oder von „queere[n] Kitas“ (ebd.), die pädophiles Verhalten fördern würden. Auch im Kanal der AfD-Fraktion Leipzig wird behauptet, dass Eltern sich nun gezwungen sehen würden, „ihre Kinder im Vorschulalter vor einer frühsexualisierten ‚Diversitäts-Erziehung‘ – also vor Pädophilie – [zu] schützen“ (AfD-Fraktion Leipzig, 18.07.2024). Hier wird die Sensibilisierung für geschlechtliche Vielfalt mit Pädophilie gleichgesetzt und damit dämonisiert und pathologisiert. Die Sozialwissenschaftlerin Pia Müller erklärt außerdem, dass Narrative, die sich um das Wohl von Kindern drehen, als „Legitimation für Mordfantasien“^[6] fungieren können. Mit anderen Worten: Die Fantasie der rechten Telegram-Nutzer*innen ihre Feind*innen würden sich sexuell gewalttätig verhalten, kann ein Hinweis auf eigene Gewaltgelüste darstellen, deren Ausleben im Kampf um Leben und Tod legitim er-

[1] Frenkel-Brunswik, Else (1950): Sex, People and Self as Seen through the Interviews. In: Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswik, Else; Levinson, Daniel J.; Sanford, R. Nevitt (Hrsg.): The Authoritarian Personality. La Vergne: Verso, S. 390–442.

[2] Kalkstein, Fiona; Pöckel, Gert; Nendorf, Johanna; Höcker, Charlotte; Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver; Kess, Johannes; Heller, Aylina; Brähler, Eimar (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 245–270.

[3] Diese und alle folgenden Quellenangaben im Fließtext beziehen sich auf Aussagen aus den entsprechend angegebenen Telegram-Kanälen. Das Datum verweist auf den digitalen Veröffentlichungszeitpunkt.

[4] Die Bürgerbewegung Leipzig ist eine Gruppierung von Pandemie-Leugner*innen und wurde von einem Ex-NPD-Kader gegründet.

[5] Schmincke, Imke (2016): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark Sabine; Villa, Paula-Irene (Hrsg.): AntiGenderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, S. 93–108.

[6] Müller, Pia, (2022): Extrem rechte Influencer*innen auf Telegram: Normalisierungsstrategien in der Corona-Pandemie. In: ZfExt – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 2 (1), S. 91–109.

scheint. Der Sozialpsychologe Leo Löwenthal zeigte bereits 1949, dass die häufige und detaillierte Schilderung von Gewaltakten, rechten Agitator*innen dazu dienen kann, ihre eigenen sadistischen Impulse auszulösen.^[7] Hinweise darauf finden sich wieder bei Telegram: Im Kanal der „Bürgerbewegung Leipzig 2021“ wird ein Bild geteilt, auf dem eine Guillotine zu sehen ist. Darauf steht: „Kostenloser Haarschnitt für Kinderschänder auch ohne Termin möglich“ (01.07.2024).

Antisemitische Ressentiments: Der Verschwörungsmythos des Transhumanismus

Ein weiteres wesentliches Feld des rechten Kulturkampfes sind die Themen Transgeschlechtlichkeit und Transhumanismus. Auch in den lokalen Telegram-Communities werden queere Menschen mit der Verschwörungserzählung des Transhumanismus verknüpft, nach der es im Sinne einer globalen Elite sei, mittels moderner Technologie die Menschheit auszulöschen.^[8] Besonders im rechtsextremen Kanal NuoViso mit Sitz in Leipzig ist dieser Mythos beliebt. Eine „[o]mnipräsente Queer-Agenda“ wäre „ein [...] elementare[r] Baustein zur Etablierung einer ideologischen Mélange aus #Eugenik und #Transhumanismus“ (NuoViso, 28.06.2023). Die Körper und die Sexualität von trans Personen gelten als Ausdruck dieser apokalyptischen Transformation. Ihre Körper wären „verkrüppelt“ (Bürgerbewegung Leipzig 2021, 24.05.2022) aufgrund „eine[r] chemische[n] #Sterilisation“ (NuoViso, 28.06.2023) und damit ihrer vermeintlich natürlichen und gesunden Funktionsweise beraubt. Queeres Leben würde die „Selbstkastration der Spezies“ (NuoViso, 28.06.2023) bedeuten. Auch wird behauptet, dass die Konsequenz des „geplanten Selbstbestimmungsgesetz[es]“ eine „technokratische und transhumanistische Dystopie“ wäre, „in welcher

der Mensch und alles Menschliche überwunden und abgeschafft werden sollen“ (NuoViso, 12.11.2022). Insofern werden trans Personen und ihre Körper in rechten Telegram-Communities als von der Moderne, der Medizin und der Technologie verfremdet und synthetisiert dargestellt.

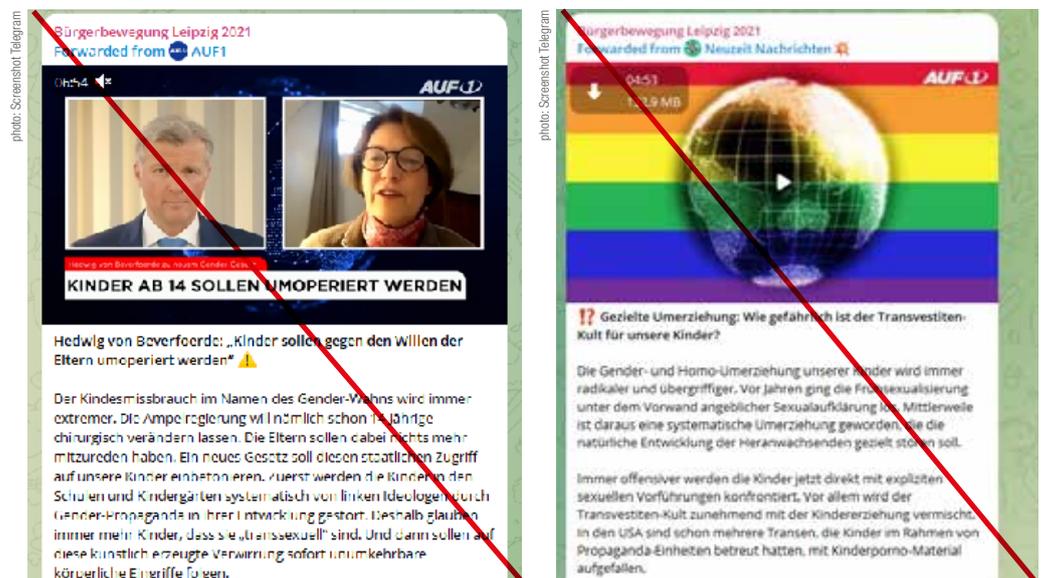
Diese Fantasie ist mit einem antisemitischen Ressentiment verwandt. In Differenz zum Rassismus zeichnet sich die Transfeindlichkeit hier ähnlich wie der Antisemitismus durch antimoderne Motive aus. Während im Rassismus rassifizierte Personen Rückschrittlichkeit zugeschrieben und die eigene Gruppe mit Modernität assoziiert wird, werden Jüdinnen*Juden im Antisemitismus mit Modernität, Fortschritt und Zivilisation in Verbindung gebracht.^[9] Analog dazu werden trans Personen und ihre Körper mit einer modernen Synthetisierung identifiziert. Trans Personen und mit ihnen solidarische Bewegungen werden als schuldig an dem modernen Übel, einer dystopischen Transformation des Menschen und der Natur, angesehen. Queer- und Transfeindlichkeit verschränken sich in diesen Mythen mit antimodernen und antisemitischen Motiven und vereinigen extreme Rechte, konservative Milieus und transfeindliche Feminist*innen. Solche Erzählungen sowie die alltägliche trans- und queerfeindliche Gewalt zeigen: Der Kampf gegen Queer- und Transfeindlichkeit muss als antifaschistisches und feministisches Kernthema gelten. ■

Amelie Feuerer ist angehende Soziologin und arbeitet am Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) für Demokratieforschung in Sachsen. Dort forscht sie im Bereich Monitoring und Dokumentation antidemokratischer Mobilisierung. Ihre Schwerpunkte sind die Anziehungskraft autoritärer Bewegungen und ihre Schnittstellen zum Antisemitismus und zur Queerfeindlichkeit.

[7] Löwenthal, Leo (1990): Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

[8] DÖW (2022): Transhumanismus: ein Verschwörungsmythos auf dem Vormarsch. Neues von ganz rechts, online abrufbar unter: <https://www.dow.at>.

[9] Roepert, Leo (2022): Die globalistische Elite gegen das Volk. Antisemitismus und rechtspopulistisches Elitenbild. In: Aschenas (2) (2), S. 279-301.



Im Telegram-Kanal der „Bürgerbewegung Leipzig 2021“ werden Beiträge mit queer- und transfeindlichen Narrativen geteilt.

QUEERNESS, GESUNDHEIT UND DER LÄNDLICHE RAUM SACHSENS

von RosaLinde e.V.

Zugänge zu medizinischer Versorgung müssen für alle Menschen sichergestellt werden. Die gelebte Realität vieler Queers sieht jedoch anders aus. Dieser Artikel beleuchtet die Schwierigkeiten von queeren Menschen im ländlichen Raum Ostdeutschlands und insbesondere die Diskriminierung im Gesundheitssystem.

Wir, das Projektteam Que(e)r durch Sachsen - Mobil im ländlichen Raum des RosaLinde Leipzig e.V., wollen mit euch einige Erfahrungen und Perspektiven aus unserem Arbeitsalltag teilen. Als Verein für queere Begegnung, Bildung und Beratung setzen wir uns seit mehr als 30 Jahren aktiv für die Belange von LSBTIANQ* (lesbischen, schwulen, bi, trans, inter, asexuellen, nicht-binären und queeren*) Personen ein. Unser Projekt bietet u.a. mobile psychosoziale Beratung in den Landkreisen Leipzig, Nord- und Mittelsachsen für queere Menschen aller Altersgruppen sowie für ihre An- und Zugehörigen. Wir verstehen queer als Sammelbegriff für alle geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen, die vom gesellschaftlich geprägten cis-hetero Bild abweichen. Aus unserer Arbeit wissen wir: Als queere Person im ländlichen Raum zu leben, bringt viele Herausforderungen mit sich. Besondere Hürden werden bei der Suche nach medizinischer Behandlung deutlich. Der Weg zu Ärzt*innen gestaltet sich für unterschiedliche Personengruppen oft schwierig. Sei es aufgrund von Sprache, Behinderung oder Queerness. Dabei sind wir alle auf medizinische Versorgung angewiesen, und haben alle das gleiche Recht auf Gesundheit, Pflege und Selbstbestimmung.

Fehlendes Wissen

Wie viele der uns umgebenden Systeme ist auch die Logik des Gesundheitssystems sehr binär. Medizin und Behandlung wird in die Kategorien „Mann“ und „Frau“ unterteilt, welche cis-geschlechtlich und heterosexuell gedacht werden.

Queere Menschen machen im Gesundheitsbereich häufig die Erfahrung, dass davon ausgegangen wird, sie seien heterosexuell. Ihnen werden aufgrund ihres Äußeren ein bestimmtes Geschlecht und bestimmte Körperfunktionen zugeschrieben. Oft müssen sie sich dann entscheiden, das entweder so stehenzulassen –

oder sich aktiv zu outen und zu erklären. Damit riskieren sie oftmals unangenehme Kommentare, übergriffige Nachfragen oder auf diesen Aspekt ihrer Identität reduziert zu werden.

Dem Großteil des Gesundheitspersonals fehlt Wissen darüber, wie vielfältig Geschlecht und Sexualität sind. Das Wissen über Lebensrealitäten und Bedarfe von queeren, trans- und intergeschlechtlichen Personen wird in der medizinischen, pflegerischen oder psychologischen Ausbildung kaum oder nur unzureichend vermittelt.

„Beweisdruck“ der eigenen Geschlechtsidentität

Besonders trans- und intergeschlechtliche Menschen fühlen sich dem Gesundheitssystem oft stark ausgeliefert. Die Ansicht, dass nicht eine Person selbst, sondern Expert*innen darüber entscheiden müssen, welches Geschlecht die Person hat, ist immer noch sehr verbreitet. Wenn trans Personen ihren Körper verändern wollen, stoßen sie auf extrem viele Hürden. Sie müssen zuerst eine Psychotherapeut*in finden, die ihnen eine Diagnose über ihre Transgeschlechtlichkeit ausstellt. Doch besonders im ländlichen Raum gestaltet sich das schwierig. Häufig lehnen Therapeut*innen trans Patient*innen ab und sagen, sie würden sich damit nicht genug auskennen. Manche Therapeut*innen nehmen die Transgeschlechtlichkeit ihrer Patient*innen nicht ernst oder versuchen sogar, sie „wegzuthrapieren“ – obwohl sogenannte Konversionstherapien in Deutschland seit 2020 verboten sind.

Eine weitere Hürde stellen die Krankenkassen dar: Viele trans-spezifischen Behandlungen wie Operationen oder Epilation, etwa von Gesichtsbehaarung, werden nicht einfach von Ärzt*innen verschrieben, sondern müssen eigens bei der Krankenkasse beantragt werden. Die Krankenkassen verzögern die Bearbeitung meist über Monate oder lehnen einen solchen Antrag zunächst ab, sodass Patient*innen Widerspruch einlegen müssen. Diese bürokratischen Verfahren kosten Zeit und emotionale Ressourcen. Ohne Unterstützung von außen ist dieses Prozedere für viele nicht zu schaffen. Für nichtbinäre Personen werden medizinische Transitionskosten überhaupt nicht übernommen. Und auch geflüchteten trans* Personen, die im Asylverfahren sind, wird die Kostenübernahme für Hormonbehandlungen und andere Transitionsschritte verwehrt.

Fehlende Sichtbarkeit und Selbstbestimmung

Medizinische Behandlungen dürfen nicht aufgezungen oder aufgedrängt werden, wie es beispielsweise bei intergeschlechtlichen Menschen oft der Fall ist: Inter* Personen und ihre Eltern werden häufig dazu gedrängt, medizinisch nicht notwendige Behandlungen und OPs vorzunehmen. Es fehlt an Aufklärung, die für Geschlechtervielfalt und Selbstbestimmung offen ist. Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt darf nicht pathologisiert, also als „krankhafte“ Abweichungen gesehen werden.

Wenn wir jedoch das Thema Gesundheit und Queerness betrachten, blicken wir auf eine lange Geschichte von Unsichtbarkeit, Pathologisierung und Menschenrechtsverletzungen. Erst im Jahr 1990 beschloss die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen. Transgeschlechtlichkeit blieb wiederum bis 2018 im Diagnoseschlüssel der WHO als Krankheit bestehen. Erst 2021 trat ein Gesetz in Kraft, welches das Verbot von geschlechtszuweisenden Operationen an intergeschlechtlichen Kindern regelt.

Ebenso gestalten sich Familienplanung und Kinderwunsch für queere Personen an vielen Stellen schwierig. Bis 2011 wurden trans Personen durch das sogenannte „Transsexuellengesetz“ gezwungen, sich sterilisieren zu lassen, wenn sie ihren Geschlechtseintrag ändern wollten. In Bezug auf das Thema Kinderwunsch fehlt es oft an Informationsbereitstellung für trans, inter und queere Patient*innen. Bei medizinischen Kinderwunschbehandlungen werden die Kosten im Gegensatz zu cis-heterosexuellen Paaren nicht anteilig übernommen. Viele queere Familienformen werden nicht mitgedacht und (rechtlich) anerkannt.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Im ländlichen Raum Sachsens treffen diese historisch gewachsenen Hürden im Bereich Gesundheit auf Strukturschwäche. Es droht die medizinische Unterversorgung. Gründe sind etwa die Zunahme versorgungsintensiver Erkrankungen einer alternden Gesamtbevölkerung sowie genereller Ärzt*innen-Mangel im ländlichen Raum. Diese sind häufig überlastet und unterbesetzt, es fehlt an Zeit für nötige Weiterbildungen zum Thema queere Patient*innen.

Durch fehlende Sichtbarkeit queerer Lebensrealitäten, sehen Ärzt*innen teilweise nicht die Notwendigkeit, sich für die Behandlung von Patient*innen

weiterzubilden, die es vermeintlich „hier nicht gibt“. Diskriminierende Erfahrungen sind daher für queere Patient*innen auf dem Land noch häufiger und das Angebot ist oft lückenhaft. Das führt zu langen Wartezeiten und Anreisewegen. Diese können nicht immer und nicht von allen Menschen gleich gut bewältigt werden. Der ÖPNV ist im ländlichen Raum Sachsens nicht flächendeckend ausgebaut und nicht für alle ist ein eigener Pkw verfügbar. Der Prozess, medizinische Versorgung zu bekommen, gestaltet sich also oft hürdenreich, langwierig und ressourcenintensiv. Oft meiden LSBTIANQ*-Personen deswegen medizinische Behandlungen. Aus Angst vor (wiederholter) Diskriminierung, Schamgefühl oder mangelnder Aufklärung. Die Folgen von teilweise jahrelanger medizinischer Unterversorgung sind fatal.

Bedarfe und Forderungen

Der Ausbau des rechtlichen Schutzes von LSBTIANQ*-Patient*innen ist unumgänglich für ein Gesundheitssystem für alle. Wir fordern daher ein Gesundheitssystem, in dem Menschen ihre Geschlechtsidentität nicht „beweisen“ müssen. Ein Gesundheitssystem, das Menschen ermöglicht, selbstbestimmte, wertungsfreie und informierte Entscheidungen über ihren Körper zu treffen. Wir fordern Sensibilisierung und Weiterbildung von Ärzt*innen und dass falsche und diskriminierende Mythen über die Psyche und den Körper queerer Personen abgebaut werden. Wir fordern die Erleichterung von Zugängen zu den gewünschten Behandlungen sowie Maßnahmen gegen die drohende medizinische Unterversorgung im ländlichen Raum Sachsens.

Für die Regionen Landkreis Leipzig, Nordsachsen und Mittelsachsen bedeutet das im ersten Schritt die Anerkennung der bestehenden Bedarfe queerer Patient*innen. Flächendeckende Schulung von Fachkräften, Sensibilisierungsarbeit und strukturelle Änderungen müssen jedoch folgen. ■

Der RosaLinde Leipzig e.V. existiert seit 1990, die Arbeitsgruppe hat sich zwei Jahre zuvor gegründet. Als Verein für queere Begegnung, Bildung und Beratung setzen wir uns mit verschiedenen Projekten in Leipzig und in den Landkreisen Leipzig, Nord- und Mittelsachsen seit mehr als 30 Jahren aktiv für die Belange von LSBTIANQ*-Personen ein. Wir setzen uns gegen Diskriminierung rund um Geschlecht und sexuelle Orientierung ein, zentrieren die Lebensrealitäten von LSBTIANQ*, kämpfen für ihre Rechte und bauen damit Vorurteile ab.

FOOTBALL HAS NO GENDER – AUSSER IN SACHSEN

von der AG Fight Sächsisism

[1] trans*, inter*, agender*, nicht-binär.

[2] Frauen, Lesben, inter*, nicht-binär, trans*, agender*.

[3] DFB Online-Pressemitteilung vom 23.06.2023: „Regelung zum Spielrecht trans*inter* und nicht-binären Personen“, online abrufbar unter: dfb.de.

[4] Sächsischer Fußball Verband e.V. (2024): SFV Spielordnung Stand: Januar 2024.

Januar 2024: 15 Leute sitzen im Kreis. Die Stimmung in der Runde ist trüb. Fünf tian*^[1]-Personen aus unserer FLINTA*^[2]-Sektion wurde vom Sächsischen Fußball-Verband (SFV) das Spielrecht entzogen. Wir wollen unsere Kräfte bündeln, um gegen den Entzug vorzugehen.

Die Gruppe AG Fight Sächsisism verbindet die Liebe zum Fußball. Wir kicken beim Roten Stern Leipzig (RSL) und kommen aus drei FLINTA*-Teams und einem tian*-Kicktreff. Gemeinsam bestreiten wir Punktspiele und sind in Arbeitskreisen des RSL aktiv – gelebter Vereinsalltag! Seit 2021 verstehen wir uns nicht mehr als Frauen-, sondern als FLINTA*-Teams. Wir möchten Räume schaffen, in denen Personen jenseits der binären Geschlechterordnung Fußball spielen und sich wohlfühlen können.

Neue Spielordnung des DFB – Inklusive Regelung für tian*

Mitte 2022 hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) eine neue Spielordnung erlassen, die das Spielrecht von tian*-Personen im Amateur*innenfußball regelt.^[3] Die Landesverbände sind verpflichtet, die Regelungen vom Dachverband zu übernehmen, was der SFV im November 2022 in der Sächsischen Spielordnung (SPO) verwirklicht hat. Unter dem Paragraph 10 Nr. 6 und 7 SPO ist seitdem u.a. geregelt, wie Menschen, die sich als divers identifizieren, sowie Personen in der Transitionsphase eine Spielberechtigung erlangen und in welchem Team sie spielen können. Außerdem legen sie die Aufgaben der zuständigen Vertrauensperson im SFV fest.^[4]

Eine durchaus positive Veränderung. Die genannte Stelle der Vertrauensperson blieb allerdings, trotz Drängen des RSL, vom SFV länger unbesetzt. Laut Spielordnung ist diese Stelle dafür zuständig, mit den Personen, die unter Paragraph 10 Nr. 6 und 7 SPO fallen, gemeinsam den Antrag auf Spielberechtigung zu stellen, Anträge entgegenzunehmen oder auch Rücksprachen mit dem Verband zu halten. Trotz der unbesetzten Stelle wurden Spielrechte erteilt und Menschen konnten unter selbst gewählten Namen einen Pass beantragen.

Entzug von Spielrechten durch den SFV

Erst im Oktober 2023 übernahm die Vizepräsidentin des SFV vorübergehend diese Funktion. Es folgten eine Reihe von Diskriminierungen auf verschiedenen Ebenen. Insbesondere für die genderqueeren Spieler*innen. Die gravierendste davon war der Entzug der Spielrechte. Die Begründung lautete, es müsse neu geprüft werden, ob sie unter die genannten Regelungen fallen. Die Selbstbeschreibung der Personen als trans* oder genderqueer spielte dabei keine Rolle, auf Gesprächsangebote ging man nicht ein.

Das SFV-Vorgehen macht uns fassungslos. Die neue Regelung soll genderqueeren Menschen das Fußballspielen erleichtern und der SFV soll dies eigentlich unterstützen. Unsere drängendste Aufgabe ist es aber gerade, die entzogenen Spielrechte wiederzuerlangen. Im Plenum beschließen wir daher, gegen den Entzug sportgerichtlich im Eilverfahren vorzugehen, und bieten erneut Gespräche an.

Im März 2024 trifft unsere Gruppe wieder zusammen. Die gute Nachricht ist, dass das Sportgericht die Spielrechte mittels einstweiliger Verfügung wiederhergestellt hat. Die Freude ist jedoch gedämpft, da zwei Personen trotzdem nicht vom SFV freigegeben wurden. Auch beschränkte der SFV die Kommunikation mit uns auf sportgerichtliche Schreiben.

Diskriminierungen durch andere Teams

Außerdem auf der Tagesordnung im Fußball ist transfeindliches Verhalten gegnerischer Teams und Fans. Seit wir offen als FLINTA*-Teams auftreten, häufen sich unsere Diskriminierungserfahrungen. Der Trainer eines Teams aus dem sächsischen Umland hat sich bei der Staffelleitung beschwert, bei uns spielten „Männer mit Vollbärten“. Ein anderer hat vor dem Spiel beim Schiedsrichter gefordert, all unsere Spielrechte nochmals gesondert zu überprüfen. Dies kommt sonst nie vor. Auffällig dabei ist, dass sich die Anfeindungen häufen, sobald wir gewinnen. Immer wieder wird angebracht, es gebe eine Leistungsverzerrung durch die Teilnahme von tian*-Personen. So postete der Verein eines gegnerischen Teams nach einer Niederlage gegen uns auf Instagram: „Unser Frauenteam verliert gegen das Männerteam vom Roten Stern #fairerwettbewerbgehanders“.



Beim Roten Stern Leipzig setzt sich eine AG dafür ein, diskriminierendes Verhalten des Sächsischen Fußballverbandes gegen trans* zu bekämpfen.

Das Argument ist nicht neu. Es wird behauptet, trans*-Sportler*innen hätten körperliche Vorteile gegenüber anderen Sportler*innen. Sportwettkämpfe bauen allerdings nie auf Chancengleichheit auf und leben davon, dass Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen teilnehmen. Dies können körperliche Fähigkeiten sein, aber auch strukturelle Vor- oder Nachteile wie Geld oder der Zugang zu Trainingsangeboten. Das heißt körperliche Überlegenheit im Sport kann nicht an vergeschlechtlichen Merkmalen gemessen werden. Vor dem Hintergrund, dass konservative und rechte Gruppierungen vermeintliche Leistungsverzerrung als Argument für ihre trans- und queerfeindliche Agenda nutzen, ist die Argumentation des SFV als gesellschaftliche Institution umso besorgniserregender.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir zahlreiche Vorfälle dokumentiert und an den SFV gemeldet. Diese Meldungen verlaufen im Sand, obwohl der SVF verpflichtet ist, präventiv und reaktiv gegen Diskriminierung vorzugehen.

Für uns ist klar: Auf den SFV ist kein Verlass, wir müssen uns selbst ein Sicherheitskonzept überlegen, um weiterhin zu Auswärtsspielen fahren zu können.

Die Rolle des DFB

Und was sagt der DFB als Dachverband dazu? Dieser könnte Druck auf die Landesverbände ausüben. Online wird beteuert: „Der Fußball steht für Vielfalt, und auch der DFB setzt sich dafür ein. Mit der Regelung des Spielrechts schaffen wir weitere wichtige Voraussetzungen, um auch Spieler*innen unterschiedlichster Geschlechteridentitäten das Spielen zu ermöglichen.“^[3] Auf unsere Hilferufe im Frühling 2024 zieht sich der DFB aus der Verantwortung. Die Umsetzung von Spielregelungen sei Sache der Landesverbände. Wir haben uns also an anderen Orten Unterstützung gesucht: beim Antidiskriminierungsbüro Sachsen, bei TIAM (Trans-Inter-Aktiv Mitteldeutschland) und RosaLinde e.V. Diese Organisationen unterstützen Betroffene bei Trans- und Queerfeindlichkeit. Wir sind dankbar über deren Fachwissen

und Unterstützung, beklagen aber das Versagen der fußballinternen Strukturen.

Neues Feindbild: Queerness

Inzwischen ist es Sommer, unser Plenum findet im Kleingarten statt. Eines unserer Teams ist in die Landesliga aufgestiegen und wird für Auswärtsfahrten in ganz Sachsen unterwegs sein. Wir befürchten, dass die Anfeindungen dort weiter zunehmen werden. Deshalb beschließen wir, uns in der AG Sicherheit des RSL zu organisieren. Die AG wurde ursprünglich gegründet, um die Herrenteams auf Auswärtsspielen zu begleiten und Naziübergriffen entgegenzuwirken. Der RSL als antifaschistischer Verein wird als Problem von rechten Gruppierungen gesehen. Dass wir uns jetzt als FLINTA*-Teams ebenfalls mit Sicherheitsfragen auseinandersetzen müssen, spiegelt eine gesellschaftliche Entwicklung wider: Queerness als rechtes Feindbild führt zu sicherheitsrelevanten Herausforderungen.

Juni 2024: Das Sportgericht hat im Hauptsacheverfahren zu unseren Gunsten entschieden. Die Spielberechtigungen müssen wieder hergestellt werden und es war rechtens, ohne Spielpass, aber auf Basis der einstweiligen Verfügung zu spielen. Der SFV hat dagegen Berufung eingelegt, der Fall wird nun auf höherer gerichtlicher Instanz erneut entschieden. Wir haben für unsere Vertretung vor Gericht mittlerweile einen Anwalt eingeschaltet.

Wir möchten unserem Hobby nachgehen, abseits von Alltagsstress abschalten, gemeinsam Spaß haben, auch Projekte neben dem Platz starten. Kämpfe mit dem SVF und Streitigkeiten mit anderen Teams erschweren das. Dazu kommt die zunehmende Queer- und Transfeindlichkeit in der Stadt Leipzig und im Landkreis Leipzig, angetrieben von der extremen Rechten. Das kostet alle im Team viel Kraft, insbesondere die direkt Betroffenen. Wir gehen davon aus, dass die Auseinandersetzungen uns weiterhin begleiten und wir uns bei Spielen häufig nicht sicher fühlen werden. Wir wünschen uns mehr solidarische Fans und Teams bei Heim- und Auswärtsspielen! ■

FEMIZIDE IN LEIPZIG EIN UNVOLLSTÄNDIGER ÜBERBLICK

Content Warnung: In diesem Text wird über Gewalttaten und Mord berichtet und teilweise explizit geschildert.

von chronik.LE

[1] Zur Begrifflichkeit Femizid und der rassistischen Externalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt vgl. Shibata, Naomi/Kirsch, Lena (2019): Einzelfall, tragisches Schicksal oder selbst Schuld? in: chronik.LE (Hrsg.): Leipziger Zustände 2019, S. 40 – 42.

[2] Von Femiziden betroffene Menschen werden weiblich gelesen, ordnen sich aber nicht zwangsläufig selbst so ein.

[3] Zur Diskussion und juristischen Aufarbeitung von Femiziden in Leipzig vgl. #keineMehr Leipzig (2021): Der letzte Wille der Frau. In: chronik.LE (Hrsg.): Leipziger Zustände 2021, Leipzig: Engagierte Wissenschaft, S. 56 – 59.

[4] #keineMehr Leipzig: Über uns, online abrufbar unter: <https://keinemehrleipzig.noblogs.org>.

[5] Der Ausgangstext „Wir gedenken ...“ ist online abrufbar unter: <https://keinemehrleipzig.noblogs.org>.

Femizide sind keine Beziehungstragödien oder Tötungen.^[1] Die männlichen Täter eint ein patriarchaler Besitzanspruch und eine Erwartung an die sogenannte weibliche Rolle. Die Täter sprechen den Betroffenen^[2] die Freiheit ab, ihre Rolle in der Gesellschaft selbstbestimmt zu definieren, und antworten mit Hass und Gewalt gegen jeden Versuch, sich ihnen zu widersetzen. Entsprechend handelt es sich um geschlechter-spezifische Gewalt, in diesen Fällen: Mord.^[3]

Wir wollen mit diesem Artikel an alle ermordeten Frauen erinnern und sie sichtbar machen. Wir wollen, dass es möglich ist zu verstehen, worum es sich bei Femiziden handelt. Es ist wichtig, dass die ermordeten Frauen bekannt und Teil des Diskurses bleiben. Und dies gelingt uns nur, wenn wir ihre Geschichte weitererzählen, die Absurdität der Motive wiedergeben und die Abfolge der Taten abzeichnen. Dazu werden im Folgenden die Ermordeten benannt sowie die Taten und Motive geschildert. So kann die Banalität der Morde dargestellt werden und es wird verdeutlicht, warum diese Morde als Femizide einzuordnen sind. Zusätzlich zur content note möchten wir darauf hinweisen, dass in den folgenden Absätzen Mord und antifeministische Motive wiedergegeben und explizit genannt werden. Dies kann für Leser*innen schwer zu ertragen sein.

In Leipzig arbeitet die Gruppe #keineMehr Leipzig seit 2020 zu Femiziden.^[4] Der folgende Überblick basiert wesentlich auf Recherchen der Gruppe, ein vertiefter Beitrag dazu erschien im März 2022 auf der Webseite von #keineMehr Leipzig.^[5] Die Fallschilde-

rungen wurden übernommen, leicht angepasst, gekürzt sowie um weitere Fälle ergänzt.

Annett S. wurde nur 21 Jahre alt.

Ende Januar / Anfang Februar 2011 wurde sie von ihrem Partner in deren gemeinsamer Wohnung in Kleinzschocher erdrosselt. Annett S. hatte sich weiterhin mit ihrem Ex-Partner getroffen, dies wollte der Täter nicht akzeptieren. Er erhielt wegen Mordes eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Yvonne H. wurde nur 31 Jahre alt.

Am 23.09.2011 wurde sie von ihrem Partner in deren gemeinsamer Wohnung in Plagwitz durch 14 Messerstiche verletzt und anschließend erwürgt. Er warf ihr angeblichen Kontakt zu ihrem früheren Drogendealer vor. Der Täter erhielt wegen Mordes und besonderer Schwere der Schuld eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Franziska S. wurde nur 25 Jahre alt.

Am 09.11.2011 wurde sie im Treppenhaus im Studierendenwohnheim in Lößnig von einem flüchtigen Bekannten erschlagen. Den Täter kannte Franziska S. nur aus dem Studierendenwohnheim, sie hatte kaum Kontakt zu ihm. Franziska S. reagierte abweisend auf seine sexualisierten Übergriffe und Belästigungen. Deswegen brachte er sie um. Franziska S. wurde durch den Täter im Vorfeld gestalkt. Der Täter erhielt wegen Mordes eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Nicole K. wurde nur 25 Jahre alt.

Am 25.08.2015 wurde sie von ihrem Ex-Partner in ihrer Wohnung in Eutritzsch mit elf Messerstichen ermordet. Sie hatte sich von ihm getrennt, er sah es nicht ein. Der Täter stalkte Nicole K. und hielt sich nicht an ein Kontaktverbot. Der Täter wurde wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.



2023 wurde die Sachsenbrücke symbolisch in „Ni una menos-Brücke“ umbenannt.



Die Gruppe #keineMehr dokumentiert Femizide und richtet Gedenkveranstaltungen für getötete Frauen aus.

Ngoc Duyen T. wurde nur 34 Jahre alt.

Am 02.09.2015 wurde sie von ihrem Ehemann in deren gemeinsamer Wohnung in Gohlis erstochen. Ngoc Duyen T. wollte sich scheiden lassen. Der Täter wurde wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt.

Maria D. wurde nur 43 Jahre alt.

Am 09.04.2016 wurde sie in der Wohnung des Täters in Lindenau von diesem erwürgt und ihre Leiche später zerstückelt. Maria D. lernte den Mörder am Abend zuvor in einer Kneipe kennen. In der Wohnung vergewaltigte der Täter Maria D. und tötete sie anschließend. Der Täter wurde wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Anja B. wurde nur 40 Jahre alt.

Am 29.11.2016 wurde sie in der Wohnung des Täters in der Lindenau von diesem erwürgt und ihre Leiche später zerstückelt. Anja B. wurde von demselben Mann ermordet wie auch Maria D. zuvor. Anja B. lernte ihren späteren Mörder ebenfalls am Abend zuvor in einer Kneipe kennen. Sie wies die Belästigungen und sexualisierten Übergriffe des Täters zurück. Deswegen tötete er sie. Der Täter wurde wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Später wurde das Urteil bei diesem Mord auf Totschlag abgeändert und eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren festgesetzt.

Mahin R. wurde nur 34 Jahre alt.

Am 11.08.2017 wurde sie von ihrem Ehemann in deren gemeinsamer Wohnung in Altlindenau erstochen. Sie war im achten Monat schwanger. Er nahm an, Mahin R. habe eine außereheliche Affäre, dies war sein Motiv. Bereits vor der Tat kündigte der Täter mehrmals an, sie töten zu wollen. Sie kam zeitweise in einer Schutzeinrichtung unter. Der Täter wurde wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Da keine besondere Schwere der Schuld festgestellt wurde, konnte der Täter nach 15 Jahren freikommen.

Sophia L. wurde nur 28 Jahre alt.

Am 14.06.2018 wurde sie beim Trampen von einem Lkw-Fahrer mitgenommen und kam nicht am Zielort an. Der Lkw-Fahrer ermordete Sophia L. Sie wies ihn ab, als er sich ihr sexuell nähern wollte. Der Täter wollte die Abweisung nicht akzeptieren, weshalb er Sophia L. mit einem eisernen Radmutternschlüssel mehrmals auf den Kopf schlug. Sophia L. lebte nach dem ersten Angriff noch; der Täter ermordete sie in Frankreich und verbrannte ihre Leiche später in Spanien. Der Täter wurde wegen Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Nicole Z. wurde nur 25 Jahre alt.

Am 15.03.2020 wurde sie im Zentrum Ost von einem Unbekannten ermordet. Nicole Z. war obdachlos. Im März 2021 hieß es in Medienberichten, dass gegen einen 20-jährigen Mann ermittelt werde, seither gab es keine

weiteren Berichte. Aufgrund der massiven Gewalt gegen ihren Kopf und ihr Gesicht wurde über eine Tat durch einen (Ex-)Partner spekuliert. Jedoch muss es kein (Ex-)Partner gewesen sein; der Mord kann auch außerhalb einer (Ex-)Partnerschaft stattgefunden haben und ein Femizid sein.

Myriam Z. wurde nur 37 Jahre alt.

Am 08.04.2020 wurde sie von ihrem Ex-Partner in Connewitz in Anwesenheit ihres Kindes mit einem Hammer erschlagen. Der Mann lauerte ihr beim Spazierengehen auf und griff sie an. Das zwei Monate alte Kind von Myriam Z. blieb unverletzt. Sie hatte vorher gegen ihn ein Annäherungsverbot erwirkt. Der Täter wurde wegen Mordes und vorsätzlicher Körperverletzung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Katja U. wurde nur 52 Jahre alt.

Am 19.11.2021 wurde sie tot in der gemeinsam mit ihrem Partner bewohnten Wohnung in der Südvorstadt gefunden. Auch ihr Partner war tot. In Presseberichten hieß es, der Mann habe einen Abschiedsbrief hinterlassen. Zudem gingen „Ermittler nicht davon aus, dass auch die Frau freiwillig aus dem Leben schied“.

Dorin V. wurde nur 43 Jahre alt.

Am 28.12.2021 wurde sie von ihrem Ex-Partner in ihrer Wohnung in Lindenau getötet. Nachdem sich Dorin V. mehr Abstand von ihm erbeten hatte, stellte ihr Ex-Partner ihr immer wieder nach. Wenige Tage vor der Tat wurde der Täter betrunken mit Brennpaste, Seil, Messer, Klebeband, Terpentin und Sturmhaube von der Polizei aufgegriffen.

Malina N. wurde nur 31 Jahre alt.

Am 8. November 2022 wird die zweifache Mutter in einem Hotel in Sellerhausen von einem 42-jährigen Mann mit mehreren Messerstichen getötet. Der Täter wollte eine Beziehung mit Malina N. führen. Er wird wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Jessica S. wurde nur 30 Jahre alt.

Am 20.05.2024 wird sie durch ihren Partner umgebracht. Beide lebten zum Zeitpunkt der Tat in einer gemeinsamen Wohnung in Paunsdorf und führten seit acht Jahren eine Beziehung. Jessica S. wollte sich trennen und gemeinsam mit den beiden Kindern ausziehen. Der Täter wird von einer Freundin von Jessica S. als „krankhaft eifersüchtig“ beschrieben, er habe sie psychisch manipuliert und faktisch eingesperrt. Er sitzt in Untersuchungshaft zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Artikels.

Es gibt Bestreben, Femizide juristisch anklagbar zu machen, und Initiativen, die dafür kämpfen, dass Femizid als strafscharfendes Merkmal im Mordparagrafen 211 aufgenommen wird. Mehr dazu ist unter frauenrechte.de oder unter keinemehr.wordpress.com zu finden. ■

AUS DER CHRONIK

EINE KURZE AUSWAHL

QUEERFEINDLICHER UND ANTIFEMINISTISCHER EREIGNISSE

18. Juli 2024,
Leipzig, Neuschönefeld

| Bedrohung im Rabet

Zwei Personen gehen im Rabet spazieren. Hinter den beiden nähert sich ein ca. 30- bis 40-jähriger stämmiger Mann in schwarzem Gewand, mit längerem schwarzem Vollbart und orangener Sonnenbrille. Da die beiden sich beobachtet fühlen, wollen sie die Person passieren lassen. Dieser lächelt die Frau erst an und äußert dann mit freundlicher Stimme und einem Lächeln im Gesicht „Ich würde dir gerne den Kopf abschneiden“. Daraufhin dreht er sich um und geht weg. Als die Person laut nach dem Grund fragt, antwortet er: „Weil du eine Hexe bist.“ Die männliche der beiden Personen wird nicht beachtet. Die beiden ordnen die Person aufgrund ihres Auftretens der islamistischen Szene zu.

09. Juli 2024,
Leipzig, Connewitz

| Transfeindlicher und misogyner Angriff

Zwei Frauen (trans und cis) entdecken, als sie mit dem Fahrrad in Süden von Leipzig unterwegs waren, einen sexistischen Aufkleber an einem Fahrzeug. Sie äußern hörbar Ekel und Empörung über die Botschaft des Aufklebers. Daraufhin beleidigen der Fahrer und der Beifahrer die beiden Frauen misogyn und folgen ihnen mit dem PKW. Währenddessen rufen sie ihnen weitere Beleidigungen durchs Fenster zu. Schließlich bremsen sie die Radfahrerinnen auf dem Radweg aus und steigen aus. Einer der Männer sprintet aggressiv in Richtung einer der Frauen und verfolgt sie über die Straße. Sie stürzt bei dem Versuch, sich so schnell wie möglich in Sicherheit zu bringen. Dabei zieht sie sich eine Verletzung zu. Ihrer Begleitung gelingt es durch lautes Rufen, auf die Situation aufmerksam zu machen und eine Autofahrerin solidarisiert sich. Die

Angreifer ziehen sich schlussendlich zurück. Mithilfe der Autofahrerin wird die Verletzte und ihre Begleitung in die Notaufnahme des nächstgelegenen Krankenhauses gebracht. Dort muss sie sich einer stationären Behandlung unterziehen.

20. Mai 2024,
Leipzig, Paunsdorf

| Femizid in Leipzig: Jessica S. getötet

Die 30-jährige Jessica S. wird durch ihren 40-jährigen (Ex-)Partner umgebracht. Beide lebten zum Zeitpunkt der Tat in einer gemeinsamen Wohnung in Leipzig-Paunsdorf und führten seit acht Jahren eine Beziehung. Jessica S. wollte sich trennen und gemeinsam mit den beiden Kindern (4, 10) ausziehen. Der Täter wird von einer Freundin von Jessica S. als „krankhaft eifersüchtig“ beschrieben, er habe sie psychisch manipuliert und faktisch eingesperrt (LVZ). Jessica S. stellte auf TikTok zahlreiche Videos online und erhielt zahlreiche Aufrufe und Reaktionen. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Totschlag.

05. Mai 2024,
Landkreis Leipzig, Wurzen

| Rechte Störversuche beim CSD in Wurzen

Zum ersten Mal findet in Wurzen ein Christopher Street Day (CSD) statt. Über 250 Menschen beteiligen sich daran und ziehen unter dem Motto „Angstfrei und sichtbar – CSD in Wurzen“ durch die Stadt. Begleitet wird die Demonstration, die von wenigen Polizeikräften abgesichert wird, von verschiedenen rechten Störversuchen. Bereits vor Beginn der CSD-Demonstration am Wurzener Bahnhof wird laut Zeug*innen aus einer Gruppe von Neonazis mehrfach der Hitlergruß gezeigt. Gemeinsam mit weiteren Neonazis stört diese Gruppe, die sich zum Teil aus

Mitgliedern der „Jungen Nationalisten“ (JN) zusammensetzt, auf Höhe der Dresdener Straße erneut die CSD-Demonstration und beleidigt die Teilnehmer*innen LGBTQI*-feindlich sowie misogyn. Nachdem die Demonstration auf den Marktplatz zieht, sammeln sich in verschiedenen Kleingruppen etwa 30 Neonazis rund um den Platz und versuchen, die Anwesenden durch ihr öffentliches Auftreten einzuschüchtern. Bei diesen Einschüchterungsversuchen bleibt es nicht. Zeug*innen berichten, dass bei der Abreise von der Demonstration einer Gruppe von Teilnehmenden gewaltsam versucht wird, eine regenbogenfarbene Pride-Fahne zu entreißen.

16. November 2023,
Landkreis Nordsachsen, Belgern-Schildau

| AfD-Veranstaltung zu „Frühsexualisierung“ in Belgern

Die AfD Nordsachsen führt eine Veranstaltung zu „Gefahren der Frühsexualisierung“ im Bürgersaal Belgern durch. Der Begriff „Frühsexualisierung“ dient dabei als Kampfbegriff unter anderem gegen sexuelle Aufklärung sowie Sichtbarkeit von geschlechtlicher Vielfalt. Mit der Veranstaltung wird unterstellt, dass in Sachsen sowohl staatlicherseits als auch vonseiten der Zivilgesellschaft Kindern „Sexualpraktiken oder konstruierte Geschlechtsidentitäten“ aufgezwungen werden. Aus Sicht der AfD gelte es „Transgender-Wahn und Frühsexualisierung unserer Kleinsten“ zu stoppen.

16. September 2023,
Leipzig, Volkmarsdorf

| Fake-Date endet in Gewalt

In der Nacht von Samstag zu Sonntag will ein junger Mann nach einer Verabredung auf einer Dating-App für schwule Menschen zu einem Date auf der Eisenbahnstraße

gehen. Dort stellt sich heraus, dass er unter Vortäuschung falscher Tatsachen hergeloct wurde. Statt eines Dates warten mehrere aggressive Männer auf ihn, sie schlagen und treten ihn, beschimpfen ihn homosexuellenfeindlich und propagieren „Allah sagt, du bist haram“. Eine Personengruppe auf der Eisenbahnstraße beobachtet den Vorfall und greift ein. Die Angreifer lassen daraufhin vom Betroffenen ab, dieser wird von den Engagierten notversorgt.

14. Juli 2023,
Leipzig, Zentrum-Südost

III. Weg verteilt Flyer gegen „Homopropaganda“

Die neonazistische Kaderpartei „Der III. Weg“ verteilt nach eigenen Angaben „massenhaft Flugblätter“. Diese positionieren sich für die heteronormative Familie und agitieren gegen „die widernatürlichen, immer mehr um sich greifenden Auswüchse des LGBTQ-Wahns“. Die am nächsten Tag stattfindende Demonstration zum Christopher-Street-Day wird auf menschenverachtende Weise verunglimpft. Die Flyer werden offenbar auch gezielt in Studierendenwohnheimen verteilt, da hier politische Gegner*innen vermutet werden.

20. Mai 2023,
Landkreis Leipzig, Wurzen

Verbrennen einer Regenbogenflagge in Wurzen

In der Nacht von Samstag zu Sonntag durchtrennen Neonazis das Stahlseil eines Fahnenmastes vor dem Rathaus Wurzen, entwenden die Regenbogenflagge und verbrennen sie anschließend. Die Stadt Wurzen hatte die Flagge anlässlich des „Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit“ (17. Mai) gehisst. Die Polizei hat Ermittlungen wegen Sachbeschädigung aufgenommen. Bereits 2021 wurde eine

Regenbogenflagge am Wurzener Rathaus entwendet.

04. Mai 2023,
Online

Sexuelle Belästigung, Transfeindlichkeit und Antifeminismus durch Expartner

Seit einigen Monaten wird eine Person von ihrem Expartner über verschiedene Messenger mit zahlreichen sexualisierten Nachrichten, Bildern und gifs, sowie sexualisierten Beleidigungen, Unterstellungen und Nacktbildern des Exparters belästigt. Auch nach einer Anzeige bei der Polizei und dem Blockieren des Kontaktes wird die betroffene Person weiterhin mit Nachrichten, Bildern und weiterem pornografischen Material kontaktiert und belästigt. Der Expartner versucht, sie in Sprachnachrichten zu erniedrigen, und bezeichnet die betroffene Person dabei immer mit ihrem abgelegten Namen sowie als „Genderschickse“.

03. April 2023,
Leipzig, Connewitz

Transfeindliches Abreißen von Plakaten in Connewitz

Um den Trans* Day of Visibility am 31. März herum werden in Connewitz zwei verschiedene, neonfarbene Poster mit den Schriftzügen „Fuck the patriarchy but not for free“ sowie „nothing feminist about trans exclusion“ nur wenige Stunden nach deren Anbringung abgerissen. Poster, die sich direkt daneben befinden und ebenfalls einen feministischen Anspruch haben, werden hingegen nicht entfernt. Das deutet darauf hin, dass es sich hier nicht um einen generellen antifeministischen, sondern um einen dezidiert transfeindlichen Akt handelt.

20. März 2023,
Online

Homosexuellenfeindliche Nachricht auf Instagram

Der in Leipzig ansässige Verein RosaLinde e.V., der sich für queere Menschen einsetzt, erhält eine Nachricht auf Instagram mit dem Inhalt: „Heil Hitler, ihr Schwuchtel.“

17. März 2023,
Stadt Leipzig

Queer- und transfeindliche Äußerungen zweier Jugendparlaments-Kandidaten

Ein 16-jähriger Schüler, der sich für die Junge Union engagiert und für das Leipziger Jugendparlament kandidiert, äußert sich auf der Wahlkampfveranstaltung „Klartext! - Jugendforum zur Jugendparlamentswahl“ queer- und transfeindlich. So bezeichnete er Angehörige der LGBTIQ*-Community als „nicht normal“ und führt aus, dass „Heterosexualität die Norm sei und bei Homosexualität eine Abweichung von dieser vorliegen würde“. Trans* und queere Personen sollten nach seiner Ansicht nach einen Psychologen besuchen, um wieder „normal“ werden zu können. Ein weiterer Kandidat äußerte sich auf der Vorstellungssseite für die Wahl zum Jugendparlament mit den Worten „Ich möchte noch sagen, ich bin gegen Homosexualität“.

08.03.2023,
Stadt Leipzig

Antifeministische Rosenaktion am 8. März

Am 8. März, dem feministischen Kampftag, gibt die antifeministische Jugendorganisation der ALfA („Aktion Lebensrecht für Alle“) „Jugend für das Leben“ auf ihrem Instagramkanal an, in Leipzig eine Rosenverteilkaktion durchgeführt zu haben. Die Organisation unterstützt unter anderem auch den „Marsch für das Leben“.



photo: Christoph Hedtke

4 KAPITEL RASSISMUS



Am 12. Januar 2015 zog Legida, der Leipziger Ableger von Pegida, erstmals durch die Leipziger Innenstadt. Auch zehn Jahre später, wenn auch nicht mehr von Legida, finden in Leipzig und den umliegenden Landkreisen montags noch Demonstrationen gegen Geflüchtete und deren Unterbringung statt. Zwar wechselten die inhaltlichen Schwerpunkte und Orte über die Jahre hinweg, doch waren rassistische Erzählungen und Zuschreibungen und die konstruierte Trennung des „Eigenen“ vom vermeintlich „Fremden“ immer Teil der Proteste. Die rassistischen Einstellungen der Teilnehmenden an diesen Protesten werden bewusst von der AfD und anderen rechten Akteur*innen adressiert und angeheizt. Aber auch andere Parteien auf Bundes- und Landesebene beteiligen sich zunehmend am rassistischen Abschottungs- und Abschiebediskurs, befeuern diesen und setzen Forderungen der AfD um, mit denen sie die Rechte von Geflüchteten immer weiter einschränken.

Diese rassistische Grundstimmung äußert sich auch in alltäglichen Diskriminierungen, denen Geflüchtete und von Rassismus Betroffene ausgesetzt sind. Davon und wie sich Geflüchtete selbstorganisieren, erzählt uns Sumaiya aus Borna im Interview. Die Infostelle Asyl und Bildung berichtet in ihrem Text von beschneidenden, einschränkenden und menschenverachtenden Gesetzen, gegen die sich Betroffene mit solidarischer Unterstützung der Infostelle wehren. Aktivist*innen von Eisi für Alle beschreiben anschließend, warum sie sich Konzepte für die Leipziger Eisenbahnstraße wünschen, die Konfliktlösungen ohne staatliche Repressionen ermöglichen, um einer Kriminalisierung von People of Color und in Armut lebenden Menschen etwas entgegenzusetzen. Kinder und Jugendliche geben künstlerische Einblicke in ihr Leben in Torgau-Nordwest und antworten selbstbestimmt und kreativ auf Ausgrenzungserfahrungen, die sie dort als Sinti*zze und Rom*nja machen. Die Gruppe AG Leipzig Postkolonial zeigt in ihrem Beitrag die kolonialen Kontinuitäten an der Universität Leipzig sowie in Leipziger Museen auf, in denen Leichen und Körperteile von geraubten Menschen ausgestellt werden. Deren Rückgabe und eine angemessene Bestattung fordern Angehörige seit Jahren vergeblich. In Zusammenhang mit der Überarbeitung der Ausstellung „Die vergessenen Toten“ diskutiert die Gruppe „Rassismus tötet!“ die Leerstellen des Gedenkens und Erinnerns an Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig. ■

„ICH HABE SORGEN, DASS ICH BORNA AM ENDE DURCH DEN RASSISMUS VERLIERE“

Interview von chronik.LE
mit der Aktivistin Sumaia aus Borna

Sumaia arbeitet beim Leipziger Ableger des „Wir sind Paten“-Projekts und studiert an einer Leipziger Hochschule. Seit sie 2017 aus Syrien nach Deutschland gekommen ist, wohnt sie in Borna. Dort ist sie Integrationsbeirätin und hat mit anderen Frauen zusammen eine Frauengruppe gegründet. Sumaia macht in Borna unter anderem Beratung, Netzwerkarbeit, Übersetzung und organisiert Veranstaltungen. Wir haben mit ihr über das Leben in Borna, Rassismuserfahrungen und das politische Engagement als Migrantin im ländlichen Raum gesprochen.

chronik.LE: Wie ist das Leben in Borna?

Sumaia: Ganz ehrlich, ich liebe Borna, obwohl es eine dunkle Seite hat, im Sinne von Rassismus. Viele Leute wollen einfach hier weg, weil sie das nicht mehr aushalten können. Aber ich liebe Borna, es ist ein ruhiger Ort.

Wie äußert sich der Rassismus?

2015 war, glaube ich, das schlimmste Jahr für alle Migrant*innen. Ich habe von vielen Leuten gehört, dass sie wirklich viel auf der Straße angesprochen und beschimpft wurden. Mittlerweile ist es ein bisschen besser geworden. Aber egal, was Schlechtes auf dem Markt passiert, es sind „die Migranten“. Und manchmal spezifisch die Muslim*innen. Du findest fast nie eine Arbeit in Borna und bekommst nur komische Blicke. Das merkt man sofort.

Und es gibt leider auch Rassismus in den Schulen. Nicht nur in Borna, auch im Landkreis Leipzig. Viele Schüler*innen erleben wirklich viele schlimme Sachen. Sie haben Angst, diese Erfahrungen in der Schule zu äußern. Sie haben das Gefühl, niemand wird zuhören. Sie haben kein Netzwerk, sie wissen nicht, wo sie sich hinwenden sollen, wenn sie so etwas erleben.

Deshalb ist es gut, wenn alle Leute wissen, dass sie immer etwas dagegen machen können. Egal ob in Schulen, im Supermarkt oder auf der Straße. Es gibt immer Stellen, an die man sich wenden kann, um sich Unterstützung zu holen. Ich glaube, die Schüler*innen

brauchen einen offenen Raum, um darüber zu sprechen, und der fehlt bei uns.

Wie kam es, dass du dich politisch engagierst?

Das kam irgendwie, ohne es zu merken. Ich wollte mich erst gar nicht politisch engagieren, weil Politik für mich immer eine große Sache war, die ich nicht verstehen kann. Aber mittlerweile habe ich gemerkt, irgendwie muss ich mich äußern, ich muss was dazu sagen.

Ich habe erst eine Gruppe gegründet, um Aktivitäten und Veranstaltungen zu machen. Aber die Gründung von Kompass [s.u.] war der erste wichtige politische Schritt für mich. Dadurch hatten wir Kontakt mit vielen Leuten, beim Jobcenter, bei Behörden, bei vielen neuen Vereinen.

Bei Bon Courage haben wir dann über den Integrationsbeirat gesprochen. Niemand von den Mitgliedern war betroffen von Rassismus. Damit man für die Leute sprechen kann, muss man aber ein Teil der betroffenen Gruppe sein. Deswegen war es für mich sehr wichtig, dabei zu sein, sie sehen mich hier, ich bin da und ich kann etwas machen. Jetzt bin ich seit letztem Jahr im Integrationsbeirat – eine gute und auch schwierige Erfahrung. Manchmal haben wir das Gefühl, man soll einfach nur zuhören, und es wird sich eigentlich nicht für unsere Beiträge interessiert.

Wir wollten eigentlich auch einen Migrant*innenbeirat gründen, aber in einem Beirat sind dann auch Parteien, die nicht unsere Ziele verfolgen. Deswegen blieben wir eine einfache Gruppe, in der jeder willkommen ist, aber nicht die Rechte.

Was macht ihr bei Kompass?

Kompass ist eine selbstorganisierte Gruppe. Unser Ziel ist es, den Leuten eine gute Orientierung zu geben, zum Beispiel mit welchen Anfragen sie zu welcher Stelle gehen können. Und wir wollten uns mehr auf die Gemeinschaftsunterkünfte fokussieren und viele Veranstaltungen anbieten, damit die Leute, die neu da sind, das System gut verstehen können. Oder wir haben in der Umgebung gefragt: „Über welches Thema wollt ihr sprechen?“

Wir versuchen mit unseren Aktivitäten, mehr Frauen zu erreichen, die zu uns kommen, damit sie sich nicht



Sumaia setzt sich in Borna gegen Rassismus ein.

einsam in Borna fühlen, da es hier keinen großen Treffpunkt für Frauen gibt. Es ist auch wichtig, dass es eine Frauengruppe ist, weil Männer überall was machen können, aber es schwer ist, etwas Spezifisches für Frauen zu finden. Es ist immer entweder gemischt oder für Männer. Die Frauen wollen mehr Zeit haben, in der sie nicht das Gefühl haben, dass sie von anderen Männern beobachtet werden.

Wir haben auch Aktionen auf dem Markt in Borna gemacht und versucht, mit den Leuten zu sprechen und ins Gespräch zu kommen über Themen, die wir mitbringen.

Hat das geklappt?

Ja, teilweise schon. In Borna gibt es aber auch viele Leute, die uns nicht gerne auf dem Markt sehen wollen. Viele Leute wollten nur ihre Meinung loswerden, ohne etwas von uns zu hören. Sie waren nicht gemein, aber sie wollten ihre Meinung kundtun und haben dann gesagt „Okay, Tschüss“. Ohne Austausch oder Interesse.

Die Themen waren Islam, Kopftuch und Frauen in unserer Gesellschaft. Wir sind eine Frauengruppe mit unterschiedlichen Hintergründen, mit verschiedenen Gesichtern, mit und ohne Kopftuch. Und das war, glaube ich, für Borna ein bisschen viel, dass sie uns auf dem Markt sehen.

Wie ist es, als Migrant*innen im ländlichen Raum politisch aktiv zu sein?

Schwierig, weil wir eine richtig kleine Gruppe sind. Also es gibt viele Leute, die sich politisch engagieren wollen, denen aber die Sprache fehlt, und die ist zentral. Auch können ich und andere Kolleg*innen von Bon Courage nicht alleine dagegen kämpfen. In Borna

und im ländlichen Bereich hat die AfD bei der letzten Kommunalwahl gewonnen.

Ich war auch wählen, und da waren auch viele rechte Leute. Das hat man daran gemerkt, wie die gucken, wie die dich beobachten. Ein Mann hat auch etwas gesagt. Aber ganz ehrlich, wenn ich die ganze Zeit nur darüber nachdenke, was die Leute gesagt haben oder wie die mich angeguckt haben, dann würde ich nicht in Borna leben. Deswegen kümmere mich darum gar nicht. Aber manchmal denkt man auch, soll ich wirklich weiterkämpfen oder soll ich aufgeben?

Ich habe Sorgen, dass die Rechten gewinnen, dass es für uns keinen Platz mehr gibt, und auch, dass ich die ganze Zeit kämpfe, aber am Ende nichts schaffe. Das kostet viel Kraft, viele Nerven. Ich möchte viel für Borna machen, aber ich habe auch Sorgen, dass ich Borna am Ende durch den Rassismus verliere.

Ganz ehrlich, nach der Wahl wollte ich gar nicht die Wohnung verlassen. Ich hatte wirklich sehr große Sorgen, obwohl ich jetzt deutsch bin. Aber trotzdem habe ich, und das war zum ersten Mal, wirklich viel Hass in den Augen der Menschen gesehen. Ich habe nur Angst davor, dass die Leute, die immer noch keinen Aufenthalt haben oder in der Gemeinschaftsunterkunft wohnen müssen, eine schwere Zeit haben. Und ich habe Sorge, weil ich nicht weiß, ob die AfD die Arbeit von Projekten oder Vereinen verhindert. Es ist unser Ziel, Borna bunter zu machen. Das ist unsere Arbeit.

Was gibt dir Kraft?

Wenn ich mit mehr Leuten spreche und merke, dass Leute offen sind und uns zuhören. Kraft ziehe ich auch aus Bon Courage, denn wir müssen uns gegenseitig Kraft geben, damit auch sie weiterarbeiten. Es kommt Unterstützung von der Familie, Freund*innen und Organisationen. Es gibt viele Projekte und Vereine in Leipzig und auch im Landkreis Leipzig, die sich mit Migration und Politik beschäftigen. Hier spielt die Förderung eine große Rolle. Manche Vereine dürfen sich nicht einmal politisch äußern und müssen neutral sein, weil sie sonst keine Förderung mehr bekommen.

Aber offene Orte wie Bon Courage haben eine große Bedeutung für Migrant*innen, weil das die einzigen Orte in Borna sind, wo man sich treffen, bilden und austauschen kann. Bon Courage ist offen für jeden, für Erwachsene und Kinder, weil wir für alle ein Angebot haben. Und wenn ich eine Projektidee habe, dann ist das auch der richtige Ort, wo ich darüber sprechen kann und die vielleicht bei der Umsetzung helfen.

Danke dir für das Gespräch und viel Kraft für die Zukunft! ■

EIN ARMUTSZEUGNIS

Zur Einführung der Bezahlkarte und anderen materiellen Notlagen

von der Infostelle Asyl & Bildung

Die Initiative Infostelle Asyl & Bildung berät ehrenamtlich geflüchtete Menschen aus Grimma, Wurzen und der Umgebung um die Spitzenfabrik, einem Jugend- und Kulturzentrum im Muldental. An zwei Beispielen lässt sich aufzeigen, welche materiellen Notlagen sich der Infostelle bereits ohne die seit April 2024 im Landkreis Leipzig eingeführten Bezahlkarten zeigen. Trotzdem gibt es Möglichkeiten, gemeinsam mit Geflüchteten wenigstens minimale Verbesserungen zu erstreiten.

Der Landkreis Leipzig ist einer der ersten Landkreise, der eine Bezahlkarte eingeführt hat. Die Bezahlkarte ist eine spezielle Zahlungskarte, festgehalten im Asylbewerberleistungsgesetz. Anders als es der Name vielleicht vermuten lässt, geht der Anwendungsbereich des Gesetzes über den Kreis der Asylsuchenden hinaus. So umfasst er beispielsweise auch geduldete Menschen. Neben Ehe- beziehungsweise Lebenspartner*innen sind in der Regel auch deren minderjährige Kinder betroffen. Bezahlkarten sind ein weiterer Baustein, um das „menschenwürdige Existenzminimum“ weiter zu unterschreiten. Denn die Höhe der Leistungen des Gesetzes unterscheidet sich in den Grundleistungen erheblich von der regulären Existenzsicherung für Bürgergeld- und Sozialhilfebeziehende (Stufe 1: 460 Euro vs. 563 Euro). Und auch die Form der Leistungen kann sich unterscheiden: Sachleistungen und Gutscheine sind im Asylbewerberleistungsgesetz nichts Neues.

Im Landkreis Leipzig muss aktuell jede der nach unserem Kenntnisstand erlaubten drei Überweisungen pro Monat freigegeben werden. Dies führt zu Problemen bis hin zu Schuldenanhäufung, wenn ÖPNV-Tickets, Handyverträge und Internetrechnungen nicht rechtzeitig gezahlt werden können. Mit der monatlichen Begrenzung auf 50 Euro Bargeld, die pro Person mit der Karte nur abgehoben werden können, kann abseits der großen Supermärkte oft nicht bei günstigen Alternativen wie in kleineren Lebensmittelläden oder auf Wochenmärkten eingekauft werden. Einige Geschäfte, Rechtsanwält*innen oder Sportvereine nehmen die Bezahlkarte gar nicht an. Ist das Bargeld erschöpft, können Kinder kein Bargeld mehr für Materialien, Ausflüge oder Essen mit in die Schule nehmen. Ihre soziale und gesellschaftliche Teilhabe durch zum Beispiel Vereins-

mitgliedschaften oder Taschengeld ist nicht gesichert. Weiterhin sind mit den Bezahlkarten günstigere Online-Einkäufe über Kleinanzeigenportale kaum möglich.

Es ist in Ausnahmefällen möglich, gegen die Bezahlkarten rechtlich vorzugehen, besonders wenn Einzelfallbedarfe (etwa von Kindern, bei Krankheit, Behinderung oder Schwangerschaft) nicht berücksichtigt werden. Es zeigt sich jedoch auch, dass viele der uns bekannten Betroffenen die Bezahlkarte zunächst weniger als Problem wahrnehmen, als von uns Unterstützer*innen erwartet. Unsere Erfahrung ist außerdem, dass es zum einen Angst vor Repressionen im Fall von erhobenen Widersprüchen und Klagen gibt. Zum anderen ist Armut schon ohne die Bezahlkarten ein drängendes Thema. Dieser Beitrag nimmt daher die existenziellen Notlagen in den Blick, wie sie sich in der Infostelle abseits der Bezahlkarten zeigen. Die Beispiele illustrieren dabei auch was möglich ist, um wenigstens minimale Verbesserungen zu erwirken.

Leistungskürzungen, Schulden und Zwangsvollstreckung

Eine junge Mutter mit mehreren kleinen Kindern aus dem Umland von Leipzig befand sich lange in einem Asylverfahren mit geringen Erfolgsaussichten. Sie erhält Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Unter bestimmten Umständen ist es möglich, die ohnehin schon geringen Leistungen noch weiter zu kürzen, sodass lediglich ein „unabweisbarer“ Bedarf für Ernährung, Unterkunft, Heizung sowie Körper- und Gesundheitspflege („Bett-Brot-Seife“) gewährt wird. Das sind für erwachsene, alleinstehende Menschen ungefähr 200 Euro monatlich. So war es der jungen Mutter ergangen. In Zusammenarbeit mit einem engagierten Sozialrechtsanwalt aus Leipzig konnten die Kürzungen beendet werden. Doch auch wenn die Sanktion in dem Fall abgewendet werden konnte: Ein Bleiberecht ist nicht in Sicht und die junge Frau und ihre Kinder erhalten weiterhin wenig Geld und nur eingeschränkt medizinische Versorgung. Zudem hat sie Schulden in vierstelliger Höhe bei einem anderen Rechtsanwalt, der in einem Klageverfahren gegen die abgelehnten Asylanträge beauftragt wurde. Die gesetzlich festgelegten Gebühren, die Rechtsanwält*innen im Asylrecht abrechnen können, sind sehr gering. Engagierte Asylrechtsanwält*innen werden von ihrer Arbeit in der Regel nicht reich und müssen ihre laufenden Kosten de-



So sieht die Bezahlkarte für Geflüchtete im Landkreis Leipzig aus.

cken. So drohte der mit dem Asylverfahren beauftragte Anwalt der jungen Frau wegen der Schulden schließlich mit Arrest. Er erklärte in dem Schreiben noch in einfacher Sprache, dass das Gefängnis bedeute, wenn sie seine Rechnung nicht bald zahle. In dieser Situation ist die Gefahr, sich auf überausbeuterische Arbeit einzulassen, hoch. Ihr „Vermögen“ wird schließlich zwangsvollstreckt (Gerichtsvollzieher) und wir müssen sie informieren, dass beispielsweise das Handy und Geld für Essen nicht gepfändet werden – damit die Sorgen und die Angst nicht zu groß werden.

Unterbringung, Schimmel und Stromkosten

Eine Familie mit mehreren Kindern lebt seit Jahren geduldet im Umland von Leipzig und erhält die geringen Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz. Zunächst konnte die akute Abschiebebedrohung der Familie durch einen erfolgreichen Antrag auf ein Bleiberecht für „gut integrierte“ Jugendliche und junge Erwachsene beendet werden. Doch damit endeten die Probleme nicht: Die Familie ist in einer baufälligen und schimmelnden Wohnung untergebracht.

Die Familie ist dort nicht nur massivem Schimmelbefall ausgesetzt, durch eine veraltete Warmwasseranlage entstehen auch überhöhte Stromkosten. Die Differenz zu den sozialrechtlich anerkannten Stromkosten beträgt etwa 100 Euro pro Monat. Die hohen Stromkosten für die alte Warmwasseranlage bedeuten für die Familie, dass das Geld für Essen manchmal nicht ausreicht. Es sind außerdem hohe Schulden entstanden, die monatlich zusätzlich beglichen werden sollen. Die Infostelle unterstützt die Betroffenen dabei, gegen den abgelehnten Antrag auf Kostenübernahme rechtlich vorzugehen. Ein Ausweg wäre ein Umzug in eine eigens angemietete Wohnung, der jedoch zunächst aufwändig bei verschiedenen Ämtern beantragt werden muss. Die Chancen für Geflüchtete, eine Wohnung in

ländlichen Regionen zu finden, sind erfahrungsgemäß gering, da sie häufig von Vermieter*innen bei der Auswahl teils offen, teils verdeckt rassistisch diskriminiert und benachteiligt werden und die politisch vorgesehenen Kosten der Unterkunft im Sozialrecht gering sind.

Der Trostlosigkeit etwas entgegensetzen

Ohne Frage ist die Einführung der Bezahlkarte ein weiteres Instrument zur Gängelung und Kontrolle geflüchteter Menschen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen beziehen. Die Bezahlkarten sind ein weiterer Baustein, um das Existenzminimum weiter zu unterschreiten. Widerständige Praxen in Form von Tauschaktionen, das heißt, dass Gutscheine mit der Bezahlkarte gekauft werden und dann gegen Bargeld eingetauscht werden, wie sie von aktivistischen Gruppen vor allem aus Großstädten (auch in Leipzig) heraus organisiert werden, können für einige geflüchtete Menschen hilfreich und durch die erlebte praktische Solidarität bestärkend sein. Die oben genannten Beispiele zeigen aber auch, welche materiellen Notlagen bereits ohne die Bezahlkarte bestehen. Unsere Arbeit zeigt jedoch, dass es möglich ist, durch Informationen, das eine oder andere Schreiben und vor allem durch ein solidarisches Miteinander, dieser Trostlosigkeit etwas entgegensetzen. ■

Die Infostelle Asyl & Bildung besteht seit 2019. Einmal in der Woche ist sie in Grimma vor Ort, um Geflüchtete über Möglichkeiten im Asyl- und Aufenthaltsrecht unabhängig zu informieren und soziale Rechte durchzusetzen. Durch den politischen und menschenrechtsorientierten (soziale Rechte) Ansatz kann das Team der Infostelle sowohl im individuellen Einzelfall als auch auf struktureller Ebene Kritik am Umgang mit geflüchteten Menschen in und um Grimma üben.

*„Gerade im Umland von Leipzig sind fachlich kompetente und politische Unterstützungsangebote für Geflüchtete vonnöten. Es ist nicht selbstverständlich, dass es Strukturen und Räume wie an der Alten Spitzenfabrik im Umland von Leipzig gibt. Auch unsere unermüdlichen Mitstreiter*innen von Bon Courage freuen sich über Unterstützung, Spenden und Besuche ihrer Veranstaltungen. Der Weg nach Borna, Wurzen, Bad Lausick oder Grimma ist nicht weit. Und an der Arbeit der Infostelle Interessierte können sich gerne bei uns melden.“*

KEIN POSTEN IM OSTEN!

Zur Kritik der geplanten Polizeistation auf der Eisenbahnstraße

von Eisi für Alle

[1] So die vielfache Betitelung der Eisenbahnstraße in der Presse, siehe zuletzt zum Beispiel die Bild vom 17.05.2024: Deutschlands Straße der Angst. Immer wieder Messer-Angriffe in der „Waffenverbotszone“, online abrufbar unter: [bild.de](https://www.bild.de).

[2] Von November 2019 bis März 2020, insgesamt 17 Monate, fanden 4.063 Kontrollen statt, bei 175 wurden Gegenstände gefunden, die gegen die Auflagen der WVZ verstoßen, womit bei 95,7 % der Kontrollen keine gefunden wurde, siehe CopWatch (ohne Datum): Zwischenbilanzen. Auswertung der Kontrollen und Funder in der Waffenverbotszone, online abrufbar unter: copwatchleipzig.home.

[3] Sächsisches Oberverwaltungsgericht (2021): Urteil, Az. 6 C 22/19, online abrufbar unter: [justiz.sachsen.de](https://www.justiz.sachsen.de).

[4] Catcalling bezeichnet sexuell anzügliches Rufen, Reden, Pfeifen oder Gestikulieren gegenüber einer Person in der Öffentlichkeit.

Wenn es nach dem sächsischen Innenministerium geht, soll an der Kreuzung Hermann-Liebmann-Straße/Eisenbahnstraße im Leipziger Osten ein Polizeiposten entstehen. Es ist zu befürchten, dass sich schon bestehende soziale Probleme dadurch verschärfen. Insbesondere Personen of Color erwartet eine noch stärkere Überwachung und Repression.

Zur Vorgeschichte: Die Einführung der Waffenverbotszone

Seit Oktober 2018 besteht im Leipziger Osten eine sogenannte Waffenverbotszone (WVZ), die gleich zwei polizeiliche Verordnungen in einem Bereich auf und um die Eisenbahnstraße kombiniert: Das Verbot des Tragens von Waffen und das Verbot des Mitführens von gefährlichen Gegenständen. Offiziell dient die Zone der Erhöhung der Sicherheit auf der angeblich gefährlichsten Straße Deutschlands.^[1]

Die WVZ erlaubt verdachtsunabhängige Kontrollen und gibt der Polizei dadurch die Möglichkeit, Menschen im betroffenen Gebiet ohne konkreten Verdacht, nur aufgrund „polizeilicher Erfahrungswerte“ zu kontrollieren. Diese Regelungen öffnen Racial Profiling und der Kriminalisierung von Menschen aufgrund der rassistischen Markierung ihres Aussehens Tür und Tor, was sich seit dem Ausruf der WVZ in einer Vielzahl teils brutaler Kontrollen niederschlug. Von diesen waren und sind überdurchschnittlich viele Per-

sonen of Color, Wohnungslose und Konsument*innen von Drogen betroffen.

Besonders 2018/19 erzeugte die Polizei mittels einer geradezu absurd hohen Präsenz eine spannungsgeladene Atmosphäre. Sie trat dabei bewusst martialisch auf, indem sie pro Fahrzeug stets fünf bis acht Polizist*innen einsetzte, mit dem Ziel, einzuschüchtern. Diese Taktik ging jedoch nicht auf. Ganz im Gegenteil: das aggressive Auftreten der Polizei erzeugte regelmäßig Interventionsversuche und Widerspruch von Beistehenden.

Die gegenwärtige Situation: Waffenverbotszone light

Schließlich kam selbst eine von der Hochschule der Polizei durchgeführte Evaluation der WVZ zu dem Schluss, dass diese unverhältnismäßig sei.^[2] Zudem erklärte das Oberverwaltungsgericht Bautzen 2022 das Verbot des Mitführens gefährlicher Gegenstände für rechtswidrig – das Verbot des Tragens von Waffen blieb jedoch weiterhin in Kraft.^[3] Die Stadt Leipzig möchte die WVZ abschaffen, das sächsische Innenministerium stellt jedoch die Bedingung der Schaffung eines ständigen Polizeipostens im Leipziger Osten.

Bei der Schaffung eines Polizeipostens sah sich die Behörde bisher mit Problemen bei der Anmietung eines geeigneten Objektes konfrontiert. Der Vermieter eines ehemaligen Supermarkts direkt an der Kreuzung Hermann-Liebmann-Straße/Eisenbahnstraße schien Gerüchten zu Folge Bedenken zu haben, sein Objekt an die Polizei zu vermieten. Nachdem die Pläne der Be-

photo: instagram.com/esturalle



Die Gruppe „Eisi für alle“ stellt mehrsprachiges Infomaterial zu verschiedenen Themen zur Verfügung. Regelmäßig finden auch Veranstaltungen wie Kufas statt.

hörde bekannt geworden waren, wurde die Fassade des Hauses mehrmals mit Farbe beschmiert, außerdem wurden Fensterscheiben eingeschmissen. Es häufen sich allerdings Berichte, dass der Mietvertrag mit der Immobilie nun doch final unterschrieben sei und der Posten Ende 2025 geöffnet werde.

Altbekannte Probleme ...

Unter dem Schlagwort der Sicherheit soll also weiterhin versucht werden, durch die Polizei Phänomene sozialer Problematiken mit Repression zu begegnen, anstatt mit sozialen Ansätzen ihrer Lösung näher zu kommen. Unterdessen belastet eine ganze Reihe von Problematiken das Leben der Menschen im Kiez: Neustadt-Neuschönefeld und Volksmarsdorf weisen eines der stadtweit niedrigsten Nettoeinkommen auf und sind zugleich von Mietsteigerungen betroffen. Eine ständig verschärfte Asylgesetzgebung verwehrt vielen Geflüchteten ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben. Zugleich sind im Viertel seit Jahren Strukturen präsent, die jungen prekarierten Männern einen scheinbaren Ausweg aus ihrer Ohnmachtssituation durch Gewalt bieten. Die Konflikte zwischen den Gruppen führen regelmäßig zu Auseinandersetzungen mit Verletzten oder – wie jüngst im Juli diesen Jahres – sogar mit Toten und stellen eine Form patriarchaler Gewalt dar, die im Kiez ohnehin ein großes Problem ist. Flinta* (Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender) Personen sind im Alltag immer wieder Catcalling^[4], Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt. Außerdem ist der Leipziger Osten aufgrund des Angebots vor Ort hoch frequentiert von Personen, die sowohl wohnungslos sind als auch Betäubungsmittel konsumieren, womit oft Konflikte untereinander oder mit Dealern einhergehen.

... die die Polizei nicht löst, sondern verschärft

Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren haben sehr deutlich gezeigt: Die geschilderten Konflikte konnte die Polizei durch ihre vermehrte Präsenz im Kiez nicht verhindern. Währenddessen kam es durch die Inflation zu einer Stärkung der Prekarisierung. Eine erneut gesteigerte Polizeipräsenz durch einen dauerhaften Posten auf der Eisenbahnstraße würde die Spannung nur verstärken. Im Zentrum des Viertels würde so für eine große Zahl an Bewohner*innen ein dauerhafter Ort der Angst entstehen. Angst vor ständigen Kontrollen, Racial Profiling, anhaltende Kriminalisierung eines ganzen Stadtteils und eingeschränkte Bewegungsfreiheit für Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Es ist außerdem zu erwarten, dass der Verkauf und der Konsum von Betäubungsmitteln noch mehr aus den Augen der Öffentlichkeit gerät, somit also noch gefährlicher für die Betroffenen würde. Das ist eine reine Problemver-

schiebung. Die Diskriminierung vieler migrantischer und prekär lebender Menschen würde somit weiter verfestigt und vertieft.

Die Verhältnisse entschärfen: Soziale Lösungen jenseits der Polizei

Der Maßnahmenplan für den Leipziger Osten, den die Stadt im Herbst 2023 beschlossen hat, sieht derweil auch einige aus unserer Sicht konstruktiv klingenden Maßnahmen vor. So sollen zum Beispiel „dialogisches Konfliktmanagement“ gestärkt und neue Stellen in kulturellen und sozialen Einrichtungen geschaffen werden. Jedoch finden sich im Maßnahmenplan zusätzlich zum vom Innenministerium geforderten Polizeiposten auch zahlreiche weitere repressive Instrumente, die umgesetzt werden sollen, wie beispielsweise vermehrte Fußstreifen der Polizei und verstärkte Gewerbekontrollen durch das Ordnungsamt.

Es ist offensichtlich, dass auch diese Taktik zum Scheitern verurteilt ist: Die Probleme, die sich auf der Eisenbahnstraße bahnbrechen, sind strukturelle Probleme und liegen damit tief. Sie können nur mit nachhaltigen sozialpolitischen Maßnahmen angegangen werden. Leipzig sollte vielmehr lernen von Städten wie Eugene im Bundesstaat Oregon in den USA, wo bereits vor 30 Jahren das CAHOOTS (Crisis Assistance Helping Out On The Streets) -Programm entwickelt wurde: Zweier-Teams aus Sanitärer*in und Krisenhelfer*in sind über den Notruf kontaktierbar und versuchen, eine Konfliktsituation gewaltfrei zu lösen – ohne Polizei.^[5]

Auch wenn solche Forderungen vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Rechtsrucks aktuell unrealistisch scheinen, kann der Law-and-Order (Recht und Ordnung) Politik praktische Solidarität entgegengesetzt werden. In welcher Form die Polizei im Kiez auftritt, hängt auch davon ab, ob und welche Reaktionen es im Umfeld gibt.

Passt aufeinander auf, schaut zu, was die Polizei tut, mischt euch ein! Für ein solidarisches Viertel – kein Posten im Osten! ■

Eis für Alle ist eine Gruppe von Nachbar*innen die sich gegen die staatliche Repression mit Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und Aktionen wehren. Sie strebt dabei an eine solidarische Gesellschaft aufzubauen. Für wirkliche Sicherheit sollte Geld in Bildung, bezahlbaren Wohnraum, Sozialarbeit- und Infrastruktur, Freizeitaktivitäten und selbstorganisierte Projekte gesteckt werden. Eis für Alle will Probleme selbst in die Hand nehmen und Nachbar*innen für den Alltag organisieren.

[5] Whitebirdclinic (ohne Datum): What is CAHOOTS?, online abrufbar unter: <https://whitebirdclinic.org/>.

EMOJIS

Kinder und Jugendliche aus Torgau schreiben über ihr Leben

[1] Porajmos bedeutet „Verschlingen“ und bezeichnet den Völkermord an europäischen Sinti*zze und Rom*nja während des Nationalsozialismus.

Kontakt:

- Schweizerhaus-puechau.de
- [Instagram.com/schweizerhaus_puechau/](https://www.instagram.com/schweizerhaus_puechau/)
- Romano-sumnal.de

Das Projekt EMOJIS wurde 2023 vom Schweizerhaus Püchau e.V. in Kooperation mit Romano Sumnal e.V. und Komma - Bildung und Kultur GbR durchgeführt. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen aus Torgau-Nordwest wurde ein kreativer Raum geschaffen, in dem die Teilnehmenden von ihren Gefühlen, ihrem Alltag und dessen Herausforderungen berichten und diesen auf kreative Weise darstellen konnten.

Der Stadtteil Torgau-Nordwest steht in der Stadtpolitik und Berichterstattung immer wieder als „Problemviertel“ im Fokus. Dabei wird häufig über die dort lebenden zugewanderten Menschen geschrieben, selten aber kommen sie selbst zu Wort. „Das Angebot richtete sich insbesondere an junge Rom*nja aus Torgau Nordwest, die in ihrem Alltag Mehrfachdiskriminierung und strukturelle Benachteiligung erfahren“, heißt es im Vorwort der Publikation „Emojis“, in der alle Beiträge der Teilnehmende erschienen sind.

Im Rahmen von Workshops sind Gedichte, Rapsongs,

Standbilder und Collagen entstanden. Die Ergebnisse wurden auf Plakate abgedruckt, die im öffentlichen Raum unter anderem an einer Litfaßsäule in Torgau Nordwest ausgestellt. Im Zentrum der begleitenden Workshops stand der Ausdruck von Gefühlen durch verschiedene künstlerische Mittel, wie z.B. kreatives Schreiben: „Beim Schreiben beschäftigten sich die Jugendlichen mit vielen Themen wie Selbst- und Fremdbezeichnung, der Geschichte von Rom*nja und Sinti*zze, ihrer Verfolgung und ihrem Engagement, aber auch mit ihren eigenen Gefühlen, Wünschen und Erfahrungen. Das taten sie einerseits durch Methoden der Selbstreflexion und des autobiografischen Schreibens, andererseits durch das Lesen und Hören von Texten, die andere Menschen geschrieben haben, wie zum Beispiel der Rapper Tupac, die Dichterin Semra Ertan oder die Porajmos-Überlebende[1] Philomena Franz.“

Im Folgenden sind einige Beiträge abgedruckt. Für mehr Informationen zum Projekt und zur Publikation: info@romano-sumnal.com.

EMOJIS • EMOJÍS • EMOJIS • EMOJIS



EMOJIS • EMOJIS • EMOJIS • EMOJIS • EMOJIS •

WIR KOMMEN aus NORDWEST

Stell dir vor:

Verlebung

ich will heute darüber reden, dass wir keine schlechten Menschen sind oder anders.

Ich finde, wir sind genauso wie ihr. Wir sind nicht schmutzig oder klauen irgendwas oder dass wir dunkle Hautfarbe haben ist auch kein Unterschied.

Wir möchten auch mal normal auf der Straße spazieren und nicht aus fast jeder Ecke hören: „Scheiß Z“, geht in eure Heimat zurück, ihr baut eh nur scheiß.“

Sowas für uns zu hören ist schwerer als ihr es je denken könntet.

Also, ich wir wären so froh, wenn man das nicht mehr hören könnte.

Szeretetet erzek a testvérem iránt
De semmit nem érünk el, ha nem osztozunk egymással
El kell kezdenünk változtatni a dolgokon
Meg kell tanulnod a testvéreidben bizni

Ich empfinde Liebe für meine Brüder
Aber wir erreichen nichts,
wenn wir nicht miteinander teilen
Wir müssen anfangen, Dinge zu ändern
Du musst lernen, deinen Geschwistern zu vertrauen

Schule FREUNDLICH
Beleidigung

ROMA
Alles was ich will

Denn der Tod steht dir schon bereit
Vor deiner Geburt
Denn ich sehe keinen Unterschied
Zwischen Leben und Tod

Sie wollen unser Tageslicht nehmen
Aber so ist das Leben
So muss man
Dieses Leben fühlen
Mit Problemen, mit Krankheiten
Besser wenn man
Lieber gar nicht auf Leben kommt?

„Is Life worth living?“
„I'm tired of being poor“

ISKOLA
MENSCHEN
AUTO

Denn das Leben ist ein schmutziger Ort
Du musst hart sein
Doch so lang war der Kampf

Denn Tupac sagte auch nicht ohne Grund
THUG LIFE
Weil der Hass
Was ihr anderen antut
Wird immer weitergeleitet
Mann muss seinen Kindern sagen
Bitte mein Sohn, Wallah, pass auf!

Schäm dich nicht
Freunde
Fußball

Das hat auch Tupac getan
Er wollte einfach
Freiheit
Aber das hat er nicht bekommen
Mama weint
Weil ihr Sohn bereits tot ist
Aber ich bleibe
Bis ich nicht bekomme
Was ich will

Die hier gezeigten Gedichte wurden von Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 17 Jahren im Rahmen des Freizeitangebots »Emojis« in Mai 2023 in Torgau Nordwest angefertigt. Im Rahmen des Angebots beschäftigten sich die Jugendlichen mit Selbst- und Fremdbezeichnung, der Geschichte von Rom'nja und Sint'i'zza, ihrer Verfolgung und ihrem Engagement, sowie mit den eigenen Gefühlen, Wünschen, Erfahrungen. Dabei übten sie sich an der Stärkung ihrer Wahrnehmung und ihrem Ausdruck durch Selbst-reflexion und das Lesen, Hören und Schreiben von Gedichten und Liedern.

»Emojis« ist ein Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Torgau Nordwest. In Altersgruppen aufgeteilt beschäftigen sie sich alle durch unterschiedliche künstlerische Ausdrucksmittel mit demselben Thema: Gefühle. Anschließend werden die Ergebnisse ihrer Arbeit öffentlich auf dieser Litfaßsäule gezeigt.

wir lieben euch
Hört auf
RESILIENT
Politik
spaß

Thug LIFE bedeutet:
Wenn zum Beispiel der Vater den Kindern Hass gibt, dann leiten die Kinder den Hass an anderen weiter und dadurch entsteht Chaos.

GRUPPE
Kind
TOD

ich finde diese Geschichte traurig und kann alles verstehen

EMOJIS • EMOJIS • EMOJIS • EMOJIS • EMOJIS •

SORRY MAMA

Obwohl ich ein kleines Kind war dieser Druck auf meinen Schultern ich kann nicht mehr schlafen wenn ich meine Augen aufmache sehe ich nur Tränen weil ich denke immer dran dass du nicht mehr hier bist du warst mein Herz jetzt nur noch Schmerz

Auf den Schultern habe ich Druck Tausend Bar Druck auf meiner Brust Ich denke an alle Zeiten von uns

Jemand fehlt jeder geht niemand bleibt

Auf den Schultern habe ich Druck Tausend Bar Druck auf meiner Brust Ich denke an alle Zeiten von uns

Als ich an meiner Motters Grab stand ist meine Laune zum Leben vergangen ich verlor meinen Verstand denn sie war mein Leben und sie ist gegangen ohne zu fragen ob ich das will und mein Herz ist Kalt und still denn die war die einzige der ich Vertrauen und Aufmerksamkeit gab aber jetzt, Mama, lebe ich mein Leben mit Schmerzen und singe das an deinem Grab

Jemand fehlt jeder geht niemand bleibt

Auf den Schultern habe ich Druck Tausend Bar Druck auf meiner Brust Ich denke an alle Zeiten von uns

Mama, versah mir meine Tosen ich fühle mich schuldig

Dir geht's schlecht doch mir geht's schlimmer denn ich dachte du wärest die Mutter meiner Kinder

KEINE LUFT

Keine Luft keine Luft so kaputt Beziehung, Familie keine Luft Vater tschau Mutter leidet doch verzeihen kann nicht will nicht und vergessen kann nicht will nicht nimm ein Loch aus meinem Herz ist ein Schmerz doch ich will reden aber kann nicht das ist keine Luft

Stolz

Ich pange an unsere Zukunft zu bauen, Baby Wir sind dran Ich sage dir wir müssen es schaffen müssen uns zeigen bis alles es rappen (Ja, Bruder du sollst es schaffen bis andere es rappen)

Ich lege jetzt meine Zukunft weg jetzt will ich über meinen Vater reden, dass er ein guter Mensch war Vielleicht war er drogensüchtig aber er war für mich ein bester Vater von der ganzen Welt

Komm doch hoch doch du weißst du fliegst wieder runter
Uns fehlt Geld aber der Mond leuchtet immer bunter Vergesse meine Wörter nie die Wahrheit zwingt dich in die Knie

Länge Reise von der Vergangenheit bis zur Zukunft auch wenn das Blaulicht dir blinkt, schon vor der Geburt Etwas erwartet mich, was ich nicht weiß Die Wärme in meinem Herz leitet Kraft in meine Seele und so bin ich zu diesem Punkt gekommen wo keiner für mich sorgen muss Guckst nach rechts, links siehst nur, dass Brüder kämpfen Doch meine Freunde haben mir geholfen vom Boden wieder aufzustehen Würde gerne schreiben Gott vergebe meine Sünde ich war am Boden zerstört Brüder, ein Tod doch Leben geht weiter

Bis die Zeit kommt und dann leiden die Menschen nicht mehr die Liebe, was ich bekommen habe ist das beste was es gibt

Liebe kann täuschen RIP an meine Feinde

Bruder, ich liebe sie auch meine Mutter sie ist ein starker Mensch Ich habe es mit meinen zwei Augen gesehen wo er lag Sie hat 3 Kinder einen war ich der seinen Vater verlor Ich war dort an seinem Grab Ich halte vor meiner Mutter geweint aber jetzt ist alles egal jetzt ist die Gegenwart Zum Schluss kann ich nur sagen ICH LIEBE DICH PAPA! Ich hoffe du siehst mich dort oben.

Die hier gezeigten Texte wurden von Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 16 Jahren im Rahmen des Freizeitangebots EMOJIS im Oktober 2023 in Torgau Nordwest angefertigt. Dabei übten sich die Jugendlichen am Ausdruck ihrer Gefühle durch Methoden der Selbstreflexion und des autobiografischen Schreibens sowie durch das Lesen und Hören von Texten und Liedern anderer, das offene Sprechen und das gegenseitige Zuhören.

EMOJIS ist ein Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Torgau Nordwest. In Altersgruppen aufgeteilt beschäftigen sie sich alle durch unterschiedliche künstlerische Ausdrucksmittel mit demselben Thema: Gefühle. Anschließend werden die Ergebnisse ihrer Arbeit öffentlich auf dieser Litfaßsäule gezeigt.

Guck mich jetzt

Rechts wiegen sie es noch ab links drehen sie sich schon Mutter sorg dich um die Zukunft ihres heiligen Kindes

Vielleicht kann ich nicht mein Wort halten Aber meine Aggression kann ich nur mit Basketball und meinen Freunden verlieren

Aber ich schweige nur Zünde eine Kippe an und sperre die Welt aus

Ich versuche zu schweigen aber ich kann nicht eh ich sehe dass dein Leben leuchtet und das kann ich nicht bekommen Aber trotzdem lebe ich gut weil ich das Teil in mir gefunden habe was dir fehlt. Vielleicht bekomme ich nicht alles aber meine Brüder helfen mir, wenn ich kranke die Liebe, die für dich nur ein Gedanke ist

Also hau lieber ab das wirst du nie wissen Pain Herz ist schon schwarz Pain Hass macht dich krank Die Aggression, die in mir ist macht mich krank und ist giftig

Aber ich schweige nur ich bin der Weg auf dem ich gehe ich muss aus dieser rassistischen Welt raus

INTERNATIONALE PROTESTE FÜR DIE RÜCKFÜHRUNG VON AHN*INNEN

Eine Folge kolonial-rassistischer Forschungsgeschichte in Leipzig

von der AG Leipzig Postkolonial

[1] Zur Wahl der Schreibweise Schwarz und weiß: Die Begriffe sind politische und soziale Kategorien, die diskriminierte und privilegierte Positionen innerhalb der Gesellschaft anzeigen. Schwarz, wie in Schwarze Menschen, wird auch als Adjektiv großgeschrieben, als ein Akt positiver Selbstbehauptung; weiß, wie in weiße Menschen, hingegen klein und kursiv, da es sich hierbei nicht um eine widerständige kollektive Selbstbenennung handelt. Die Schreibweise nutzen wir, um rassistische Strukturen und Kategorisierungen abzubilden. Nduluka-Agwu, Adibeli; Hornscheidt, Antje Lann (2013[2010]): Einführung. Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Sprache. In: Nduluka-Agwu, Adibeli; Hornscheidt, Antje Lann (Hrsg.): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen. 2. Auflage. Frankfurt a.M.: Brandes&Apsel Verlag GmbH, S. 11-49.

[2] Das Leipziger Universitätsmagazin (27.09.2023): Anatomie widmet sich Erbe aus kolonialen Kontexten. Aufarbeitung an historischer Schädelnsammlung teilweise abgeschlossen, online abrufbar unter: magazin.uni-leipzig.de.

[3] Schmidt, Emil (1888): Anthropologische Methoden. Anleitung zum Beobachten und Sammeln für Laboratorium und Reise, Leipzig: Verlag von Veit. & Comp., S. 6.

[4] Historische Vorlesungsverzeichnisse der Universität Leipzig, Schmidt, Emil (1837-1906), online abrufbar unter: histvw.uni-leipzig.de/.

[5] Deutsche Historische Museum (ohne Datum): 11. Treptow: Die Deutsche Colonial-Ausstellung von 1896 im Treptower Park, online verfügbar unter: dhm.de/.

[6] Dauth, Harika (2023): Unaufgearbeitete „Schädelforschung“ an der Universität Leipzig. Die Geschichte eines bizarren Fundes. In: chronik.LE (Hrsg.): Leipziger Zustände 2013, Leipzig: Engagierte Wissenschaft.

„Spread the word“ – Erzählt es weiter! Dazu fordern Santi Hitorangi und Evelin Huki die Zivilgesellschaft in Leipzig auf, um das Wissen darüber zu verbreiten, dass ihre Vorfahren aus Rapa Nui vor über 140 Jahren verschleppt wurden und sich ihre sterblichen Überreste bis heute im Leipziger Grassi Museum für Angewandte Kunst und Museum für Völkerkunde zu Leipzig befinden. Auch Sima Luipert aus Namibia oder Anael Meli und Mnyaka Sururu Mboro aus Tansania setzen sich für die Rückführungen ihrer Vorfahren aus sächsischen Einrichtungen ein.^[1]

Im November 2023 fand in Leipzig eine von der AG Leipzig Postkolonial, ReTelling DOAA und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) durchgeführte Podiumsdiskussion statt. Diese war angegliedert an die zivilgesellschaftlich organisierten „Repatriation Days“ in Berlin. Dort berichteten Nachfahr*innen, dass es bislang keine umfängliche Entschuldigung, Anerkennung und finanzielle Entschädigungen für von Deutschland begangenes koloniales Unrecht von der Bundesregierung gab. Bevor wir zu den Positionen und Erfahrungen der Nachfahr*innen zurückkommen, werfen wir zunächst einen Blick auf die kolonialen Akteur*innen in Leipzig.

Leipziger Institute und Einrichtungen in Plünderungen verstrickt

Verschiedene Leipziger Institutionen wie die Universität, das Grassi Museum und das Leipziger Missionswerk

waren im 19. und 20. Jahrhundert am Raub menschlicher Gebeine und an rassistischer Forschung beteiligt. Bis heute befinden sich im Anatomischen Institut der Universität Leipzig und der Uniklinik Leipzig ungefähr 1.200 Schädel, die größtenteils der Arzt und Anthropologe Emil Schmidt (1837–1906) um 1900 aus über 40 Ländern aneignen ließ^{[2][3]}. Ihre Herkunft soll in laufenden Forschungsprojekten geklärt werden. Jedoch müssen auch zwingend Schmidts rassistische Vermessungen von Menschen, die in den Jahren 1885 bis 1900^[4] stattgefunden haben, aufgearbeitet werden. In Leipzig, sowie in anderen Städten auch^[5], wurden im Leipziger Zoo (1876–1931), auf der „Deutsch-Ostafrikanischen Ausstellung“ (1897), der Leipziger Messe und im Krystallpalast nicht-weiße Menschen zur Schau gestellt. Dass einige von ihnen auch für rassistische Forschungszwecke missbraucht wurden, ist nicht unwahrscheinlich. Zur Aufarbeitung dieser menschenverachtenden Praxis muss ein überinstitutionelles Projekt geschaffen werden, welches durch die Stadt selbst und benannte Einrichtungen finanziert wird.

Die rassistischen Forschungen von Otto Reche, dem Institutsleiter der Ethnologie der Universität Leipzig von 1927 bis 1945, stehen in engem Zusammenhang mit der Verfolgung von unter anderem Sinti*zze und Rom*nja.^[6] Zur Universität gehört auch das Ägyptische Museum. Bis heute mangelt es an einer sensiblen Handhabung: Noch immer werden mumifizierte Tote in der Ausstellung öffentlich zur Schau gestellt. Obwohl das Leipziger Missionswerk mit dem Raub von menschlichen Gebeinen bisher seltener in Verbindung gebracht wird, war es an der Entrechtung nicht-weißer Menschen beteiligt. In der deutschen Kolonie in Ostafrika missionierte die Leipziger Institution seit 1893. Der Missionar Hans Fuchs sendete Anfang des 20. Jahrhundert, im Auftrag des Missi-



Karte aus der Ausstellung retelling DOAA.



Bis heute befinden sich etwa 1.200 Schädel im Anatomischen Institut der Universität Leipzig.

onswerkes, aus dem Norden Tansanias mehrere Schädel und ein Skelett an das Ethnologische Museum Berlin.^[7]

In den Sächsischen Ethnologischen Museen (in Leipzig, Dresden, Herrnhut) wurden bereits Rückführungen von den sterblichen Resten der Ahnen in ihre jeweiligen Heimatorte durchgeführt.^[8] Viele weitere Rückführungen stehen allerdings noch aus. Dass einige Museen dem grundsätzlich offen gegenüberstehen, zeigte nicht zuletzt die Teilnahme der damaligen Direktorin der Staatlichen Ethnographischen Sammlungen Sachsen, Léontine Meijer-van Mensch, an oben genannter Podiumsdiskussion. Die größte Anerkennung für ihren unermüdlischen Einsatz für den Prozess der Repatriierungen verdienen jedoch die internationalen Nachfahr*innen und Aktivist*innen.

Nachfahren fordern Gerechtigkeit

Während der Podiumsdiskussion im November 2023 wurde deutlich, wie komplex, langwierig und aktuell gegenwärtige Kämpfe sind. Als Teil des Podiums sprach Anael Meli aus Tansania, der Ururenkel von Mangi Meli. Mangi Meli wurde am 02. März 1900 von deutschen Kolonialoffizieren am Kilimanjaro hingerichtet, sein Kopf wurde nach Deutschland verschleppt. Mnyaka Sururu Mboro, Lehrer und Mitbegründer von Berlin Postkolonial, sucht seit Jahrzehnten in Deutschland nach dem Kopf. Bis heute ist er verschwunden. Im Grassi Museum befinden sich jedoch persönliche Güter, die nach Mangi Melis militärischer Niederlage geplündert wurden. Vor der Podiumsdiskussion konnte Anael diese im Grassi zwar betrachten, aber nicht mitnehmen. Anaels Großvater Isaria erzählte ihm vom Verlust der Vorfahren und persönlicher Besitztümer und kämpfte jahrzehntelang selbst für die Rückführungen. Es war ein langer Weg, bis die tansanische und deutsche Regierung überhaupt Gespräche begannen. Anael betont, dass die betroffenen Familien bei diesen Gesprächen berücksichtigt werden müssen. Er fordert eine offizielle Entschuldigung bei den Familien und die Rückkehr der Vorfahr*innen, um sie angemessen zu bestatten. Ebenso brauche es eine Korrektur kolonialer Geschichtserzählungen. Von der deutschen Zivilgesellschaft wünscht er sich die Unterstützung, die Themen und Forderungen an die Regierung zu tragen, um den Prozess der Rückführungen und Reparationszahlungen zu beschleunigen. Er spricht außerdem über die Ressourcen, die benötigt werden, damit Nachfahr*innen – wie auch er selbst – Nachforschungen über den Verbleib der Vorfahr*innen anstellen können.^[9]

Auch Santi Hitorangie^[10] und Evelin Huki^[11] wussten über den Raub ihrer Vorfahr*innen 1882 durch den deutschen Kapitän Geisler von älteren Generationen aus Rapa Nui. Laut den beiden bestehe die Schwierigkeit im Kampf um die Rückführungen auch darin, mit dem diskriminierenden Umgang der deutschen Regierung, besonders des Auswärtigen Amtes, und den



Einige Mitglieder der Delegation der ‚Repatriation Days‘: Sima Luipert, Dr. Rudo Sithole, Anael Meli, Joseph Mselle; Ankunft in Leipzig 21.11.23

Entscheidungsträger*innen des Vorstands der Staatlichen Kunstsammlung Dresden (SKD) umzugehen. Santi und Evelin fordern zügige Repatriierungen, um die Verstorbenen bestatten zu können. Ein weiteres Problem ist, dass die Rückführungen nicht ohne Einbezug der chilenischen Regierung vonstatten gehen können, da nach deutscher Gesetzgebung nur Nationalstaaten miteinander verhandeln können (außer es gibt entsprechende Gesetze der Herkunftsstaaten). Da die Rapa Nui der chilenischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen, möchten sie die Rückführungen aber selbst mit der deutschen Regierung organisieren. Santi und Evelin fordern ebenfalls eine Wiedergutmachung für das Unrecht, das ihnen, den Familien und Vorfahr*innen seit 140 Jahren angetan wird. Sie sehen die deutsche Zivilgesellschaft als wichtige Akteurin in der Verbreitung der Geschichte ihres Kampfes, um die Repatriierungen ihrer Ahn*innen zu unterstützen.^[12] Aber auch dieser Kampf gehe nicht ohne finanzielle Unterstützung, die immer willkommen ist.

Sehr eindrücklich äußerte sich zum Ende der Podiumsdiskussion auch die namibische Aktivistin Sima Luipert aus dem Publikum. Sie setzt sich für die Rückführung ihrer Vorfahr*innen aus Sachsen nach Namibia ein: „What on earth is wrong with you [Germans], sitting there with skulls in your houses and museums and consider yourself a civilized nation.“^{[13][14]}

AG Leipzig Postkolonial (leipzig-postkolonial.de) organisierte sich 2011 durch eine Gruppe von Student*innen und Doktorand*innen unter dem Verein Engagierte Wissenschaft e.V. in Leipzig, um Erkenntnisse aus postkolonialen akademischen Debatten und aktivistische Kritik zugänglich zu machen. Seitdem engagieren sie sich als ehrenamtliche Arbeitsgruppe Leipzig Postkolonial und machen das koloniale Erbe sowie postkoloniale Perspektiven durch öffentliche Bildungsarbeit sichtbar.

[7] Dies zeigen Quellen des Ethnologischen Museums Berlin im Zentralarchiv in Berlin (SMB-ZA, LMV_0737 E1115/06; SMB-ZA, LMV_0744 E1747/08).

[8] Grassi Museum für Angewandte Kunst online, verschiedene Seiten unter anderem: grassi-voelkerkunde.skd.museum.

[9] Nachricht von Anael Meli an Leipzig Postkolonial via WhatsApp am 26.08.24 anlässlich dieses Beitrags. Vielen Dank!

[10] Dehnen, Elias (2023): Konflikt um Schädel der Rapa Nui »Wenn du einen Dieb erwischt, hast du das Recht, das Gestohlene wiederzubekommen«. In: Spiegel online vom 25.05.2023, online abrufbar unter spiegel.de/.

[11] Nachricht von Santi Hitorangi und Evelin Huki an Leipzig Postkolonial via Mail am 26.08.24 anlässlich dieses Beitrags. Vielen Dank!

[12] Instagram: [@repata.take](https://www.instagram.com/repata.take)

[13] Sima Luipert zitiert in: Allisat, Yaro (24.11.2023), Koloniales Raubgut im Grassi-Museum: Delegation fordert Rückführungen. In: h-z vom 24.11.2023, online abrufbar unter: h-z.de/.

[14] Übersetzung des Zitats von Leipzig Postkolonial: Was um alles in der Welt ist falsch mit euch (Deutschen), mit Schädeln in euren Häusern und Museen sitzend, haltet ihr euch selbst für eine zivilisierte Nation.

„DIE (IMMER NOCH) VERSCHWIEGENEN TOTEN“

Eine Aktualisierung der Auseinandersetzung mit Todesopfern rechter Gewalt in Leipzig

Content Warning: In diesem Text wird über Gewalttaten und Mord berichtet und teilweise explizit geschildert.

von „Rassismus tötet!“ - Leipzig

Leipzig ist eine der Städte mit den meisten Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland. Zwischen 1991 und 2024 wurden neun Menschen aus homosexuellenfeindlichen, sozialdarwinistischen oder rassistischen Motiven getötet. Es gibt einen weiteren Verdachtsfall rechter Gewalt. Im Stadtbild erinnert fast nichts an die Opfer rechter Gewalt. Eine aktualisierte Ausstellung über „Die verschwiegenen Toten“ in Leipzig soll das Erinnern wieder in den Vordergrund rücken.

Im Vorfeld der Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg wurde viel über das Erstarken rechter Kräfte gesprochen. Die Bilder und Videos aus Bautzen, die zeigen, wie ein Mob aus Neonazis rechtsradikale, rassistische und queerfeindliche Parolen grölend den zweiten Christopher Street Day (CSD) in der sächsischen Kreisstadt stört, bleiben vielen in Erinnerung. Rechte Angriffe auf Politiker*innen, Nicht-Rechte, Migrant*innen und migrantisch markierte Menschen und Queers finden regelmäßig statt – und nicht nur in der Provinz^[1], wie der Blick auf das Monitoring von chronik.LE zeigt.

Dass Rechte und Neonazis aus rassistischen, sozialdarwinistischen, queerfeindlichen, antisemitischen, antifeministischen und weiteren menschenfeindlichen Motiven physische und psychische Gewalt ausüben, kann eigentlich niemanden überraschen. Begibt man sich auf Spurensuche durch Leipzig und Umgebung, erinnert jedoch wenig an die in der Stadt bisher ausgeübten Gewalttaten und deren Opfer. Im Stadtbild befinden sich viele Denkmäler und Erinnerungstafeln, von der Leipziger Notenspur bis zu eher kuriosen Erinnerungsorten wie der Erinnerungstafel zur Gründung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte. Zu Orten rechter Gewalt aber finden sich (fast) keine Hinweise.

Aber warum? Anlass gäbe es leider genug, schließlich ist Leipzig eine der Städte mit den meisten Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland. Zwischen 1991 und 2024 wurden neun Menschen aus homosexuellenfeindlichen, sozialdarwinistischen oder rassistischen Motiven getötet. Es gibt außerdem einen weiteren Verdachtsfall rechter Gewalt. Nuno Lourenço, Achmed Bachir, Kamal Kilade, Horst K., Klaus R., Thomas K., Karl-Heinz Teichmann, Bernd Grigol, Ger-

hard Helmut B. und Gerhard S. sind Opfer rechter Gewalt. Dass die Taten und die Namen der Opfer der Zivilgesellschaft überhaupt bekannt sind, liegt an einer langwierigen Recherche.

Die Recherche war wiederum das Ergebnis einer langen Auseinandersetzung mit rechter und rassistischer Gewalt und ihren Opfern in Leipzig. Anlässe waren der gewaltsame Tod des Wohnungslosen Karl-Heinz Teichmann im September 2008 sowie der rassistisch-motivierte Mord an Kamal Kilade im Oktober 2010. Auch die Ermordung des Wohnungslosen André K. in Oschatz im Mai 2011 war ausschlaggebend für unsere Arbeit. So entstand 2014 die Ausstellung „Die verschwiegenen Toten – Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990“, in der wir unsere Recherchen veröffentlichten und damals acht Todesopfer rechter Gewalt und zwei weitere Verdachtsfälle aufführten.

Immer noch aktuell – Die überarbeitete Ausstellung zu Todesopfern rechter Gewalt in Leipzig

Auch über zehn Jahre später hat das Thema rechte Gewalt leider nichts an Aktualität eingebüßt. Viele der Ermordeten sind bis heute nicht offiziell als „Todesopfer rechter Gewalt“ anerkannt, worin wir ein Indiz für ein weiterhin mangelndes Problembewusstsein in Gesellschaft und Politik sehen. Auch das war für uns ein Grund, die alte Ausstellung zu überarbeiten. Wir erweitern sie außerdem um einen interaktiven Gedenkrundgang.

Seit der Ausstellung aus dem Jahr 2014 – und nicht zuletzt aufgrund dieser Ausstellung – und den zugrundeliegenden Recherchen, haben sich Änderungen ergeben, die wir gerne in einer überarbeiteten Ausstellung zeigen möchten. So wurde der 2003 Ermordete Thomas K. 2014 nachträglich als weiteres Todesopfer rechter Gewalt staatlich anerkannt. Weitere parlamentarische Anfragen zum Tötungsdelikt an Gerhard Helmut B. bestärkten uns darin, die Tat nicht weiter als Verdachtsfall, sondern als rechtes Tötungsdelikt zu führen.

Durch kontinuierliche Gedenk- und Erinnerungsarbeit konnte Kontakt mit Hinterbliebenen von Karl-Heinz Teichmann hergestellt werden, durch den ebenfalls weitere Informationen bekannt wurden, die wir in die aktualisierte Ausstellung eingearbeitet haben.

[1] Siehe hierzu die Statistik der RAA Sachsen e.V. (2024): Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt in Sachsen 2023, online abrufbar unter: <https://www.raa-sachsen.de/>.



Im Gedenken an Kamal Kilade – Der Gedenkstein.



Litfaßsäule mit Bewerbung der Demonstration „Niemand ist vergessen, Nichts ist vergeben!“ zum zehnten Todestag von Kamal Kilade 2020.

Wir überarbeiteten die Ausstellung auch in der Hinsicht, dass wir menschenverachtende Aussagen, die während der Taten gefallen sind, nicht weiter reproduzieren. Dies geschah aufgrund des Feedbacks bei Projekten mit Jugendlichen und von Besucher*innen der Ausstellung. Zudem hatten wir den Eindruck, dass wir nach zehn Jahren nicht mehr anhand von Aussagen der Täter „beweisen“ müssen, dass rechte Einstellungen den Taten zu Grunde liegen.

Leider bleibt auch die überarbeitete Ausstellung weiterhin unvollendet. Während der Recherche sind wir auf mehrere Verdachtsfälle gestoßen, die auf ein deutlich größeres Dunkelfeld hinweisen. Es zu erhellen kostet Zeit, Geld und viel Geduld – was wir als ehrenamtliches Projekt nicht leisten können. Denn die Suche nach Zeitzeug*innen und Angehörigen sowie die Sichtung von Gerichtsakten stellt eine große Herausforderung dar.

Bis heute verwehren uns die Leipziger Justizbehörden den Zugang zu den Gerichtsurteilen der Todesfälle, bei denen wir ein rechtes oder rassistisches Tatmotiv annehmen. Wir halten das für einen Skandal, zumal die Urteile im „Namen des Volkes“ gesprochen wurden und es sich um gesellschaftlich hoch relevante Fälle handeln könnte.

Gedenken als politische Praxis

Die vielen Todesopfer rechter Gewalt verpflichten zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Ursachen rechter und rassistischer Gewalt. Den Opfern gerecht zu werden heißt auch, sich ihrer zu erinnern. Den An-

gehörigen gerecht zu werden heißt, ihnen mit Mitgefühl und Respekt zu begegnen.

Wir halten Erinnerungs- und Gedenkarbeit für einen unerlässlichen Teil antifaschistischen Handelns und versuchen, kontinuierlich an die Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig und andernorts zu erinnern. Die Ursachen der Morde müssen klar benannt, gesamtgesellschaftlich problematisiert und bekämpft werden.

Dies bedeutet eben auch, sich in der eigenen Stadt auf Spurensuche zu begeben, Orte rechter Gewalt aufzusuchen und sich die Alltäglichkeit vor Augen zu führen. Einen Anfang dafür wollen wir mit einer interaktiven Erinnerungskarte von Leipzig machen. Hier können sich Interessierte analog wie digital auf den Weg machen, Orte rechter Gewalt aufsuchen und sich verschiedene Beiträge von Akteur*innen anhören.

Damit wollen wir rechte Gewalt und ihre Todesopfer im Stadtbild sichtbar machen. Der Initiativkreis Gedenken sorgt mit Gedenktafeln an Todesopfer rechter Gewalt für ein Erinnern. Seine Mitglieder sagen: „Wir haben für uns entschieden, nicht mehr auf die Stadt zu warten, sondern sind eigenständig aktiv geworden.“^[2] ■

„Rassismus tötet!“ - Leipzig ist eine antifaschistische Gruppe, welche sich seit über zehn Jahren mit dem Gedenken an die Todesopfer rechter Gewalt in Leipzig beschäftigt. Dazu gehört sowohl die Auseinandersetzung mit den einzelnen Todesopfern als auch das Gedenken an sie. Website: www.rassismus-toetet-leipzig.org

[2] Schlehahn, Britt (2024): Für die Zukunft erinnern. Zum Stand der Erinnerungskultur in Leipzig und Sachsen, online abrufbar unter: <https://kreuzer-leipzig.de/>.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

RASSISTISCHER EREIGNISSE

CHRONIK

20. Juli 2024,
Leipzig, Thekla

Brandanschlag auf zukünftige Geflüchtetenunterkunft in Thekla

Eine Person bringt in der Nacht von Freitag zu Samstag rassistische Parolen, unter anderem „Ausländer raus“, und neonazistische Symbole an eine geplante Unterkunft für Geflüchtete im Leipziger Stadtteil Thekla an. Weiterhin zündet sie eine Holzpalette neben der zukünftigen Unterkunft an, die Flammen drohen, auf das Gebäude überzugreifen. Die durch eine Anwohnerin informierte Polizei kann das Feuer löschen. Die Spuren führen zur Wohnung eines in der Nähe wohnenden 24-Jährigen, dessen Wohnung daraufhin durchsucht wird. Gegen den Tatverdächtigen wird wegen schwerer Brandstiftung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Sachbeschädigung ermittelt. Der Tatverdächtige wird auf freien Fuß gesetzt.

Die Stadt Leipzig will die drei neu gebauten Häusern mit 29 Wohneinheiten für 10 Jahre anmieten und bis zu 120 Geflüchtete vor Ort unterbringen. Die Gebäude stehen kurz vor der Fertigstellung.

05. Juli 2024,
Landkreis Leipzig, Markkleeberg

Gedenkinstallation für Nuno Lourenço in Markkleeberg-Gaschwitz beschädigt

Anlässlich des 26. Jahrestages des rassistischen Angriffs auf Nuno Lourenço findet am Bahnhof Markkleeberg-Gaschwitz eine Gedenkveranstaltung statt. Auf dieser wird auch ein Comic, der sich mit dem Angriff beschäftigt und auf Folien angebracht ist, vor Ort eingeweiht. Die Folien werden kurz darauf zerkratzt und entfernt. Bereits zwei

Tage nach der Gedenkveranstaltung sind die Comics nicht mehr erkennbar.

09. Juni 2024,
Landkreis Leipzig, Borna

Rassistische Anfeindung bei Wahl

Zwei Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft und Kopftuch gehen in Borna zur Wahl, um ihre Stimme für den Stadtrat Borna, den Kreistag Landkreis Leipzig und das EU-Parlament abzugeben. In der Warteschlange werden sie bereits kritisch beäugt. Ein alter Mann kommt ihnen entgegen und entgegnet ihnen „Na bei der nächsten Wahl werdet ihr ganz bestimmt nicht mehr hier sein“. Alle Umstehenden hören dies, aber keine*r interveniert.

19. Mai 2024,
Leipzig, Probstheida

Antisemitische und rassistische Beleidigung bei Lok-Heimspiel

Beim letzten Heimspiel der Regionalligasaison zwischen dem 1. FC Lokomotive Leipzig und dem FSV Zwickau wird der Zwickauer Spieler Lloyd-Addo Kuffour rassistisch und antisemitisch beleidigt. Die Beschimpfungen, die aus dem Fanblock der Lok-Fans kommen, werden dem Spieler vor dem Spiel auf dem Weg in die Kabine zugerufen. Der Verein Lokomotive Leipzig, der angibt, erst abends nach dem Spiel von der Entgleisung der Fans erfahren zu haben, erstattet im Nachgang Anzeige.

24. April 2024,
Stadt Leipzig

AfD bringt rassistischen Antrag in Stadtrat ein

Die AfD bringt den Antrag „Freiwillige Rückkehr von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive fördern“ (Antrag-Nr. VII-A-09656)

in den Leipziger Stadtrat ein. Der Antrag fordert eine öffentlichkeitswirksame Kampagne „zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive aufzulegen“. Weiterhin soll das Referat für Migration und Integration in „Referat für Migration, Integration und Fragen der Remigration“ sowie das Willkommenszentrum in „Willkommens- und Rückkehrzentrum“ umbenannt werden. Die Stadtverwaltung kritisiert in ihrem Standpunkt den Antrag scharf (Verwaltungsstandpunkt-Nr. VII-A-09656-VSP-01). Der Stadtrat sei nicht zuständig, entsprechende Beratungsangebote bereits vorhanden und die Dimensionen im Antrag völlig falsch dargestellt.

07. Februar 2024,
Landkreis Leipzig, Borna

Rassistische und antisemitische Mordfantasie am Bornaer Bahnhof

Im Innenbereich des Bahnhofs in Borna wird mit einem Stift in schwarzer Schrift der Satz „Rennt der N* und der Jude frei herum dann schalte auf Automatik um“ an eine Wand geschrieben. Die rassistische und antisemitische Mordfantasie wird von engagierten Personen ebenfalls mit schwarzer Farbe durchgestrichen, ist aber weiterhin lesbar.

05. November 2023,
Landkreis Nordsachsen, Delitzsch

Rassistische Schmierereien in Delitzsch

An der Volkshochschule in Delitzsch wird eine Mauer mit einem Hakenkreuz sowie den Slogans „Das Pack abschieben“, „Ali ausweisen“ und „Murat ausfliegen“ beschmiert. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen, Volksverhetzung und Sachbeschädigung

wird eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

18. Oktober 2023,
Landkreis Nordsachsen, Eilenburg

Neonazis zünden Pyrotechnik vor Geflüchtetenunterkunft

Am Mittwochabend stellen Neonazis vor einer geplanten Unterkunft für Geflüchtete in Eilenburg Schilder mit rechten und rassistischen Parolen auf. Auf diesen ist „Kriminelle Ausländer raus!“, „Migration tötet!“, „Nein zum Heim“ sowie „Asylflut stoppen!!!“ zu lesen. Dazu wird Pyrotechnik entzündet. Auf dem zugehörigen Banner ist der Slogan „Jedem Volk sein Land, nicht jedem Volk sein Stück Deutschland!“ zu lesen. Das Transparent der Jungen Nationalisten (ehemals Junge Nationaldemokraten), der Jugendorganisation der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) existiert offenbar schon länger. Bereits 2013 wurde es bei einer Veranstaltung der NPD verwendet. Das Transparent wird auch regelmäßig bei den rechten Demonstrationen in Eilenburg mitgeführt, so unter anderem am 25.10. bei einer Kundgebung des AfD-Stadtrats Ferdinand von Wiedeburg.

Als die LVZ im Nachgang kritisch über die Protestaktion berichtet, fühlen sich die Neonazis zur Klarstellung bemüht: es habe keine Sachbeschädigung gegeben, Rassisten seien sie natürlich nicht und Protest bleibe nach wie vor legitim. Interessant ist hier, dass Protest als „eine Symbiose aus Parlamentsarbeit, Widerstand auf der Straße sowieso Publizieren im Netz“ verstanden wird.

08. September 2023,
Landkreis Leipzig, Machern

Rassistischer Übergriff am Bahnhof Gerichshain

Am frühen Abend des 8. Septembers werden zwei Frauen Zeuginnen davon, wie eine männlich gelesene Person am Bahnhof Gerichshain versucht, eine Schwarze Person zu bespucken. Der Täter steht allein auf dem gegenüberliegenden Gleis und zeigt der Schwarzen Person zusätzlich den Mittelfinger. Als er bemerkt, dass die beiden Zeuginnen über ihn reden, beschimpft er diese misogyn. Etwas später klettert der Täter ins Gleisbett, sammelt dort Steine und zielt mit diesen auf die Schwarze Person. Als er bemerkt, dass eine der Zeuginnen ihn fotografiert, unterlässt er es, die Steine tatsächlich zu werfen. Die Zeuginnen versuchen die Polizei zu rufen, allerdings erreichen sie niemanden. Weitere Wartende bekommen das Geschehene mit, greifen aber nicht ein. Etwas später steigt der Täter in einen Zug.

15. Juni 2023,
Landkreis Nordsachsen, Wermisdorf

Rassistischer Busfahrer verweigert zwei Schwarzen Frauen den Zustieg

Als eine Schwarze Frau in Dahlen in einen Bus nach Luppau/Wermisdorf einsteigen möchte, wird ihr der Zustieg mit der Begründung, dass „keine Taschen erlaubt“ seien, verweigert. Derselbe Busfahrer verweigert auch einer anderen Schwarzen Frau beim Halt in Luppau mit Weiterfahrt Richtung Oschatz den Zustieg mit der Begründung, dass ihr 49€-Ticket nicht gelte und droht ihr mit Hinzuziehen der Polizei.

27. April 2023,
Leipzig, Neustadt-Neuschönefeld

Straßenumbenennung durch Identitäre Bewegung

An der Eisenbahnstraße, zwischen Torgauer Platz und Hermann-Liebmann-Straße, überleben Mitglieder der Identitären Bewegung

(IB) Leipzig mehrere Straßenschilder der Eisenbahnstraße mit „Straße der Islamisierung“. Der Schriftzug ist dabei mit einem Schwert unterstrichen. Die IB schreibt in den sozialen Netzwerken, in denen die Aktion propagandistisch aufbereitet wird, davon, dass kein Gebiet in Sachsen den „großen Austausch“ so widerspiegele wie die Leipziger Eisenbahnstraße. Hier zeige sich die „Multikulti-Lüge“ hautnah.

26. Januar 2023,
Leipzig, Eutritzsch

Leipziger Schiesskeller sucht ausschließlich deutsche Mitarbeitende

In einer Stellenanzeige des Leipziger „Schiesskellers“ wird ausschließlich nach Mitarbeitenden mit „deutsche[r] Staatsbürgerschaft und Nationalität“ gesucht. Die Anzeige verstößt damit gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), welches Diskriminierung unter anderem beim Zugang zum Arbeitsmarkt verhindern soll. Es ist davon auszugehen, dass eine rassistische Motivation hinter der expliziten Ausschreibung steht.

08. Januar 2023,
Landkreis Leipzig, Borna

Rassistische Beleidigung in Borna

Eine Person äußert „gegenüber einer in der Russischen Föderation geborenen Person“ die Worte „Sie dürfen den Mund nicht öffnen, weil Sie keine deutsche Staatsbürgerin sind!“. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung gegen eine Tatverdächtige wird eingestellt. ■

5 KAPITEL ANTISEMITISMUS SEIT DEM 7. OKTOBER

Antisemitismus ist von jeher ein weitverbreitetes, gesellschaftliches Phänomen. Längst sind es nicht nur extreme Rechte, die hier prominent in Erscheinung treten, sondern auch linke und islamistische Kräfte. Deutlich zugespitzt hat sich die Situation mit dem 7. Oktober 2023. An diesem Tag griffen islamistische Terroristen aus dem Gaza-Streifen Israel an. Der Tag markiert einen Einschnitt für jüdisches Leben weltweit. Die Auswirkungen in Form des Antisemitismus sind auch in der Region Leipzig deutlich spürbar. Hier haben sich Strukturen und Allianzen gebildet, die das durch den terroristischen Angriff und den folgenden Krieg verursachte Leid für ihre eigenen Zwecke nutzen und jüdisches Leben in Israel und in Leipzig infrage stellen. Diese antisemitischen Entwicklungen seit Oktober 2023 stehen in diesem Kapitel im Fokus.

Zunächst widmet sich die Gruppe Reclaim Antifa deswegen dem Antisemitismus in linken autoritären Gruppen, die unter der vereinfachten Schablone des Antiimperialismus Israels Vernichtung fordern und die im Namen des Kampfes gegen einen vermeintlichen Kolonialismus Islamist*innen als Widerstandskämpfer*innen verehren. Diese Gruppen suchen sich gezielt Räume, um ihre Ideologie zu verbreiten. Diese antisemitische Raumnahme in Leipzig wird im Beitrag von chronik.LE genauer beleuchtet. Welche entscheidende Rolle der universitäre Raum in diesem Kontext spielt, zeigt der Text der Gruppe Hochschulen Leipzig gegen Antisemitismus. Abschließend veranschaulicht der Beitrag von Marina Chernivsky von der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V. die neue Qualität antisemitischer Anfeindungen seit dem 7. Oktober 2023 für jüdische und israelische Communitys und fragt kritisch, wieso Jüdinnen*Juden Solidarität verweigert wird und welche Rolle Zivilgesellschaft und Politik dabei zufällt. ■





photo: Antonio Müller

ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS NACH DEM 7. OKTOBER

von Reclaim Antifa

Nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der militärischen Reaktion Israels explodierte die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland.^[1] Auch Leipzig bildet dabei keine Ausnahme. Dass unter denen, die den größten Massenmord an Jüdinnen*Juden seit der Shoah relativieren oder gar rechtfertigen, auch viele Linke sind, ist zwar erschreckend, aber nicht verwunderlich.

Nach dem Angriff der Hamas hat sich vor allem das Leben der Menschen vor Ort grundlegend geändert. Beinahe jede*r Israeli kennt eine Person, die an diesem Tag Opfer des Terroranschlags wurde. Viele Überlebende und Angehörige sind traumatisiert. Zahlreiche Geiseln sind immer noch in der Gewalt der Hamas. Gleichzeitig leidet die palästinensische Zivilbevölkerung massiv unter der militärischen Antwort Israels. Dass dieser Konflikt auch hierzulande zu emotionalen Debatten führt, ist verständlich. Das rechtfertigt jedoch nicht den Antisemitismus, der sich dabei – insbesondere seit dem 7. Oktober – Bahn bricht.

Obwohl fast niemand als Antisemit*in gelten möchte, bleibt Antisemitismus ein verbreitetes Phänomen. Das liegt unter anderem daran, dass antisemitische Denkmuster über einen langen Zeitraum kulturell verankert wurden und auch heute noch virulent sind, selbst wenn sie nicht immer offen erkennbar sind beziehungsweise als solche erkannt werden. In der Form des israelbezogenen Antisemitismus werden antisemitische und anti-judaistische Mythen wie Jüdinnen*Juden hätten „zu viel Einfluss in der Gesellschaft“, seien „blutrünstig“ oder „Kindermörder“ auf Israel projiziert. Im Kontext des aktuellen Kriegs mit der Hamas wird Israel zum Beispiel unterstellt, gezielt Zivilist*innen und Kinder zu ermorden. Was sich hier als Kritik am Staat Israel tarnt, ist eine aktualisierte Form der Ritualmordlegende.^[2] Denn wie in den meisten bewaffneten Konflikten kommt es auch in Gaza zu zivilen Opfern, darunter auch Kinder. Dies wird jedoch bei anderen kriegerischen Auseinandersetzungen wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine weitaus weniger prominent thematisiert. Im Fall von Israel hingegen nutzen Akteur*innen diesen Umstand jedoch massiv als Propagandamittel. Die Bezeichnung als „Kindermörder“ unterstellt zudem, dass Israel dies in voller Absicht tun würde.

Um israelbezogenen Antisemitismus von legitimer Kritik am Staat Israel zu unterscheiden, wird häufig der 3-D-Test^[3] angewandt. Israelbezogener Antisemitismus liegt demnach vor, wenn jemand Israel dämonisiert, also den Staat als besonders böse und schlimm darstellt, Israel delegitimiert, das heißt den Staat als einzigem auf der Welt das Existenzrecht abspricht, oder doppelte Standards anwendet, was bedeutet, dass politische Agieren Israels mit anderen Maßstäben bewertet wird. Der 3-D-Test hilft, um eine erste Einschätzung zu gewinnen und Aussagen zu überprüfen, lässt aber auch viel Interpretationsspielraum und ersetzt keine tiefere Auseinandersetzung mit den Ursachen von Antisemitismus.

Warum Israel?

Israel nimmt für Antisemit*innen eine Sonderrolle ein, da sie ihre antisemitischen Denkmuster auf den Staat und dessen Bewohnerinnen projizieren. Das erklärt auch die obsessive Beschäftigung mit dem Konflikt. Die Gründung Israels im Jahr 1948 war unter anderem ein Resultat der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Der Staat ist die real gewordene Antwort auf die Forderung „Nie wieder“. Seit der Gründung des jüdischen Staates gibt es einen Ort auf der Welt, an dem jüdische Menschen nicht fürchten müssen, staatlich verfolgt und vertrieben zu werden, und zu dem sie flüchten können, falls sie andernorts angegriffen werden.

Die Vernichtungspolitik der Nazis war jedoch nur der traurige Höhepunkt einer Geschichte von Vertreibungen und Pogromen. Beim Antisemitismus geht es auch um das Bild, das sich Antisemit*innen von Jüdinnen*Juden machen. Warf man ihnen im Mittelalter und zur Zeit der Aufklärung eine vermeintliche religiös und rassistisch begründete Andersartigkeit vor, sahen sie sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie angeblich die Gesellschaft unterwandern und vom Leid anderer profitieren würden.

Antisemit*innen finden stets einen Grund, Jüdinnen*Juden anzugreifen oder zu vertreiben. Dies lässt sich auch in der aktuellen Debatte um Israel beobachten. Es geht Antisemit*innen nicht darum, was Israel konkret tut oder dessen Kriegsführung zu kritisieren. Es geht ihnen um ein Palästina „from the river to the sea“^[4], um die Vernichtung des einzigen jüdischen Staates und in letzter Konsequenz auch der dort lebenden Jüdinnen*Juden.

[1] Meldestelle RIAS Sachsen (Hrsg.) (2024): Antisemitische Vorfälle in Sachsen im Jahr 2023. Herausgegeben von OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, online abrufbar unter: report-antisemitism.de, S. 18f.

[2] Antijudaistisches Narrativ aus dem Mittelalter, wonach Jüdinnen*Juden christliche Kinder entführen und töten würden.

[3] Der kleinste gemeinsame Nenner: israelbezogener Antisemitismus. In: chronik.LE (Hrsg.): [Leipziger Zustände 2023](https://www.chronik-leipzig.de/leipzig-zustand-2023), Leipzig: Engagierte Wissenschaft, S. 68ff.

[4] Die deutsche Übersetzung lautet „vom Fluss bis zum Meer“. Gemeint ist damit einerseits, dass Palästina vom Fluss Jordan bis zum Mittelmeer reichen und andererseits, dass Israel nicht mehr existieren soll.



Das Bündnis „reclaim antifa“ demonstrierte nach dem 7. Oktober 2023 mehrfach gegen Antisemitismus in Leipzig.

„Wir sind die Guten“ – Antisemitismus von links

Besonders unter Linken speist sich der Hass auf Israel oft aus einem vereinfachten Verständnis von Antiimperialismus. Dabei wird die Komplexität der Welt auf den simplen Gegensatz von „guten“ antiimperialistischen Nationen und „bösen“ imperialistischen Nationen reduziert. Was zunächst schlüssig klingt, kann die tatsächliche Komplexität der Welt aber nicht erfassen. Das zeigt sich besonders in der Anwendung auf den Nahostkonflikt. In dieser Logik wird Israel als imperialistisch und damit als aggressiv und böse dargestellt. Weder legitime Sicherheitsinteressen Israels noch das Selbstbestimmungsrecht seiner Bevölkerung spielen dabei eine Rolle, vielmehr müssen sie ignoriert werden, um ein widerspruchsfreies Weltbild aufrechtzuerhalten. Die Palästinenser*innen hingegen stellen in dieser Erzählung den antiimperialistischen Gegenpol dar. Für sie fordert man all das ein, was man dem jüdischen Staat abspricht.

Ebenso gibt es im Antiimperialismus die Tendenz dazu, Unterschiede zwischen handelnden Gruppen unsichtbar zu machen, er vereinfacht auch hier. Dies zeigt sich zum Beispiel, wenn alle Bewohner*innen Israels unterschiedslos mit Begriffen wie „Siedler*innen“, „Kolonialist*innen“ oder „Besatzer*innen“ bezeichnet werden. Damit wird suggeriert, dass alle Israelis legitime Kriegsziele seien. Gleichzeitig werden Mitglieder von Terrororganisationen wie der Hamas als „Widerstandskämpfer*innen“ glorifiziert. Die Gruppe Zora Leipzig schrieb noch am selben Tag des antisemitischen Massakers vom 7. Oktober 2023 auf Instagram: „Die Widerstandskämpfer*innen töteten dabei einige Soldat*innen und Siedler*innen und verschleppten einige über die Grenze [...]“^[5] Solche Aussagen sind keine Seltenheit in diesen Kreisen. Andere linke Gruppen bestreiten sogar, dass es sich bei der Hamas überhaupt um Antisemit*innen handele.^[6]

Die Solidaritätsbekundung für antisemitische Mörder*innen und die kollektive Verurteilung der gesamten Bevölkerung Israels sind antisemitisch. Sie zeigen zudem, wie weit einige Antiimperialist*innen gehen, um den ideologisch konstruierten Gegensatz vom „bösen“ Israel und den „guten“ Palästinenser*innen aufrechtzuerhalten. Als islamistische, nationalistische und antisemitische Terrorgruppe steht die Hamas gegen fast alles, was man als links oder kommunistisch bezeichnen könnte. Dennoch wird sie einem diffusen „Widerstand“ zugerechnet. Statt gegen reaktionäre Ideologien zu kämpfen, werfen sie diese dem Staat Israel vor. In der verkehrten Logik jener Gruppen wird Israel zum Grundübel gemacht, zum Bösen schlechthin, dem nicht mehr mit differenzierter Kritik beizukommen ist, sondern das zerstört werden muss.

Zwar möchte keine*r Antisemit*in sein, doch die jahrhundertalten antisemitischen Erzählungen machen nicht vor Linken Halt. Auch radikale Linke haben Stereotype und Denkmuster verinnerlicht und können diese reproduzieren. Um dies zu ändern, braucht es umfassende Reflexion und ein Verständnis davon, was Antisemitismus ist: Es ist eben nicht bloß Rassismus gegen jüdische Personen. Vielmehr handelt es sich um ein Welterklärungsmodell, das Jüdinnen*Juden immer als Schuldige ausmacht und sie in letzter Konsequenz vernichten möchte. Beides gilt auch nach dem 7. Oktober für einen rasant stärker zu Trage tretenden Antisemitismus, der sowohl Israel als jüdischem Kollektiv die alleinige Schuld am Elend der Palästinenser*innen unterstellt als auch den einzigen jüdischen Staat auslöschen möchte. ■

Reclaim Antifa ist ein Bündnis linker Gruppen aus Leipzig, das sich gegen Antisemitismus einsetzt. Weitere Texte und Informationen befinden sich auf reclaimantifa.noblogs.org sowie auf Instagram unter [@reclaimantifale](https://www.instagram.com/reclaimantifale).

[5] Screenshots liegen der Redaktion vor.

[6] Barmen, Noel (2024): 15 gängige Mythen über die Hamas – und wieso wir gegen ihr Verbot kämpfen müssen

ANTISEMITISCHE RAUMNAHME IN LEIPZIG

von chronik.LE

[1] Unter israelbezogenem Antisemitismus wird im Folgenden im Sinne des 3-D-Tests die Dämonisierung und Delegitimierung Israels sowie die Anwendung doppelter Standards verstanden.

[2] RIAS (2023): Enormer Anstieg antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober, Pressemitteilung, online abrufbar unter: report-antisemitism.de/.

[3] Meldestelle RIAS Sachsen (Hrsg.) (2024): Antisemitische Vorfälle in Sachsen im Jahr 2023. Herausgegeben von OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, online abrufbar unter: report-antisemitism.de.

[4] chronik.LE vom 12.10.2023: Islamistischer Terror auf Kundgebung verharmlost, online abrufbar unter: chronikde.org/.

[5] Junges Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (2023): Stellungnahme zu den kritischen Einführungswochen, online abrufbar unter: facebook.com/.

Nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 lässt sich israelbezogener Antisemitismus^[1] in Leipzig beobachten. In zahlreichen Veröffentlichungen oder auf Veranstaltungen wird Israel dämonisiert sowie direkt oder indirekt zu dessen Vernichtung aufgerufen. Vor allem linke antiimperialistische Gruppen versuchen beim Thema Nahost, aggressiv eine Hegemonie zu erringen.

Die Fallzahlen antisemitischer Vorfälle sind seit dem 7. Oktober 2023 bundesweit rasant gestiegen. Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS) schreibt in einer Pressemitteilung: „Im Zeitraum vom 7. Oktober bis 9. November [2023] dokumentiert der Bundesverband RIAS 994 antisemitische Vorfälle mit Bezug zu den Massakern der Hamas. Das sind 29 Vorfälle am Tag und somit ein Anstieg von 320 % zum Jahresdurchschnitt [...] im Jahr 2022.“^[2] Auch die Beratungsstelle OFEK nahm einen starken Anstieg wahr. So hat sich „in den ersten vier Wochen nach dem 7. Oktober 2023 [...] auch die Inanspruchnahme der OFEK-Beratung verzehnfacht.“ Marina Chernivsky, Vorständin und Geschäftsführerin von OFEK, stellt fest, dass „ein Großteil der Vorfälle sich im Kontext von Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen“^[3] ereignete.

Diese neue Qualität antisemitischer Raumnahme zeigt sich in Leipzig unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023. Bereits am 12. Oktober 2023 ruft ein Zusammenschluss der linken antiimperialistischer Gruppen ZORA, Young Struggle, Kommunistischer Aufbau und Föderation klas-

senkämpferischer Organisationen zu einer Demonstration auf dem Kleinen Willy-Brand-Platz in Leipzig auf. An dieser nehmen circa 200 Personen teil: „Auf einem gedruckten Flyer sowie auf einem Sharepic zur Kundgebung werden Entführungen, Morde und Gewalt gegen israelische und nicht-israelische Zivilist*innen relativiert. Statt vom Morden unschuldiger Zivilist*innen durch Terroristen wird auf dem Demo-Flyer verharmlosend geschrieben, dass ‚erstmal seit der zweiten Intifada nicht nur Raketen, sondern auch Bodentruppen nach Israel geschickt‘ wurden. Von der Ideologie der Täter wird sich nicht distanziert, sondern sie werden als Vorreiter eines vermeintlichen ‚Befreiungskampfs‘ verherrlicht.“^[4]

Ebenfalls im Oktober finden die selbstorganisierten linken Kritischen Einführungswochen (KEW) an der Universität Leipzig statt. Im Herbst 2023 werden Vorträge, Workshops und Stadtrundgänge unter anderem zur Geschichte linker Bewegungen, zu Antirassismus, Klimaaktivismus, Queerfeminismus und gewerkschaftlichen Kämpfen angeboten – jedoch keine zum gegenwärtigen Antisemitismus. Das ist kein Zufall. So veröffentlichte das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Leipzig eine Stellungnahme, in der von der Absage ihrer Veranstaltungen durch das Organisationsplenum der KEW berichtet wird. In besagter Absage heißt es, „die eingetragene(n) Veranstaltung(en) passen nicht zu unserer politische[n] Zielsetzung“.^[5] Auch weitere Gruppen, die in der Vergangenheit zum Programm der KEW gehörten, sind von der Absage betroffen. In das Programm aufgenommen wurden hingegen Veranstaltungen linker antiimperialistischer Gruppen, die bei antiisraelischen Demonstrationen in Erscheinung getreten sind.



Tags mit Bezug auf „Palestine“ und K-Gruppen in Leipzig.

Besonders aktiv in der Agitation gegen Israel im öffentlichen Raum sowie auf Social Media ist die Gruppe Handala. Für eine Veranstaltung am 14. Oktober 2023 wirbt die Gruppe mit einem Flyer, auf dem die Handala-Figur, ein palästinensischer Comic-Junge, mit einem Gleitschirm abgebildet ist. Diese Art Gleitschirm wurde auch beim Terroranschlag am 7. Oktober von Terrorist*innen genutzt und ist somit als Solidarisierung mit dem Angriff zu verstehen. Als das studentische Radio Mephisto sich im Dezember 2023 mit der Situation in Israel und Gaza auseinandersetzt und dazu einen Palästinenser sowie einen Israeli aus Leipzig interviewt, sorgt das bei Handala für harsche Kritik. Der Israeli wird als „Vertreter der Siedlergesellschaft, die gerade einen Genozid begeht“^[6], bezeichnet. Damit wird die individuelle Person mit dem Staat Israel und dem Handeln von dessen Regierung gleichgesetzt, eine Verallgemeinerung, die als antisemitisch zu bewerten ist.

Neben Demonstrationen lässt sich eine antisemitische Raumnahme vor allem im Umfeld der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) sowie der Universität Leipzig^[7] beobachten. Die Gruppen Students for Palestine und palestine.campus versuchen nach dem Vorbild der Campusbesetzungen in den USA, den universitären und öffentlichen Diskurs zu beeinflussen. Die Universität Leipzig wird unter anderem dazu aufgefordert, wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Kooperationen mit Universitäten in Israel zu kappen.^[8] Die Forderungen knüpfen damit nahtlos an die antisemitische Agenda der BDS-Bewegung^[9] an.

Am 7. Mai 2024 wird das Audimax der Universität besetzt. Ein „Protestcamp“ im Universitätsinnenhof soll die Besetzer*innen von palestine.campus unterstützen. Nach kurzer Zeit versammeln sich im Innenhof der Universität auch Menschen, die sich gegen die Besetzung und die Forderungen von palestine.campus aussprechen. Nach Wortgefechten zwischen den Gruppen versuchen einige Gegendemonstrant*innen, das Paulinum, das Gebäude, in dem sich das Audimax sowie Zugänge zu Büros und Seminarräumen befinden, zu

betreten und werden gewaltsam daran gehindert. Nach dieser Auseinandersetzung auf dem Campus werden Fotos und personenbezogene Daten von Personen, die gegen das Camp protestierten, geteilt und ihnen Gewalt angedroht. Das Universitätsgebäude wird im Laufe des Tages von der Polizei auf Weisung der Universitätsleitung geräumt.

Am Tag darauf, dem 8. Mai 2024, besetzen mehrere Personen den Lichthof der HGB. Die Besetzung dauert etwa einen Monat und wird von zahlreichen Veranstaltungen begleitet. Studierende und Ehemalige der HGB blicken in einem offenen Brief mit dem Titel „Wir denken anders und du bist nicht allein“, der Anfang Juni 2024 veröffentlicht wird, kritisch auf die Besetzung: „[V]iele Studierende der HGB trauen sich nicht mehr in die Hochschule und meiden diese“. Die Folgen seien soziale Isolierung, „Mobbing, Ausschluss oder Bedrohung gegenüber Studierenden, welche sich israelsolidarisch oder kritisch gegenüber den Protesten zeigten“.

Nachdem die Besetzung der HGB beendet wird, entsteht im Lennépark, zwischen Hauptcampus der Universität Leipzig und Wilhelm-Leuschner-Platz, ein Protestcamp. Dieses wechselt Ende Juni an das Mendelsohn-Ufer in der Nähe des Geisteswissenschaftlichen Zentrums der Universität Leipzig und der HGB. Die Positionen der Besetzer*innen sind damit gut im Stadtbild sichtbar. Erneut ist ein Anlaufpunkt in unmittelbarer Nähe wichtiger Hochschulgebäude entstanden.

Ein adäquater Umgang der Leipziger Stadtgesellschaft mit diesen antisemitischen Vorfällen und der antisemitischen Raumnahme steht noch aus. Die Universität Leipzig hat zumindest einen Antisemitismusbeauftragten eingesetzt. Außerdem hat sich das Netzwerk Hochschulen Leipzig gegen Antisemitismus (HLGA) gegründet, das mit Veranstaltungen über Antisemitismus und die Hintergründe des Nahostkonflikts aufzuklären versucht. Diese Reaktionen sind erste Schritte in die richtige Richtung, aber die Bekämpfung von Antisemitismus bleibt eine Daueraufgabe. ■

[6] chronik.LE vom 28.12.2024: Handala Leipzig kommentiert Radiosendung antisemitisch, online abrufbar unter: chronik.org/.

[7] Siehe auch chronik.LE vom 20.10.2023: Bannerdrop und antisemitische Sprechchöre an der Uni Leipzig, online abrufbar unter: chronik.org/.

[8] Siehe Instagram-Bericht von palestine.campus vom 10.06.2024.

[9] BDS steht für Boycott, Divestment and Sanction. Die international vernetzte Bewegung ruft zu einem wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Boykott israelischer Unternehmen, Künstler*innen und Universitäten auf, insofern sie nicht das Existenzrecht des israelischen Staates aberkennen. Die BDS-Bewegung und ihre Forderungen werden daher als antisemitisch bezeichnet. Zur politischen Einordnung von BDS siehe auch Feuerherdt, Alex; Markl, Florian (2020): Die Israel-Boycott-Bewegung. Alter Hass in neuem Gewand, Leipzig: Henrich & Henrich.



Handala und anderen Gruppen demonstrieren in Leipzig regelmäßig gegen „Imperialismus und Zionismus“.

AKTUELLE ANTISEMITISCHE UND LINKS-AUTORITÄRE DYNAMIKEN AM UNI-CAMPUS LEIPZIG

von Hochschulen Leipzig gegen Antisemitismus

Ein Gespenst geht um, auf dem Campus der Uni Leipzig. Es ist das Gespenst eines autoritären Sozialismus. Anhänger*innen von orthodoxen, autoritären Interpretationen des Marxismus treiben seit geraumer Zeit ihr Unwesen auf dem Campus und verschaffen sich mit aggressivem Auftreten Räume. Die damit einhergehende Diskursverschiebung verschärft sich seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel durch antisemitische Narrative zunehmend.

Schon vor der Besetzung des Audimax an der Universität Leipzig am 7. Mai 2024 durch den Zusammenschluss palestine.campus treten Gruppen wie Zora, Young Struggle und der Kommunistische Aufbau sowie der SDS Leipzig offensiv und in Teilen antisemitisch auf dem Campus auf.^[1] Durch den Arbeitsgruppenstatus des SDS im Student*innenrat der Universität Leipzig erlangen sie regelmäßig Zugang zu Räumen an der Universität, hissen Banner und rufen Sprechchöre auf den Campus oder in Lehrveranstaltungen. Im Zuge der Besetzung lehnten sie das Gesprächsangebot des Rektorates von vornherein ab, vermutlich weil ihnen klar war, dass ihre Forderung nicht umgesetzt werden würden. Die Unileitung veranlasste die Räumung, da „Gefahr in Verzug für die Sicherheit aller Studierenden und Lehrende“^[2] war. Im Anschluss versuchten die besetzenden Gruppen sich als Opfer einer vermeintlich allgemeinen und allumfassenden Repression gegen „palästinensische Stimmen“ zu inszenieren.

Oben genannte K-Gruppen, laut Bundeszentrale für politische Bildung eine „Sammelbezeichnung für mehrere politische Gruppierungen, [...] die sich ab Ende der 1960er-Jahre am Maoismus orientierten, mit dem Ziel, die bürgerliche Gesellschaft (ggf. mit Waffengewalt) abzuschaffen“, traten in der Studierendenschaft der Uni bereits in der Vergangenheit durch antisemitische und antidemokratische Positionen in Erscheinung. Dabei nutzen K-Gruppen bereits bestehende linke Bewegungen oder öffentlichkeitswirksame Auftritte, wie den Protest gegen die Einladung der AfD zur Immatrikulationsveranstaltung an der Uni Leipzig im Herbst 2023, um sich unter einem Deckmantel von Zusammenschlüssen, die auf den ersten Blick progressiv wirken, zu etablieren.

Der 7. Oktober 2023, das größte Massaker an Jüdinnen*Juden seit der Shoah, stellt für sie einen solchen Anlass dar. Die damit verbundenen Aktionen dienen dazu, das eigene antisemitische Weltbild zu bestätigen und zu verbreiten, indem der Staat Israel als das absolut Böse imaginiert wird und jede Form von Gewalt gegen ihn und seine Bewohner*innen glorifiziert wird. Die Entsolidarisierung mit den Opfern von sexualisierter und antisemitischer Gewalt der Hamas vom 7. Oktober ist Ausdruck der Ideologie dieser Gruppen. Ihre Aktionen erzeugen Angst und stellen eine Gefahr für jüdisches Leben, aber auch für antisemitismuskritische und israelsolidarische Stimmen auf dem Campus dar.

Zersetzungstaktiken

Ein wesentliches Problem der sogenannten Protestaktionen ist dabei eine fortschreitende Raumnahme, mit der sie auch zu ihrer eigenen Normalisierung beitragen. Personen des „Protestcamps“ kamen in Vorlesungen, um dort zu Beginn oder Ende der Veranstaltung dazu aufzurufen, die Camps zu unterstützen. Gruppen von zehn bis 15 Menschen, einheitlich gehüllt in Kufiyas^[3], liefen schweigend durch Bibliotheken, um so eine allgegenwärtige Präsenz zu vermitteln. Studierende der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) berichten in einem offenen Brief^[4], dass sie eines Morgens in die Hochschule kamen und Aufrufe zur Intifada an den Wänden vorfanden. Intifada ist die Bezeichnung für eine Reihe von Terrorangriffen auf israelische Zivilist*innen Ende der 1980er Jahre sowie im Jahr 2000. Gegenwärtig ist der Begriff als ein direkter Aufruf zum Angriff auf jüdische oder israelische Menschen zu verstehen. Diese Beispiele verdeutlichen die weitreichende Präsenz und Raumnahme im Hochschulkontext, die etwa dazu führten, dass einige Studierende, vor allem jüdische, die Universitäten mieden.

Dabei lässt sich beobachten, dass die K-Gruppen in immer neuen Zusammenschlüssen unter neuem Namen auftreten. Es ist jedoch meist die gleiche Kerngruppe von Personen, der sogenannte Kader. So erscheint die Bewegung größer, als sie eigentlich ist. Zusammen mit einem äußerst aggressiven und bedrohlichen Auftreten wird so ein konsequentes und immerwährendes Gefühl der Angst geschaffen, das insbesondere (aber nicht nur) auf die Menschen abzielt, die als politische Gegner*innen gelabelt werden. Dieses Labeling erfolgt teils mit System, teils aber auch wahllos: So ist mittlerweile die kritische Bezugnahme auf Antisemitismus ausreichend, um als „Befürworter*in von Genozid“ zu gelten.

[1] Ott, Frauke; Pietzko, Julian; Schleeahn, Britt (2024): Demos reichen nicht. In: Kreuzer vom 13.07.2024, online abrufbar unter: kreuzerleipzig.de.

[2] Universität Leipzig (2024): Statement der Universität Leipzig zur Besetzung am 7. Mai 2024, online abrufbar unter: uni-leipzig.de.

[3] Die Kufiya ist ursprünglich ein in der arabischen Welt getragenes Kopftuch. Die heutige Bekanntheit und Bezeichnung als Palästinensertuch erlangte die Kufiya seit Ende der 1960er Jahre durch den Anführer der Fatah, Jassir Arafat. Arafat hat die Kufiya auf seine eigene Weise über die rechte Schulter in Form eines Dreiecks gefaltet getragen, sodass das Tuch an die Grenzen der Region Palästina (einschließlich des Staates Israel) erinnert. In Deutschland wird die Kufiya seit Ende der 1990er Jahre zunehmend auch von Rechtsextremisten und Neonazis getragen.

[4] Ramczik, Jessica (2024): Zwischen Solidarität und Spaltung. In: taz.de vom 18.6.2024, online abrufbar unter: <https://taz.de> sowie Ott, Frauke; Pietzko, Julian; Schleeahn, Britt (2024): Demos reichen nicht. In: kreuzer.de vom 13.07.2024, online abrufbar unter: kreuzer-leipzig.de.



Protest gegen den antisemitischen Normalzustand an der Uni Leipzig und anderswo.

Inhaltliche Leere

Durch das Vermeiden einer tieferen Auseinandersetzung mit Begriffen wie „Genozid“, „Apartheid“ oder „Imperialismus“ muss die eigene Position nicht mehr begründet werden, weder für sich selbst noch gegenüber anderen. Die eingübte Reaktion, in Form von: Kritik des Antisemitismus bedeutet Unterstützung für Rassismus, Apartheid, Genozid etc., wird beliebig auf Situationen angewendet, ohne dass dies begründet wird – im Gegenteil: Je größer und wirrer der Sprung in der Argumentation, desto glaubhafter erscheint die Aussage in der eigenen Gruppe. Dadurch wird suggeriert, dass es sich um anerkannte Fakten handelt, die nicht erklärt werden müssen. Die Hemmschwellen für kritische Nachfragen werden somit erhöht, eine kritische Auseinandersetzung verunmöglicht.

Die beliebigen Zuschreibungen zeigen sich nach dem letzten Vortrag der Ringvorlesung von HLGA. Als die Teilnehmer*innen die Universitätsbibliothek Albertina, den Veranstaltungsort, verlassen, haben sich bereits etwa 20 Personen vor dem Eingang versammelt. Die Gruppe empfängt die Referentin und die Vortragsgäste mit „Intifada“-Rufen, die bis zu dem „Protestcamp“ schräg gegenüber der Bibliothek anhalten. Die aufgebaute Drohkulisse ist vor allem dahingehend in ihrer Intention irritierend, als dass der Vortrag mit keinem Wort den Nahostkonflikt behandelte, sondern sich der Verstrickung des (deutschen) Naturschutzes mit völkischem und antisemitischem Gedankengut widmet. Anscheinend ist die bloße Thematisierung von Antisemitismus für diese Gruppen Grund genug, um in der anderen Seite „den Feind“ zu erkennen und ihm mit dominantem Gehabe und Reviermarkierung entgegenzutreten. Einer offenen und kritischen Diskussion haben sie sich entzogen und verweigert – auf die Einladung zu Veranstaltungen kam bisher keine Antwort.

Zu der Annahme, dass sie nicht bereit sind, sich auf eine Diskussion einzulassen, passt auch, dass sich einzelne Teilnehmer*innen weigern, spontane Statements gegen-

über ausgewählten Mitgliedern der Presse abzugeben. Die Besetzung des Lichthofes in der HGB hatte sogar eigens ein Schild, auf dem zu lesen stand, dass man nicht mit Journalist*innen spräche, die „Ärger provozieren wollen“^[5] – wobei völlig offenbleibt, was das eigentlich bedeutet. Ein Team des MDR, das bei der ersten Besetzung des Lichthofes das Gespräch suchte, fiel offenbar in diese Kategorie – die Kamera wurde zugehalten, Interviewversuche wurden abgeblockt. Vielmehr wird Plattformen wie dem redmediakollektiv vertraut, die – in erster Linie auf Social Media – die antisemitische Hetze propagandistisch weiterverbreiten und befeuern. So wurde auch die Besetzung des Audimax maßgeblich von redmedia begleitet.

Konsequenz

Um der politischen Agitation und Raumnahme durch K-Gruppen auf dem Campus etwas zu widersetzen, gründete sich das Kollektiv HLGA – Hochschulen Leipzig gegen Antisemitismus. Die im letzten Semester erfolgreich veranstaltete Ringvorlesung ist der erste Versuch einer progressiven und emanzipatorischen Intervention in den derzeit zunehmend regressiven politischen Diskurs an der Uni. Inhalt der Vorlesungsreihe war eine theoretische Einführung in die Zusammenhänge von Antisemitismus und Autoritarismus im Geiste der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule.

Die Präsenz und Agitation der K-Gruppen an den Hochschulen sind nicht vereinbar mit einem freien, universitären, akademischen Diskurs. Ihre dezidierte und explizite Wissenschaftsfeindlichkeit, ihr autoritäres Gebaren und ihre gefährliche Ideologie verdeutlichen vor allem eines: Die hier beschriebenen Verhältnisse sind für eine progressive und emanzipatorische Linke nicht tolerierbar. ■

Hochschulen Leipzig gegen Antisemitismus ist ein Zusammenschluss von Studierenden und Mitarbeitenden an Leipziger Hochschulen, die sich gemeinsam gegen Antisemitismus engagieren.

[5] Ramczik, Jessica (2024): Zwischen Solidarität und Spaltung. In: taz.de vom 18.6.2024, online abrufbar unter: taz.de.

ANTISEMITISMUS IN SACHSEN SEIT DEM 7. OKTOBER 2023 UND SEIN GESELLSCHAFTLICHER KONTEXT

von Marina Chernivsky

[1] Shapira, Esther (2024): Zeitenwende. In: Jüdische Allgemeine vom 17.04.2024, online abrufbar unter: [juedische-allgemeine.de](https://www.juedische-allgemeine.de).

[2] Chernivsky, Marina; Lorenz-Sinai, Friederike (2024): Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities. Aus Politik und Zeitgeschichte 74(25–26), online abrufbar unter: [bpb.de](https://www.bpb.de), S. 19–24.

„Der 7. Oktober war kein Terroranschlag. Er war der Beginn eines neuen, globalen antisemitischen Krieges, in dem alle Jüdinnen und Juden sich angegriffen fühlen, weil sie alle angegriffen werden.“^[1]

So beschreibt Esther Schapira in ihrem Essay „Zeitenwende“ die weitreichende Zäsur, die der 7. Oktober 2023 für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und weltweit darstellt. Die drohende antisemitische Grundstimmung rahmt diese Wahrnehmung. In der Tat verweisen der steile Anstieg von antisemitischen Vorfällen und Straftaten sowie der sprunghaft gestiegene Bedarf an spezialisierter Betroffenenberatung auf eine sich verändernde Qualität antisemitischer Bedrohung.

Antisemitisch motivierte Gewalttaten stellen im Grundsatz eine Form extremer Gewalt dar, die vorsätzlich eingesetzt wird, um die jüdische Gemeinschaft als Ganzes anzugreifen und Angst zu schüren. In diesem Sinne reiht sich der brutale Angriff auf Israel in die Reihe früherer Anschläge ein, wobei der Terror vom 7. Oktober 2023 in seiner Qualität als besonders schwerwiegend bewertet wird. Seine Wirkung auf die jüdische und israelische Community in Deutschland wird verstärkt durch den virulenten Antisemitismus, der jedoch von

der breiten (nichtjüdischen) Bevölkerung dennoch als diffus und ungreifbar imaginiert wird. Antisemitismus durchdringt das Leben der in Deutschland und so auch in Sachsen lebenden Jüdinnen*Juden und reicht von der Arbeitswelt bis in die sozialen Beziehungen, in die Nachbarschaft und Familie hinein.^[2]

Warum wird Jüdinnen*Juden Solidarität verweigert? Wie lassen sich die Erfahrungen der jüdischen und israelischen Communities in Deutschland so vermitteln, dass sie auch gehört und eingesehen werden? Die betroffenenorientierte, zivilgesellschaftliche Dokumentation antisemitischer Vorfälle spiegelt das Ausmaß des Antisemitismus wider. Wissenschaftliche Studien erforschen den Zusammenhang zwischen der Gewalt und ihren Auswirkungen für die Betroffenen. Wichtig ist der Blick auf Dispositionen und Traditionslinien im Antisemitismusverständnis der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft, um genauer nachvollziehen zu können, wann und wie Antisemitismus abgewehrt, bejaht oder auch zurückgewiesen wird. Dabei sind jüdische Erfahrungen und Perspektiven unabdingbar – ohne diese Perspektive ist die Analyse des Gegenwartsantisemitismus lückenhaft.

Seit 2022 ist OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung in Sachsen tätig und hat die Trägerschaft für die Melde- und Beratungs-



Das rote Dreieck wird von der Hamas und ihren Sympathisant*innen zur Markierung ihrer Feind*innen genutzt.

stelle Antisemitismus, bestehend aus der Meldestelle RIAS Sachsen und der Beratungsstelle OFEK Sachsen, übernommen. Die Etablierung von RIAS Sachsen und OFEK Sachsen, der Vertrauens- und Netzwerkaufbau, ist ein längerer Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist. Erstmals konnte RIAS Sachsen nun für ein Jahr Zahlen für ein vollständiges Kalenderjahr vorlegen: Die Meldestelle verzeichnete für 2023 insgesamt 192 antisemitische Vorfälle, darunter elf Angriffe, elf gezielte Sachbeschädigungen vom Eigentum jüdischer Einzelpersonen und Einrichtungen oder von Gedenkorten, drei Bedrohungen, 165 Fälle von verletzendem Verhalten und zwei Massenzuschriften. Von den 192 Vorfällen insgesamt dokumentierte RIAS Sachsen in den letzten drei Monaten, mehrheitlich nach den Mordanschlägen des 7. Oktober 2023, 110, also mehr als die Hälfte. Betroffene wurden häufiger von ihren Kolleg*innen antisemitisch beleidigt, mit deutlich mehr antisemitischen Schmierereien auf der Straße konfrontiert oder direkt von Fremden antisemitisch angesprochen. Der alltagsprägende Charakter solcher Vorfälle hat sich massiv verstärkt. Dabei spielte die israelbezogene Rolle des Antisemitismus eine zentrale Rolle: 101 von 192 Vorfällen wiesen hierzu einen Bezug auf.

So wichtig die Erfassung des Vorfallgeschehens ist, dürfen die dahinterstehenden, antisemitischen Strukturen nicht aus dem Blick geraten. Dennoch geht es im öffentlichen Sprechen häufiger um einzelne Fälle und bekannt gewordene Gewalttaten als um die strukturelle Verankerung des Antisemitismus in allen gesellschaftlichen und sozialen Systemen. Bei Fragen, ob eine Situation antisemitisch sei, zeigt sich ein Widerspruch: Die historischen Traditionen der Diffamierung, Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung werden nicht mit der Wirklichkeit der Gegenwartsgesellschaft verbunden. Entscheidungsträger*innen wählen nicht selten eine Warteposition, bei der die antisemitischen Vorfälle zunächst demaskiert, verifiziert und bewiesen werden müssen, um Handlungsbedarfe zu erkennen und Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Diesem Bedürfnis nach Objektivierung antisemitischer Bedrohung stehen die psychischen und sozialen Folgen für die von Antisemitismus Betroffenen gegenüber. Die Disposition, Antisemitismus nicht mit institutionellen Strukturen zu verbinden und dem Problem eine eher symbolisch-abstrakte, als real existierende Bedeutung zu verleihen, führt zu einer systematischen Ausblendung jüdischer Perspektiven und Normalisierung des Antisemitismus in und außerhalb von sozialen Institutionen – so auch an Hochschulen. Darin zeigt sich die Machtasymmetrie in der Auslegung und Definition des Antisemitismus, die in bis heute überwiegend als abstrakt, ohne die angemessene Einbeziehung jüdischen Wissens, jüdischer Erfahrungen, transgenerationaler Traumatisierungen vollzogen wird.

In den ersten vier Wochen nach dem 7. Oktober 2023 hat sich auch die Inanspruchnahme der OFEK-Beratung verzehnfacht. Bundesweit hat sich der Bedarf an spezialisierter Unterstützung in den ersten sechs Monaten nach dem Anschlag versiebenfacht. Die Gesamtzahl von 1.333 Fällen in einem halben Jahr beginnend mit dem 7. Oktober 2023 übertrifft die Gesamtzahl aller Beratungsanfragen seit der Gründung der Beratungsstelle. Auch in Sachsen hat sich das Beratungsaufkommen in den sechs Monaten nach dem Angriff stark verändert und auf der Ebene der Beratungsanfragen im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Neben der Beratung bei Vorfällen und Straftaten bezog sich der Support auf psychologische Folgen des 7. Oktober sowie Angst und Sorge um Kinder und Angehörige.

Ein Großteil der Vorfälle ereignete sich im Kontext von Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen. Hier wirken die Strukturen, das gesellschaftliche Klima und der Diskurs. Im Gegensatz zu einem überwiegend vorfallgeleiteten Antisemitismusverständnis fragt die institutionelle Perspektive nach dem Prozess der (Re-)Produktion von sowie des Umgangs mit dem Antisemitismus in institutionellen Kontexten und nicht nur nach seiner Häufigkeit oder Art der Manifestation. Der Begriff des institutionellen Antisemitismus muss im öffentlichen (und wissenschaftlichen) Diskurs sehr viel stärker gesetzt werden.^[3]

Angesichts der tiefen Zäsur des 7. Oktober müssen wir uns fragen, was wir alle tun können, um dem sich radikalierenden Antisemitismus nachhaltig entgegenzuwirken. Das Vertrauen in den Rechtsstaat, das Sicherheit empfinden und die Zukunftsaussichten der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland schwinden auf lange Zeit. Die Beschäftigung mit allen Dimensionen des gegenwärtigen Antisemitismus stellt eine eigene Aufgabe dar, die der Politik und Zivilgesellschaft zukommen, um Jüdinnen*Juden mit ihren Erfahrungen und Perspektiven ernst zu nehmen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ohne Einschränkung zu ermöglichen. ■

Marina Chernivsky ist Psychologin und Verhaltenswissenschaftlerin. Sie ist Gründerin und Geschäftsführerin der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V., die in Sachsen vor Ort mit dem Beratungsstandort OFEK Sachsen und der Meldestelle RIAS Sachsen repräsentiert ist. Chernivsky ist darüber hinaus Leiterin des Kompetenzzentrums für antisemitismuskritische Bildung und Forschung, Autorin und Mitherausgeberin der Zeitschrift JALTA – Positionen zur jüdischen Gegenwart.

[3] Chernivsky, Marina; Lorenz-Sinai, Friederike (2023): Antisemitismus im Kontext Schule. Deutungen und Praktiken von Lehrkräften. Weinheim: Beltz Juventa.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

ANTISEMITISCHER EREIGNISSE

CHRONIK

26. August 2024,
Leipzig, Schönefeld

Antisemitische Schmiererei in Schönefeld

An der Ecke Löbauer Straße / Volksgartenstraße ist ein Großflächenplakat der CDU aufgestellt. Dieses wirbt für Holger Gasse (Direktkandidat) und Michael Kretschmer (Ministerpräsident). Das Plakat wird beschmiert. Beiden Kandidaten wird der Mund zugeklebt, zusätzlich wird mit Filzstift „Juden CDU“ zwischen die Köpfe der beiden geschrieben.

16. Juni 2024,
Leipzig, Zentrum

Transparent bei Protestcamp verherrlicht palästinensische Terroristin

Im Protestcamp antiisraelischer Gruppen wird ein Transparent mit einer Abbildung von Leila Chaled (*1944) aufgehängt. Die Abbildung stammt aus dem Jahr 1969 und zeigt Chaled gehüllt in eine Kufiya mit einer AK-47. Neben dem Abbild Chaleds befindet sich der Schriftzug: „Kurdistan, Jemen, Palästina! Der Kampf gegen Imperialismus ist der Kampf für Sozialismus“ sowie das Logo der „Internationalen Jugend“, einer antiimperialistischen Schüler*innenorganisation.

26. Mai 2024,
Leipzig, Zentrum-Süd

Antisemitisches Graffiti in Härtelstraße

In der Härtelstraße wird an einer Hauswand mit schwarzer Farbe der Slogan „Fck Israel“ angebracht. Dieser wird durch ein nach unten gerichtetes Dreieck ergänzt. Entsprechende Dreiecke werden im aktuellen Kriegsgeschehen in Israel/Gaza von der Hamas als Feindmarkierung verwendet. Die Symbolik wird weltweit übernommen und als antise-

mitische Markierung von Juden*Jüdinnen oder politischen Gegner*innen verwendet.

07. März 2024,
Leipzig, Reudnitz-Thonberg

Hörstation über Anne Franks Tagebuch beschmiert

Eine Hörstation, die sich vor der Deutschen Nationalbibliothek befindet und sich thematisch mit dem Tagebuch von Anne Frank auseinandersetzt, wurde mit dem Schriftzug „Fälschung“ beschmiert. An der Hörstation sind Zitate aus dem Tagebuch von Anne Frank zu hören.

03. März 2024,
Landkreis Nordsachsen, Taucha

Antisemitische Schmiererei an Bahnhof

Am Bahnhof in Taucha werden mehrere Graffiti angebracht, die einen Bezug zum Leipziger Verein 1. FC Lokomotive Leipzig haben und gegnerische Fans beleidigen. So befindet sich eine Schmiererei an der Wand vor dem Aufzug zu den Gleisen. Dort steht: „LOK. FCK BSG. JDN CHM.“ „Lok“ steht als Kürzel für Lokomotive Leipzig, „BSG“ sowie „CHM“ steht für den Lokalrivalen BSG Chemie Leipzig und „JDN“ steht für Juden.

27. Januar 2024,
Leipzig, Zentrum

Fotos von Überlebenden des Holocaust geschändet

Auf dem Willy-Brandt-Platz sowie im Bahnhofsgebäude sind Porträts von Überlebenden der Shoa ausgestellt. Die Fotos zeigen das Gesicht der Menschen in Übergröße, zudem wird ihre Biografie in Kurzform auf einer Infotafel dargestellt. In der Nacht zum Holocaust-Gedenktag beschmieren zwei Männer einige der Porträts, indem sie ihnen

„Hitlerbärte“ mit grüner Farbe aufmalen. Insgesamt sind sechs Fotos von Schmierereien betroffen. Die Schmierereien werden von Passant*innen entfernt.

10. Januar 2024,
Leipzig, Zentrum-West

Schändung der Stele für Erinnerung an jüdischen Fußballklub SK Bar Kochba

Die Gedenkstele zur Erinnerung an die Zerstörung der an der Elterstraße 7 einst ansässigen Geschäftsstelle des jüdischen Fußballklubs SK Bar Kochba wird geschändet. Dabei wird die auf der Stele befindliche Fußballfigur gewaltsam entfernt und beschädigt. Der Sachschaden beläuft sich auf ungefähr 2000€. Die Stele soll mithilfe von Spenden wieder aufgebaut werden.

26. November 2023,
Leipzig, Stötteritz

„Kein Zutritt“-Schild um Davidstern ergänzt

Am Eingang vom Kinder- und Jugendfreizeitreff Oststraße hängt ein Schild, auf dem „Kein Zutritt“ steht. Das eigentliche Symbol, welches dort zu sehen war, ist wegen Nässe nicht mehr sichtbar. Auf die Folie wird über das verwischte ursprüngliche Symbol mit schwarzem Stift ein Davidstern gemalt.

07. November 2023,
Landkreis Leipzig, Neukieritzsch

Antisemitische Markierung an Wohnhaus in Neukieritzsch

Ein Garagentor in Neukieritzsch wird mit einem Davidstern sowie dem Wort „Jude“ beschmiert. Damit sollen offenbar die dort wohnenden Personen stigmatisiert und diffamiert werden. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung

wird eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

19. Oktober 2023,
Landkreis Leipzig, Borna

Israel-Flagge vor Rathaus heruntergerissen

Die Stadt Borna hisst nach dem Terrorangriff der Hamas am 07. Oktober 2023 eine Israel-Flagge vor dem Rathaus. Damit solle Solidarität mit den Opfern gezeigt werden. In der Nacht von Donnerstag zu Freitag wird die Flagge allerdings entwendet. Spaziergänger*innen finden diese später in einem Brombeerstrauch am Breiten Teich. Sie ist angebrannt worden.

05. November 2023,
Leipzig, Stötteritz

Nazi-Schmierereien am Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Oststraße in Stötteritz

Am Morgen werden Schmierereien am Jugendclub Oststraße sowie dem Kindergarten nebenan entdeckt, die über Nacht angebracht worden sein müssen. Neben mehreren Hakenkreuzen, den Schriften „NS“ sowie „Nazis“, wurde auch das Wort „Jugend“ bei „Kinder- und Jugendzentrum“ gestrichen und durch „Judenclub“ ersetzt. Daneben wurde „NRJ“ geschmiert, sodass davon auszugehen ist, dass diese Nazischmierereien und die Bedrohung des Jugendzentrums durch die Jugendorganisation der neonazistischen Kleinstpartei des III. Weges („Nation Revolutionäre Jugend“) angebracht wurden.

20. Oktober 2023,
Leipzig, Zentrum

Bannerdrop und antisemitische Sprechchöre an der Uni Leipzig

Der Leipziger Ableger der linken antiim-

perialistischen Gruppe Young Struggle lässt aus dem Neuen Seminargebäude am Hauptcampus der Universität Leipzig ein Banner hängen, auf welchem „Free Free Palestine“ zu lesen ist. Daneben wird eine Palästina-Flagge gezeigt. Von der Person, welche das Banner aus dem Fenster gehängt hat, werden die Sprechchöre „Free Free Palestine“ sowie „From the river to the sea - Palestine will be free“ angestimmt. Letzterer Slogan bezieht sich auf das geographische Gebiet zwischen dem Fluss Jordan sowie dem Mittelmeer. Heutzutage befinden sich in diesem Gebiet der Staat Israel sowie die palästinensischen Autonomiegebiete. Mit der Parole „From the river to the sea - Palestine will be free“ wird also die Vernichtung des Staates Israel und der darin lebenden Menschen gefordert. Diese Parole ist als antisemitisch zu werten.

23. September 2023,
Landkreis Nordsachsen, Oschatz

Rassistische und antisemitische Aufkleber an Parteibüro geklebt

In Oschatz werden an das Parteibüro der Grünen und an weitere Geschäfte antisemitische und rassistische Aufkleber auf der Scheibe angebracht. Insgesamt sind es ca. 30 Stück. Auf einem Aufkleber ist ein durchgestrichener Davidstern abgebildet, mit dem Schriftzug „Fuck You Israel“. Außer dem abgebildeten Davidstern ist kein Bezug zum Staat Israel ersichtlich. Auf weiteren Aufklebern steht „White Lives Matter“ und „Make Germany White Again“. Letztere Aufkleber sind in den Farben der deutschen Reichsflagge, schwarz, weiß und rot, gehalten. Die Aufkleber stammen von einem neonazistischen Versandhandel mit Sitz in Thüringen.

25. August 2023,
Leipzig, Zentrum-West

Handgreiflichkeiten und antisemitische Beleidigung bei Blockade-Aktion der Letzten Generation

Bei einer Blockade der Klimaaktivist*innen der „Letzten Generation“ auf der Jahnallee stadtauswärts werden diese von anwesenden Auto- und Busfahrern mit Gewalt von der Straße geschleift und unter körperlicher Gewalt am Boden gehalten. Auch eine Rollstuhlfahrerin, die sich an der Blockade beteiligt, wird gegen ihren ausdrücklichen Willen mit Gewalt von der Straße geschoben. Ein vorbeikommender Radfahrer in der Arbeitskleidung eines Umzugsunternehmens schiebt eine Person, welche das Geschehen filmt, rümpelt und beleidigt die Blockierer*innen antisemitisch. So fragt er unter anderem „Was du hier auf der Straße machst, du Jude“. Dabei verhält er sich sehr aggressiv und droht mit Gewalt.

10. August 2023,
Landkreis Leipzig, Regis-Breitungen

Zahlreiche Sticker des III. Weges in Regis-Breitungen

In Regis-Breitungen kleben an zehn verschiedenen Stellen an den Ortseingängen und innerhalb des Ortes an Straßenschildern und Pfosten verschiedene Aufkleber des „Dritten Weges“. Auf den Aufklebern stehen antisemitische („Terrorstaat Israel“) und rassistische Parolen wie die Forderung „Kriminelle Ausländer raus“, wobei das Wort kriminell sehr viel kleiner als die restlichen Worte geschrieben steht. Auf anderen Aufklebern ist „Die wahre Krise ist das System!“ zu lesen. Allen Stickern gemein ist der Schriftzug und das Logo des Dritten Weges am unteren Rand der Aufkleber. ■



ALLE ZUSAMMEN GEGEN DEN FA...
SOLIDARISCH IN DIE OFFENSIV...

photo: Nora Börting

6 KAPITEL DOKUMENTATION UND PRAXIS

Alle zwei Jahre vereint eine neue Ausgabe der Leipziger Zustände eine Beschreibung der derzeitigen Verhältnisse, persönliche Schilderungen und Analysen von Diskriminierungen und rechten Strukturen. Immer wieder stellt sich auch die Frage: Was tun gegen diese Zustände? Einige Anregungen dafür finden sich auch schon in den vorherigen Kapiteln, vor allem in Beiträgen von und mit Initiativen und Engagierten aus der Region. Dieses abschließende Kapitel möchte weitere Hinweise geben, was man gegen rechte Strukturen, bei erlebter rechter Gewalt und deren Beobachtung tun und wo man sich engagieren und organisieren kann. Denn egal ob rechte Raumnahme oder alltägliche Diskriminierungen, die Verhältnisse sind nicht naturgegeben, sie sind vielmehr Produkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und deswegen immer auch veränderbar. Engagement ist daher notwendig und lohnt sich!

Das Kapitel beginnen wir mit einer kurzen Beschreibung, wer chronik.LE eigentlich ist, was wir machen und wie wir arbeiten. Da unsere Dokumentation zu einem großen Teil von Ereignismeldungen durch Betroffene oder Zeug*innen lebt, zeigen wir anschließend, wie ihr uns Ereignisse melden könnt, was dabei zu beachten ist und wie diese veröffentlicht werden. Die Ereignisse dokumentieren die Zustände in der Region. An den Verhältnissen rütteln und ebendiese zu verändern, daran arbeiten seit zehn Jahren viele Engagierte in der Alten Spitzenfabrik in Grimma. Besonders nach Wahlen fragen sich Aktive in den Städten häufig etwas ratlos, wie sie Initiativen im ländlichen Raum unterstützen können. Pia Siemer hat deshalb mit verschiedenen Gruppen aus den Landkreisen Leipzig und Nord-sachsen gesprochen und sie gefragt, was sie brauchen und wie eine solidarische Unterstützung aus der Stadt aussehen kann. Über die professionalisierte Zivilgesellschaft, Haltung und den Versuch, mit solidarischer Ökonomie die allgemeinen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit und Jugendarbeit in Sachsen zu verlassen und neue Möglichkeitsfenster zu schaffen, berichtet in ihrem Artikel Sarah Schröder. Insgesamt gibt es in der Region zahlreiche Beratungsstellen und Unterstützungsangebote. Auch wenn wir keine vollständige Übersicht geben können, möchten wir abschließend eine Auswahl vorstellen. Also, organisiert euch und werdet aktiv! ■



WER UND WAS IST CHRONIK.LE?

von chronik.LE

Wer ist chronik.LE?

Das Projekt chronik.LE wird von einer ehrenamtlich arbeitenden Redaktion getragen. Unsere Dokumentationsarbeit basiert zu einem großen Teil auf der Unterstützung durch Betroffene und Zeug*innen von diskriminierenden Vorfällen oder Gewalt sowie durch andere Engagierte, die uns Ereignisse und auch Informationen über aktuelle Entwicklungen melden. Die gemeldeten Ereignisse prüfen wir dann auf Plausibilität und verschriftlichen und veröffentlichen sie nach einer Kontrolle nach Vieraugenprinzip auf unserer Webseite www.chronikle.org. Maßgeblich dabei ist für uns die Betroffenenperspektive auf die Vorfälle. Darüber hinaus betreiben wir selbst Recherche und Monitoring. Beispielsweise sichten wir kontinuierlich Pressemitteilungen der Polizei, regionale Zeitungen sowie soziale Netzwerke auf potenzielle Ereignisse. Wir durchsuchen kleine Landtagsanfragen und begleiten öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen. Außerdem arbeiten wir eng mit Opferberatungsstellen, Antidiskriminierungsinitiativen und antifaschistischen Gruppen zusammen.

Wie ist chronik.LE entstanden?

Anlass für die Gründung des Projekts im Jahr 2008 war vor allem die Zunahme rechter Gewalt und das Erstarken der Neonaziszene in Leipzig und im Leipziger Umland. Seitdem dokumentieren wir mit einem regionalen Fokus auf die Stadt Leipzig sowie die Landkreise Leipzig und Nordsachsen, diskriminierende und neonazistische Ereignisse – inzwischen mehr als 6.700. Durch die kontinuierliche Dokumentation lassen sich Entwicklungen von rechten Strukturen und Aktivitäten nachvollziehen. Auch zeigen sie die erschreckende Kontinuität rechter Gewalt und diskriminierender Vorfälle, auf die wir mit unserem Projekt aufmerksam machen wollen. Während wir uns am Anfang insbesondere auf das Sammeln von faschistischen, rassistischen, neonazistischen und diskriminierenden Ereignissen konzentriert haben, ist unsere Dokumentation zuneh-

mend detaillierter geworden und bildet die Vielzahl an Diskriminierungsphänomenen besser als zu Beginn ab.

Was macht chronik.LE noch?

Im Laufe der Jahre haben wir neben der Dokumentationspraxis auch die Formate, in denen wir Wissen kommunizieren, weiterentwickelt und erweitert. So sind neben der Onlinechronik auf der Webseite und der alle zwei Jahre erscheinenden Broschüre Leipziger Zustände verschiedene weitere Formate entstanden. Dazu gehören zum Beispiel auf unserer Webseite unregelmäßig erscheinende Dossiers und Schlaglichter zu relevanten Themen, Vorträge und Workshops für die interessierte Zivilgesellschaft sowie Interviews und Hintergrundgespräche für Journalist*innen. Seit 2021 gibt es auch einen chronik.LE-Podcast. Er heißt „Bei uns doch nicht“ und erscheint an jedem ersten Sonntag im Monat. Die beiden Journalistinnen Anna und Eva besprechen dort mit Betroffenen, Aktiven, Expert*innen und uns aktuelle Themen, die chronik.LE beschäftigen – ausführlich und persönlich.

Wer ist unsere Zielgruppe?

Unsere Dokumentation und Analyse von rechten Umtrieben und diskriminierenden Vorfällen verfolgt keinen Selbstzweck. Wir wollen zum einen Betroffenenperspektiven stärken, das Problembewusstsein schärfen und zur kritischen Auseinandersetzung anregen. Und zum anderen wollen wir eine umfangreiche Informations- und Recherchequelle und somit Grundlage für alle schaffen, die sich gegen Ausgrenzung und Diskriminierung engagieren, seien es Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Organisationen, staatliche Institutionen oder Multiplikator*innen in Bildung und Erziehung, in den Medien oder der Politik. Denn wir sind überzeugt – es braucht Bewusstsein und fundiertes Wissen für wirksames Engagement gegen Neonazis, Rassismus und Diskriminierung.

Wenn ihr uns kontaktieren wollt, könnt ihr eine E-Mail an chronik.le@engagiertewissenschaft.de schreiben. Dies ist auch verschlüsselt möglich. ■

chronik.LE

HOW TO: EREIGNISSE MELDEN

von [chronik.LE](#)

Zentral in unserer Arbeit ist die Dokumentation von Ereignissen. Dazu zählen Aktivitäten der extremen Rechten und diskriminierende Vorfälle in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. Hier sind wir auf eure Mitarbeit angewiesen: Ihr habt von faschistischen, rassistischen und diskriminierenden Ereignissen in Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder Nordsachsen mitbekommen, wart Zeug*in oder gar selbst betroffen? Dann meldet das doch gerne an uns via chronik.le@engagiertewissenschaft.de oder über unser Formular auf der Webseite: chronikle.org/ereignismelden.

Was dokumentieren wir?

Ziel von [chronik.LE](#) ist es, einen umfassenden und aktuellen Überblick über neonazistische, rassistische und andere diskriminierende Ereignisse in der Region zu bieten, weshalb wir Vorfälle unterschiedlicher Art dokumentieren, egal ob verbal, körperlich oder digital. Dazu zählen Vorfälle aus den Phänomenbereichen: Anfeindungen politischer Gegner*innen, Antifeminismus, Antirömismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit, Corona-Leugner*innen, Fundamentalistische Rechte, Queerfeindlichkeit, Nationalismus, Neonazismus, Neue Rechte, Rassismus, Reichsbürger*innen, Sexismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus.

Wie könnt ihr Ereignisse melden?

Unter <https://chronikle.org/ereignismelden> könnt ihr die Meldung auf unserer Webseite direkt in einem Formular eintragen. Ihr könnt sie uns aber auch an unsere E-Mail-Adresse chronik.le@engagiertewissenschaft.de schicken. Wichtig sind für uns vor allem möglichst konkrete Angaben. Ihr könnt euch dabei an den W-Fragen orientieren: Was ist passiert? Wer ist betroffen und wer war beteiligt? Wo ist es passiert? Hilfreich sind auch weiterführende Informationen, ob beispielsweise ein Vorfall zur Anzeige gebracht wurde. Falls ihr Fotos, beispielsweise von Schmierereien habt, schickt uns die gerne auch.

Wir werden immer mit euch Rücksprache halten, um das Ereignis zu verifizieren und um zu klären, was und in welcher Form wir das Ereignis veröffentlichen können. Tragt deshalb bitte eine Kontaktmöglichkeit mit ein. Euren Klarnamen müsst ihr nicht angeben. Optional könnt ihr im Formular auch schon das Datum, das Phänomen sowie die Vorfallsart eintragen.

Wie werden Ereignisse veröffentlicht?

Alle Ereignismeldungen werden von uns redaktionell bearbeitet. Das bedeutet, dass wir recherchieren, nachfragen, die Ereignistexte ausformulieren und in der Redaktion über die Veröffentlichung entscheiden. Hierbei steht die Perspektive der Betroffenen für uns immer im Vordergrund. Ausschlaggebend für eine Veröffentlichung ist, ob wir die Meldung nachvollziehen können und ob sie in unseren Themenbereich fällt. Die Meldungen werden von uns so geschrieben, dass keine Rückschlüsse auf die betroffene oder meldende Person gezogen werden können. Wenn ihr uns ein Ereignis melden wollt, dieses aber aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht werden soll, könnt ihr uns das einfach mitteilen.

Wann werden die Ereignisse veröffentlicht?

Grundsätzlich direkt nachdem sie geprüft und redaktionell bearbeitet wurden. Da wir aber ein ehrenamtliches Projekt sind, kann es manchmal etwas dauern, bis wir uns bei euch melden oder die Ereignisse online erscheinen. In Anbetracht der leider ungeheuren Menge an Ereignissen versuchen wir, schwerere Vorfälle zu priorisieren. Zudem haben wir uns entschieden, dass wir Sticker- und Graffitimeldung nur noch veröffentlichen, wenn sie in großer Anzahl auftreten, gezielt Personen adressieren oder an besonderen Orten angebracht werden. Schickt uns aber gerne trotzdem weiterhin jede rechte Sticker- und Graffitisichtung, damit wir Häufungen, die Nähe zu anderen Vorfällen oder auch inhaltliche Entwicklungen mitbekommen können. ■

SUPPORT YOUR HINTERLAND – SOLIDARISCH UND PRAGMATISCH

von Pia Siemer

Im Superwahljahr 2024 haben sich viele Leipziger*innen gefragt, wie sie Aktivist*innen im Leipziger Umland bestmöglich unterstützen können. Für diesen Artikel sind Gruppen und Initiativen in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig gefragt worden, was sie brauchen und worauf Engagierte aus der Großstadt achten sollten, wenn sie ihren Support anbieten.

Arbeit abnehmen

Als im Frühjahr 2024 die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt wurde, stieß das vierköpfige Team des Vereins Bon Courage aus Borna schnell an seine Kapazitätsgrenzen. Der 2007 gegründete Verein berät Geflüchtete zu den Themen Asyl- und Aufenthaltsrecht und setzt verschiedene Projekte um. „Mit der Einführung der Bezahlkarte kamen viele Fragen auf“, erzählt Sandra von Bon Courage. „Wir brauchten Hilfe, um so viele Geflüchtete wie möglich diesbezüglich zu beraten und über ihre Möglichkeiten aufklären zu können.“

Über verschiedene Kanäle fragten die Vereinsmitglieder, ob sich Menschen aus Leipzig vorstellen könnten, sich in das Thema reinzufuchsen und das Beratungsangebot kurzfristig zu unterstützen. „Das hat ziemlich gut geklappt“, sagt Sandra. Das Ganze habe sich schnell verselbstständigt und Bon Courage Arbeit abgenommen. Ähnlich sieht es Lou von der Solidarischen Alternative für Taucha (SAFT), die die örtliche Zivilgesellschaft informieren und aktivieren möchte. „Wir freuen uns, wenn Leute mit Veranstaltungs-ideen und -konzepten auf uns zukommen und wir Formate gemeinsam hier vor Ort umsetzen“, sagt er. Aber Sandra, und andere Engagierte aus dem Leipziger Umland, geben auch ein paar Dinge zu bedenken, wenn es um den Support des Hinterlands geht: „Manchmal bekommen wir auch Anfragen, die gut gemeint sind, aber einen großen Mehraufwand für uns bedeuten würden“, erzählt Sandra. Beispielsweise, wenn Bon Courage als Schnittstelle zu Geflüchteten im Landkreis Leipzig Kontakte herstellen soll. „Das machen wir an sich gerne, aber es bedeutet auch viel Kommunikations- und Übersetzungsarbeit für uns“, meint sie.

Präsenz zeigen

„Wir begrüßen es, wenn auch Leipziger*innen zu Veranstaltungen bei uns kommen“, sagt Lou. Das Interesse sei ein wichtiges Symbol für die Engagierten vor Ort. Auch bei

Pride-Veranstaltungen, wie dem Christopher Street Day (CSD), erhöhe die Präsenz von Menschen aus der Stadt die Sicherheit für die Leute vor Ort. Ähnlich sieht es Ludwig vom Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) in Wurzen, das durch Bildungsarbeit und Vernetzung in Wurzen und dem Umland die Demokratie stärken möchte. „Die gezielte Unterstützung einzelner Veranstaltungen hilft sehr, zum Beispiel auch bei Baueinsätzen vor Ort.“ Das NDK hat im vergangenen Jahr sein Tagungszentrum renoviert und dafür regelmäßige Unterstützung aus Leipzig bekommen.

Einen langen Atem mitbringen

Wichtig seien aber auch Verbindlichkeit und ein nachhaltiges Engagement. „Ich glaube, viele unterschätzen die langen Fahrtwege und auch die damit verbundenen Kosten“, erzählt Sandra. Auch Ludwig sagt, dass NDK in Wurzen freue sich sehr über Menschen, die sich langfristig engagieren wollen. „Es geht gar nicht so sehr darum, dass die Leute ganz viele Stunden pro Woche machen, eher darum, dass sie regelmäßig wiederkommen und uns wirklich kennenlernen“, meint er. Lou von SAFT findet wichtig, dass Städter*innen ein dauerhaftes Interesse an der Arbeit um Umland zeigen. „Ich wünsche mir, dass wir einfach regelmäßig gefragt werden, was Sache ist und was wir brauchen“, sagt er.

Politisch Druck ausüben und Öffentlichkeit herstellen

Dazu gehört für Lou auch, dass Politiker*innen und politische Gruppen aus Leipzig Druck auf den Stadtrat in Kleinstädten wie Taucha ausüben. „Wenn Politiker*innen bei ihren Parteikolleg*innen in Taucha nachfragen, was so los ist hinsichtlich der rechten Bedrohung oder sich nach einem rechten Übergriff melden, kann das helfen, Öffentlichkeit herzustellen“, so Lou. Nach rechten Angriffen kann es außerdem sinnvoll sein, Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich in einer Publikation anonym zu den Geschehnissen äußern zu können, erklärt Maurice von Polylux. „So kann vermieden werden, dass Betroffene sich in einer Kleinstadtgesellschaft unter ihrem Klarnamen positionieren müssen“, erklärt er. Der Verein Polylux hat sich zum Ziel gesetzt, durch Fördermitgliedschaften Initiativen im ländlichen Osten zu stärken, um so dem Rechtsruck entgegenzuwirken.

Gegebenheiten vor Ort beachten

Manche Dinge funktionieren auf dem Land anders. „Ich verstehe, wenn sich Personen wünschen, dass wir unse-



photo: Solidarische Alternativen für Taucha

Kundgebung unter dem Motto #SolidarischesTaucha.

rem Frauen-Lauf ein Sternchen hinzufügen. Ich fände das auch toll. Aber das kann ich nicht machen, da holen wir hier niemanden ab“, erzählt Sandra von Bon Courage. „Wir bieten ein niedrigschwelliges Angebot. Man muss ein gewisses Ohr für die Sprache vor Ort mitbringen und im Zweifel erstmal viel zuhören“, so Sandra. Für Lou gehört dazu auch, dass Aktivist*innen aus der Stadt ein gewisses Verständnis dafür aufbringen müssen, dass ländliche Initiativen ein etwas „anschlussfähigeres“ Image pflegen. „Wir achten in unseren Formulierungen sehr darauf, wen wir hier ansprechen“, sagt er. Auch Leonore vom Verein Schweizerhaus Püchau in Wurzen wünscht sich eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Der Verein fördert künstlerische und kulturelle Bildung in den Landkreisen Nord-sachsen und Leipzig. Sie sagt: „Man sollte gut überlegen, mit welcher Motivation man ins Umland kommt. Wenn es darum geht, den Leuten auf dem Land Kunst ‚beizubringen‘, dann sollte man sich nochmal überprüfen.“

Geld

Und nicht zuletzt kann auch finanzielle Unterstützung sehr wichtig sein. „Über je mehr Eigenmittel wir verfügen, desto freier können wir agieren“, erklärt Sandra von Bon Courage. Sie freut sich also sehr, wenn Spenden, zum Beispiel Erlöse einer Cocktail-Solibar, an den Verein gingen. „Auch für unsere ehrenamtlichen Übersetzer*innen ist eine kleine Aufwandsentschädigung toll.“ Zum Thema Geld gibt Ludwig vom NDK noch zu bedenken, dass städtische Initiativen und Vereine aufpassen sollten, nicht in Konkurrenz zu ländlichen Initiativen zu treten, wenn es um Fördergelder geht, die speziell für das Umland gedacht sind. „Die Fördertöpfe für ländliche Gebiete sind rar. Wenn städtische Projekte sich darauf bewerben wollen, sollten sich einen Kooperationspartner von vor Ort suchen“, rät er. „Wir wollen aber nicht nur im Antrag auftauchen, es sollte schon eine ernst gemeinte Zusammenarbeit da dranhängen.“ Die Erfahrung fehlender Kooperation

hat auch Leonore vom Verein Schweizerhaus in Wurzen gemacht. „Manchmal kommen Träger aus der Stadt mit fertig geschriebenen Anträgen zu uns und bieten an, diese oder jene Veranstaltung zu machen. Aber wenn unsere Jahresplanung schon steht und wir nicht mitkonzipieren dürfen, ist das keine attraktive Zusammenarbeit für uns.“

Support organisieren

Einzelpersonen, die helfen wollen, sollten gleich darüber nachdenken, sich als Gruppe zu organisieren. So hat es Caro von der Gruppe Pride Soli Ride aus Berlin gemacht. Sie hat früher selbst in verschiedenen Klein- und Mittelstädten in Sachsen und Thüringen gelebt, wohnt mittlerweile aber in der Hauptstadt. Seit dem Frühjahr hat sie mit ihrer Gruppe immer wieder Fahrten zu CSDs in Sachsen, Thüringen und Brandenburg organisiert. „Wir haben super schöne Veranstaltungen besucht, teilweise von Schüler*innen ins Leben gerufen“, erzählt Caro. „Aber wir haben auch gelernt, wie wichtig es ist, Schutz selbst zu organisieren und sich nicht auf die Polizei zu verlassen.“ Die Gruppe war auch beim CSD in Bautzen, bei dem etwa 700 Neonazis den Gegenprotest bildeten. „Die Leute haben uns gesagt, es ist krass, dass ihr extra aus Berlin kommt“, erzählt Caro. „Aber ich finde, es ist krass, was sie hier immer wieder machen.“ Sie will vermeiden, als Polit-Gruppe aufzutreten. Es gehe nicht darum, das Interesse einer bestimmten Gruppe durchzusetzen. Stattdessen sollte die Unterstützung solidarisch und pragmatisch sein. Caro schwebt ein dauerhaftes Netzwerk vor, in dem Tandempartner*innenschaften zwischen städtischen Aktivist*innen und kleinstädtischen CSDs gebildet werden. „Das würde den Support nachhaltiger machen und verhindern, dass einzelne Personen zu schnell ausbrennen“, sagt sie. ■

Pia Siemer arbeitet als Wissenschaftsredakteurin beim Else-Frenkel-Brunswik-Institut und schreibt manchmal frei hier und da.

VORWÄRTS IMMER RÜCKWÄRTS NIMMER

Solidarische Praxis in die Offensive

von Sarah Schröder

[1] Jugendliche Selbstverwaltung meint in unserem Fall, dass alle Bereiche, die zum Projekt gehörten – vom Vereinsvorstand bis hin zur Bauplanungsgruppe – durch Jugendliche und junge Erwachsene besetzt wurden und die Durchführung und Verantwortung für den Projekterhalt und die weitere Ausrichtung maßgeblich in ihrer Verantwortung lag.

[2] Als gemeinnützige Gesellschaft kommt unsere Arbeit ausschließlich und unmittelbar dem Gemeinwohl zugute. Die besonderen Ziele von YOPE (ehemals Between the Lines) sind neben Denkmalpflege, Wissenschaft und Forschung vor allem Kultur, Sport, Jugendhilfe, außerschulische politische Bildung, Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, Geflüchtete und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden.

In den vergangenen zehn Jahren ist mit der Alten Spitzenfabrik in Grimma ein Ort entstanden, an dem Ideen und Utopien Realität werden können und junge Menschen in ländlichen Räumen einen Freiraum entdecken, den sie selbst entwickeln und gestalten können. Mit Hilfe emanzipatorischer Jugendarbeit wurden über viele Jahre hinweg verschiedene Projekte und Angebote, bis hin zur jugendlichen Selbstverwaltung der Strukturen^[1] realisiert – doch irgendwann war die eigene Struktur zu klein für die großen Träume.

YOPE?! – youth opportunities for progress and emancipation

Mit der Gründung der YOPE gGmbH begann unser Versuch, mit Hilfe solidarischer Ökonomie die allgemeinen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit und Jugendarbeit in Sachsen zu verlassen und neue Möglichkeitsfenster zu eröffnen – dies erscheint in der aktuellen Zeit notwendiger denn je. Im Jahr 2019 gründeten wir die damals noch Between the Lines heißende gGmbH^[2] mit dem Ziel, die Alte Spitzenfabrik in Grimma zu sanieren, um sie betriebswirtschaftlich sicher zu betreiben und sie zu einem vielseitig nutzbaren Raum für eine breite Zielgruppe zu machen.

Es wurde jedoch schnell deutlich, dass es in den ländlichen

Räumen Sachsens mehr braucht als gute Vermieter*innen und Konzertveranstaltungen. So entstand unser Plan, einen strukturellen Wandel im Rahmen der Sozialen Arbeit mit Jugendlichen und Geflüchteten anzustoßen. Wir wollten mit unserer Arbeit nicht nur ein Bewusstsein für die uns umgebenden Zustände im ländlichen Raum schaffen, sondern einen tatsächlichen Unterschied im Alltag unserer Praxis erwirken und aktiv an den Zuständen rütteln und ebendiese verändern!

Professionalisierte Zivilgesellschaft in der Krise

Um unsere Überlegungen und Ideen zu verstehen, lohnt sich zunächst ein Blick auf die aktuelle Situation zivilgesellschaftlicher Organisationen: In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die öffentlichen Räume politischer und demokratischer Auseinandersetzung immer weiter verengt. Diese Eingrenzung wurde durch den staatlichen Rückbau sozialer Infrastruktur vorangetrieben, weshalb es in vielen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements immer schwerer wurde, Menschen ohne hauptamtliche, bezahlte Stellen zu organisieren. Es fehlt, vor allem in strukturschwachen Regionen, an öffentlichen Orten der Begegnung, der gemeinsamen Aushandlung und der Gemeinschaft. Die sozialen Sparkurse sind jedoch nicht nur bei zivilgesellschaftlichen Organisationen spürbar, sie sind ebenso Herausforderung im persönlichen Alltag. Das wiederum erschwert die allgemeine Organisation der „Zivilgesellschaft“, da es häufig nicht nur an Orten, sondern auch an

photo: Alte Spitzenfabrik / YOPE gGmbH



Die Alte Spitzenfabrik am Mulderadweg in Grimma hat viel zu bieten.

Kapazitäten mangelt und nicht selten die Hauptamtlichen die einzigen stetig Aktiven sind.

Eine Entlohnung für zivilgesellschaftliches Engagement ist dabei nicht grundsätzlich abzulehnen. Mehr (bezahlte) Zeit im Gemeinwesen zur Verfügung zu haben, stellt einen großen gesellschaftlichen Mehrwert dar. Die Kehrseite: Es verstrickt Vereine und Organisationen in verschiedene Zwänge staatlicher Förderlogiken. Die Dauer vieler Fördermittel ist für ihren Zweck deutlich zu kurz und verwehrt den Projekten eine Stetigkeit, die die Arbeit notwendigerweise fordert und eine langfristige Anbindung von Menschen über bezahlte Stellen hinaus erst ermöglicht. Hinzukommend erfordern staatliche Gelder einen hohen Aufwand in der Beantragung, Verwaltung und Abrechnung. Hierfür ist in den seltensten Fällen Geld in der Maßnahme vorgesehen, weshalb die dafür notwendige Zeit von der eigentlichen Aufgabe abgezogen wird oder darüber hinaus unbezahlt durchgeführt werden muss.

Kurzum: Die aktuellen Förderlogiken von zivilgesellschaftlichem Engagement stehen im Widerspruch zu ihrer eigentlichen Zielsetzung und behindern ihre Wirksamkeit. Das hat uns zu dem Schluss gebracht, es selbst in die Hand nehmen zu müssen. Es braucht niedrigschwelligere Möglichkeiten, langfristig an Geld zu gelangen, damit genug Zeit für die eigentliche Aufgabe übrigbleibt. Wir wollen eine solidarische Ökonomie zur Förderung der emanzipatorischen Arbeit als Mehrwert der Soziokultur und des Gemeinwesens im ländlichen Raum – und dafür gilt es, die Zivilgesellschaft zu organisieren und in die Verantwortung zu nehmen.

Spannungsfeld staatlicher Aufgaben

Dies bedeutet nicht, dass wir den Staat in all unseren Tätigkeitsfeldern aus seiner Verantwortung nehmen wollen. Es muss weiterhin seine Aufgabe sein, für soziale Infrastruktur zu zahlen und eine zielgruppengerechte Nutzung Sozialer Arbeit möglich zu machen. Doch dieser Bereich unterscheidet sich von dem der zivilgesellschaftlichen Organisation.^[3] Ansätze einer eigenen Grundsicherung von zivilgesellschaftlichen Projekten haben verschiedene Vorteile, vor allem in den aktuellen staatlichen Entwicklungen und einer immer weiter erstarkenden (parlamentarischen) extremen Rechten. Denn auch ohne Parteien wie die AfD in einer Regierungsverantwortung waren Streichungen und Einsparungen zu Lasten wichtiger Förderpötte (hier: Weltoffenes Sachsen), Bildungsträger*innen und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen wie der RosaLinde^[4] zu Beginn des Jahres 2024 möglich. Es ist abzusehen, dass diese Streichungen zunehmen werden, je mehr Abgeordnete im Parlament regressiven und national-völkischen Ideologien anhängen.

Eine Frage der Haltung

Bei vielen Akteur*innen besteht eine nachvollziehbare Angst vor politischen Äußerungen oder Kritik an den

eigenen Förderstrukturen. Dennoch wird es in den kommenden Jahren weder zu unseren Zielen beitragen noch vor den Vorhaben der AfD schützen, leiser zu werden. Denn mit oder ohne Pride-Flagge im Fenster: Die Feindbilder der AfD stehen fest. Eine klare Haltung und eine offensive Verteidigung von Menschenrechten und demokratischen Werten darf weder aus dem öffentlichen Diskurs verschwinden noch mundtot gemacht werden. Offene Kritik und die Möglichkeit zur Skandalisierung sollten wesentliche Bestandteile zivilgesellschaftlicher Arbeit bleiben. Durch eine eigene finanzielle Absicherung unserer Arbeit können wir diesen institutionellen Druck potentiell umgehen. Das ist wichtig, um sich langfristig nicht mit den anhaltenden Verschiebungen der öffentlichen Meinung nach rechts gemein zu machen. Nur in der Unabhängigkeit von politischen Mehrheitsverhältnissen können wir Schutzräume offenhalten und ausbauen.

Die Krisen jeder Chance

Unsere Antwort war von Beginn an DIY, Do it yourself. Wir haben unsere kollektiven Kompetenzen gesammelt und erste Versuche kommerzieller Unabhängigkeit mit Hilfe von Caterings, Vermietungen, Vorträgen und einem Onlineshop gestartet. Und neben all der Freiheit, die uns das in der Vorstellung bringen kann, sind wir häufig an unsere Grenzen gestoßen. Mit solidarischen Mitteln im Kapitalismus zu bestehen erfordert Nerven. Doch uns ist klar: Wir haben eine Perspektive! Wir müssen noch an vielen Stellen dazulernen und uns weiterentwickeln, aber es liegt an uns, unsere Potenziale zu nutzen und andere zu ermutigen, dasselbe zu tun. Wir brauchen einen finanziellen Vertrauensvorschuss, um zivilgesellschaftliche Reorganisation zu realisieren – dafür versuchen wir ökonomische Angebote zu schaffen, die finanzielle Solidarität vereinfachen.

Kauft in unserem Onlineshop, mietet euch ein, leiht euch unsere Infrastruktur aus, bucht unsere Vorträge und startet Kooperationen mit uns! Kurzfristige (finanzielle) Unterstützung ist wichtig, aber nur langfristige Strategien bieten echte Perspektiven. Jede neue Freiheit bringt neue Herausforderungen, doch diese zu meistern, öffnet uns neue Möglichkeiten und erweitert Handlungsspielräume. Wir halten an unserem Ziel fest, eine solidarische Ökonomie zu fördern, die die emanzipatorische Arbeit im ländlichen Raum stärkt. ■

Sarah Schröder baute vor zehn Jahren mit ihrer Jugendgruppe das emanzipatorische Projekt Dorf der Jugend an der Alten Spitzenfabrik in Grimma mit auf und arbeitet seither in Grimma rund um die Fabrik. Heute ist sie politische Referentin für die gemeinnützige YOPE gGmbH und beschäftigt sich mit unabhängiger Sozialer Arbeit und politischer Bildung in ländlichen Räumen Ostdeutschlands.

[3] Mehr zu diesem Spannungsfeld findet ihr hier: Burdukat, Tobias (2024): Herrschaft vs. Emanzipation. In: Schröder-Werner, Sebastian (Hrsg.): Juvenile Szenen. Stuttgart: Kolhammer, S. 44-60. Ihr könnt das Buch auch in unserem Onlineshop bestellen und somit unsere Arbeit unterstützen!

[4] Kowalewski, Nastasja (2024): Kein Geld für queere Bildung. In: Kreuzer, Februar 2024, online abrufbar unter: <https://kreuzer.leipzig.de>.

BERATUNG | BILDUNG | ENGAGEMENT

ADB Antidiskriminierungsbüro
Sachsen e.V.



Antidiskriminierungs- büro Sachsen

Das ADB ist eine zentrale unabhängige Anlaufstelle für alle Betroffenen von Diskriminierung. Das Beratungsangebot bezieht sich auf Diskriminierungsformen unterhalb der Schwelle des Straftatbestandes, ist vertraulich und kostenlos. Betroffene erhalten emotionale Unterstützung sowie eine professionelle Beratung mit gemeinsamer Entwicklung von Interventionsstrategien. Darüber hinaus ist das ADB Weiterbildungsträger für alle Fragen zum Themenbereich Diskriminierung und Teilhabe.

Kontakt:

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.
Seeburgstr. 20
04103 Leipzig

Web: adb-sachsen.de
E-Mail: info@adb-sachsen.de
Telefon: 0341 30 39 492

Antisexistischer Support Leipzig

Der antisexistische Support Leipzig möchte einerseits betroffene Personen sexualisierter Gewalt unterstützen, Geschehenes zu reflektieren, ansprechbar zu machen und politisch zu thematisieren. Versucht wird aber auch, einen reflexiven Prozess mit gewaltausübenden Menschen und ihrem Umfeld zu ermöglichen, einen Prozess der Verantwortungsnahme anzustoßen, der auf der Grundlage beruht, dass Menschen sich ändern können. Der ASL versucht, für den Umgang mit sexualisierter Gewalt zu sensibilisieren und Gruppen/Räume dafür mit einzubeziehen.

Kontakt:

Web: antisexistischersupport.blackblogs.org
E-Mail: info-asl@riseup.net

Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig & Medinetz Leipzig

CABL e.V. bietet eine Sozialberatung für Menschen, die derzeit keinen regulären Zugang zum Gesundheitssystem haben. Solange kein Versicherungsschutz besteht, können ärztliche Behandlungen anonym, vertraulich und kostenfrei organisiert werden. In Notfällen und bei dringlichen medizinischen Anliegen außerhalb der Öffnungszeiten von CABL e.V. können sich Menschen ohne Versicherungsschutz an das Medinetz Leipzig wenden.

Kontakt:

CABL e.V.
Taubestraße 2
04347 Leipzig

Web: cab-leipzig.de
E-Mail: kontakt@cab-leipzig.de
Telefon: 0176 36 38 4879

ANLAUFSTELLEN IN UND UM LEIPZIG



FRAUEN für FRAUEN
Frauen für Frauen e.V. Leipzig



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

| Dorf der Jugend

Das Dorf der Jugend ist ein Projekt auf dem Land mit dem Ziel, die Provinz attraktiv für junge Menschen zu gestalten. 2014 wurde dazu ein altes Fabrikgelände, die Alte Spitzenfabrik am Muldeufer in Grimma, zum Zentrum des Projektes gemacht. Mit Hilfe eines engagierten Sozialarbeiters sind ca. 15-30 Jugendliche involviert, die – trotz behördlicher Hindernisse – Konzerte, Workshops und Festivals organisieren. Neben einem Garten steht ein Skate-Park, eine Graffitiwall, ein Seminarraum und eine Veranstaltungshalle zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung. Heute wird das Areal durch die aus dem Projekt Alte Spitzenfabrik entstandene YOPE gGmbH saniert, bewirtschaftet und betrieben. Die inhaltliche Ausgestaltung wird gemeinsam mit dem „FJZ-Grimma“ organisiert. Hier gibt es vielfältige Angebote, welche für alle zur Verfügung stehen. Im Rahmen des Projektes der emanzipatorischen Jugendarbeit „Dorf der Jugend“ konnte sich 2014 das Areal angeeignet werden. Heute wird es durch die aus dem Projekt entstandene YOPE gGmbH saniert, bewirtschaftet und betrieben. Die inhaltliche Ausgestaltung wird gemeinsam mit dem FJZ-Grimma organisiert.

| Kontakt:

Dorf der Jugend Alte Spitzenfabrik
Dornaer Weg 2
04668 Grimma

Web: dorfderjugend.de
E-Mail: info@dorfderjugend.de

| Frauen für Frauen

Die Ziele von Frauen für Frauen e.V. Leipzig sind die Aufdeckung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Unter den Gewalt-Begriff werden alle Verhaltensweisen gerechnet, die darauf abzielen, die Betroffenen zu unterdrücken, zu beherrschen und zu kontrollieren. Die Arbeit von Frauen für Frauen e.V. Leipzig richtet sich an gewaltbetroffene und -bedrohte Frauen, aber auch an Kinder und Männer. Unabhängig sind dabei Kultur, Religion und Herkunft. Unterstützung finden auch Angehörige, Freund*innen und alle, die Betroffenen in ihrer Situation helfen möchten.

| Kontakt:

Frauen für Frauen e.V.
Karl-Liebknecht-Straße 59
04275 Leipzig

Web: fff-leipzig.de
E-Mail: kontakt@frauenfuerfrauen-leipzig.de
Telefon: 0341 30 68 896
Notruf: 0341 47 98 17

| Mobile Beratung des Kulturbüro Sachsen

Das Regionalbüro Nordwest des Mobilien Beratungsteams berät in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen sowie der Stadt Leipzig. Die Beratung richtet sich als professionelle Struktur an alle, die sich mit Rechts-extremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen beschäftigen wollen oder müssen und unterstützt die Stärkung einer demokratischen Alltagskultur.

| Kontakt:

Kulturbüro Sachsen e.V.
Mobiles Beratungsteam Nordwest
Johannisallee 5
04317 Leipzig

Web: www.kulturbuero-sachsen.de
E-Mail: mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de
Telefon: 0341 25 66 8000



POLIKLINIK
Solidarisches Gesundheitszentrum
Leipzig e.V.



Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.



| Poliklinik Leipzig

Gesundheit neu denken und Zugang zur medizinischen Versorgung für alle möchte die ‚Poliklinik‘ verwirklichen. Das solidarische Gesundheitszentrum gründet auf der Überzeugung, dass Krankheit und Gesundheit maßgeblich von sozialen Determinanten wie Wohnraum, Bildung oder Herkunft mitbestimmt werden. Die Poliklinik stellt aktuell herrschende, krankmachende Verhältnisse im (Gesundheits-)System infrage und möchte sie verändern. Die Angebote sind umsonst und ergänzen die medizinische Regelversorgung.

| Kontakt:

Poliklinik / Solidarisches Gesundheitszentrum
Leipzig e.V.
Taubestraße 2
04347 Leipzig

Web: poliklinik-leipzig.org
E-Mail: info@poliklinik-leipzig.de
Telefon: 0341 58 14 2471

| Netzwerk für Demokratische Kultur

Das Netzwerk für demokratische Kultur e.V. (NDK) fördert die Bürgerbeteiligung aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Methoden und Formaten der politischen Bildungsarbeit in Wurzeln, aber auch darüber hinaus in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. Das NDK stärkt Menschen, die sich im Sinne einer demokratischen Kultur engagieren möchten, bietet Infrastruktur (Kopierer, diverse Technik, Räume etc.) und ein offenes Haus für Treffen, Projekte und Veranstaltungen.

| Kontakt:

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.
Domplatz 5
04808 Wurzeln

Web: ndk-wurzeln.de
E-Mail: team@ndk-wurzeln.de
Telefon: 03425 85 27 10

| PolyLux

PolyLux macht die demokratische Zivilgesellschaft sichtbar. PolyLux stärkt alternativen Projekten den Rücken. PolyLux sorgt für eine sichere, solidarische Finanzierung. PolyLux, das sind Menschen aus Berlin, Leipzig, Dresden, Cottbus und anderen ostdeutschen Orten. Was im Osten passiert, geht uns nah. Und diejenigen, die sich in kleineren Orten den rechten Menschenfeinden entgegen stellen, sind PolyLux nicht egal. Tausende Fördermitglieder zahlen monatlich einen kleinen oder großen Beitrag an PolyLux. Das Projekt verteilt die Gelder an ihre Partner*innenprojekte. Aus vielen kleinen Beträgen wird ein großes Budget, mit dem PolyLux Nazis im Osten die Stirn bietet.

| Kontakt:

Web: polylux.network
E-Mail: kontakt@polylux.network



SUPPORT
FÜR BETROFFENE RECHTER GEWALT



| Städtegruppe Leipzig der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland

Die Städtegruppe Leipzig der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD Bund e.V.) setzt sich seit vielen Jahre partizipativ und antirassistisch für die (Menschen-) Rechte Schwarzer Menschen in Leipzig ein. Schwerpunkte sind: Selbststärkung und Sichtbarkeit Schwarzer Communities in Leipzig und Sachsen, sowie die Identifizierung und Benennung rassistischer Diskriminierung. Es werden regelmäßig Community-Treffen organisiert, Möglichkeiten der Intervention und Teilhabe auf Landes- und stadtpolitischer Ebene diskutiert und gemeinsame Besuche von politischen und kulturellen Veranstaltungen geplant.

| Kontakt:

Web: facebook.com/ISDLeipzig
E-Mail: isdleipzig@isdonline.de

| Support

Die Opferberatung Support des RAA Sachsen e. V. und die Opferberatung der RAA Leipzig e. V. unterstützen Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, deren Angehörige, Freund*innen sowie Zeug*innen eines Angriffs. Sie informiert über rechtliche Möglichkeiten, finanzielle Hilfen und unterstützt bei der emotionalen Verarbeitung des Erlebten. Die Beratung ist parteilich. Sie ist auf der Seite der Betroffenen und unterstützen deren Perspektive und Interessen. Support arbeitet mobil, vertraulich, mehrsprachig und kostenlos.

| Kontakt:

Support Kochstraße 14
04275 Leipzig
E-Mail: opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de
Telefon: 0341 2 25 49 57
Mobil: 0178 5 16 29 37

| OFEK Sachsen

OFEK e.V. ist eine Fachberatungsstelle für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen von antisemitischer Gewalt und antisemitischen Vorfällen. Außerdem ist es eine Anlaufstelle für rechtlichen Rat, psychosoziale Prozessbegleitung oder Vermittlung zu psychologischen Unterstützungsstrukturen. Die Beratungsstelle nimmt an politischen und gesellschaftlichen Diskursen teil, indem sie jüdische Perspektiven stärkt und in die Öffentlichkeit trägt.

| Kontakt:

Web: www.ofek-beratung.de/sachsen
E-Mail: sachsen@ofek-beratung.de
Bundesweite Hotline: 0800-6445268
Telefon : 0157-58544732

LEIPZIGER ZUSTÄNDE **JAN**2025

www.chronikLE.org

